

BETEILIGUNGSBERICHT
DER STADT OBERHAUSEN
2006

**Stadt Oberhausen
Der Oberbürgermeister**

**Bereich 9-5
Stabsstelle Beteiligungen**

Stand: Dezember 2007

Vorwort Beteiligungsbericht 2006

Zur Information der Ratsmitglieder und der Einwohner/innen ist durch die Stadt Oberhausen jährlich ein Bericht über die Beteiligungen der Stadt an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen. Mit dem 13. Bericht über die städtischen Beteiligungen kommt die Stadt Oberhausen der entsprechenden Vorgabe aus der Gemeindeordnung nach.

Die Stadt Oberhausen hat in der Vergangenheit eine Vielzahl von kommunalen Aufgaben auf eigenbetriebsähnliche Einrichtungen und rechtlich und wirtschaftlich selbstständige Unternehmen übertragen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Außerhalb der traditionellen Verwaltung werden insbesondere in den Sparten Ver- und Entsorgung, Stadtentwicklung, Freizeit und Tourismus, Wohnungsgenossenschaften, Sonstige Unternehmen und Eigenbetriebe Leistungen für die Stadt erbracht.

Der Optimierung der Aufgabenerfüllung kommt in Zeiten knapper Finanzressourcen weiterhin eine herausragende Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des deutlich eingeschränkten Handlungsspielraumes der Kommunen im Bereich der Investitionstätigkeit geben außerdem steuerliche und organisatorische Gesichtspunkte den Ausschlag für die Beteiligung an bzw. die Gründung von Unternehmen in privatrechtlicher Rechtsform. Im Prozess der Entscheidungsfindung steht jedoch in erster Linie im Vordergrund, optimale Regelungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Entwicklung der Stadt zu schaffen und dabei zugleich den erforderlichen Einfluss der kommunalen Entscheidungsgremien zu wahren.

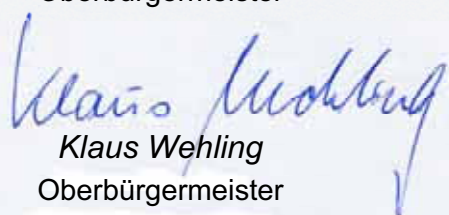
Auf Grund der Finanzsituation der Stadt Oberhausen werden die Beteiligungen ebenfalls einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten müssen. Hierzu wird der Rat der Stadt mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept Beschlüsse fassen.

Der vorliegende Bericht beinhaltet Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der mittel- und unmittelbaren Beteiligungen, der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen und die Trägerschaft der Stadtparkasse Oberhausen. Er enthält die Jahresabschlüsse des Jahres 2006 sowie die Plandaten des Jahres 2007.

Auch in diesem Jahr verfolgt der Beteiligungsbericht das Ziel, neben der Erfüllung der gesetzlichen Berichtspflicht den Umfang der wirtschaftlichen Betätigungen und Beteiligungen der Stadt transparent zu machen. Zudem dient er den Ratsmitgliedern und der Verwaltungsführung als einheitliche Informationsbasis, um Steuerungs- und Kontrollaufgaben in Aufsichts-, Beiräten und Gesellschafterversammlungen zu unterstützen. Damit soll er einen Gesamtüberblick über den „Konzern Stadt“ vermitteln.

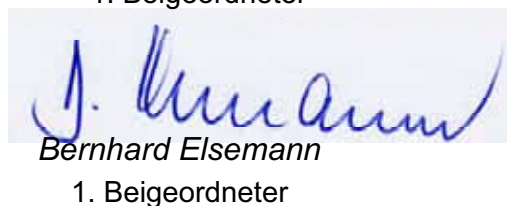
Oberhausen, im Januar 2008

Oberbürgermeister



Klaus Wehling
Oberbürgermeister

1. Beigeordneter



Bernhard Elsemann
1. Beigeordneter

Beteiligungsbericht 2006

Der Beteiligungsbericht 2006 ist analog zum letzten Bericht aufgebaut und enthält aktualisierte Daten und Informationen. Er beinhaltet einen umfassenden Nachweis über die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen. Zur Darstellung der aktuellen Situation der Gesellschaften werden die Lageberichte abgebildet, welche im Verlauf des Jahres 2007 jeweils im Rahmen der Erstellung der Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2006 verfasst wurden.

Im Jahr 2006 bestanden für die Stabsstelle Beteiligungen u. a. folgende weitere Aufgabenschwerpunkte:

- Neuordnung städtischer Beteiligungen, insbesondere der Wirtschaftsförderung
- Finanzierung der Gesellschaften PBO, OVP und OVZ sowie die Veräußerung des Stahlwerkgeländes
- Revierpark Vonderort (Zukunftsausrichtung und Finanzierung)
- LAH (Finanzierung, Kostenanalyse)
- TMO (Veranstaltungsmanagement, Leerstandsmanagement, Finanzierung)
- LSP-Kalkulationen der Gesellschaften mit städtischer Beteiligung
- Neues Kommunales Finanzmanagement (NKF) / Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens
- Gesetzesänderungen (Unternehmenssteuerreform, Änderung der Gemeindeordnung).

Das Jahr 2007 war durch die nachstehend aufgeführten Maßnahmen geprägt:

- Vergleichende Untersuchung der GPA in den 23 kreisfreien Städten des Landes NRW
- Untersuchung der städtischen Beteiligungen durch die BPG mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung
- Vorbereitung der Einführung einer Beteiligungssoftware
- Änderung der Gemeindeordnung
- Unternehmenssteuerreform
- ASO (Sonderuntersuchung), PBO (Finanzierung), Revierpark Vonderort GmbH (Finanzierung), OGM (Leistungsverzeichnisse, Ansiedlungsvorhaben), VZS (Parkhausbau)
- NKF (Unternehmenswertermittlung für die Eröffnungsbilanz der Stadt Oberhausen).

Insbesondere die Konsolidierungsvorschläge der BPG für die Beteiligungen und die Prüfung der Umsetzbarkeit werden auch Schwerpunkt der Tätigkeit für das Jahr 2008 sein. Die Beschlüsse hierzu werden im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes voraussichtlich im Juni 2008 durch den Rat gefasst.

Oberhausen, im Januar 2008

Stabsstelle Beteiligungen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<u>A Allgemeiner Teil</u>	
Gründungshistorie	I
Allgemeine Hinweise	III
Erläuterung der verwendeten Kennzahlen	V
<u>B Präsentation der Unternehmen</u>	
Übersichten	
Gliederung der Beteiligungsgesellschaften nach Sparten	1
Übersicht über wichtige Unternehmensdaten	2
Übersicht über die Unternehmenskennzahlen	4
Gegenüberstellung von wichtigen Daten der wesentlichen Beteiligungsgesellschaften der Stadtverwaltung Oberhausen	6
Verteilung des Umsatzvolumens wesentlicher Beteiligungen 2006	7
Auswirkungen der Beteiligungsgesellschaften auf den städtischen Haushalt 2002 - 2006 -Gesamtübersicht -	8
Auswirkungen der Beteiligungsgesellschaften auf den städtischen Haushalt 2006 -Einzelübersicht -	10
Bürgschaften	11
Finanzströme	
• Ver- und Entsorgung	12
• Stadtentwicklung	13
• Freizeit und Tourismus	14
• Wohnungsgenossenschaften	15
• Sonstige Gesellschaften	16
• Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen	17
Sparte Ver- und Entsorgung	
Übersicht	19
Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	21
Marina Oberhausen am Centro GmbH	35
Stadtwerke Oberhausen AG	39
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	59

O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	67
O.Vision Projektgesellschaft mbH	75
Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	83
Energieversorgung Oberhausen AG	97
evo Energie-Netz GmbH	123
FSO Verwaltungs GmbH	
FSO GmbH & Co. KG	127
RWE AG	131
RW Holding AG	135
Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	137
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	155
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	159

Sparte Stadtentwicklung

Übersicht	177
GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen GmbH	179
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	189
Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	199
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	209
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	219

Sparte Freizeit und Tourismus

Übersicht	229
Schloss Oberhausen GmbH	231
Gasometer Oberhausen GmbH	239
TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	247
LAH Luise-Albertz-Halle	
Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	261
IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen GmbH	277
Revierpark Vonderort GmbH	291
World Games 2005 GmbH	301

Sparte Wohnungsgenossenschaften

Bau- und Wohngenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	305
---	-----

Sparte Sonstige Unternehmen

Übersicht	315
BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	317
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	327
ASO Service GmbH	337
FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH i. I.	345
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen GmbH Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen GmbH & Co. KG	349
Public Consortium d-NRW GbR	361
Stadtsparkasse Oberhausen	369

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen

Übersicht	403
Theater Oberhausen	405
Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	417

C Anlagen**Übersicht über die Besetzung der Gesellschaftsorgane**

Gesellschafterversammlung, Hauptversammlung, Genossenschafts- versammlung	428
Aufsichtsräte	429
Sparkassenorgane	431
Werksausschüsse	432

Gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung	433
Beteiligungsrichtlinien der Stadt Oberhausen	447
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	460
Die Beteiligungsgesellschaften in alphabetischer Reihenfolge	462

Gründungshistorie

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1898	RWE-Aktiengesellschaft	(V)
1900	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Oberhausen	(W)
1904	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Osterfeld	(W)
1912	RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft	(V)
1922	Deutsche Städte Medien GmbH	(S)
1925	Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft Sterkrade	(W)
1926	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	(S)
1946	ekz.bibliotheksservice GmbH	(S)
1952	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	(E)
1964	Stadtwerke Oberhausen AG	(V)
1965	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	(F)
1968	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein	(V)
1970	Landesentwicklungsgesellschaft mbH NW	(E)
1970	Heimbau Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft	(W)
1971	Energieversorgung Oberhausen AG	(V)
1971	Revierpark Vonderort GmbH	(F)
1988	TZU Technologiezentrum Umweltschutz (früher EGO)	(E)
1988	Bau- und Wohnungsgenossenschaft - Werkbundsiedlung Am Ruhrufer 56 e. G.	(W)
1989	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft GmbH	(E)
1990	HDO High Definition Technologiezentrum GmbH	(E)
1990	Lokalfunk Radio Mülheim/Oberhausen	(S)
1991	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH	(S)
1992	UMSICHT-Institut-Immobilienverwaltung GbR	(E)
1992	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO	(E)
1992	RZO-Recycling-Zentrum-Oberhausen GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH	(V)
1992	RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH	(V)
1993	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	(EB)
1993	Theater Oberhausen	(EB)
1994	Schloss Oberhausen GmbH	(F)

Gründungs-/ Beitrittsjahr	Gesellschaft	Sparte*
1994	Gasometer Oberhausen GmbH	(F)
1994	Stadion Niederrhein GmbH (Gesellschaft wurde im Jahr 2000 liquidiert)	(F)
1995	Landesgartenschau Oberhausen GmbH	(F)
1995	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	(V)
1997	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	(F)
1997	TheatrO. CentrO. GmbH	(E)
1997	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH	(E)
1998	CPO Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH	(F)
1998	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	(F)
1999	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	(E)
1999	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	(E)
1999	O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	(E)
1999	O.Vision Projektgesellschaft mbH	(E)
1999	KOSTAT-DST (Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag) GmbH	(S)
2000	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	(S)
2002	ASO Alteneinrichtung der Stadt Oberhausen gGmbH	(S)
2002	World Games 2005 GmbH	(F)
2003	ASO Service GmbH	(S)
2003	meoline GmbH	(V)
2003	Marina Oberhausen am CentrO. GmbH	(V)
2004	FSO Verwaltungs GmbH	(V)
2004	FSO GmbH & Co. KG	(V)
2004	ARGE SODA (Gesellschaft öffentlichen Rechts sui generis)	(S)
2006	evo Energie-Netz GmbH	(V)
2006	Public Consortium d-NRW GbR	(S)

V Ver- und Entsorgung
 F Freizeit und Tourismus
 S Sonstige

E Stadtentwicklung
 W Wohnungsgenossenschaften
 EB Eigenbetriebe

Allgemeine Hinweise zur Präsentation der Unternehmen

Umfang der Präsentation

Soweit die Beteiligung der Stadt bzw. einer ihrer Tochtergesellschaften an einem Unternehmen niedriger als 20 % ist, wird - insbesondere mit Blick auf die fehlenden Einflussmöglichkeiten - auf die differenzierte Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet. Die Präsentation wird in diesen Fällen auf die Beschreibung des Unternehmensgegenstandes, die Besetzung der Gesellschaftsorgane, die Beteiligungen der Gesellschaft sowie die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt beschränkt.

Eine Ausnahme stellt hier die Sparte Ver- und Entsorgung dar, deren Unternehmen gemäß den aktuellen Beteiligungsrichtlinien unabhängig von der Beteiligungsquote umfassend dargestellt werden.

Unternehmensdaten

Die Unternehmensdaten 2002 - 2006 basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen.

Die Plandaten basieren auf den von den zuständigen Gesellschaftsorganen beschlossenen Wirtschaftsplänen.

Soweit die Einzeldaten in den Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen nicht die jeweilige Bilanzsumme bzw. das jeweilige Geschäftsergebnis ergeben, ist dies auf Rundungsdifferenzen zurückzuführen.

Kennzahlen

Angesichts der Tatsache, dass bei reinen Projekt- und Entwicklungsgesellschaften die allgemeinen Kennzahlen nur bedingt Aussagekraft haben, wurde für einige Gesellschaften auf die Ermittlung von Kennzahlen verzichtet.

Darüber hinaus ist bei der Auswertung der Kennzahlen zu berücksichtigen, dass die städtischen Gesellschaften insbesondere hinsichtlich der Kapitalausstattung und der Liquidität anders gewertet werden müssen als rein privatwirtschaftliche Unternehmen. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass die städtischen Gesellschaften in erster Linie auf Aufgaben der Daseinsvorsorge ausgerichtet sind.

Bei der Stadtparkasse Oberhausen wurde ebenfalls darauf verzichtet, Kennzahlen zu ermitteln, da die Bilanzstruktur von der AG und GmbH abweicht.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die Angaben über die Auswirkungen auf den städtischen Haushalt basieren auf den Rechnungsergebnissen 2002 - 2006 sowie auf den Planzahlen 2007.

Beteiligungen

Die Angaben über die Beteiligungen der einzelnen Unternehmen basieren grundsätzlich auf dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2006).

Besetzung der Gremien

Die Angaben über die Besetzung der Gesellschaftsorgane entsprechen, soweit es die Mehrheitsbeteiligungen betrifft, grundsätzlich dem Stand des letzten vorliegenden Jahresabschlusses (31.12.2006).

Die Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in den Aufsichtsräten sind durch Fettdruck, die Arbeitnehmervertreter/innen durch *, die Vertreter/innen gemäß § 113 Abs. 2 GO NW durch Fettdruck und ** gekennzeichnet.

Erläuterung der verwendeten Kennzahlen

> Wie ist das Unternehmen finanziert ? (Finanzierung)

Eigenkapitalquote:
$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Die Finanzierung der Aktivseite der Bilanz wird auf der Passivseite ausgewiesen. Dabei belegt der Anteil des Eigenkapitals an der Gesamtfinanzierung, wie gut das Unternehmen mit Kapital versorgt wird.

Je niedriger die Ausstattung des Unternehmens mit Eigenkapital, desto abhängiger ist es von Gläubigern bzw. desto eher werden ggf. Kapitalzuführungen von Gesellschaftern benötigt.

Anlagendeckung 1 / Anlagendeckung 2:
$$\frac{\text{Eigenkapital} (+ \text{langfristiges Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$$

Die Kennzahl ist Bestandteil der „goldenen Bilanzierungsregel“. Danach soll das Vermögen der Gesellschaft durch Eigenkapital (Anlagendeckung 1), zumindest aber durch Eigenkapital + langfristiges Fremdkapital (Anlagendeckung 2) finanziert sein.

Bei Quotienten größer 100 % ist danach die Gesellschaft ausreichend finanziert. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Idealvorstellung, die im praktischen Wirtschaftsleben weitgehend unterschritten wird.

Abschreibungsquote:
$$\frac{\text{GJ-Abschreibungen auf Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu AHK GJ-Ende}}$$

Abschreibungen finanzieren buchtechnisch die Investitionen des Sachanlagevermögens. Bleiben die Vermögenszugänge längere Zeit hinter den Abschreibungen zurück, so verringert sich das Anlagevermögen. Im umgekehrten Fall erhöht es sich. Zur Verstärkung der Aussagekraft wird zusätzlich ein fließender Durchschnitt über 3 Jahre gebildet.

Bei Schrumpfung des Anlagevermögens besteht die Gefahr, dass das Sachanlagevermögen der Gesellschaft veraltet bzw. ein Investitionsstau entsteht. Bei Erweiterung des Anlagevermögens stellt sich die Frage nach der Refinanzierung (durch Eigen- oder Fremdkapital).

> Wie zahlungskräftig ist das Unternehmen ? (Liquidität)

Liquidität 1. Grades:	$\frac{\text{liquide Mittel} \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$
------------------------------	--

Der kurzfristig verfügbaren Liquidität werden die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Uneingeschränkte „Barliquidität“ ist gegeben, wenn die Kennzahl mehr als 100 % beträgt.

Liquidität 2. Grades:	$\frac{(\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}) \times 100}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}}$
------------------------------	--

Dem kurzfristig einsetzbaren (Umlauf-)Vermögen werden die kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenübergestellt. Uneingeschränkte Liquidität 2. Grades ist gegeben, wenn die Kennzahl mehr als 100 % beträgt.

> Was hat das Unternehmen verdient ? (Rentabilität)

Eigenkapitalrentabilität:	$\frac{\text{Jahresergebnis vor Steuern} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
----------------------------------	--

Durch die Kennzahl wird der geschäftliche Erfolg der Gesellschaft in Relation zum eingesetzten Kapital gebracht. Der Vergleich zur am Kapitalmarkt erzielbaren Rendite gibt einen Anhaltspunkt für die Beurteilung, ob der Einsatz des Eigenkapitals im Unternehmen unter finanzwirtschaftlichen Aspekten sinnvoll ist. Aussagekräftiger als die Kennzahl an sich ist die mehrjährige Entwicklung.

Sofern die Kennzahl mittelfristig unter der Kapitalmarktrendite liegt, könnte es finanzwirtschaftlich sinnvoll sein, das Eigenkapital aus der Gesellschaft abzuziehen und anderweitig einzusetzen.

Die Kennzahl erlaubt keine umfassende Wertung der Gesellschaft.

Umsatzrentabilität:
$$\frac{\text{Jahresergebnis} \times 100}{\text{Umsatz}}$$

Die Kennzahl ist ein Maßstab für die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit. Sie drückt aus, in welchem Umfang sich der Umsatz für die Gesellschaft rentiert hat. Ihre Aussagekraft gewinnt die Kennzahl durch die mehrjährige Entwicklung.

Ein mittelfristiger Rückgang könnte durch den Rückgang der innerbetrieblichen Effizienz oder veränderte Rahmenbedingungen im Markt verursacht werden.

Personalaufwandsquote:
$$\frac{\text{Personalaufwand} \times 100}{\text{Gesamtaufwand}}$$

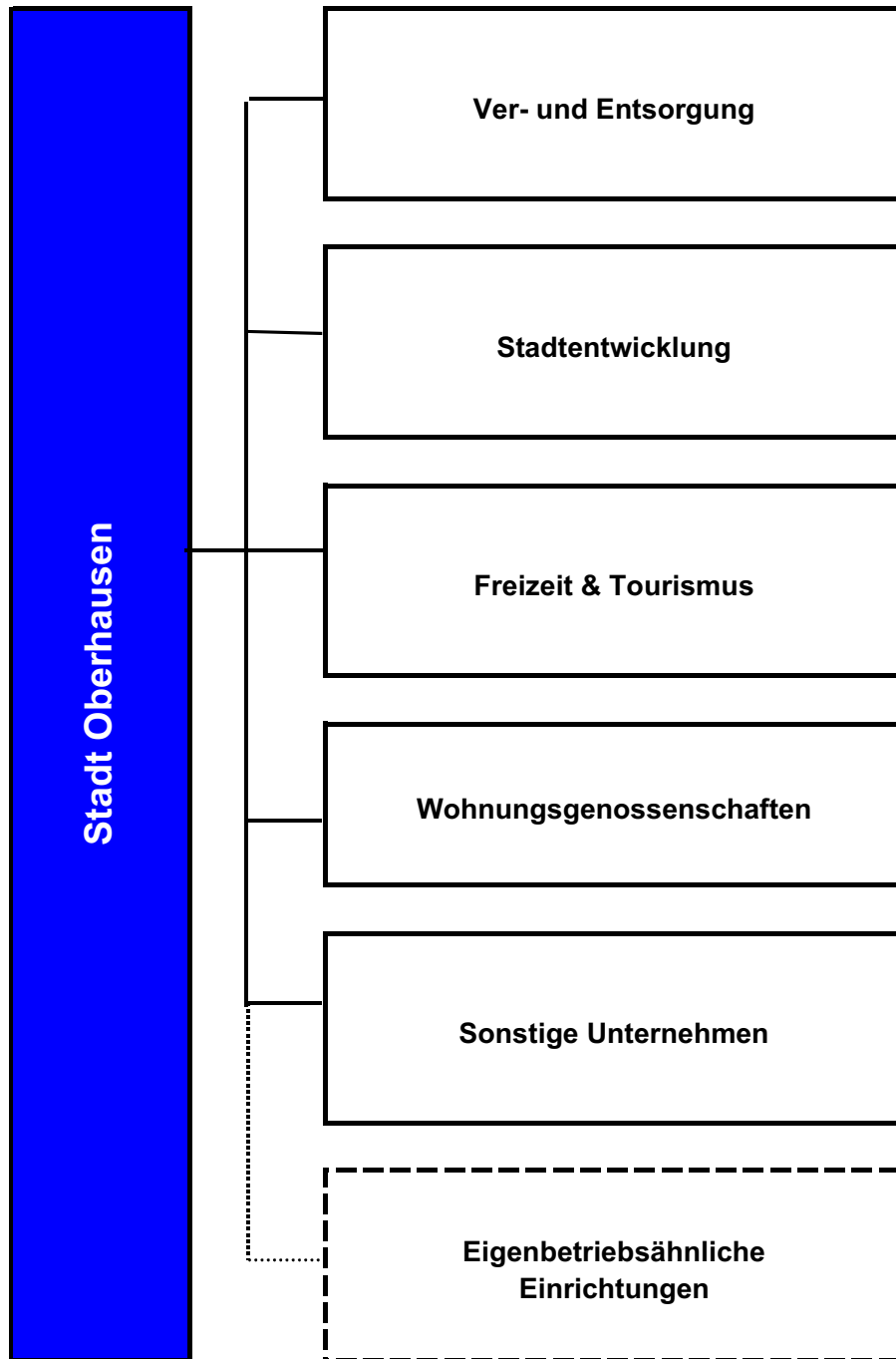
Die Kennzahl ist ein Indikator für die Personalintensität der Gesellschaft. Im Branchenvergleich kann sie auf die Notwendigkeit personalwirtschaftlicher Maßnahmen hinweisen. Ggf. kann die Rentabilität der Gesellschaft durch den verstärkten Einsatz anderer Produktionsfaktoren verbessert werden.

Je höher die Kennzahl im Branchenvergleich, desto größer ist die Notwendigkeit, den Umfang des Personaleinsatzes zu überprüfen.

Umsatz pro Mitarbeiter:
$$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Anzahl der Mitarbeiter}}$$

Die Kennzahl drückt die Produktivität des eingesetzten Personals aus. Im Branchenvergleich kann so die Effizienz des Personaleinsatzes gewertet werden.

Je niedriger der Umsatz pro Mitarbeiter im Branchenvergleich, desto intensiver sollte der Umfang des Personaleinsatzes überprüft werden.



Übersicht über wichtige Unternehmensdaten

für unmittelbare Beteiligungen $\geq 20\%$ sowie mittelbare Beteiligungen von $\geq 50\%$

Sparte	Gesellschaft	Beteiligung in %	Beschäftigte	
Ver- und Entsorgung	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	100	505	
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	51	3	
	OVP O.Vision Projektgesellschaft GmbH	51	0	
	OVZ O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH	51	0	
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	51	399	
	evo Energieversorgung Oberhausen AG	50	484	
	evo Energie-Netz GmbH	50		
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	100	820	
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	15,2	191	
	Zwischensumme Sparte			2.402
Durchschnittswerte Sparte		58	300	
Stadtentwicklung	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH	100	7	
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	100	5	
	OBG Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	100	3	
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	50	8	
	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	100	0	
	Zwischensumme Sparte			23
Durchschnittswerte Sparte		90	5	
Freizeit & Tourismus	Schloss Oberhausen GmbH	100	0	
	Gasometer Oberhausen GmbH	100	1	
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	90	14	
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	100	9	
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	100	9	
	Revierpark Vonderort GmbH	25	33	
	Zwischensumme Sparte			66
Durchschnittswerte Sparte		86	11	
Wohnungs-genossenschaften	Bau- und Wohnungsgenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.			
Sonstige	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	100	369	
	ASO Service GmbH	100	38	
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	100	96	
	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH			
	Zwischensumme Sparte			503
Durchschnittswerte Sparte		100	168	
Eigenbetriebe	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	100	0	
	Theater Oberhausen	100	144	
	Zwischensumme Sparte			144
	Durchschnittswerte Sparte		100	72

Stand: 31.12.2006 (Theater, IKF 31.07.2006)

Stammkapital	Eigenkapital (inkl. Rücklagen)	Bilanzsumme	langfristige Verbindlichkeiten	Umsatzerlöse	Jahresergebnis
25.600	38.717	109.618	28.828	25.418	-9.722
256	0	9.345	0	5.590	-4.505
25	0	9.509	0	10.761	-513
25	0	2.118	0	10.549	2.718
11.248	14.039	35.813	0	38.670	2.502
32.768	36.992	163.501	0	168.508	14.161
25		Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs zum 01.01.2007			
5.000	5.528	48.668	7.160	91.317	1.700
256	8.913	304.247	16.660	91.190	19.132
75.203	104.189	682.819	52.648	442.003	25.473
8.356	13.024	85.352	6.581	55.250	3.184
26	0	10.882	1.644	843	-34.966
153	0	18.990	6.279	1.686	-3.801
26	0	16.716	6.033	1.107	-3.727
180	1.137	1.363	0	68	-825
25	0	32.195	10.822	3.008	-416
410	1.137	80.146	24.778	6.712	-43.735
82	227	16.029	4.956	1.342	-8.747
26	0	3.698	984	184	2
26	1.637	1.688	0	764	-3
26	53	262	0	1.131	-350
26	0	9.039	6.198	1.065	-1.390
26	170	357	0	184	0
41	3.753	4.350	0	2.230	-285
171	5.613	19.394	7.182	5.558	-2.026
28	936	3.232	1.197	926	-338
		1.519	1.006	128	14
25	2.537	8.180	346	21.326	528
25	25	34	0	742	0
25	188	1.466	0	0	-29
Die Gesellschaft befindet sich seit September 2000 im Insolvenzverfahren.					
75	2.750	9.680	346	22.068	499
25	917	3.227	115	7.356	166
1.790	8.289	37.711	24.262	0	38
51	131	894	0	505	0
1.841	8.420	38.605	24.262	505	38
921	4.210	19.303	12.131	253	19

Übersicht über wichtige Unternehmenskennzahlen

für unmittelbare Beteiligungen >= 20% sowie mittelbare Beteiligungen von >= 50%

Sparte	Gesellschaft	Eigenkapitalquote	Anlagendeckung I
Ver- und Entsorgung	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	35,0	41,9
	PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	0,0	0,0
	OVZ O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH		Bei reinen Projekt
	OVP O.Vision Projektgesellschaft GmbH		Bei reinen Projekt
	WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH	39,2	71,0
	EVO Energieversorgung Oberhausen AG	23,0	47,7
	evo Energie-Netz GmbH		
	OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	11,4	15,4
	GMVA Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH	3,0	3,5
	Durchschnittswerte Sparte		18,6
Stadtentwicklung	GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH	0,0	0,0
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	0,0	0,0
	OBG Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	0,0	0,0
	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	83,4	3.445,5
	VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	0,0	0,0
	Durchschnittswerte Sparte		16,7
Freizeit & Tourismus	Schloss Oberhausen GmbH	0,0	0,0
	Gasometer Oberhausen GmbH	97,0	5.241,1
	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	20,2	150,0
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	0,0	0,0
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	47,6	425,0
	Revierpark Vonderort GmbH	86,3	134,8
	Durchschnittswerte Sparte		41,9
Wohnungs-genossenschaften	Bau- und Wohnungsgenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	26,3	28,5
Sonstige	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	31,0	210,5
	ASO Service GmbH	73,5	0,0
	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	12,8	587,5
	FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH		
	Durchschnittswerte Sparte		39,1

Stand: 31.12.2006 (IKF 31.07.2006)

Anlagendeckung II	Abschreibungsquote	Liquidität 1. Grades	Liquidität 2. Grades	Eigenkapitalrentabilität	Umsatzrentabilität	Personalaufwandsquote	Umsatz pro Mitarbeiter
73,0	4,2	16,3	151,9	-25,2	-38,4	49,3	50,3
0,0	30,0	0,0	42,2	0,0	-80,6	6,0	1.863,3

:- und Entwicklungsgesellschaften wurde auf die Bildung von Kennzahlen verzichtet (s. Allg. Hinweise zur Präsentation der Unternehmen)

:- und Entwicklungsgesellschaften wurde auf die Bildung von Kennzahlen verzichtet (s. Allg. Hinweise zur Präsentation der Unternehmen)

71,0	5,6	2,5	27,8	17,8	6,5	46,8	101,2
47,7	1,9	37,8	198,2	54,3	11,9	24,1	329,8

Aufnahme des operativen Geschäftsbetriebs zum 01.01.2007

35,4	6,1	0,6	77,1	57,8	1,9	32,4	111,4
9,9	4,4	73,4	301,5	327,9	32,0	16,3	479,9
39,5	8,7	21,8	133,1	72,1	-11,1	29,2	489,3

37,9	4,1	22,2	60,0	0,0	0,0	-1,4	168,6
54,1	-91,8	42,0	1.970,7	0,0	-225,5	3,3	337,2
418,4	-0,4	2,8	474,3	0,0	-336,7	3,0	369,0
3.445,5	20,8	3.237,2	3.362,6	-72,6	-786,2	67,6	8,5
34,3	3,6	0,0	0,0	0,0	13,8	0,3	0,0
798,0	-12,7	660,8	1.173,5	-14,5	-266,9	14,6	176,7

28,1	4,1	125,3	126,4	0,0	1,1	0,0	0,0
5.241,1	9,1	1,0	1,0	0,7	68,3	14,9	764,0
150,0	9,8	106,3	172,5	-660,4	-30,9	31,7	80,8
81,3	4,0	2,4	15,4	0,0	-130,5	17,0	
425,0	141,6	546,9	634,7	14,1	12,0	36,5	22,2
134,8	2,4	315,2	341,5	-7,8	-12,8	46,1	67,6
1.010,1	28,5	182,9	215,3	-108,9	-15,5	24,4	186,9

100,1	1,6	200,0	200,0	4,8	10,9	0,0	0,0
239,2	8,1	213,9	484,7	10,7	1,0	61,2	58,1
0,0	0,0	150,0	567,0	0,0	0,0	98,0	16,0
587,5	30,4	222,8	247,2	15,4	0,0	78,4	0,0

Die Gesellschaft befindet sich seit September 2000 im Insolvenzverfahren.

275,6	12,8	195,6	433,0	8,7	0,3	79,2	24,7
--------------	-------------	--------------	--------------	------------	------------	-------------	-------------

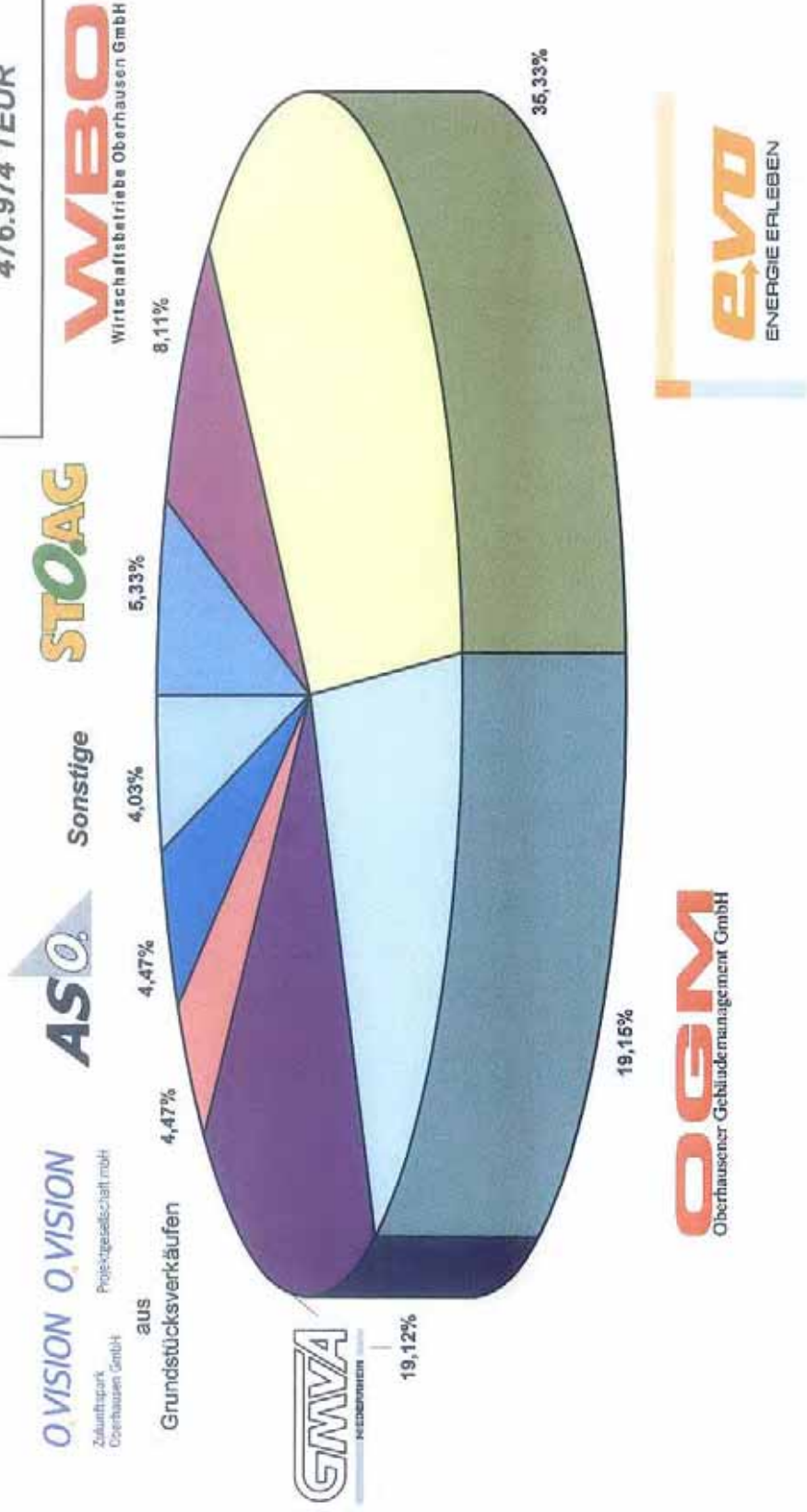
Gegenüberstellung von wichtigen Daten der wesentlichen Beteiligungsgesellschaften und der Stadtverwaltung Oberhausen

Wesentliche Beteiligungsgesellschaften		Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe)	
6 Sparten mit 23 Gesellschaften		6 Dezernate mit 37 Bereichen	
Beschäftigte	3.138	↔	2.265 Beschäftigte
Stammkapital	77.675 TEUR		
Eigenkapital	122.109 TEUR		
Bilanzsumme	832.163 TEUR	↔ - - - - -	1.067.923 TEUR Gesamtvolumen Haushalt
langfristige Verbindlichkeiten	110.222 TEUR	↔	394.374 TEUR Gesamtverschuldung (VmH)
Umsatzerlöse	476.974 TEUR	↔	427.394 TEUR Einnahmen VwH
Jahresergebnis	-19.766 TEUR	↔	-564.206 TEUR Jahresfehlbedarf

Die Darstellung soll auf Basis der "wichtigen Unternehmensdaten" die Größenordnung der wesentlichen Beteiligungsgesellschaften des "Konzerns Stadt Oberhausen" im Vergleich zur "Konzernmutter" Stadtverwaltung verdeutlichen. Da die Grunddaten aus unterschiedlichen Systemen der Rechnungslegung gewonnen werden (kaufmännischer Jahresabschluss - Haushaltsplan) sind die Positionen nicht vollständig vergleichbar bzw. in der Kameralistik nicht vorhanden. Beim Vergleich der Anzahl der Beschäftigten wurde die Zahl der tatsächlichen Mitarbeiter/innen (nicht Stellen) angehalten.

Verteilung des Umsatzvolumens
der wesentlichen städtischen Beteiligungen 2006

Umsatzerlöse insgesamt:
476.974 TEUR



O.VISION O.VISION

Zukunftspark
Cochhausen GmbH
Projektgeseilschaft mbH

ASO

Sonstige

STOAG

WVBO
Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

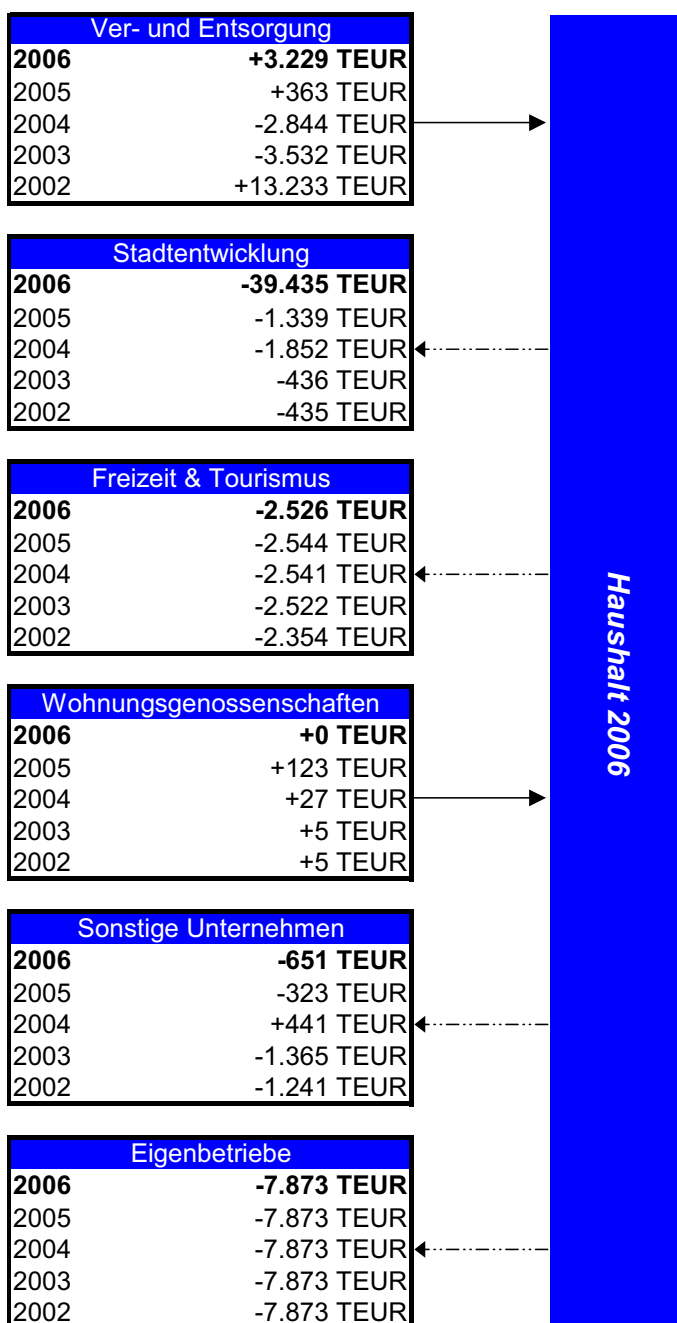
OEGM
Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

EVO
ENERGIE ERLEBEN

GMVA
GEBÄUDEMANAGEMENT

Auswirkungen der Beteiligungsgesellschaften auf den städtischen Haushalt Gesamtüberblick 2001 - 2005

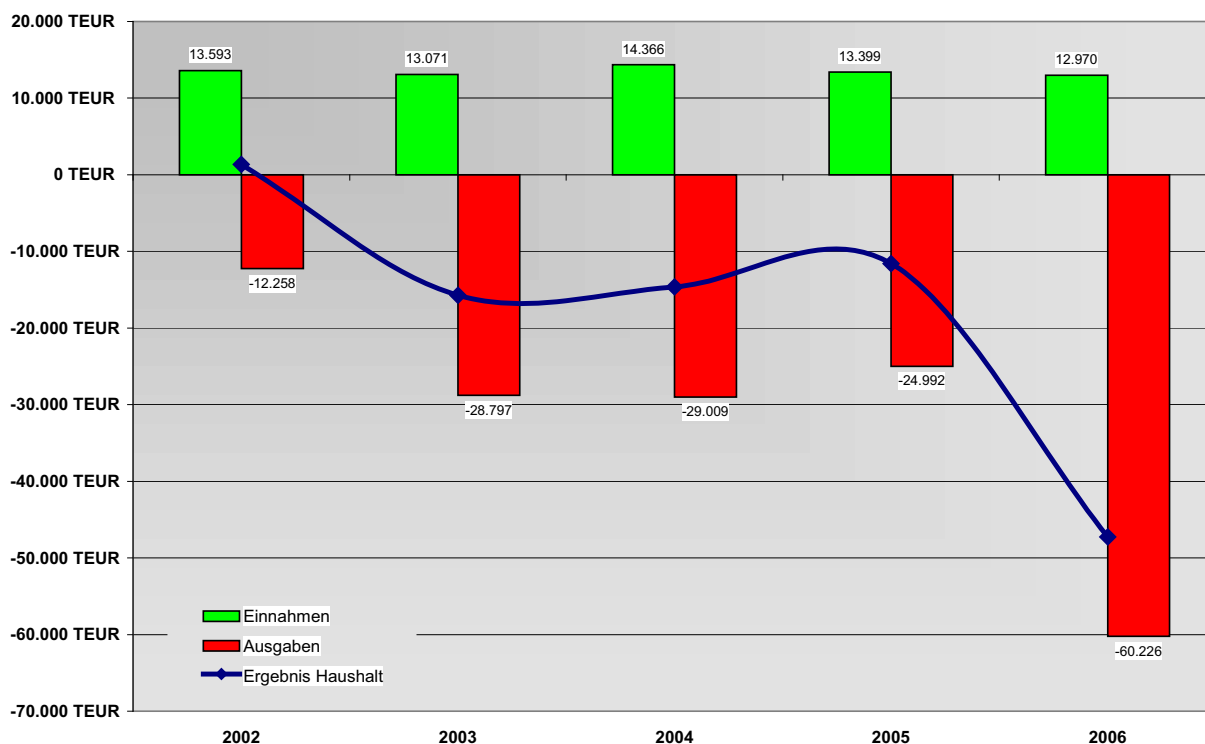
In der folgenden Aufstellung werden diejenigen Liquiditätsverflechtungen zwischen der Stadt Oberhausen und ihren Beteiligungsgesellschaften aufgeführt, die direkt aus dem gesellschaftsrechtlichen Verhältnis resultieren. Die aufgrund von Leistungsbeziehungen zwischen den Gesellschaften und der Stadt geleisteten Entgelte sind nicht berücksichtigt. Für die einzelnen Sparten ist folgende Entwicklung zu verzeichnen:



Die Einnahmen und Ausgaben des Haushalts haben sich dabei bezogen auf die Gesellschaften wie folgt entwickelt:

		2002 TEUR	2003 TEUR	2004 TEUR	2005 TEUR	2006 TEUR	2002-2006 TEUR	%
Dividenden (D)		108	6	6	5	0	- 108	-100,00
Erstattung Betriebskostenzu. (E)		233	0	11	0	0	- 233	-100,00
Gewinnausschüttungen (G)		0	49	48	0	0	+ 0	+0,00
Konzessionsentgelte (K)		12.908	12.997	12.420	12.756	12.927	+ 19	+0,15
Bürgschaftsprovisionen (P)		325	0	21	26	24	- 301	-92,62
Verkaufserlöse Anteile (VE)		0	0	1.842	593	0	+ 0	+0,00
Verzinsung Darlehen (Z)		19	19	18	19	19	+ 0	+0,00
Einnahmen		13.593	13.071	14.366	13.399	12.970	- 623	-5,01
Betriebskostenzuschüsse (B)		-12.258	-28.796	-29.008	-24.992	-26.901	+ 14.643	+119,46
Kapitaleinlagen (KE)		0	-1	-1	0	-33.325	- 33.325	
Investitionszuschüsse (I)		0	0	0	0	0	+ 0	
Ausgaben		-12.258	-28.797	-29.009	-24.992	-60.226	+ 47.968	+391,32
Ergebnis Haushalt		1.335	-15.727	-14.643	-11.593	-47.256	- 48.591	- 3.639,78

Die o. g. Zahlen der Haushaltsjahre 2001 bis 2005 geben die rein finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften für den Haushalt der Stadt Oberhausen wieder.



Auswirkungen der Beteiligungsgesellschaften auf den städtischen Haushalt 2006

- Einzelübersicht ohne Leistungsentgelte -

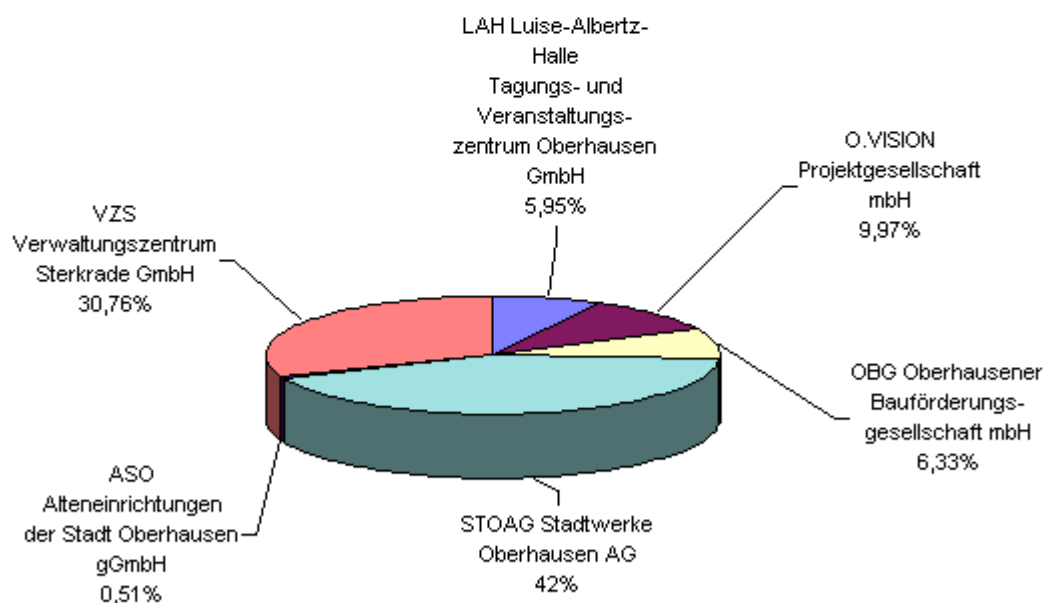
Sparte	Gesellschaft	Art	Einzelbetrag TEUR	Summe TEUR
Ver- und Entsorgung	STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	B	-9.722	-9.698,00
		P	24	
	EVO Energieversorgung Oberhausen AG	K	9.686	+9.686,00
	RWW Rheinisch- Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	D	0	+3.241,00
		K	3.241	
	Zwischensumme Sparte			+3.229,00
Stadtentwicklung	ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen GmbH	B	-435	-435,00
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	KE	-33.325	-33.325,00
	TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	B	-5.675	-5.675,00
	Zwischensumme Sparte			-39.435,00
Freizeit & Tourismus	TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	B	-349	-349,00
	LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	B	-1.176	-1.176,00
	IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH	B	-659	-659,00
	Revierpark Vonderort GmbH	B	-342	-342,00
	Zwischensumme Sparte			-2.526,00
Wohnungs- genossen- schaften	Bau- und Wohnungsgenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	D	0,0	+0,00
	Zwischensumme Sparte			+0,00
Sonstige	BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH	B	-670	-670,00
	ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	P		+0,00
	Lokalfunk Radio Mülheim / Oberhausen	Z	19	+19,00
	Zwischensumme Sparte			-651,00
Eigenbetriebe	Theater Oberhausen	B	-7.873	-7.873,00
	Zwischensumme Sparte			-7.873,00
Summe aller Sparten				-47.256,00

Einnahmen D = Dividenden; E = Erstattung Betriebskostenzusch. G = Gewinnausschüttung; K = Konzessionsentgelte; P = Bürgschaftsprovisionen; V = Verwaltungskostenerstattung; VE = Veräußerungserlöse; Z = Verzinsung Darlehen; Zu = Zuschüsse

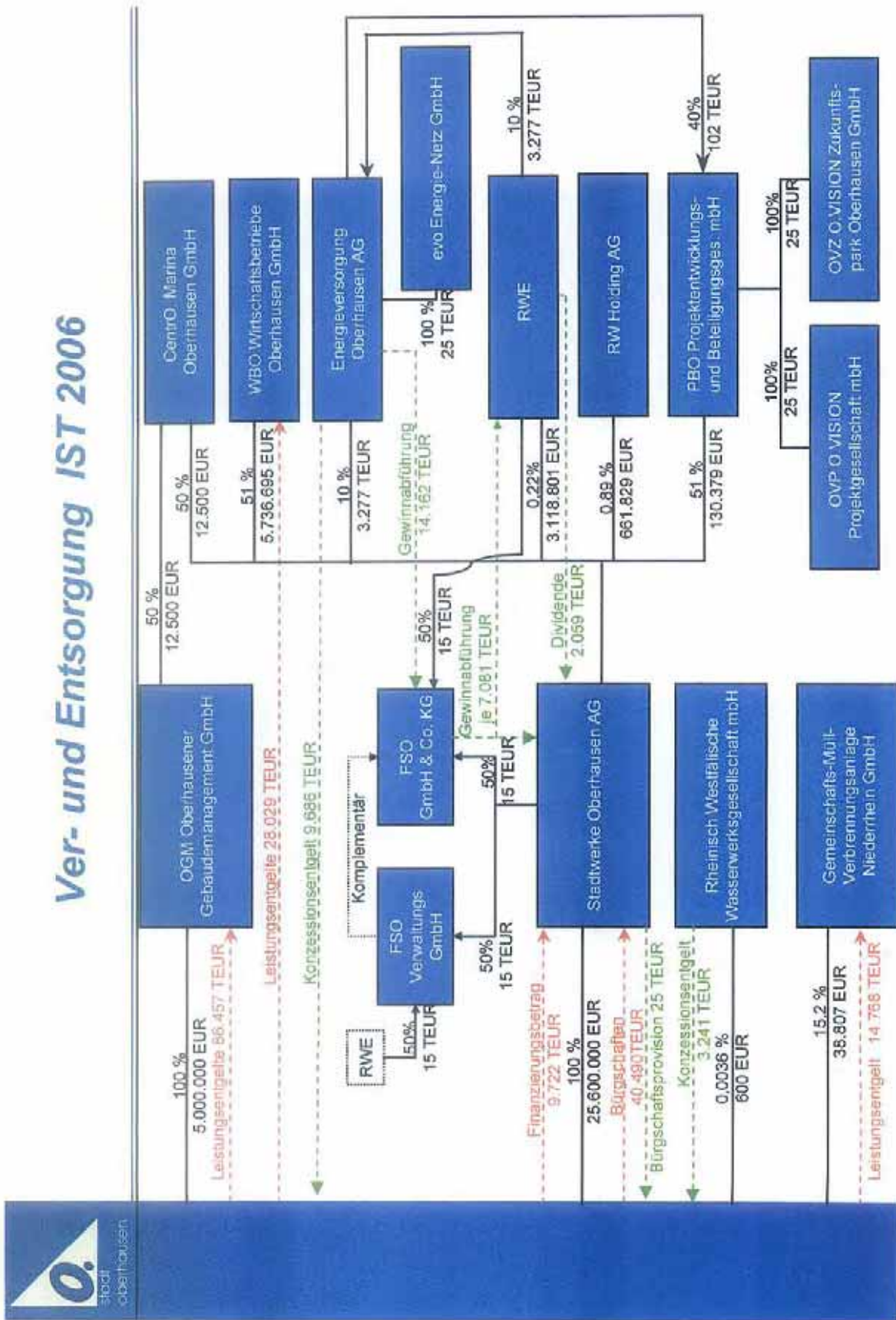
Ausgaben B = Betriebskostenzuschüsse; I = Investitionskostenzuschüsse; KE = Kapitaleinlagen; VÜ = Verlustübernahme

Aktuelle Bürgschaften der Stadt Oberhausen

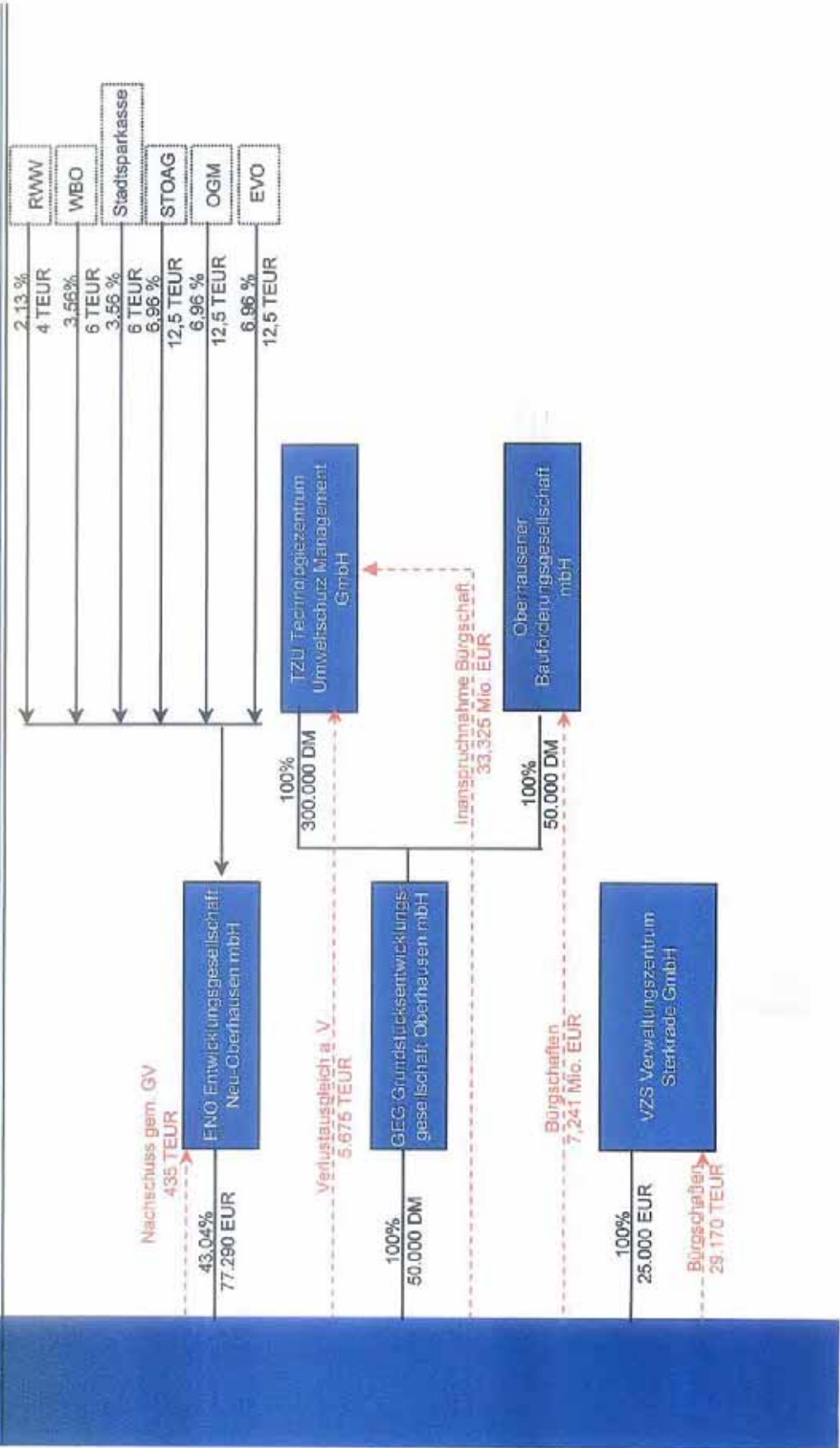
Schuldner	Stand 31.12.2006
LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	7.412.170,86 EUR
O.VISION Projektgesellschaft mbH	9.454.298,18 EUR
OBG Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	7.829.964,90 EUR
STOAG Stadtwerke Oberhausen AG	40.490.072,45 EUR
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH	484.137,50 EUR
VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH	29.169.982,38 EUR
Gesamtergebnis	94.840.626,27 EUR



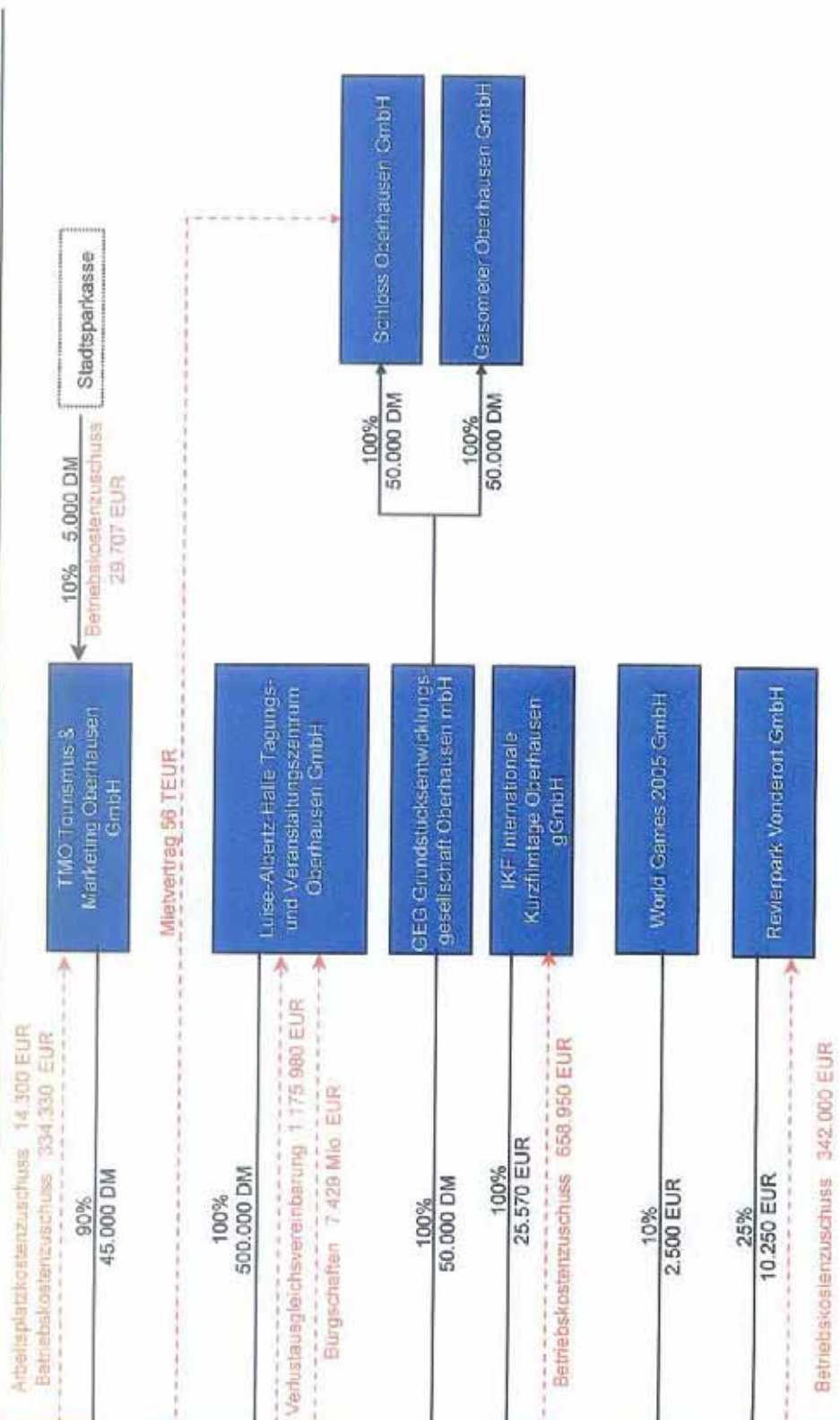
Ver- und Entsorgung IST 2006



Stadtentwicklung IST 2006



Freizeit & Tourismus IST 2006



Wohnungsbaugenossenschaften IST 2006

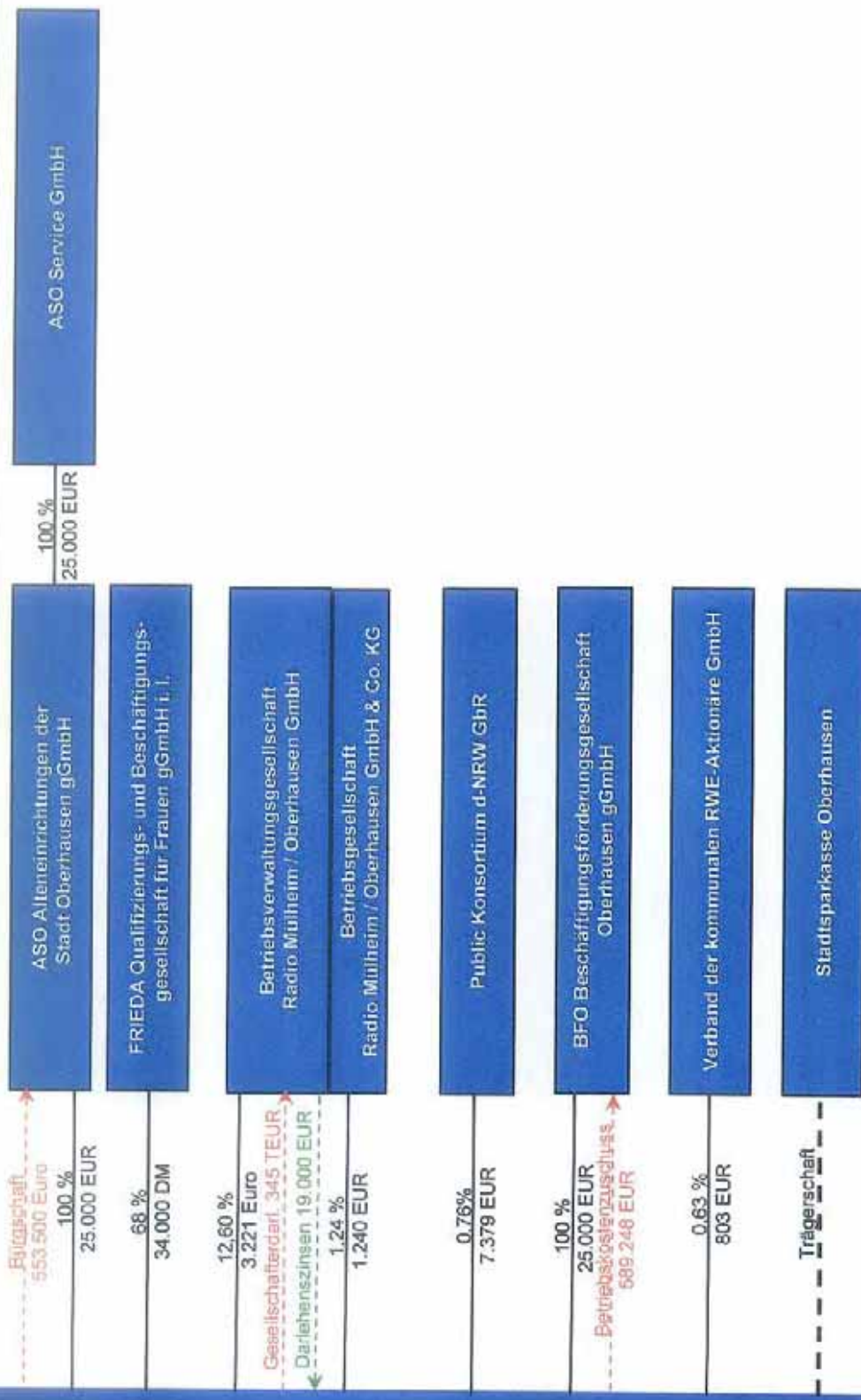


Bau- und Wohnungsgenossenschaft
Werbundisiedlung Am Rührfuhr

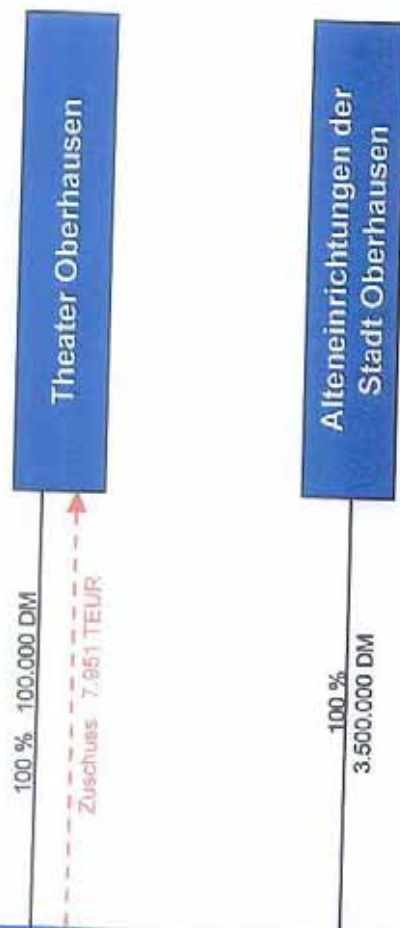
78.85 %
167.309 Euro

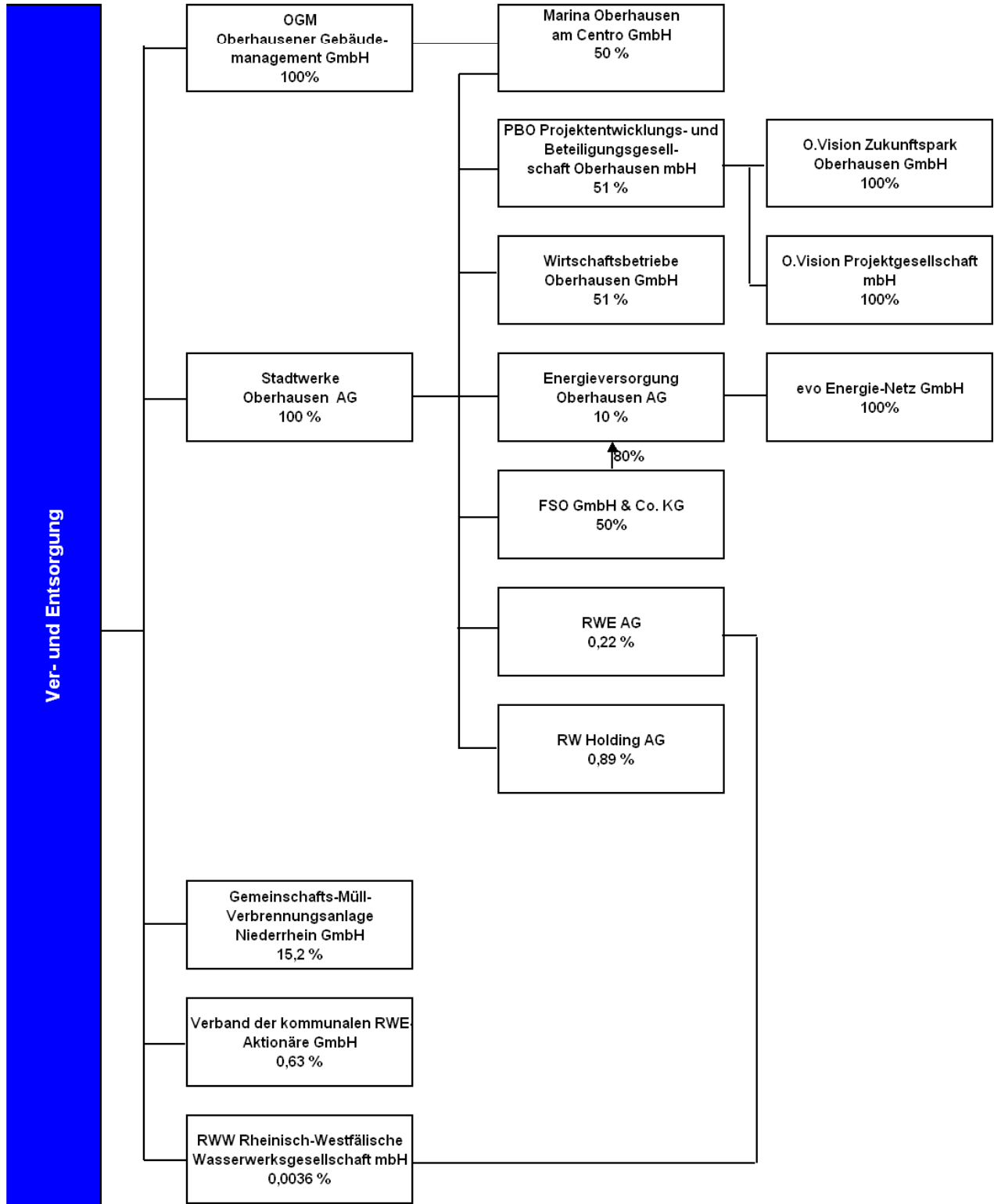


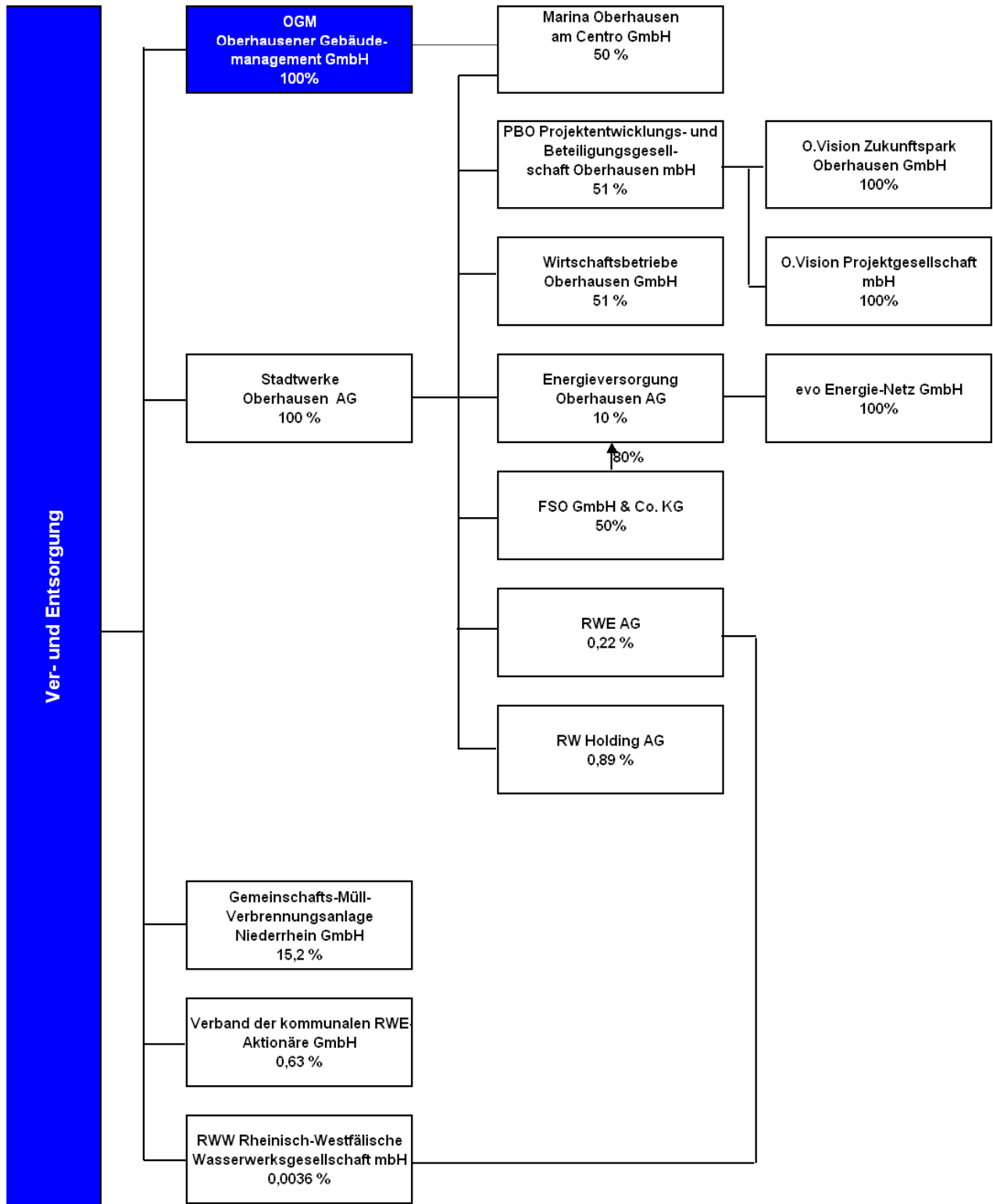
Sonstige Gesellschaften IST 2006



Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen IST 2006







Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen
Telefon 0208 / 594-5
Telefax 0208 / 594-7070
Internet www.ogm.de
email ogminfo@ogm.de

Geschäftsführung
Hartmut Schmidt
Bernhard Elsemann

gegründet:	1999
Stammkapital	5.000.000,00 Euro
Beteiligung der Stadt	5.000.000,00 Euro (100 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens sind Dienstleistungen im Bereich Gebäudemanagement, insbesondere die Unterhaltung von Verwaltungsgebäuden der Stadt Oberhausen sowie die Integration von Planung, Kontrolle und Bewirtschaftung bei Gebäuden, Anlagen und Einrichtungen und die Verbesserung von Nutzungsflexibilität, Arbeitsproduktivität und Kapitalrentabilität unter Berücksichtigung von Arbeitsplatz und Arbeitsumfeld, die Vermietung von Räumen sowie im Einzelfall der Erwerb und die Veräußerung von Immobilien im Stadtgebiet Oberhausens.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung ihres Unternehmenszwecks Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM GmbH (Auftragnehmerin) vom 20.12.2000 (gültig ab 01.01.2001)
- Rahmenleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen (Auftraggeberin) und der OGM GmbH (Auftragnehmerin) vom 20.12.2000 (gültig ab 01.01.2001)
- Dienstleistungsvertrag zwischen der OGM GmbH (Auftraggeberin) und der Stadt Oberhausen (Auftragnehmerin) vom 20.12.2000 (gültig ab 01.01.2001)
- Anpassungsvertrag zwischen OGM GmbH, WBO GmbH und Stadt zur Übernahme der Leistungsbeziehungen (gültig ab 01.01.2001)
- Überleitungstarifvertrag zwischen ÖTV, Stadt Oberhausen und OGM GmbH vom 08.12.2000
- Überleitungsvertrag zwischen Stadt Oberhausen und OGM GmbH vom 08.12.2000
- Personalgestellungsvertrag zwischen Stadt Oberhausen und OGM GmbH vom 08.12.2000
- Mietvertrag zwischen Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS) und OGM GmbH, gültig ab 01.01.2001
- Betreibervertrag zwischen VZS und OGM GmbH, gültig ab 01.01.2001
- Vertrag über die Übereignung des gesamten beweglichen Anlagevermögens der Stadt Oberhausen vom 10.09.2002

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Aufsichtsrat

Stefan Zimkeit	Vorsitzender
Barbara Oesterbeck	stellvertretende Vorsitzende
Marianne Broll*	stellvertretende Vorsitzende, ab 27.04.2006
Ralf Bosserhoff*	ab 27.04.2006
Hubert Cordes	
Manfred Flore	
Jürgen Grefermann	
Helga Grothe	
Udo Hansmeier*	ab 27.04.2006
Angelika Jäntsich	ab 27.04.2006
Peter Klunk **	
Werner Nakot	
Marita Wolter	
Jutta Zander*	ab 27.04.2006
Andrea Zwick*	ab 27.04.2006

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter (zum Stichtag 31.12.)*	362	368	395	366	820

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 IST/T€	2004 IST/T€	2005 IST/T€	2006 IST/T€	2007 Plan/T€
Deckungsring (DR) Gebäudeunterhaltung inkl. HOAI-Honoraren	5.071	8.321	6.506		
DR Nutzungsentgelte	1.355	1.932	2.341	5.814	5.004
DR Mieten TR Sterkrade	1.921	2.669	2.828		
DR Mieten	1.990	1.700	1.906	5.140	5.741
DR Projektkosten aus LV	15.532	18.775	21.670		
DR Rechnungsjournale	21.380	21.510	22.955	24.162	25.376

Haushaltsstelle	2003 IST/T€	2004 IST/T€	2005 IST/T€	2006 IST/T€	2007 Plan/T€
Doppischer Haushalt: D00000009 DR Unterh. Grndstcke u. baul. Anlagen -OGM-				7.849	6.550
Doppischer Haushalt: D00000002 DR Sach- u. Dienstleistungen -OGM-				43.492	42.298

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006

I. Allgemeines

Die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH wurde am 05.09.1999 gegründet. Das operative Geschäft wurde zum 01.01.2001 aufgenommen.

Der Geschäftszweck der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, Dienstleistungen im Bereich des Facility-Managements, insbesondere für die Verwaltungsgebäude der Stadt Oberhausen zu erbringen.

Im Einzelnen umfasste das operative Geschäft zunächst folgende Bereiche

- Durchführung aller Baumaßnahmen einschließlich Planungsberatung und Technikausstattung,
- Gebäudeunterhaltung,
- Bereitstellung von Serviceleistungen (haustechnischer Dienst, zentraler Einkauf, Post- und Botendienste, Druckerei / Vervielfältigung etc.),
- Flächenmanagement und Vermietungswesen (einschließlich Sportstätten),
- Bereitstellung von IT-Leistungen einschließlich Durchführung von Schulungen.

Am 26.06.2005 hat der Rat der Stadt Oberhausen ein Eckpunkte-Papier zur Neuordnung der Geschäftsfelder zwischen der OGM GmbH und der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH verabschiedet, um folgende Ziele zu erreichen:

- die Instandsetzung und Sanierung der städtischen Bäder inkl. des Wiederaufbaus des durch einen Tornado beschädigten Südbades,
- die Senkung der Friedhofsgebühren,

- die Vereinbarung von rechtskonformen Leistungsentgelten in den gebührengebundenen Bereichen,
- die Realisierung weiterer Beiträge zur Konsolidierung des städtischen Haushalts.

In seiner Sitzung am 19.12.2005 hat der Rat der Stadt beschlossen, der OGM GmbH mit Wirkung vom 01.01.2006 zusätzlich folgende Geschäftsfelder unmittelbar zu übertragen:

- Gebäudereinigung / Glasreinigung,
- Bäderwesen,
- Werkstätten (Maler, Installateure, Schreiner, Spediteure),
- Sportanlagen,
- Grünflächenunterhaltung,
- Tiergehege,
- Friedhöfe.

Hauptkundin der OGM GmbH ist nach wie vor die Stadt Oberhausen. Darüber hinaus bestehen Geschäftsbeziehungen zu nahezu allen städtischen Tochtergesellschaften.

Basis für die Leistungsbeziehungen zwischen der OGM GmbH und der Stadt Oberhausen ist ein umfangreiches Vertragswerk.

Hauptbestandteile dieses Vertragswerkes sind

- der „Rahmenleistungsvertrag“, der detaillierte Regelungen zu Art und Umfang der von der OGM GmbH zu erbringenden Bauleistungen sowie zu deren Abwicklung und Abrechnung beinhaltet,
- der „Leistungsvertrag“, in dem entsprechende Regelungen zu allen übrigen vorstehend beschriebenen Leistungen getroffen werden,
- zahlreiche weitere Verträge über Einzelmaßnahmen (insbesondere Mietverträge).

Alle Verträge – insbesondere aber der Leistungsvertrag und der Rahmenleistungsvertrag – werden regelmäßig überprüft und – soweit erforderlich – den aktuellen Erfordernissen angepasst.

Die letzte – das Geschäftsjahr 2006 betreffende – Anpassung erfolgte im Dezember 2005 und beinhaltete im Wesentlichen die Aktualisierung und Modifizierung einzelner

Leistungs- und Abrechnungsparameter insbesondere hinsichtlich der übernommenen Geschäftsfelder.

In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres erfolgte eine umfassende Überarbeitung der Verträge. Die neuen Regelungen treten zum 01.01.2007 in Kraft.

II. Das Geschäftsjahr 2006

1. Allgemeines

Das Geschäftsjahr 2006 war wesentlich geprägt durch die bereits im Vorwort beschriebene Ausweitung der Geschäftstätigkeit und die damit verbundene Integration der neuen Geschäftsfelder sowie der ca. 470 neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit dem engagierten Einsatz aller Beteiligten ohne nennenswerte Probleme bewältigt werden konnte.

Zur Umsetzung der vom Rat der Stadt definierten Ziele der Neuordnung wurden insbesondere folgende Maßnahmen umgesetzt:

- Für eine Neuordnung der Bäderlandschaft in Oberhausen wurde ein Konzept erarbeitet.

Das auf Grund eines Sturmschadens nicht mehr nutzbare Südbad wurde abgerissen und mit der Auswahl eines Architektenentwurfs der Grundstein für den Neubau (Baubeginn Frühjahr 2007) gelegt.

Mit dem Abschluss eines langfristigen Vertrages wurde der Stadt Oberhausen die Sicherheit für die Bereitstellung eines ausreichenden Bäderangebotes unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Schul- und Vereinsschwimmens zu für die Stadt kalkulierbaren Entgelten verschafft.

- Das Entgelt für die Bewirtschaftung der Friedhöfe wurde entsprechend den Anforderungen des öffentlichen Preisrechtes gestaltet und mit der Stadt ein entsprechender Vertrag geschlossen.

Die Kapellen, Leichenhallen und Leichenzellen auf den kommunalen Oberhausener Friedhöfen wurden von der OGM erworben und werden von ihr nunmehr in eigener Verantwortung bewirtschaftet.

Diese Maßnahmen führten zu einer Senkung der Gebühren auf den kommunalen Friedhöfen.

- Zur Realisierung von Einsparpotentialen im Bereich der Gebäude- und Glasreinigung wurde eine europaweite Ausschreibung vorbereitet, die Ende November 2006 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft veröffentlicht wurde.

- Durch eine zum 01.01.2006 in Kraft getretene Neuorganisation der OGM GmbH wurde den durch die Ausweitung der Geschäftsfelder und die gestiegene Mitarbeiterzahl bedingten Erfordernissen Rechnung getragen. Gleichzeitig wurde mit der neuen Struktur die Basis für dezentrale Verantwortung, kurze Entscheidungswege und Realisierung von Einsparpotentialen optimiert.

2. Besondere Projekte im Geschäftsjahr 2006

Neben den unter 1. beschriebenen Maßnahmen wurden im Berichtsjahr folgende Projekte umgesetzt bzw. für eine Umsetzung in den Geschäftsjahren 2007 ff. vorbereitet:

- Am 01.08.2006 wurde ein ca. 6 ha großes Grundstück an der Osterfelder Straße in Oberhausen ersteigert. Hierbei handelt es sich um ein aus stadtplanerischer und struktureller Sicht bedeutsames Grundstück, das zum einen zur teilweisen Umsetzung des Bäderkonzeptes genutzt und zum anderen vermarktet werden soll.
- Zum 01.10.2006 wurde von der Revierpark Vonderort GmbH der Betrieb der Eislaufhalle Vonderort übernommen. Durch Nutzung von Synergieeffekten soll die Wirtschaftlichkeit dieses Objektes verbessert und damit dieses Freizeitangebot insbesondere für die Kinder und Jugendlichen in Oberhausen und Umgebung aufrecht erhalten werden.
- Im Dezember 2006 wurden zum 01.01.2007 jeweils 100 % der Geschäftsanteile an der Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH und an der Schloss Oberhausen GmbH erworben. In einem zweiten Schritt sollen kurzfristig beide Gesellschaften auf die OGM verschmolzen werden. Beide Gesellschaften beschäftigen sich mit der Verwaltung und dem Betrieb von Gebäuden. Durch die Verschmelzung soll somit eine weitere Konzentrierung des Gebäudemanagements erfolgen und Einsparpotential realisiert werden.
- In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres wurden intensive Verhandlungen mit der Stadt Oberhausen zur Anpassung des Leistungsvertrages und des Rahmenleistungsvertrages geführt. **Die überarbeiteten Fassungen sind nach Beratung und Beschlussfassung in den zuständigen Gremien zum 01.01.2007 in Kraft getreten.**

3. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Umsatzerlöse im Jahr 2006 belaufen sich auf 91,3 Mio. EUR im Vergleich zu 66,6 Mio. EUR im Vorjahr.

Für das Geschäftsjahr 2006 ergibt sich ein Betriebsergebnis in Höhe von + 4.381 TEUR. Im Vergleich zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2005 ist dies eine Verbesserung um 1.845 TEUR bzw. 73 %.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich auf + 3.196 TEUR. Es übertrifft das entsprechende Ergebnis des Geschäftsjahres 2005 um 1.406 TEUR bzw. 79 %.

Nach Steuern ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 1.700 TEUR. Im Geschäftsjahr 2005 belief sich der Jahresüberschuss auf 714 TEUR. Es ergibt sich also eine Verbesserung um 986 TEUR bzw. 138 %.

Die folgenden Kennzahlen geben einen Überblick über die finanziellen Leistungsindikatoren sowie die Vermögens- und Kapitalstruktur:

	2006	2005
Umsatzrentabilität	2 %	1 %
Gesamtkapitalrentabilität	4 %	2 %
Eigenkapitalrentabilität	44 %	23 %
Eigenkapital	5.528 TEUR	3.828 TEUR
Eigenkapitalquote	11,4 %	10,4 %
Verschuldungsgrad	88,6 %	89,6 %
Anlagendeckungsgrad	82,4 %	67,9 %

Insgesamt wurde damit die bereits in den letzten Jahren zu verzeichnende positive Entwicklung überzeugend fortgesetzt. Nach der aktuellen Finanzplanung wird sich dieser Trend auch in den nächsten Jahren kontinuierlich fortsetzen.

Damit wird belegt, dass sowohl die vom Rat der Stadt Oberhausen im Jahre 2000 getroffene Entscheidung, das Gebäudemanagement in eine privatrechtliche Organisationsform zu überführen, als auch die Entscheidung aus dem Jahre 2005, weitere mit dem Gebäudemanagement zusammenhängende Aufgaben bei der OGM zu konzentrieren, richtig war und dass durch die Realisierung vorhandener Konsolidierungs- und Synergiepotentiale eine deutlich wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung möglich ist.

Zu diesem Erfolg haben nicht zuletzt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der OGM GmbH mit ihrem engagierten und überdurchschnittlichen Einsatz erheblich beigetragen.

4. Sonstiges

Notwendige Finanzierungen im Berichtsjahr erfolgten durch Kontokorrentkredite, Darlehen und Leasing-Verträge. Weitere Finanzierungsinstrumente wurden nicht eingesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Beendigung des Geschäftsjahres 2006 nicht aufgetreten.

III. Ausblick

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2007 weist bei einem Umsatzvolumen von 91,2 Mio. EUR ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,0 Mio. EUR und einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 1,8 Mio. EUR aus. Investitionen sind in Höhe von 6,6 Mio. EUR vorgesehen.

Mit der Einhaltung und, wenn möglich, der Optimierung dieser Parameter hat sich die Geschäftsführung erneut ehrgeizige Ziele gesetzt.

Zur Einhaltung dieser sowie der mit den durch die vorstehend beschriebenen Projekte gesetzten Ziele ist es erforderlich:

- alle Geschäftsprozesse nochmals einer eingehenden Analyse zu unterziehen und alle Möglichkeiten zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit auszuschöpfen,
- weiterhin alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jederzeit zu kostenbewusstem Handeln anzuhalten,
- neue Projekte unter Berücksichtigung aller denkbaren Aspekte detailliert auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Stadt Oberhausen auf Anweisung der Bezirksregierung ein externes Beratungsunternehmen mit der Prüfung der städtischen Gesellschaften beauftragt hat. Angesichts des Umfangs ihrer Geschäftstätigkeit und der sich hieraus ergebenden finanziellen Konsequenzen für den städtischen Haushalt wird ein Schwerpunkt dieser Prüfung, die sich an einer due dilligence orientiert, bei der OGM liegen.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass es auch im Geschäftsjahr 2007 gelingen wird, die bisherige positive Entwicklung fortzusetzen, wiederum ein deutlich positives Ergebnis zu erwirtschaften und den Anforderungen der Gesellschafterin und Hauptkundin Stadt Oberhausen an kostengünstige und marktgerechte Leistungen zu entsprechen.

Bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

Oberhausen, den 7. Mai 2007

Bernhard Elsemann
Geschäftsführer

Hartmut Schmidt
Geschäftsführer

Bilanz
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

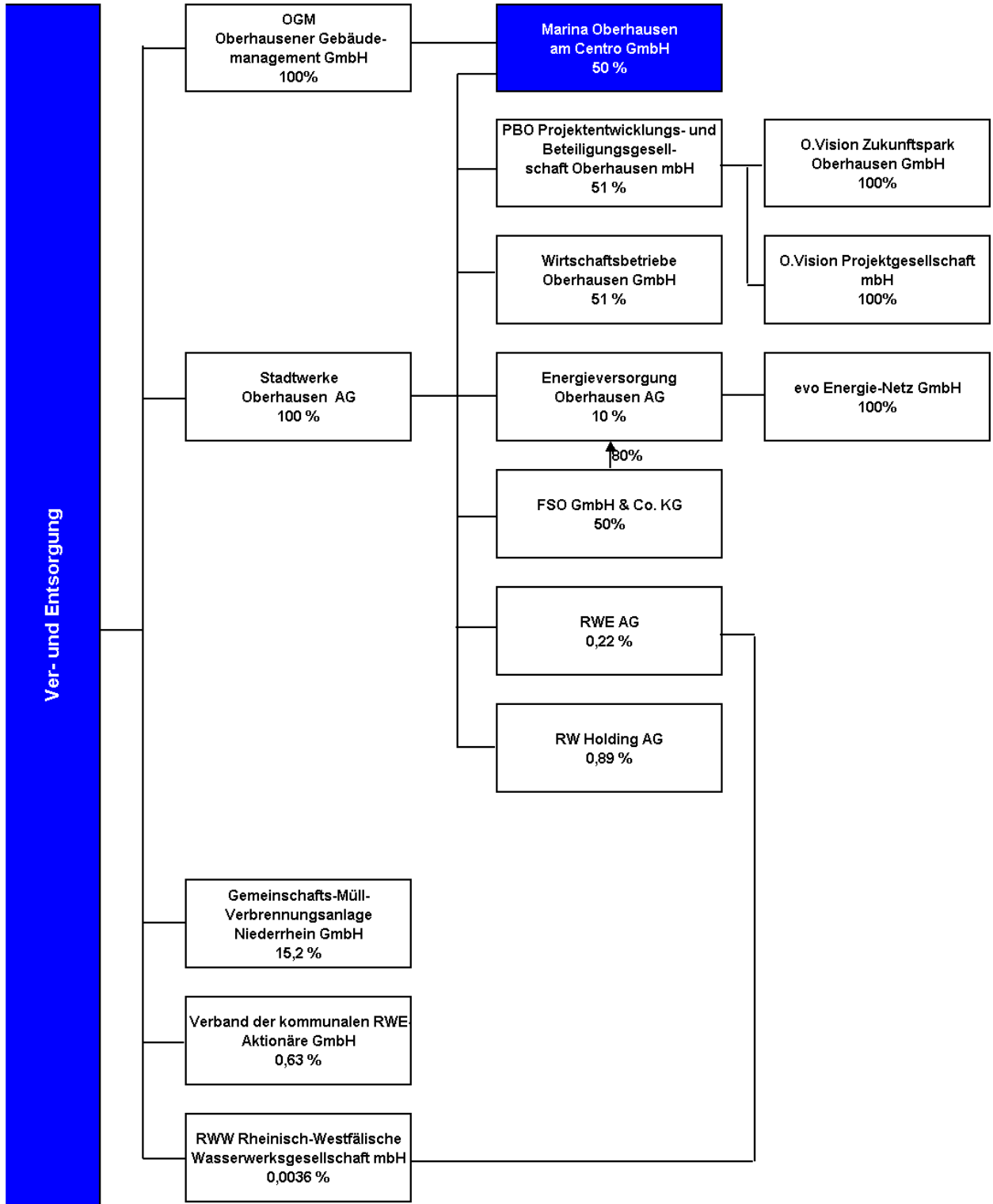
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	12.822	14.491	15.443	20.824	35.865
Sachanlagen	12.402	13.771	14.669	19.823	34.928
sonstiges	420	720	774	1.001	937
Umlaufvermögen	2.412	4.596	9.758	15.890	12.788
Vorräte	102	125	0	3.320	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	2.309	4.470	9.756	12.563	12.694
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1	1	2	7	94
Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	6	88	15
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	15.237	19.091	25.207	36.802	48.668
Passiva					
Eigenkapital	1.966	2.183	3.114	3.828	5.528
gezeichnetes Kapital	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Kapitalrücklage	2.969	4.269	4.269	4.269	4.269
Verlustvortrag	-3.444	-6.004	-7.086	-6.155	-5.441
Jahresergebnis (- = Verlust, + = Überschuss)	-2.559	-1.082	931	714	1.700
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					
Rückstellungen	2.728	1.673	2.184	3.549	5.455
Verbindlichkeiten	10.543	15.235	19.909	29.305	37.685
kurzfristig	4.867	5.295	11.389	20.707	16.588
mittelfristig	2.946	5.892	6.081	7.389	13.937
langfristig	2.730	4.048	2.439	1.209	7.160
Rechnungsabgrenzungsposten				120	0
SUMME PASSIVA	15.237	19.091	25.207	36.802	48.668

**Gewinn- und Verlustrechnung
OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Umsatzerlöse	46.898	54.422	70.694	66.620	91.317	91.154
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	4.599	-3.821	2.994	-3.557	0
sonstige betriebliche Erträge	194	288	612	481	596	1.927
Summe Erträge	47.092	59.309	67.485	70.095	88.356	93.081
Materialaufwand	-24.403	-34.953	-40.450	-41.891	-41.451	-39.137
Personalaufwand	-13.100	-13.269	-13.270	-13.387	-27.629	-32.267
Abschreibungen	-2.711	-2.862	-2.753	-3.169	-4.287	-4.692
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.160	-8.842	-9.493	-9.111	-10.607	-11.852
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-282	-467	-576	-751	-1.357	-1.830
Summe Aufwendungen	-49.656	-60.393	-66.542	-68.309	-85.331	-89.778
Zinsen und ähnliche Erträge	15	13	3	4	171	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.549	-1.071	946	1.790	3.196	3.303
Steuer von Einkommen und Ertrag				-572	-1.380	-1.229
sonstige Steuern	-10	-11	-15	-504	-116	-258
Jahresergebnis	-2.559	-1.082	931	714	1.700	1.816

Kennzahlen OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		12,9	11,4	12,4	10,4	11,4	-1,5
Anlagendeckung	%		15,3	15,1	20,2	18,4	15,4	+0,1
Anlagendeckung 2	%		36,6	43,0	36,0	24,2	35,4	-1,2
Abschreibungsquote	%		14,6	12,6	10,4	7,8	6,1	-8,4
Durchschnitt über 3 Jahre	%		16,7	16,0	12,5	10,3	8,1	-8,6
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	+0,5
Liquidität 2. Grades	%		47,5	84,4	85,7	60,7	77,1	+29,6
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-129,7	-49,1	30,4	46,8	57,8	+187,5
Umsatzrentabilität	%		-5,5	-2,0	1,3	1,1	1,9	+7,3
Personalaufwandsquote	%		26,4	22,0	19,9	19,6	32,4	+6,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		129,9	153,3	190,0	182,0	111,4	-18,5



Marina Oberhausen am Centro GmbH

Bahnhofstr. 66
46145 Oberhausen
Telefon 0208 / 8578-4799
Telefax 0208/8578-488

Geschäftsführung
Jürgen Langenbusch

gegründet: 2003
Stammkapital 25.000,00 EUR

Gesellschafter

Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12.500,00 EUR (50%)
Stadtwerke Oberhausen AG	12.500,00 EUR (50%)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Bewirtschaftung des Freizeithafens am Rhein-Herne-Kanal in Oberhausen.

Die Firma darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art erwerben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen.

Sie darf auch Geschäfte vornehmen, die der Erreichung und Förderung des Unternehmenszweckes dienlich sein können, und auch Zweigniederlassungen errichten.

Die Gesellschaft kann im In- und Ausland unter ihrer oder unter anderer Firma Zweigniederlassungen errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen erwerben und / oder Vertretungen von solchen übernehmen und wieder aufgeben.

Die Gesellschaft darf sich ferner mit anderen gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu Arbeits- und Interessengemeinschaften zusammenschließen und solche auflösen.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung

Der/die Vertreter/in in der Gesellschafterversammlung wird von den Gesellschaftern benannt und bevollmächtigt.

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

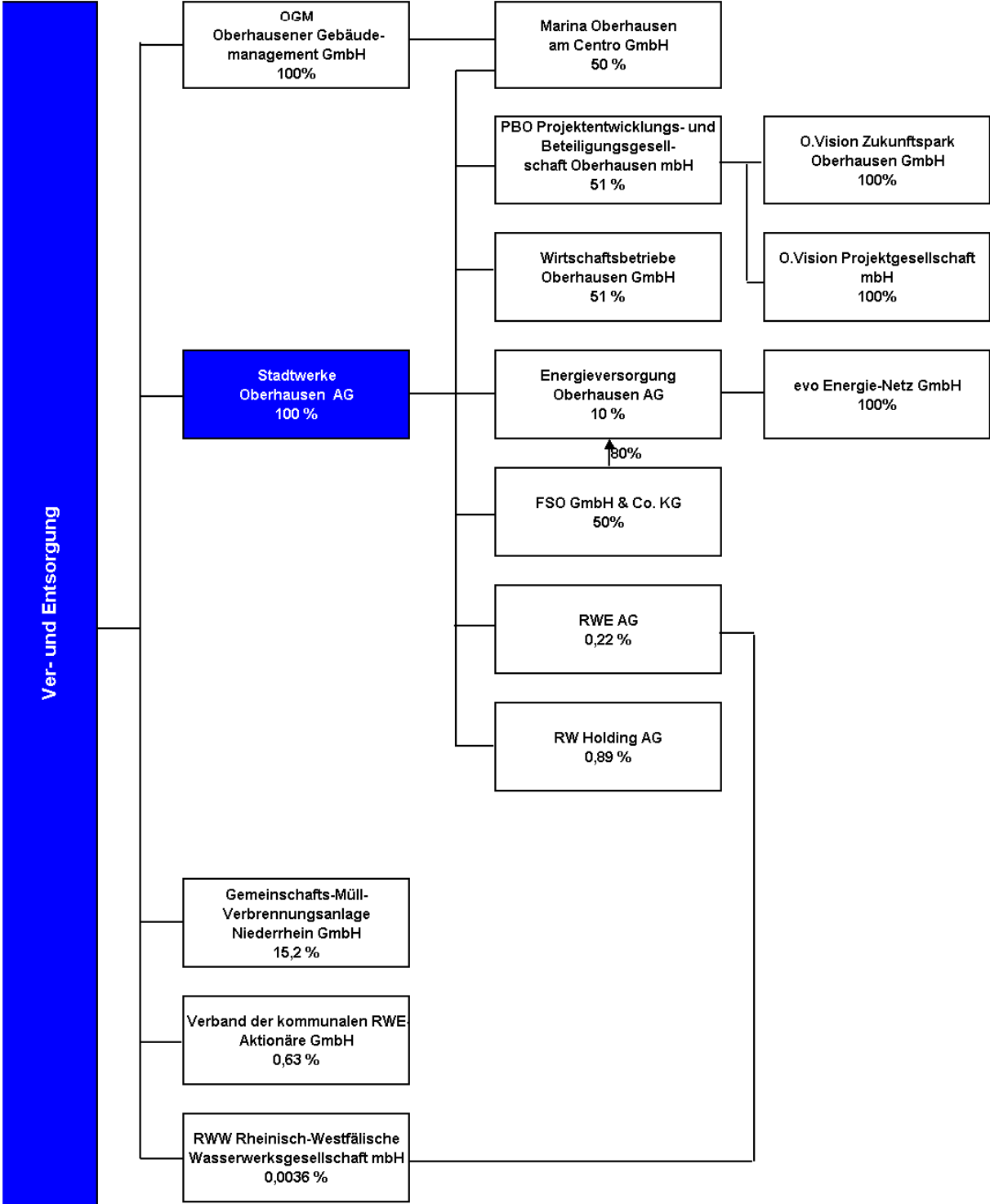
keine

Entwicklung

Der Rat der Stadt Oberhausen hat am 18.12.2006 (DS: B/14/2026-01) von der Übernahme der treuhänderisch gehaltenen 50% Anteile am Stammkapital der Marina Oberhausen am Centro GmbH durch die STOAG Kenntnis genommen.

Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss von rd. 11 TEUR aus. Die Bilanzsumme zum 31.12.2006 beträgt rd. 24 TEUR.

Für die Zukunft werden positive Ansätze durch das Projekt „Aquapark“ erwartet.





Stadtwerke Oberhausen AG

Max-Eyth-Str. 62
46149 Oberhausen

kaufmännischer Vorstand

Werner Overkamp

Telefon 0208 / 835-5000

Telefax 0208 / 835-5009

E-Mail: w.overkamp@stoag.de

technischer Vorstand

Peter Klunk

Telefon 0208 / 835-8000

Telefax 0208 / 835-8009

E-Mail: h.worch@stoag.de

Internet: www.stoag.de

gegründet:

1964

Grundkapital

25.600.000,00 EUR

Beteiligung der Stadt

25.600.000,00 EUR (100%)

weitere Gesellschafter

keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Bedienung des Nahverkehrs sowie die Beteiligung an Energieversorgungs- und anderen Ver- und Entsorgungsunternehmen. Daneben kann das Unternehmen andere, ihm von der Stadt Oberhausen zugewiesene Aufgaben wahrnehmen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe einrichten.

Beteiligungen der Gesellschaft *)

WBO GmbH	5.737.000,00 EUR (51,00%)
evo AG	3.276.800,00 EUR (10,00%)
FSO GmbH & Co. KG	15.000,00 EUR (50,00%)
FSO Verwaltungs- GmbH	15.000,00 EUR (50,00%)
RWE AG	3.118.801,00 EUR (0,22%)
RW Holding AG	661.829,45 EUR (0,89%)
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH	12.500,00 EUR (6,96%)
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	130.379,42 EUR (51,00%)
Marina Oberhausen am Centro GmbH	12.500,00 EUR (50,00%)

*) Die Werte entsprechen den Anteilen am Stamm-/Grund-/Haftkapital.

Wichtige Verträge

- Gestattungs- und Nutzungsvertrag über den Personennahverkehr zwischen der Stadt Oberhausen und der STOAG in der Fassung vom 12.01.2007 sowie Zusatzvereinbarung über die Einrichtung eines rechnergesteuerten Betriebsleitsystems vom 29.11.1989
- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der von der STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG im Geschäftsjahr 2003 gegründeten FSO GmbH & Co.KG und der EVO vom 16.12.2003
- Betriebsführungsvertrag zwischen den Betrieben der Stadt Mülheim an der Ruhr und der STOAG vom 24.06.1994 (Straßenbahn)
- Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der evo und STOAG vom 24.09.2004 im Rahmen der kaufmännischen Verwaltung für die STOAG
- Vertragswerk über den Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) i.d.F. vom 31.12.1989 bestehend aus:
 - der Zweckverbandssatzung für den Zweckverband VRR
 - dem Gesellschaftsvertrag der VRR GmbH
 - dem Kooperationsvertrag für den VRR
 - dem Verkehrsvertrag
 - dem Einnahmeaufteilungsvertrag

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Hauptversammlung

Der /die Vertreter/in der Stadt in der Hauptversammlung wird jeweils vom Rat der Stadt benannt. In der ordentlichen Hauptversammlung 2006 hat die Stadtverordnete Frau Anne Janßen die Stadt Oberhausen vertreten.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2006 an:

Klaus Wehling**	Vorsitzender
Wilhelm Hausmann	1. stellvertretender Vorsitzender
Alfred Röder*	2. stellvertretender Vorsitzender (bis 22.06.2006)
Detlef Schneider*	2. stellvertretender Vorsitzender (ab 22.06.2006)
Dirk Balthaus	
Karl-Heinz Emmerich	
Jürgen Herbst*	(bis 22.06.2006)
Dieter Janßen	
Peter Kozlik*	
Carsten Kriebel*	(ab 22.06.2006)
Horst Maubach*	
Christa Müthing	
Heinz Niemczyk	
Kirsten Oberste-Kleinbeck	
Karl-Heinz Pflugbeil	
Dirk Vöpel	

Mitarbeiter

im Jahresdurchschnitt	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	561	537	529	521	505
davon Auszubildende	12	12	12	13	13

Die Anzahl der Mitarbeiter war im Jahr 2006 rückläufig und reduzierte sich um 16 Beschäftigte. Das im Jahr 2002 eingeleitete Restrukturierungsprogramm wurde im Geschäftsjahr 2006 fortgeführt.

Fünf Auszubildende wurden am 01.09.2006 eingestellt. 15 Nachwuchskräfte werden in den Bereichen Kaufmann/Kauffrau für Verkehrsservice, Kraftfahrzeughandwerk und Bürokommunikation ausgebildet.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushalt	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Infrastrukturkostenausgleich/ Finanzierungsbetrag	17.325	14.007	12.418	9.722	8.080
Restdefizitausgleich	-805	1.278	0	0	0
Aufwand Stadt Oberhausen	16.520	15.285	12.418	9.722	8.080

Die Schwankungen ergeben sich im Wesentlichen aus unterschiedlichen Beteiligungserträgen.
Im Haushaltsjahr 2006 hat die Stadt Oberhausen von der STOAG rd. 24 TEUR Bürgerschaftsprovisionen erhalten.

Lagebericht

LAGEBERICHT

Geschäftsentwicklung

Unternehmensziele

Als kommunaler Dienstleister für den öffentlichen Nahverkehr in der Stadt Oberhausen stehen vier Unternehmensziele gleichberechtigt im Mittelpunkt des wirtschaftlichen und strategischen Handelns:

- Wahrnehmung der Regie- und Managementaufgaben für den kommunalen ÖPNV
- Optimierung der Markt- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens
- Sicherung der Leistungsfähigkeit des ÖPNV
- Sicherung der Arbeitsplätze

Mit unserer Dienstleistung möchten wir Mobilität unabhängig vom Individualverkehr ermöglichen und den Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Angebot rund um Bus und Straßenbahn bieten. Daraufhin wird sich das Unternehmen auch in Zukunft ausrichten.

Fahrgäste und Tickets

Das hohe Niveau der Fahrgastzahlen konnte im Jahr 2006 stabilisiert werden: Die Anzahl der Fahrgäste erhöhte sich um 0,7% auf 40,5 Millionen. Die

Abonnentenentwicklung weist weiterhin einen positiven Trend auf und stieg um + 1 % auf nunmehr 33.958 Personen.

Maßgeblich an der Steigerung beteiligt war der Schüler- und Ausbildungsverkehr. Die Abonnentenzahl stieg in diesem Segment um + 4,3 % (Vorjahr: + 3,9 %). Erfreulicherweise konnte besonders die attraktive Zielgruppe der Jugendlichen angesprochen werden. Das YoungTicketPLUS, das Ticket im Abo für Auszubildende, erhöhte sich um + 24,1 %. Auch das BärenTicket entwickelte sich weiter positiv mit + 7,1 %. Sowohl die Ausbildungstickets als auch das Ticket für Senioren besitzen ein außergewöhnliches gutes Preis-Leistungsverhältnis und erzielen deshalb sehr hohe Zuwachsraten. Weiterhin im Aufwärtstrend befindet sich das Ticket1000 in allen drei Varianten.

Abbildung: Entwicklung der Zeitfahrausweise

Ticketart	Veränderung in %
Ticket 1000	14,8
Ticket 2000	6,0
Ticket 1000 9 Uhr	2,0
Ticket 2000 9 Uhr	-3,2
Ticket 1000 Abo	2,7
Ticket 2000 Abo	2,1
BärenTicket	7,1
Young Ticket	3,5
YoungTicket PLUS	24,1
FirmenTicket	2,0
FerienTicket	14,4

Analog zur Steigerung der Zeitfahrausweise entwickelt sich der Bartarif rückläufig. 9,9 % weniger Kunden kaufen Tickets aus dieser Sparte. Verbundweit wurde ein neues Ticket in zwei Verkaufsvarianten eingeführt: das TagesTicket für eine Person als Einzel- und als ViererTicket. Zielgruppe sind die Gelegenheitsfahrer, in diesem Fall die Einzelreisenden. Das Ticket, das beliebig viele Fahrten an einem Tag jeweils bis 3 Uhr des Folgetages erlaubt, ersetzt das WochenTicket, das aufgrund der ständig rückläufigen Nachfrage seit Jahresbeginn 2006 nicht mehr angeboten wird.

Im Berichtsjahr wurden Übersteiger- und Schwerbehindertenzählungen durchgeführt. Der Schwerbehindertenanteil liegt aktuell bei 10,19 %.

Abbildung: Entwicklung der Abonnenten

Jahr	Anzahl	Veränderung	
		Absolut	%
2003	31.274		
2004	32.331	1.057	+ 3,4
2005	33.635	1.304	+ 4,0
2006	33.958	323	+ 1,0

Prüfdienste

Die bereits im Vorjahr erfreulich hohe Produktivität bei den Fahrausweiskontrollen konnte im Jahr 2006 noch einmal deutlich erhöht werden. 30% mehr Fahrgäste wurden kontrolliert, die Anzahl der Fälle, in denen ein erhöhtes Beförderungsentgelt (EBE) gezahlt werden musste, stieg um 6%. Daraus resultieren 13% höhere Einnahmen in diesem Bereich. Die Beanstandungsquote ging von 1,84% auf 1,49% zurück.

Abbildung: Kontrolldaten

	Anzahl der Fahrausweiskontrollen	Anzahl der EBE-Fälle
2004	237.838	4.755
2005	462.958	8.507
2006	602.979	8.987

Betriebsergebnis

Die Verkaufserlöse der STOAG erhöhten sich im Geschäftsjahr 2006 um 1.321 TEUR auf 21.771 TEUR. Im Januar wurde eine Preisanpassung durchgeführt, im gewichteten Mittel betrug die Tarifierhöhung 3,4 %. Zusätzliche nicht geplante Mehrbelastungen zum Beispiel durch Energiekosten sowie Kürzungen und veränderte Parameter bei den Ausgleichszahlungen für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten konnten durch diese Preissteigerung nicht kompensiert werden. Im August wurde eine Anhebung der Preise im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr ein weiteres Mal notwendig (gewichteter Mittelwert 4,9 %).

Die Umsatzerlöse stiegen um 1.378 TEUR auf 25.418 TEUR und damit um + 5,8%. Die Betriebserträge fallen mit 29.329 TEUR um 8.410 TEUR geringer aus als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2005 beinhaltete die Gewinn- und Verlustrechnung die Verrechnungsbeträge mit der ehemaligen Fahrbetriebsgesellschaft meoline GmbH.

Die Betriebsaufwendungen lagen mit 49.455 TEUR um 17,3% unter dem Vorjahreswert. Einsparungen waren insbesondere bei den Energie- und Fremdleistungen zu erzielen. Das Betriebsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Jahr 2005 um 1.907 TEUR auf - 20.126 TEUR, die Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren erhöhten sich um 881 TEUR. Dadurch ergibt sich ein reduzierter verbleibender Finanzierungsbedarf in Höhe von 9.722 TEUR (Vorjahr 12.418 TEUR).

Abbildung: Entwicklung der Verkaufserlöse

Verkaufserlöse in TEUR	
2002	18.350
2003	18.662
2004	19.626

2005	20.450
2006	21.771

Beteiligungen

Mit Übernahmeerklärung vom 21. Dezember 2006 übernimmt die Stadtwerke Oberhausen AG eine Stammeinlage von 12.500 EUR an der Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH – ENO. Ziel seitens der Stadt ist es, durch städtische Beteiligungsgesellschaften die Aktivitäten im Bereich der Wirtschaftsförderung zu stärken. Die STOAG hat ein ausgeprägtes Interesse daran, Unternehmen und damit auch Arbeitsplätze in Oberhausen anzusiedeln.

Mit Vertrag vom 22. Dezember 2006 wurden Geschäftsanteile der PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH in Höhe von ursprünglich 255.000 DM (= 51 % des Gesamtkapitals) von der Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH an die Stadtwerke Oberhausen AG verkauft und übertragen. Ebenfalls mit Vertrag vom 22. Dezember 2006 erwarb die STOAG Geschäftsanteile an der Marina Oberhausen am Centro GmbH in Höhe von 12.500 Euro (= 50 % des Gesamtkapitals). Die Übertragung der Anteile an beiden Gesellschaften fand am 31. Dezember 2006 statt. Der nicht abschließend zu beurteilenden zukünftigen finanziellen Entwicklung der Gesellschaft wurde die Beteiligung zum 31. Dezember 2006 auf 1 Euro abgeschrieben

Betriebsleistung und Verkehrsangebot

Die Betriebsleistung lag mit 10,6 Mio. Nutzwagenkilometern (NwKm) rund 600.000 Nwkm niedriger als im Vorjahr. Am 28. Mai 2006 wurde in Oberhausen ein neues Busnetz in Betrieb genommen. Die Veränderungen des Liniennetzes, die im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplans der Stadt Oberhausen vorgenommen wurden, waren aufgrund struktureller Veränderungen innerhalb der Stadt und unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten notwendig. Das neue Netz ist weiterhin hierarchisch gegliedert. Straßenbahn und SchnellBusse werden ergänzt durch die Stadtlinien:

- × die Straßenbahnlinie 112 mit ihrem hochwertigen Angebot verkehrt tagsüber im 10-Minuten-Takt.
- × die sieben neuen SchnellBus-Linien (SB 90 bis SB 96) ersetzen die CityExpress-Linien und fahren tagsüber im 10- und 20-Minuten-Takt. Die SchnellBusse mit 20-Minuten-Takt sind auf den nachfragestarken Abschnitten zu einem 10-Minuten-Angebot vertaktet. Zwischen Osterfeld und Hauptbahnhof sind die Linien SB 92 und SB 93 vertaktet, zwischen Holten und Neue Mitte die Linien SB 95 und SB 96.

Mit der Umbenennung und Neugestaltung des Angebotes wurde das neue Produkt SchnellBus des VRR in Oberhausen eingeführt. 12 der 23 Stadtlinien verkehren tagsüber im 20-Minuten-Takt. Weitere drei 60-Minuten-Takt-Linien (935/955/995) überlagern sich

in Oberhausen zu einem 20-Minuten-Takt zwischen Buschhausen und Alt-Oberhausen. Die Stadtlinien erhielten größtenteils neue Liniennummern. Durch das neue Netz wurde das Angebot stärker an die veränderten Stadtstrukturen angepasst und die Wirtschaftlichkeit weiter gesteigert.

Der Anteil der Gelenkbusleistung hat sich weiter auf 38,9 % erhöht und deckt somit die steigende Nachfrage insbesondere in der Spitzenstunde besser ab. Die Betriebsleistung wurde insgesamt auf 919 Mio. Platzkilometer reduziert (Vorjahr: 953 Mio.).

Abbildung: Betriebsleistung

Betriebsleistung in %	2006	2005
Solobusse	56,3	62,4
Gelenkbusse	38,9	32,7
Straßenbahn	4,8	4,9

Infrastruktur

Die Einführung des neuen Netzes erforderte die Anpassung von Haltestellen, um diese einerseits fahrdynamisch anfahren zu können (Haltestellen OLGA-Park, Michelstraße, Anne-Frank-Realschule) und/oder andererseits die Verkehrssicherheit zu erhöhen (Haltestellen Weißensteinstraße, Bero-Zentrum). An drei Haltestellen mussten für die Fahrgäste geeignete Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden (Holten Bahnhof, Waldteichstraße, Mercure Hotel/Max-Planck-Ring).

Mitarbeiter

Personalkennzahlen

Am Stichtag 31. Dezember betrug die Anzahl der Mitarbeiter – ohne Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Mitarbeiter in der Ruhephase der Alterteizeit - 485. Damit reduzierte sich die Belegschaft um 16 Mitarbeiter und sank erstmals unter die 500 Grenze.

Abbildung: Personalbestand

Personalbestand	2006	2005
Management	8	8
Fahrdienstpersonal	384	398
Werkstattpersonal	56	55
Verwaltungspersonal	37	40
Gesamt	485	501

Die zurückhaltende Einstellungspraxis der vergangenen Jahre und die demografische Entwicklung spiegeln sich in dem relativ hohen Durchschnittsalter der Beschäftigten wieder, das wie im Vorjahr rund 46 Jahre beträgt. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit erhöhte sich von 17 auf 18 Jahre.

Abbildung: Altersstruktur

Alter in Jahren	Anteil der Beschäftigten in %
21-30	5,09
31-40	19,55
41-50	42,57
51-60	29,53
Über 60	3,26

23 Jubilare wurden im Geschäftsjahr 2006 geehrt. 11 Mitarbeiter waren 25 Jahre im Dienst der STOAG, weitere 11 waren 35 Jahre und ein Mitarbeiter 40 Jahre im Unternehmen tätig.

Personalaufwand

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr 24.386 TEUR und lag damit um 506 TEUR über dem Vorjahr. Die Schwankungen der letzten Jahre sind durch die unterschiedlich hohen Beträge zu erklären, die in den jeweiligen Jahren für die Altersteilzeit zurückgestellt worden sind.

Abbildung: Entwicklung des Personalaufwands

Personalaufwand in TEUR	
2001	24.785
2002	25.469
2003	25.127
2004	25.511
2005	23.880
2006	24.386

Abbildung: Personalaufwand

Personalaufwand 2006	
Entgelte	55,18%
Urlaubs-/Weihnachtsgeld	4,79%
Jubiläumsgeld/Sachbezüge	1,17%
Krankenbezüge	5,25%
Mehrarbeit	5,62%

Gesetzliche Sozialversicherung	14,00%
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	0,85%
Sonstiger Personalaufwand (u. a. Rückstellungen)	12,87%

Ausbildung

15 junge Menschen befanden sich 2006 in einem Ausbildungsverhältnis bei der STOAG: neun zur Ausbildung im Kraftfahrzeughandwerk, fünf zur Ausbildung als Kauffrau bzw. Kaufmann für Verkehrsservice und eine zur Ausbildung im Bereich Bürokommunikation. Fünf Auszubildende haben ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und wurden in ein zunächst befristetes Arbeitsverhältnis übernommen. Am 01.09.06 haben fünf Auszubildende ihre Tätigkeit bei der STOAG begonnen.

Betriebliche Gesundheitsförderung

Unter dem Motto „Bleib fit – mach mit“ werden die Aktivitäten und Präventionsmaßnahmen des Arbeitskreises Gesundheit, der aus Vorstand, Betriebsleitung, Facharzt, Fachkraft für Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit, Personalleiter, Unternehmenskommunikation und Mitarbeitern des Fahrdienstes besteht, subsumiert. Im Mittelpunkt stand 2006 das Thema Ernährung und Bewegung. Das gleichnamige Kursangebot, in Kooperation mit der AOK Rheinland/Hamburg und cc-sports durchgeführt, wurde von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut angenommen. Im Herbst fand zur Grippeprävention eine vom BAD durchgeführte Schutzimpfung statt.

Der Krankenstand blieb konstant und lag wie im Vorjahr bei 7,7 Prozent.

Arbeitssicherheit

Alle mit Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz beauftragten Fachleute und Führungskräfte haben ihre Aufgaben mit Unterstützung des betriebsärztlichen Dienstes auch über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus erfüllt. Im Berichtsjahr gab es 23 an die Berufsgenossenschaft gemeldete Betriebs- und Wegeunfälle (Vorjahr: 34). Die unfallbedingten Ausfalltage betragen 168 (Vorjahr: 618).

Ausblick

Straßenbahnerweiterung

Die geplanten Straßenbahnerweiterungsprojekte „Strecke Ia und Strecke VI“ wurden im Rahmen der Bewertung der Integrierten Gesamtverkehrsplanung nicht zur Aufnahme in die Vorhabenliste der Stufe I vorgeschlagen und damit zurückgestellt. Demnach ist eine frühestmögliche Umsetzung der Maßnahme erst nach 2015 möglich. Der Vorstand steht mit dem zuständigen Ministerium des Landes Nordrhein-Westfalen in Gesprächen. Ziel ist es, die Maßnahme zu einem früheren Zeitpunkt zu realisieren.

Derzeit wird in Abstimmung mit dem Ministerium die standardisierte Bewertung überprüft. Kommt es hierbei zu einem höheren Nutzen-Kosten-Faktor für diese Strecken und werden gleichzeitig andere Maßnahmen des Landes NRW bis zum Jahr 2015 nicht umgesetzt, bestehen realistische Möglichkeiten, den Baubeginn vorzuziehen.

Trassensanierung

Im Jahr 2006 wurde mit einer umfangreichen Sanierung der ÖPNV-Trasse zwischen Hauptbahnhof und Sterkrade-Bahnhof begonnen. In den nächsten drei Jahren werden – jeweils in den Sommerferien - weitere Sanierungsarbeiten durchgeführt. Die Auftragserteilung ist bereits erfolgt.

Leistungsorientierte Bezahlung

Mit der Einführung des Tarifvertrags TV-N NW im Jahr 2002 ergibt sich die Möglichkeit, Teile des Entgelts erfolgs- und leistungsbezogen zu gestalten. Bis einschließlich 2006 erhielten alle gewerblichen Beschäftigten eine so genannte Produktivitätszulage. Durch eine neue Betriebsvereinbarung, die ab 01. April 2007 wirksam wird, können zukünftig alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Leistungsprämie erhalten. Regelmäßige Mitarbeitergespräche und Mitarbeiterbeurteilungen eröffnen neue Chancen zur Personalförderung und Personalentwicklung.

Mobiler Service

In Kooperation mit der Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH und der Agentur für Arbeit startet das Projekt „Fahrgastbegleitung“. Zeitlich befristet übernehmen zehn Erwerbslose im Rahmen einer regulären, sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigung zusätzliche Aufgaben bei der STOAG: Hilfen beim Ein- und Ausstieg in Bus und Straßenbahn sowie beim Bedienen der Fahrscheinautomaten, Auskünfte über Umleitungen, Linienwege und Tickets sowie Begleitung von mobilitätseingeschränkten Fahrgästen.

Geänderte Umweltauflagen

Die im Auftrag des Umwelt- und Verkehrsministeriums, des Städtetages NRW und des Regionalverbandes Ruhr erstellte Machbarkeitsstudie für die regionale Luftreinhalteplanung im Ruhrgebiet schlägt neben der Abstimmung von Lkw-Routenkonzepten und der Weiterentwicklung von Güter-Logistikkonzepten die Förderung des ÖPNV und eine flächendeckende Umweltzone für das Ruhrgebiet als Maßnahmen von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Verbesserung der Luftqualität vor. Welche konkreten Folgen sich für den Busverkehr und die Anforderungen an die Fahrzeugflotten daraus ergeben, ob, und wenn ja, welche Verlagerungen zum ÖPNV stattfinden, bleibt abzuwarten.

Reduzierung öffentlicher Mittel

Der Rückgang der Abgeltungszahlungen nach § 45a Personenbeförderungsgesetz, die Verringerung der Ausgleichszahlungen für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten infolge der Änderung des § 148 SGB IX und der Anstieg der Energiekosten führen zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die angespannte Situation der öffentlichen Haushalte wird sich auch in Zukunft nicht verbessern. Finanziert sich der öffentliche Personennahverkehr bisher überwiegend durch öffentliche Mittel, so wird zukünftig eine Steigerung der nutzerfinanzierten Einnahmen erforderlich sein.

EU-Verordnung 1191/69

Die Entscheidung hinsichtlich der Novellierung der EU-Verordnung 1191/69 steht weiterhin aus. Der EU-Verkehrsrat hat im Dezember 2006 einen Konsens zur Direktvergabe von Verkehrsleistungen an kommunale ÖPNV-Betriebe gefunden und in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht. Danach wären die Sicherung und die Fortführung der bestehenden ÖPNV-Strukturen in Deutschland gewährleistet. Der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments ist dem Votum der Verkehrsminister nicht gefolgt und hat die Direktvergabe mit hohen Auflagen versehen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Risikobericht

Die Entwicklung eines Unternehmens hängt entscheidend von dem rechtzeitigen Erkennen und Analysieren von Risiken ab.

Zur Senkung der Risiken und der damit eventuell auftretenden Kosten führt die STOAG jährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessen gegengesteuert werden kann, ist bei der STOAG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverlusten oder Betriebsunterbrechungen untersucht, es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

In der letzten Risikoinventur wurde ein neues Risiko identifiziert: Bei den Straßenbahnen wurden Risse an der Karosserie festgestellt. Die Straßenbahnfahrzeuge wurden zunächst instand gesetzt. Anschließend soll eine Analyse die Ursachen der Haarrisse klären. Abhängig von diesem Ergebnis ist gegebenenfalls ein umfangreiches Sanierungskonzept notwendig, welches den langfristigen Einsatz der Straßenbahn garantiert.

Die STOAG wird auch zukünftig ihren Restrukturierungskurs fortsetzen. Viele Bereiche der STOAG arbeiten bereits heute unter wettbewerbsfähigen Konditionen. Dies schafft die Möglichkeit, dass die STOAG auch zukünftig den öffentlichen Personennahverkehr für die Stadt Oberhausen erbringen kann. Durch Verbesserung der Qualität des ÖPNV und einer kundengerechten Angebotsgestaltung sieht die STOAG Chancen, auch in Zukunft neue Fahrgäste zu gewinnen.

Aus heutiger Sicht wurde kein Risiko entdeckt, das den Fortbestand des Unternehmens gefährdet oder in absehbarer Zukunft gefährden könnte.

Oberhausen, den 02. April 2007

Stadtwerke Oberhausen Aktiengesellschaft

Peter Klunk
Vorstand

Werner Overkamp
Vorstand

Umlagen VRR

Nicht nur der Infrastrukturkostenausgleich/Finanzierungsbetrag an die STOAG beeinflusst den städtischen Haushalt, sondern darüber hinaus bestehen eine Vielzahl von Zahlungsströmen zwischen VRR/Stadt/STOAG.

Diese sollen nachfolgend kurz erläutert werden.

Verbandsumlage

Die Verbandsumlage setzt sich zusammen aus einem direkt an die Verkehrsunternehmen zu zahlenden Betrag (Infrastrukturkostenausgleich/Finanzierungsbeitrag; 2006: 9.722 TEUR) sowie dem an den VRR zu zahlenden Spitzenausgleich.

Dieser belief sich im Haushaltsjahr 2006 auf 615 TEUR incl. 100 TEUR Nachzahlung Vorjahre (Vorjahr: 515 TEUR).

Verwaltungsaufwand Zweckverband VRR und der AöR

Neben der Verbandsumlage haben die Kommunen auf der Basis der Verbundverträge Umlagen zur Deckung des Eigenaufwandes des ZV sowie der AöR zu leisten.

In 2006 belief sich die Umlage für den ZV auf 13 TEUR (Vorjahr: 88 TEUR), die Umlage für die AöR auf 172 TEUR (Vorjahr: 133 TEUR).

Umlage Schienenpersonennahverkehr - SPNV - (incl. Bahnbusverkehr - BVR -)

Mit der Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs wurden auch die Finanzierungsmodalitäten neu geregelt. Während die entsprechenden Umlagen in der Vergangenheit ausschließlich von den Verkehrsunternehmen direkt zu zahlen waren (und den Infrastrukturkostenausgleich entsprechend erhöhten), ist nach der neuen Finanzierungsregelung ein Teil dieser Umlage direkt von den Kommunen aufzubringen. Da sich die von den Verkehrsunternehmen zu zahlenden Umlagen jedoch in etwa gleichem Umfang verringert haben, ergeben sich für die Kommunen keine wesentlichen Mehrbelastungen.

Die Umlagen für den SPNV/BVR beliefen sich in 2006 auf insgesamt 279 TEUR (Vorjahr: 290 TEUR).

Pauschale gemäß § 14 RegG NW (ÖPNVG NW)

Diese Pauschale in Höhe von 500 TEUR p.a. erhalten die Gemeinden seit 1996 als allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV. Zuwendungsempfängerin ist die Stadt. Sie kann die Mittel für zweckentsprechende Maßnahmen (z.B. Nahverkehrsplan) verwenden. Es gibt jedoch auch die Möglichkeit der Weiterleitung an das Verkehrsunternehmen, wenn dort entsprechende Aufwendungen entstehen. In letzterem Fall ergibt in Höhe des weitergeleiteten Betrages eine Reduzierung des Infrastrukturkostenausgleichs. Vereinbarungsgemäß erhält die STOAG 50 % der Pauschale.

Ab 2004 ist die Pauschale auf 150 TEUR p.a. gekürzt worden.

EU-konforme Finanzierung

Am 24.07.2003 hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) im sogenannten Magdeburger Urteil festgestellt, dass eine Finanzierung von Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs durch die öffentliche Hand am Maßstab des europäischen Rechts zu messen ist.

Der Rat der Stadt Oberhausen hat mit Beschluss vom 19.12.2005 (DS:B/14/1192-01) dem neuen ÖSPV-Finanzierungssystem im VRR ab dem Jahr 2005 zugestimmt.

Bilanz STOAG

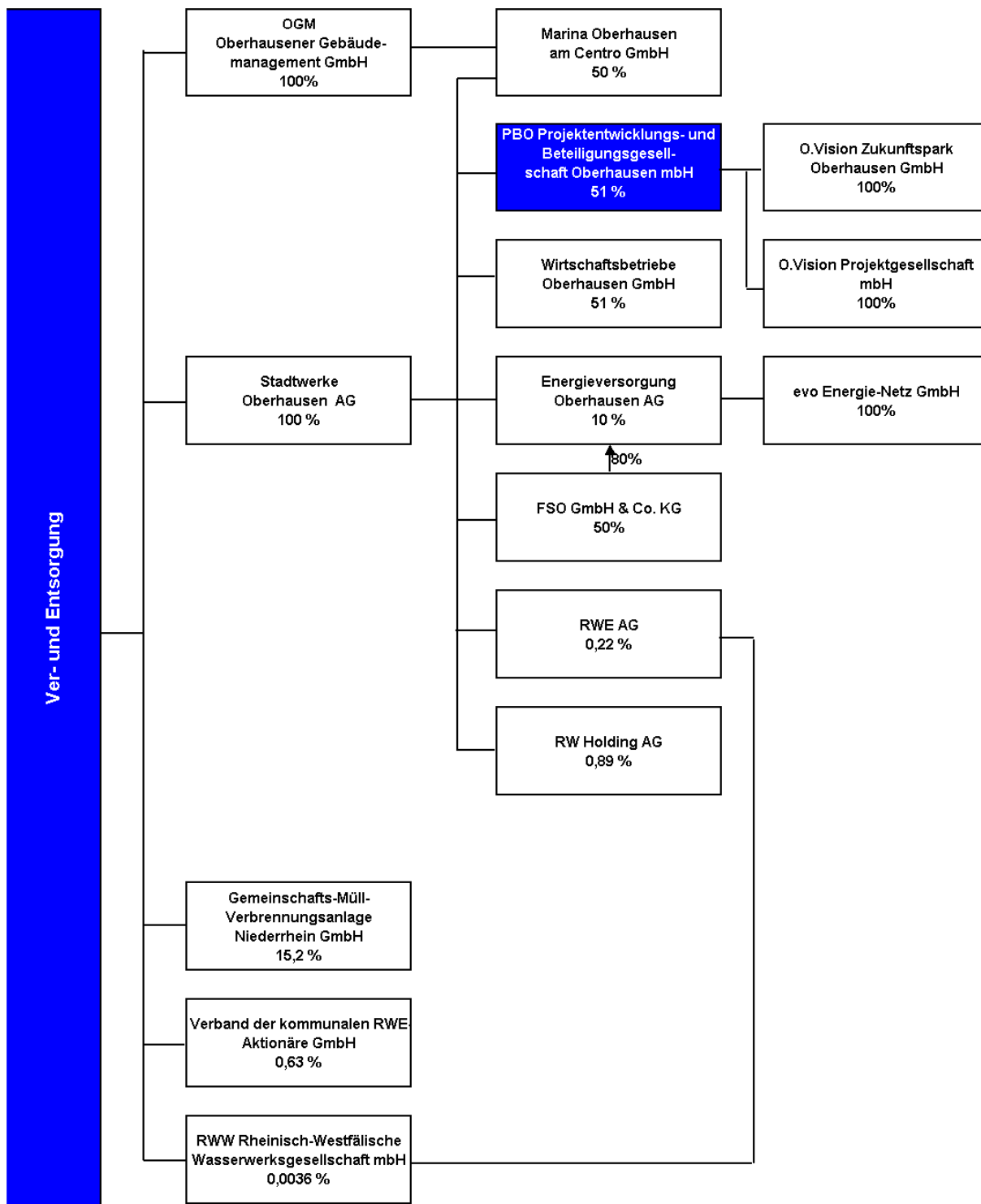
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	95.751	99.293	93.857	95.678	92.509
Sachanlagen	57.978	59.468	56.693	58.266	55.430
sonstiges	37.773	39.825	37.164	37.412	37.079
Umlaufvermögen	26.424	19.961	35.285	20.965	17.089
Vorräte	527	565	535	597	617
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	24.208	19.078	21.633	16.647	14.702
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.689	318	13.117	3.721	1.770
Rechnungsabgrenzungsposten	85	62	46	27	20
SUMME AKTIVA	122.260	119.316	129.188	116.670	109.618
Passiva					
Eigenkapital	38.717	38.717	38.717	38.717	38.717
gezeichnetes Kapital	25.600	25.600	25.600	25.600	25.600
Kapitalrücklage	12.964	12.964	12.964	12.964	12.964
Gewinnrücklage	153	153	153	153	153
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	460	0	0
Rückstellungen	9.815	14.448	15.446	15.791	16.582
Verbindlichkeiten	73.728	66.151	74.565	62.162	54.319
kurzfristig	21.991	18.763	28.467	18.422	10.846
mittelfristig	14.867	17.401	12.427	11.146	14.645
langfristig	36.870	29.987	33.671	32.594	28.828
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	122.260	119.316	129.188	116.670	109.618

**Gewinn- und Verlustrechnung
STOAG**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Umsatzerlöse	23.116	23.688	25.837	24.031	25.418	25.925
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	13.705	13.579	39.497	13.595	3.858	1.870
Summe Erträge	36.821	37.267	65.334	37.626	29.276	27.795
Materialaufwand	-13.052	-16.063	-40.253	-25.144	-15.201	-15.515
Personalaufwand	-25.463	-25.127	-25.511	-23.880	-24.386	-23.420
Abschreibungen	-4.031	-4.335	-4.628	-4.944	-4.246	-4.555
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.784	-7.350	-3.691	-3.438	-3.426	-3.115
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.729	-3.244	-2.676	-2.317	-2.232	-2.445
Summe Aufwendungen	-49.059	-56.119	-76.759	-59.723	-49.491	-49.050
Zinsen und ähnliche Erträge	108	77	95	113	52	45
Erträge aus Beteiligungen etc.	12.262	7.357	10.105	9.615	10.405	13.185
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	132	-11.418	-1.225	-12.369	-9.758	-8.025
sonstige Steuern	-136	-52	-53	-49	36	-55
Jahresergebnis	-4	-11.470	-1.278	-12.418	-9.722	-8.080

Kennzahlen STOAG

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		32,0	32,0	30,0	33,0	35,0	+3,0
Anlagendeckung	%		40,4	39,0	41,3	40,5	41,9	+1,5
Anlagendeckung 2	%		78,9	69,2	77,1	74,5	73,0	-5,9
Abschreibungsquote	%		4,2	4,4	4,7	4,7	4,2	+0,0
Durchschnitt über 3 Jahre	%				4,4	4,6	4,5	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		7,7	1,7	46,1	20,2	16,3	+8,6
Liquidität 2. Grades	%		117,8	106,4	122,1	110,6	151,9	+34,1
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		0,3	-29,5	-3,2	-31,9	-25,2	-25,5
Umsatzrentabilität	%		0,6	-48,2	-5,1	-51,5	-38,4	-39,0
Personalaufwandsquote	%		51,9	44,8	33,2	40,0	49,3	-2,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		41,2	44,1	45,1	46,1	50,3	+9,1





Projektentwicklungs- und
Beteiligungsgesellschaft
Oberhausen mbH

Centroallee 263
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 6252 - 530
Telefax 0208 / 6252 - 535
www.pbo-gmbh.de
info@pbo-gmbh.de

Geschäftsführung
Dr. Wilfried Clauß

gegründet:	1997
Stammkapital	255.645,94 EUR
Beteiligung der OBG	130.379,42 EUR (51%) (bis 31.12.2006)
Beteiligung der STOAG	130.379,42 EUR (51%) (seit 31.12.2006)
weitere Gesellschafter	
evo Energieversorgung Oberhausen AG	102.258,38 EUR (40%)
Stadtsparkasse Oberhausen	23.008,14 EUR (9%)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungen der Gesellschaft

- O.VISION Zukunftspark Oberhausen GmbH 25.000,00 EUR (100 %)
- O.VISION Projektgesellschaft mbH 25.000,00 EUR (100 %)

Wichtige Verträge

- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Zukunftspark Oberhausen GmbH
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der O.VISION Projektgesellschaft mbH

Besetzung der Gesellschaftsorgane (Geschäftsjahr 2006)**Vertreter der OBG in der Gesellschafterversammlung**

Dirk Buttler

Aufsichtsrat**Klaus Wehling**

Vorsitzender

Hartmut Gieske

stellvertretender Vorsitzender

Wolfgang Große Brömer

Bernd Homberg

Dr. Thomas Mathenia

Karlheinz Merzig

Karl-Heinz Emmerich**Daniel Schranz****Stefan Zimkeit**

Volker Wilke

als ständige Gäste ohne Stimmrecht

Dieter Henrich

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	2	3	3

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Bis 2004 ergeben sich aus der Beteiligung keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Im Jahr 2005 ist der PBO ein rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 1,24 Mio. EUR zur Verfügung gestellt worden.

Entwicklung

PBO – Lagebericht 2006

Mit der Absage der Landesregierung an die Projektförderung am 10. Januar 2006 entstand für die PBO samt Tochtergesellschaften OVP und OVZ eine höchst kritische Situation. Neben fehlender Liquidität waren auch Überschuldungsszenarien erkennbar.

Beide kritischen Situationen konnten für die drei Gesellschaften als Einheit durch die schnelle Gesamtvermarktung sämtlicher gewerblich nutzbarer Flächen (insgesamt ca. 497.000 m²) an die Fa. Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) mit Sitz in Dormagen gemeistert werden. Bereits am 21. Februar konnte ein notarieller Optionsvertrag geschlossen werden; am 30. Mai 2006 wurde die Option durch EAI gezogen.

Der Kaufvertrag wurde bislang (Mai 2007) ordnungsgemäß von beiden Seiten abgewickelt. Wenngleich die technische und terminliche Durchführung von Zahlungen immer mit erheblichem Aufwand, Schwierigkeiten und Terminverzügen verbunden ist, sind letztlich von Seiten EAI sämtliche Verpflichtungen eingehalten worden. Am 26.02.2007 wurde die notarielle Auflassung vollzogen.

Folgende Zahlungen sind eingegangen:

- 700.000 € Reservierungsentgelt
- 500.000 € zusätzliches Reservierungsentgelt
- 1.300.000 € 2. Kaufpreistranche
- 22.850.000 € 1. Kaufpreistranche
- 700.000 € Auszahlung Einbehalt „Betriebssteuern“
- 150.000 € Abbruch Stahlwerk

Summe: 26.200.000 € Bisheriger Zahlungseingang

Es bestehen noch folgende Einbehalte:

- 300.000 € Beseitigung Teerölschaden – wird noch verhandelt

Bedingte Zahlungen (Kaufpreiserhöhungen):

- 4.500.000 € Weiterverwertung Grundstück (abhängig von EAI)
- 6.400.000 € B-Plan-Änderung (abhängig von Beschluss und Veröffentlichung - vermutlich bis Mitte 2008)

Summe: 37.400.000 € Voraussichtlicher Gesamterlös

Die bisherigen Erlöse wurden im Wesentlichen zur Entschuldung und zur Durchführung der Restarbeiten (z.B. Abbruch Stahlwerk) verwendet.

Wirtschaftsplanung:

Von den erhaltenen Zahlungen entfiel ein Anteil von ca. 5,3 Mio. € auf die PBO als Vergütung für Dienstleistungen (z.B. Verkaufsprovisionen; Vertragsabwicklung) und Restleistungen zur Grundstückerschließung und Baureifmachung.

Wesentliche Aufwendungen der PBO waren die Nebenkosten für den Grundstücksverkauf (Maklerprovision; Anwaltshonorare) in Höhe von 996 T€, Abbruchkosten für das Stahlwerk in Höhe von 1.279 T€, die Ausbuchung von bislang bilanzierten Anlagen im Bau (Planungsaufwendungen im Zusammenhang mit GPA und der Projektentwicklung) in Höhe von 749 T€, eine Rückstellung für Prämien in Höhe von T€ 354 und für die Teerölbeseitigung in Höhe von T€ 300, sowie – aufgrund der bestehenden Ergebnis- und Liquiditätsplanung – die Wertberechtigung der Beteiligung an der OVP (T€ 25) und der Forderungen gegen die OVP in Höhe von T€ 5.900.

Die PBO weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2006 durch den Fehlbetrag von 4,5 Mio. € ein negatives Kapital von 5,9 Mio. € aus und ist damit bilanziell überschuldet. Diesem Fehlkapital stehen Rangrücktritte für Verbindlichkeiten über insgesamt 2.556 T€ gegenüber. Weitere Rangrücktritte sollen kurzfristig abgeschlossen werden.

Dies ist vor allem mit der Abschreibung von Forderungen gegen die OVP in Höhe von 5,9 Mio. € zu begründen. Ohne diese Sonderabschreibung wäre in 2006 ein Jahresüberschuss von ca. 1,4 Mio. € entstanden.

Ausblick:

Nach dem Verkauf in 2006 ist die PBO noch mit Restarbeiten zur Abwicklung beschäftigt. Durch Mehrerlösklauseln im Kaufvertrag in Bezug auf Anpassung des Baurechts sowie Weiterverwertung der Flächen werden insgesamt Zahlungen in Höhe von 11,2 Mio. € erwartet. Davon entfallen ca. 3,35 Mio. € auf die PBO.

Damit wird die PBO bis Ende 2009 voraussichtlich sämtliche Verpflichtungen (Verbindlichkeiten und Restarbeiten) erfüllen können.

Oberhausen, 10.5.2007

Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH

Dr. Wilfried Clauß

**Bilanz
PBO mbH**

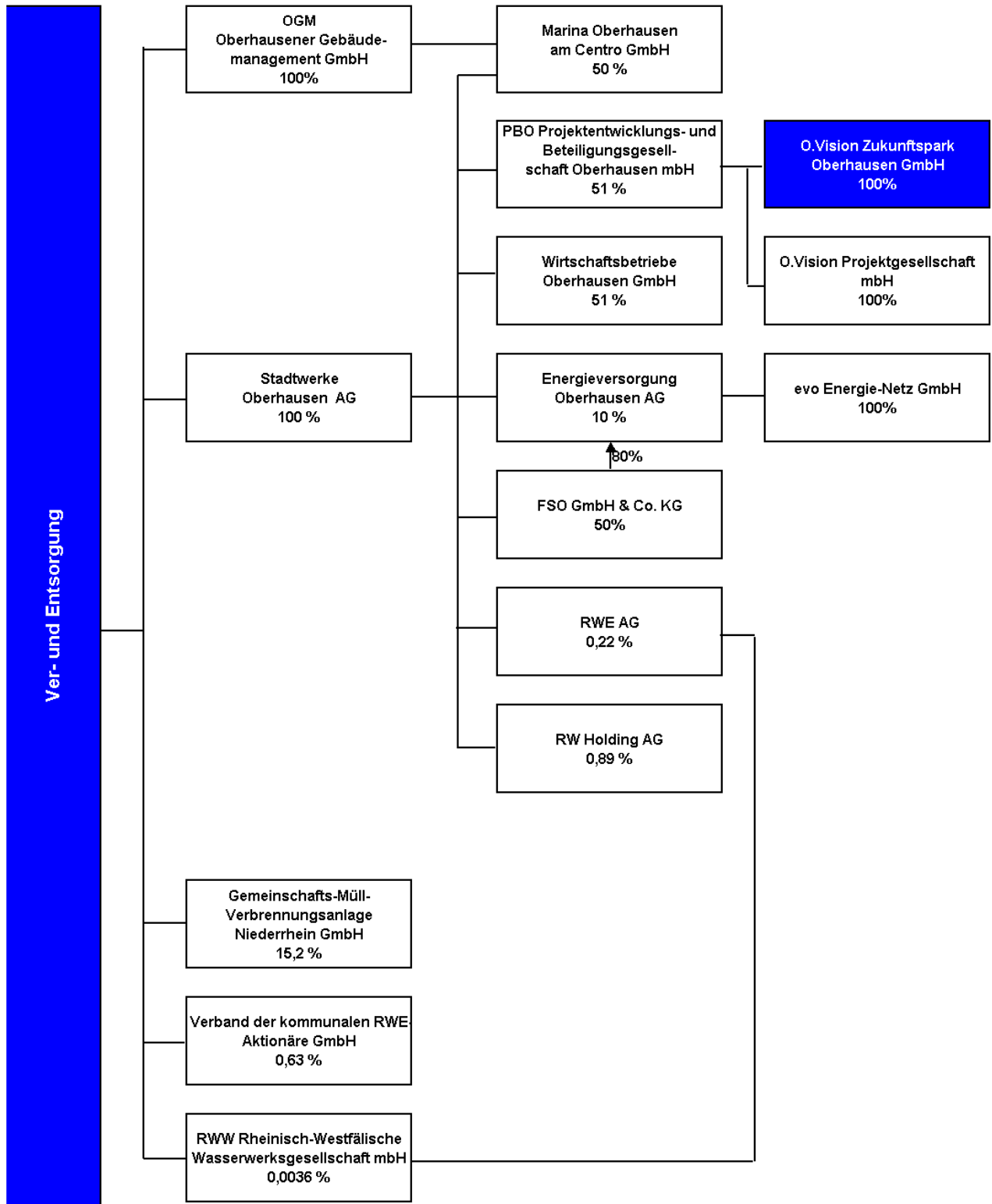
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	130	585	734	810	29
Sachanlagen	105	535	684	760	4
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	50	50	50	25
Umlaufvermögen	14.039	14.214	14.700	15.316	3.403
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	14.038	14.213	14.700	15.316	3.403
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1	1	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	4	2	2	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	171	516	978	1.408	5.913
SUMME AKTIVA	14.344	15.317	16.414	17.534	9.345
Passiva					
Eigenkapital	0	0	0	0	0
gezeichnetes Kapital	256	256	256	256	256
Verlustvortrag	-260	-426	-772	-1.234	-1.664
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-167	-346	-462	-430	-4.505
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	171	516	978	1.408	5.913
Rückstellungen	61	36	73	84	1.280
Verbindlichkeiten	14.283	15.281	16.340	17.450	8.064
kurzfristig	14.283	15.281	16.340	17.450	8.064
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	14.344	15.317	16.414	17.535	9.345

**Gewinn- und Verlustrechnung
PBO mbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	457	385	428	395	5.590	426
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	72	29	19	14	105	0
Summe Erträge	529	414	447	409	5.695	426
Materialaufwand	0	0	0	0	0	0
Personalaufwand	-225	-154	-312	-377	-663	-165
Abschreibungen	-39	-40	-40	-21	-28	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-416	-474	-423	-310	-9.447	-336
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-443	-863	-818	-832	-846	-320
Summe Aufwendungen	-1.123	-1.531	-1.593	-1.540	-10.984	-821
Zinsen und ähnliche Erträge	427	772	684	701	785	445
Erträge aus Beteiligungen etc.	0	0	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-167	-345	-462	-430	-4.504	50
sonstige Steuern/ Ergebnisabführung	0	0	0	0	-1	-50
Jahresergebnis	-167	-345	-462	-430	-4.505	0

**Kennzahlen
PBO mbH**

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Anlagendeckung	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Anlagendeckung 2	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Abschreibungsquote	%		19,1	5,9	4,6	2,2	30,0	+10,9
Durchschnitt über 3 Jahre	%				9,9	4,2	12,3	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-0,0
Liquidität 2. Grades	%		98,3	93,0	90,0	87,8	42,2	-56,1
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Umsatzrentabilität	%		-36,5	-89,6	-107,9	-108,9	-80,6	-44,1
Personalaufwandsquote	%		20,0	10,1	19,6	24,5	6,0	-14,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		228,5	192,5	214,0	197,5	1.863,3	+1.634,8





Zukunftspark
Oberhausen GmbH

Centroallee 263
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 6252 - 530
Telefax 0208 / 6252 - 535
info@pbo-gmbh.de

Geschäftsführung

Uwe Krey (bis 15.10.2006)
Peter Klunk (ab 15.10.2006)

gegründet:	1999
Stammkapital	25.000,00 EUR
Beteiligung der PBO GmbH	25.000,00 EUR (100 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen und Tochtergesellschaften gründen.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der evo AG über die Wahrnehmung der Geschäftsbuchführung

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der PBO in der Gesellschafterversammlung (Geschäftsjahr 2006)

Dirk Buttler

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt. Die Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat der PBO wahr.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt durch den Geschäftsführer sowie Mitarbeiter der PBO.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Es ergeben sich keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Entwicklung

OVZ – Lagebericht 2006

Mit der Absage der Landesregierung an die Projektförderung am 10. Januar 2006 entstand für die PBO samt Tochtergesellschaften OVP und OVZ eine höchst kritische Situation. Neben fehlender Liquidität waren auch Überschuldungsszenarien erkennbar.

Beide kritischen Situationen konnten für die drei Gesellschaften als Einheit durch die schnelle Gesamtvermarktung sämtlicher gewerblich nutzbarer Flächen (i.G. 497 Tm²) an die Fa. Euro Auctions Immobilien GmbH (EAI) mit Sitz in Dormagen gemeistert werden.

Bereits am 21. Februar konnte ein notarieller Optionsvertrag geschlossen werden; am 30. Mai 2006 wurde die Option durch EAI gezogen.

Der Kaufvertrag wurde bislang (Mai 2007) ordnungsgemäß von beiden Seiten abgewickelt. Wenngleich die technische und terminliche Durchführung von Zahlungen immer mit erheblichem Aufwand, Schwierigkeiten und Terminverzügen verbunden ist, sind letztlich von Seiten EAI sämtliche Verpflichtungen eingehalten worden. Am 26.02.2007 wurde die notarielle Auflassung vollzogen.

Folgende Zahlungen sind eingegangen:

-	700.000 €	Reservierungsentgelt
-	500.000 €	zusätzliches Reservierungsentgelt
-	1.300.000 €	2. Kaufpreistranche
-	22.850.000 €	1. Kaufpreistranche
-	700.000 €	Auszahlung Einbehalt „Betriebssteuern“
-	150.000 €	Abbruch Stahlwerk

Summe: 26.200.000 € Bisheriger Zahlungseingang

Es bestehen noch folgende Einbehalte:

-	300.000 €	Beseitigung Teerölschaden – wird noch verhandelt
---	-----------	--

Bedingte Zahlungen (Kaufpreiserhöhungen):

-	4.500.000 €	Weiterverwertung Grundstück (abhängig von EAI)
-	6.400.000 €	B-Plan- Änderung (abhängig von Beschluss und Veröffentlichung - vermutlich bis Mitte 2008)

Summe: 37.400.000 € Voraussichtlicher Gesamterlös

Die bisherigen Erlöse wurden im Wesentlichen zur Entschuldung und zur Durchführung der Restarbeiten (z.B. Abbruch Stahlwerk) verwendet.

Wirtschaftsplanung:

Von den erhaltenen Zahlungen entfiel ein Anteil von ca. 10,5 Mio. € auf die OVZ für eine verkaufte Fläche von ca. 248.000 m².

Wesentliche Aufwendungen der OVZ waren die Ausbuchung der vermarktbareren Flächen (Bestandsveränderung) in Höhe von 6.573 T€, Zinsaufwand in Höhe von 421 T€ sowie die voraussichtlich Ende 2007 fällige Zahlung von Gewerbe- und Ertragssteuern in Höhe von ca. 635 T€.

Die OVZ weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2006 durch den Jahresüberschuss von 2,7 Mio. € ein positives Kapital von 0,6 Mio. € aus.

Ausblick:

Nach dem Verkauf in 2006 ist die OVZ noch mit der Vermarktung bzw. Übertragung der noch verbliebenen Flächen beschäftigt. Durch Mehrerlösklauseln im Kaufvertrag in Bezug auf Anpassung des Baurechts sowie Weiterverwertung der Flächen werden insgesamt Zahlungen in Höhe von 11,2 Mio. € erwartet. Davon entfallen ca. 3,9 Mio. € auf die OVZ.

Damit wird die OVZ bis Ende 2009 voraussichtlich sämtliche Verpflichtungen (Verbindlichkeiten und Restarbeiten) erfüllen können und einen Überschuss erzielen.

Oberhausen, 10.5.2007

O.VISION Zukunftspark Oberhausen GmbH

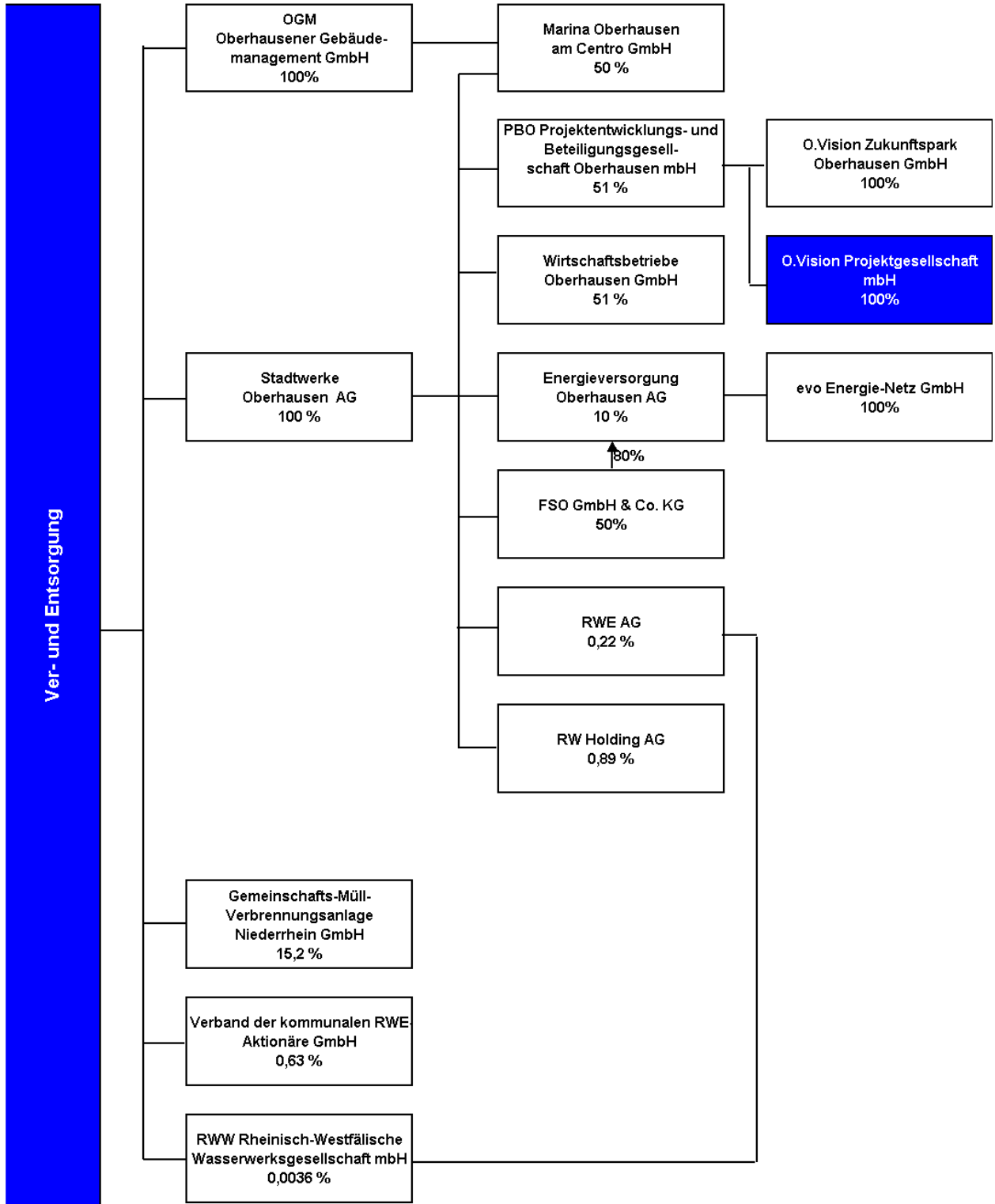
Peter Klunk

Bilanz
OVZ GmbH

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	25	687	687	0	0
Sachanlagen	0	687	687	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	25	0	0	0	0
Umlaufvermögen	5.391	6.128	5.508	6.620	2.118
Vorräte	3.188	5.660	5.447	6.573	1
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	242	292	6	24	2.064
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.961	176	55	23	53
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	645	1.103	1.508	2.152	0
SUMME AKTIVA	6.061	7.918	7.703	8.772	2.118
Passiva					
Eigenkapital	0	0	0	0	566
gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Verlustvortrag, soweit durch EK gedeckt	-291	-669	-1.128	-1.533	-2.177
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-379	-459	-405	-644	2.718
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	645	1.103	1.508	2.152	0
Rückstellungen	18	8	128	131	679
Verbindlichkeiten	6.043	7.910	7.575	8.641	873
kurzfristig	6.043	7.910	7.575	8.641	873
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	6.061	7.918	7.703	8.772	2.118

Gewinn- und Verlustrechnung OVZ GmbH

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	0	175	609	24	10.549	304
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	244	3.159	-213	440	-6.573	0
sonstige betriebliche Erträge	5	225	5	0	3	0
Summe Erträge	249	3.559	401	464	3.979	304
Materialaufwand	-123	-3.181	-34	-449	0	0
Personalaufwand	-24	-34	0	0	0	0
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-185	-438	-358	-215	-183	-15
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-251	-343	-377	-404	-422	-35
Summe Aufwendungen	-583	-3.996	-769	-1.068	-605	-50
Zinsen und ähnliche Erträge	9	17	2	0	18	130
Erträge aus Beteiligungen etc.	0	0	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-325	-420	-366	-604	3.392	384
Steuern v.Einkommen und Ertrag/sonstige Steuern	-53	-39	-39	-39	-674	-12
Jahresergebnis	-378	-459	-405	-644	2.718	372





Projektgesellschaft mbH

Centroallee 263
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 6252 - 530
Telefax 0208 / 6252 - 535
info@pbo-gmbh.de

Geschäftsführung

Uwe Krey (bis 18.10.2006)
Peter Klunk (ab 18.10.2006)

gegründet:	1999
Stammkapital	25.000,- EUR
Beteiligung der PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH	25.000,- EUR (100 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die wirtschaftliche Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte, insbesondere von Grundstücksteilflächen des ehemaligen Stahlwerks Oberhausen mit dem Ziel, zur Stärkung und Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstrukturen geeignete Gewerbeflächen und -objekte marktreif anbieten zu können.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck insbesondere Grundstücke und Gebäude erwerben oder sich das Verfügungsrecht darüber sichern, deren künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren, die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen sowie Grundstücke geeigneten Investoren, Eigennutzern, Projektentwicklern oder sonstigen Dritten veräußern oder überlassen. Soweit dies dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit nicht zuwiderläuft, beachtet die Gesellschaft insbesondere bei der Auswahl der Erwerber die wirtschaftsfördernden Ziele.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Vereinbarung zwischen der Stadt und der O.VISION Projektgesellschaft mbH vom 17.11.1999 hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den städtischen Bereichen Rechnungsprüfung und Stabsstelle Beteiligungen insbesondere im Hinblick auf Prüfrechte
- Erklärung einer Mittelverwendungsbürgschaft der Stadt über 18.491 TDM vom 17.11.1999 zur Sicherung des Investitionszuschusses des Landes an die O.Vision Projektgesellschaft mbH
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der evo AG über die Wahrnehmung der Geschäftsbuchführung

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der PBO in der Gesellschafterversammlung (Geschäftsjahr 2006)

Dirk Buttler

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt. Die Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat der PBO wahr.

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	3	3	0	0	0

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Es ergeben sich keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Entwicklung

OVP – Lagebericht 2006

Mit der Absage der Landesregierung an die Projektförderung am 10. Januar 2006 entstand für die PBO samt Tochtergesellschaften OVP und OVZ eine höchst kritische Situation. Neben fehlender Liquidität waren auch Überschuldungsszenarien erkennbar.

Beide kritischen Situationen konnten durch die schnelle Gesamtvermarktung sämtlicher gewerblich nutzbarer Flächen (i.G. 497 Tm²) an die Fa. Euroauctions Immobilien GmbH (EAI) mit Sitz in Dormagen gemeistert werden. Bereits am 21. Februar konnte ein notarieller Optionsvertrag geschlossen werden; am 30. Mai 2006 wurde die Option durch EAI gezogen.

Der Kaufvertrag wurde bislang (Mai 2007) ordnungsgemäß von beiden Seiten abgewickelt. Wenngleich die technische und terminliche Durchführung von Zahlungen immer mit erheblichem Aufwand, Schwierigkeiten und Terminverzügen verbunden ist, sind letztlich von Seiten EAI sämtliche Verpflichtungen eingehalten worden. Am 26.02.2007 wurde die notarielle Auflassung vollzogen.

Folgende Zahlungen sind eingegangen:

-	700.000 €	Reservierungsentgelt
-	500.000 €	zusätzliches Reservierungsentgelt
-	1.300.000 €	2. Kaufpreistranche
-	22.850.000 €	1. Kaufpreistranche
-	700.000 €	Auszahlung Einbehalt „Betriebssteuern“
-	150.000 €	Abbruch Stahlwerk

Summe: 26.200.000 € Bisheriger Zahlungseingang

Es bestehen noch folgende Einbehalte:

-	300.000 €	Beseitigung Teerölschaden – wird noch verhandelt
---	-----------	--

Bedingte Zahlungen (Kaufpreiserhöhungen):

-	4.500.000 €	Weiterverwertung Grundstück (abhängig von EAI)
-	6.400.000 €	B-Plan- Änderung (abhängig von Beschluss und Veröffentlichung - vermutlich bis Mitte 2008)

Summe: 37.400.000 € Voraussichtlicher Gesamterlös

Die bisherigen Erlöse wurden im Wesentlichen zur Entschuldung und zur Durchführung der Restarbeiten (z.B. Abbruch Stahlwerk) verwendet.

Wirtschaftsplanung:

Von den erhaltenen Zahlungen entfiel ein Anteil von ca. 10,7 Mio. € auf die OVP für eine verkaufte Fläche von ca. 250.000 m².

Wesentliche Aufwendungen der OVP waren die Ausbuchung der vermarktbaren Flächen (Bestandsveränderung) in Höhe von 10.069 T€ und Zinsaufwand in Höhe von 1.007 T€.

Die OVP weist zum Abschluss des Geschäftsjahres 2006 durch den Fehlbetrag von 513 T€ ein negatives Kapital von rd. 9,0 Mio. € aus und ist damit bilanziell überschuldet. Für die Verbindlichkeiten in Höhe von 8,4 Mio. € gegenüber der Muttergesellschaft PBO liegt eine Rangrücktrittserklärung in Höhe von 8,2 Mio. € vor. Weitere Rangrücktritte sollen kurzfristig abgeschlossen werden.

Ausblick:

Nach dem Verkauf in 2006 ist die OVP noch mit der Vermarktung bzw. Übertragung verbliebener Flächen beschäftigt. Durch Mehrerlösklauseln im Kaufvertrag in Bezug auf Anpassung des Baurechts sowie Weiterverwertung der Flächen werden insgesamt Zahlungen in Höhe von 11,2 Mio. € erwartet. Davon entfallen ca. 3,9 Mio. € auf die OVP.

Aufgrund des Verkaufs des Stahlwerksgrundstücks ergeben sich Risiken im Zusammenhang mit möglichen Rückforderungen der gezahlten Fördermittel an das Land / die EU.

Damit wird die OVP bis Ende 2009 voraussichtlich nicht in der Lage sein, die Verbindlichkeiten gegenüber der PBO in voller Höhe zurück zu zahlen.

Oberhausen, 10.5.2007

O.VISION Projektgesellschaft mbH

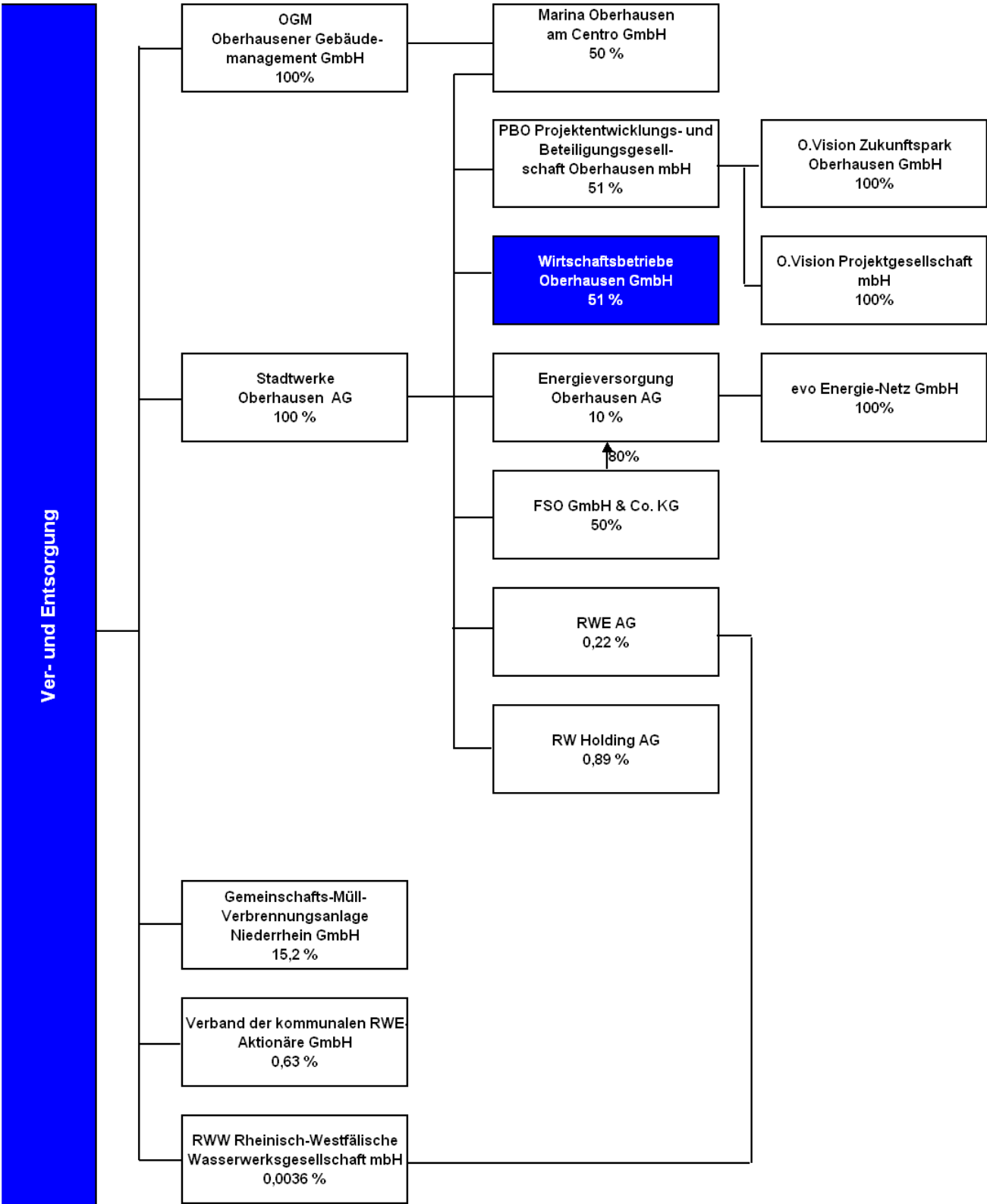
Peter Klunk

**Bilanz
OVP mbH**

	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	9	4.207	4.206	5	0
Sachanlagen	9	4.207	4.206	5	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	11.012	7.567	7.665	11.625	535
Vorräte	10.676	6.476	6.249	10.069	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	103	1.091	1.410	1.545	492
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	233	0	6	11	43
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	0	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	4.607	5.859	6.973	8.461	8.974
SUMME AKTIVA	15.630	17.635	18.844	20.091	9.509
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	0	0	0	0	0
gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Verlustvortrag, soweit durch EK gedeckt	-25	-25	-25	-25	-25
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0	0
Rückstellungen	15	9	83	20	65
Verbindlichkeiten	15.613	17.624	18.761	20.065	9.444
kurzfristig	3.581	17.624	18.761	20.065	9.444
mittelfristig	12.032	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	5	0
SUMME PASSIVA	15.628	17.633	18.844	20.091	9.509

**Gewinn- und Verlustrechnung
OVP mbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	0	0	389	787	10.761	307
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	5.142	0	-226	-381	-10.069	0
sonstige betriebliche Erträge	157	90	63	13	21	0
Summe Erträge	5.299	90	226	419	713	307
Materialaufwand	-5.053	-35	-51	-713	0	0
Personalaufwand	-125	-83	-32	0	0	0
Abschreibungen	-3	-3	-1	-1	-1	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-665	-238	-299	-262	-243	-57
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-680	-968	-978	-953	-1.007	-500
Summe Aufwendungen	-6.526	-1.327	-1.361	-1.929	-1.251	-557
Zinsen und ähnliche Erträge	0	33	70	71	74	0
Erträge aus Beteiligungen etc.	0	0	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.227	-1.204	-1.065	-1.439	-464	-250
sonstige Steuern	-49	-48	-49	-49	-49	-8
Jahresergebnis	-1.276	-1.252	-1.114	-1.488	-513	-258



Buschhausener Str. 149
46049 Oberhausen
Telefon 0208 / 8578-30
Telefax 0208 / 8578-404
Internet: www.wbo-online.de

Geschäftsführung

Guido Hanning (bis 30.04.2006)
Karsten Woidtke (ab 01.05.2006)
Hartmut Schmidt (bis 31.12.2006)
Dirk Buttler (ab 01.01.2007)

gegründet:	1995
Stammkapital	11.248.421,39 EUR
Beteiligung der STOAG	5.736.694,91 EUR (51 %)

weitere Gesellschafter

Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen mbH - GKDO	5.511.726,48 EUR (49 %)
---	-------------------------

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens sind

1. die Gebäudereinigung und Unterhaltung von Gebäuden in den Bereichen
 - Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerk
 - Elektroinstallateurhandwerk
 - Tischlerhandwerk
 - Maler- und Lackiererhandwerksowie das Gebäudemanagement

2. der Betrieb von Bädern
3. die Unterhaltung von Verkehrsflächen und Signalanlagen
4. die Planung, der Bau und die Unterhaltung von Grünflächen, Sportplätzen und Friedhöfen
5. die Planung, der Bau, der Betrieb und die Unterhaltung von Entwässerungsanlagen
6. die Reinigung von Verkehrsflächen
7. die Abfallwirtschaft
8. Aufgaben im Rahmen des DSD
9. das Management kommunaler Dienste.

Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Erfüllung dieser Aufgaben Geschäftsbesorgungsverträge abzuschließen.

Beteiligungen der Gesellschaft

Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen – ENO 6.390 EUR (4,26%)

Wichtige Verträge

- Leistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 12.01.1996 in der zuletzt geänderten Fassung vom 07.11.2002
- Änderung/Modifikation des Leistungsvertrages - Einbeziehung der OGM - vom 24.01.2001
- Dienstleistungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 10.01.1996 in der zuletzt geänderten Fassung vom 22.01.1998
- Grundstücksübertragungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 29.12.1995

- Personalgestellungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995 in der zuletzt geänderten Fassung vom 05.06.1998
- Überleitungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH vom 07.12.1995
- Überleitungstarifvertrag zwischen der Stadt Oberhausen, der WBO GmbH und der ÖTV vom 07.12.1995
- Überlassungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der WBO GmbH in der Fassung vom 09.10.1998
- Vertrag über die Abrechnung von Ingenieurleistungen für Straßenbaumaßnahmen vom 26.01.2001
- Vertrag zwischen der Trienekens AG (RWE Umwelt AG) und der WBO GmbH zur Erbringung von Kfz-Werkstattleistungen durch die WBO GmbH vom 28.09.2001
- Änderung/Modifikation des Leistungsvertrages – Preisgleitklausel v. 07.02.05; Gebäudereinigung v. 07.02.05, Bäderwesen v. 07.02.05, Tiergehege v. 07.02.05, Änderung der Kündigungsfrist für die nicht gebührengelundenen Bereiche v. 08.02.05

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Aufsichtsrat

Hans Vornholt	Aufsichtsratsvorsitzender
Wolfgang Crämer*	stellvertretender Vorsitzender
Frank Motschull	stellvertretender Vorsitzender

Klaus-Dieter Broß
Thomas Dißelmeyer
Bernhard Elsemann **
Walburga Grunauer
Hans-Jürgen Nagels
Walter Paßgang
Bernd Reinemann

Klaus Erlenbach	bis 31.05.2006
Werner Hols	
Andreas Bankamp	
Roland Ruschewey	
Guido Hanning	ab 01.06.2006
Wolfgang Steinberg	

Pierre Brands*	bis 08.05.2006
Peter Czekan*	ab 09.05.2006
Jutta Zander*	bis 08.05.2006
Jürgen Langenbusch*	
Walter Laßlop*	bis 08.05.2006
Sabine Müller-Umland*	bis 08.05.2006
Klaus Bußkamp*	
Stefan Horatz*	ab 09.05.2006
Ursula di Lorenzi*	ab 09.05.2006
Michael Schüll*	ab 09.05.2006

Mitarbeiter

jeweils zum 31.12.	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter (einschl. Beamte)	975	938	904	859	382
davon Auszubildende	39	37	41	37	17

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushalt	2003 IST/€	2004 IST/€	2005 IST/€	2006 IST/€	2007 Plan/€
Entgelt Leistungsvertrag*	42.201	43.620	45.875	28.029	29.396
Kanalbauprogramm	4.850	10.000	10.000	10.000	10.000
übrige Bauprogramme	1040	751	585		
Einnahmen aus dem Dienstleistungsvertrag**	365,4	157,5	158,0	61,0	62,2
*Reduzierter Leistungsumfang ab 2006.(es verbleiben: Gebührenhaushalte, Fließgewässer und Straßenunterhaltung)					
**sukzessiver Abbau von Leistungen (z.B. Rechtsberatung, Telekommunikation, Benutzer-Service, GLAZ, Stellenplan)					

Lagebericht

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit der WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO) konzentriert sich ab dem 01.01.2006 auf die Geschäftsbereiche Kanäle und Straßen sowie Entsorgung. Aufgrund des Wegfalls der Geschäftsbereiche Grünflächen und Gebäude sowie Freizeit und Sport ist ein Vergleich zur Vorjahresleistung in den überwiegenden Fällen nicht stichhaltig.

Das Geschäftsjahr 2006 schloss mit einer Gesamtleistung von 41.361 T€ ab. Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick über die Entwicklung der zur Gesamtleistung beitragenden Positionen:

	2006		2005		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse	38.670	93,50	59.829	90,00	-21.159	-35,37
Bestandsveränderungen	1.761	4,26	4.421	6,65	-2.660	-60,16
Andere aktivierte Eigenleistungen	7	0,02	0	0,00	7	
Sonstige betriebliche Erträge	922	2,23	2.227	3,35	-1.305	-58,58
Gesamtleistung	41.361	100,00	66.477	100,00	-25.117	-37,78

Das Umsatzvolumen verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 35 %. Wenn nur auf die Umsätze der verbliebenen Sparten abgestellt würde, ergäbe sich hingegen eine Umsatzsteigerung in Höhe von 3.347 T€ entsprechend 9,5 % gegenüber 2005.

Die relativ späte Beauftragung des Kanalbauprogramms führte zu einer verzögerten Abarbeitung und somit zu einem geringeren abgeschlossenen Bauvolumen. Infolgedessen erhöhte sich der Bestand der nicht abgeschlossenen Baumaßnahmen aus Sonderbauprogrammen um 1.761 T€.

In der folgenden Tabelle sind die reinen Umsatzerlöse der WBO dargestellt:

	2006	2005	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Leistungsvertrag Stadt OB	24.130	45.875	-21.745	-47,40
Sonstige Leistungen Stadt OB/OGM	2.027	2.473	-446	-18,05
Sonderbauprogramme	6.515	5.347	1.168	21,85
Drittumsätze	5.998	6.134	-136	-2,21
Summe	38.670	59.829	-21.159	-35,37

Aufgrund der eingangs geschilderten Änderung der Geschäftstätigkeit reduzierte sich der Umsatz aus dem Leistungsvertrag gegenüber dem Vorjahr um annähernd 50 %. In den Gebührenbereichen Stadtentwässerung, Müllabfuhr und Straßenreinigung führte die erstmals in 2006 angewandte und durch die Preisprüfungsbehörde der Bezirksregierung Düsseldorf bestätigte Entgeltberechnung nach Selbstkostenfestpreisen zu Umsatzerlösen auf Vorjahresniveau.

Die vergleichsweise geringere Reduzierung bei den sonstigen Umsatzerlösen mit der Stadt Oberhausen und der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) beruht auf dem Wegfall des Leistungsvertrages mit der OGM, der nunmehr als Kooperationsvertrag unter dieser Position ausgewiesen wird.

Die Erhöhung der Umsatzerlöse aus Sonderbauprogrammen korrespondiert mit einer entgegengerichteten Bestandsentwicklung. In Summe über beide Positionen konnten in 2006 Leistungen in Höhe von 8.276 T€ erzielt werden, was einer Verringerung um ca. 15 % gegenüber dem Vorjahr (9.768 T€) entspricht. Wenn nur auf die Leistungen des Kanalbauprogramms abgestellt würde, ergäbe sich hingegen eine Verringerung um ca 8 %.

Infolge einer Ausweitung der Geschäftstätigkeit in der Sparte Müllabfuhr konnten die Drittumsätze gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant gehalten werden.

Die Investitionstätigkeit fiel höher aus als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem die Investitionen zur Sicherung und Erweiterung des Standortes im Zusammenhang mit dem vollständigen Umzug aller Mitarbeiter zum Zentralen Betriebshof sowie eine Modernisierung des Fuhrparks (Position Andere Anlagen, BGA).

	2006	2005	Veränderung	
	T€	T€	T€	%
Imm. Vermögensgegenstände	278	46	231	498,92
Grundstücke und Bauten	2.601	804	1.797	223,47
Techn. Anlagen und Maschinen	0	0	0	-
Andere Anlagen, BGA	5.817	1.432	4.385	306,12
Anlagen im Bau	68	53	15	28,75
Finanzanlagen	0	6	-6	-
Summe	8.764	2.342	6.422	274,25

Die Investitionen bedurften keiner Fremdfinanzierung. Der Bestand der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurde im Geschäftsjahr auf 4.826 T€ reduziert (Vorjahr 6.543 T€).

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2006 war insbesondere durch den Umzug zum Zentralen Betriebshof geprägt. Obwohl das Gutachten der in 2006 durchgeführten Preisprüfung in den Gebührenbereichen zu einer Entgeltkürzung in Höhe von 481 T€ führte und Steuerkorrekturen aus den Vorjahren das Ergebnis in Höhe von 356 T€ belastete, konnte das im Wirtschaftsplan 2006 prognostizierte Betriebsergebnis übertroffen werden. Unter Berücksichtigung dieser außerordentlichen Belastungen hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von **2.564 T€** erwirtschaftet.

Hieraus stellen sich die Kennzahlen des Unternehmens wie folgt dar:

	<u>2006</u>	<u>2005</u>
Umsatzrentabilität*	6,6%	3,6%
Gesamtkapitalrentabilität**	7,9%	6,5%
Eigenkapitalrentabilität***	22,2%	18,5%

* Gewinn x 100 / Umsatz

** (Gewinn + Fremdkapitalzinsen) x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]

*** Gewinn x 100 / gezeichnetes Kapital + Rücklage

Die Vermögens- und Finanzlage spiegeln folgende Kennzahlen wider:

	<u>2006</u>	<u>2005</u>
Eigenkapital	14.102 T€	13.668 T€
Eigenkapitalquote*	39,1%	37,9%
Verschuldungsgrad**	60,9%	62,1%
Anlagendeckungsgrad***	71,4%	94,6%

* Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]

** Fremdkapital x 100 / Bilanzsumme [Gesamtkapital]

*** Eigenkapital x 100 / Anlagevermögen

Die Innenfinanzierungskraft (Jahresüberschuss + Abschreibungen + Veränderung der langfristigen Rückstellungen) beläuft sich im Berichtsjahr auf einen Betrag von **4.668 T€**. Sie fällt damit zur Vergleichszahl aus dem Vorjahr (4.541 T€), welche mit außergewöhnlichen Steuerrückstellungen belastet war, um **127 T€** höher aus.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2006

Von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2006 waren folgende Vorgänge:

- » Die Gesellschafter haben am 07.04.06 beschlossen, das Eigenkapital der Gesellschaft um 9.998 T€ auf 1.250 T€ herabzusetzen. Die Eintragung der Kapitalherabsetzung im Handelsregister kann im Sommer 2007 erfolgen. Die Rückzahlung der Einlagen an die Gesellschafter ist für Ende 2007 vorgesehen.
- » Die Leistungsentgelte aus dem Leistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen in den gebührengebundenen Bereichen werden seit dem 01.01.06 nach öffentlichem Preisrecht kalkuliert und abgerechnet. Die Preisprüfung hat den preisrechtlich zulässigen Selbst-kostenfestpreis auf 23.437 T€ inkl. 16 % MwSt festgesetzt. Das sind 557 T€ (inkl. 16 % MwSt) weniger als die Firmenforderung der WBO GmbH. Die Stadt Oberhausen hat für 2006 nur den geprüften Preis gezahlt.

- » Die WBO GmbH hat die am 12.11.03 erworbene Hälfte des Stammkapitals in Höhe von 12,50 T€ an der Marina am Centro GmbH in Oberhausen am 18.10.06 an die Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH veräußert.
- » Die WBO GmbH hält zur Zeit Geschäftsanteile von 6,39 T€ an der ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH und wird auf Wunsch der Gesellschafter in 2007 ihre Geschäftsanteile auf 12,50 T€ erhöhen.
- » Durch Umbaumaßnahmen in Höhe von ca. 1.000 T€ konnte im August 2006 die Anmietung von Büroräumlichkeiten aufgegeben werden. Die vollständige Zentralisierung der WBO GmbH führt zu einem jährlichen Einsparpotenzial von 80 T€.
- » Die in Zusammenhang mit der Steuerprüfung der Jahre 1996 bis 2003 vorzunehmenden Buchungsvorgänge wurden im Geschäftsjahr 2005 abgeschlossen. Aufgrund der für die Vorjahre ergangenen Steuerbescheide wird das Geschäftsergebnis 2006 um 356 T€ belastet.

4. Zukünftige Entwicklung / Risiken der zukünftigen Entwicklung

Seit dem 01.01.06 berechnet sich das Leistungsentgelt für die gebührengelunden Bereiche nach den Leitsätzen für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten (LSP). Seit dem 01.01.06 erhält die WBO GmbH den von der Preisprüfung festgestellten zulässigen Selbstkostenfestpreis. Ab dem 01.01.07 stehen der WBO GmbH zusätzlich kalkulatorische Kosten auf im zweiten Halbjahr 2006 vorgenommene Investitionen sowie eine Indizierung gemäß Kostenelementeklausel als Entgelt zu. Die festgestellten Selbstkostenfestpreise gelten für die Dauer der vertraglichen Beziehungen. Sie werden aufgrund einer vertraglich vereinbarten Kostenelementeklausel jährlich für die Zukunft fortgeschrieben.

Die WBO GmbH ermittelt regelmäßig ihre Risiken im Rahmen des Risikomanagements, um Risiken und Chancen rechtzeitig zu erkennen, zu bewerten und der Geschäftsführung die Möglichkeit zur rechtzeitigen Gegensteuerung zu geben.

Bestandsgefährdende Risiken sind von der Geschäftsführung derzeit nicht zu erkennen.

Änderungen rechtlicher Rahmenbedingungen, die einen Einfluss auf die Vermögens, Finanz- und Ertragslage der WBO GmbH haben, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

Die beabsichtigte Reduzierung des Stammkapitals und die Auszahlung der Einlagen an die Gesellschafter wird weitgehend durch Fremdfinanzierung erfolgen, so dass künftig finanzielle Aufwendungen in Form von Zinszahlungen auf die WBO GmbH zukommen werden.

Die WBO GmbH erwartet aus der Veräußerung von Baugrundstücken in den nächsten Jahren Verkaufserlöse von ca. TEUR 900.

Die Gesellschafter beabsichtigen ab dem 01.01.2008 einen Rechtsformwechsel der WBO GmbH in eine Personengesellschaft. Eine endgültige Entscheidung darüber steht allerdings noch aus.

Unser besonderer Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesellschaft im Jahre 2006. Wir vertrauen auch weiterhin auf den Einsatz und die Leistungsbereitschaft der Belegschaft.

Oberhausen, den 23.02.2007

WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH

Dirk Buttler

Karsten Woidtke

Bilanz WBO GmbH

	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	24.397	22.009	19.925	14.446	19.764
Sachanlagen	24.302	21.915	19.771	14.287	19.491
sonstiges	95	94	154	159	273
Umlaufvermögen	18.485	19.245	18.611	21.620	16.039
Vorräte	11.511	8.101	5.290	9.723	11.532
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	3.357	2.457	2.999	11.830	4.104
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	3.617	8.687	10.322	67	403
Rechnungsabgrenzungsposten	104	73	46	24	10
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	42.986	41.327	38.582	36.090	35.813
Passiva					
Eigenkapital	10.496	13.373	12.178	13.667	14.039
gezeichnetes Kapital	11.248	11.248	11.248	11.248	11.248
Kapitalrücklage	289	289	289	289	289
Verlustvortrag/Jahresüberschuss	-1.041	1.836	641	2.130	2.502
Jahresfehlbetrag					
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					
Rückstellungen	5.478	6.907	8.157	2.468	2.880
Verbindlichkeiten	27.012	21.047	18.247	19.955	18.894
kurzfristig	16.607	12.573	11.705	15.342	16.211
mittelfristig	7.722	7.296	6.223	4.613	2.683
langfristig	2.683	1.178	319	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	42.986	41.327	38.582	36.090	35.813

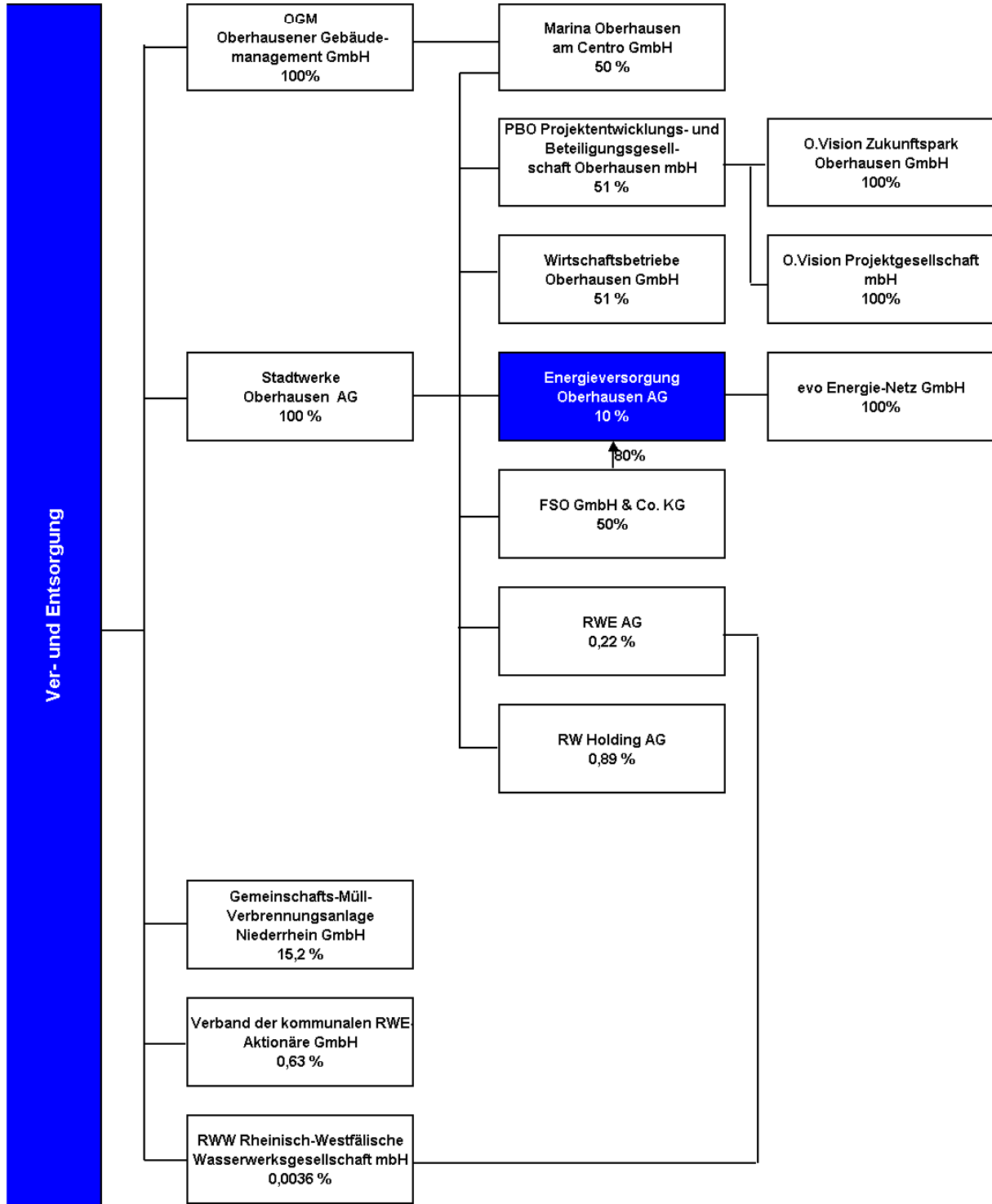
**Gewinn- und Verlustrechnung
WBO GmbH**

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Umsatzerlöse	60.655	61.506	62.031	59.829	38.670	31.809
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	-1.010	-3.413	-2.790	4.421	1.762	8.403
sonstige betriebliche Erträge	2.356	953	1.757	2.227	929	151
Summe Erträge	62.001	59.046	60.998	66.477	41.361	40.363
Materialaufwand	-16.744	-14.298	-15.432	-21.898	-15.003	-14.370
Personalaufwand	-33.517	-32.643	-31.735	-31.126	-17.234	-18.667
Abschreibungen	-3.310	-3.183	-2.739	-2.393	-2.001	-2.080
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.091	-3.807	-2.893	-5.279	-2.253	-1.688
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-671	-573	-1.078	-541	-299	-145
Summe Aufwendungen	-59.333	-54.504	-53.877	-61.237	-36.790	-36.950
Zinsen und ähnliche Erträge	107	190	269	375	186	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.775	4.732	7.390	5.615	4.757	3.413
Steuern v.E. u. E. /sonstige Steuern	-151	-1.856	-6.749	-3.485	-2.255	-1.404
Jahresergebnis	2.624	2.876	641	2.130	2.502	2.009

Kennzahlen WBO GmbH

Kennzahlengruppe Kennzahl	in	Geschäftsjahr					Tendenz
		2002	2003	2004	2005	2006	
Finanzierung							
Eigenkapitalquote	%	24,4	32,4	31,6	32,0	39,2	14,8
Anlagendeckung	%	43,0	60,8	61,6	80,8	71,0	28,0
Anlagendeckung 2	%	54,0	66,1	67,6	80,8	71,0	17,0
Abschreibungsquote	%	8,9	8,4	10,1	16,7	5,6	-3,3
Durchschnitt über 3 Jahre	%	9,6	8,7	9,6	9,3	10,8	1,2
Liquidität							
Liquidität 1. Grades	%	21,8	69,1	88,2	56,6	2,5	-19,3
Liquidität 2. Grades	%	111,3	153,1	113,8	125,4	27,8	-83,5
Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität*	%	22,7	24,9	5,6	18,5	17,8	-4,9
Umsatzrentabilität	%	4,3	4,7	7,6	3,2	6,5	2,1
Personalaufwandsquote	%	56,5	59,9	60,1	51,3	46,8	-9,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	62,2	65,6	68,6	77,4	101,2	39,0

* Eigenkapitalrentabilität Jahresergebnis x100/ (Stammkapital + Rücklage)





Danziger Str. 31
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 8350
Telefax 0208 / 8352620
Internet: www.evo-energie.de
Email: service@evo-energie.de

Vorstand
Dr. Thomas Mathenia
Hartmut Gieske

gegründet:	1971
Grundkapital	32.768.000,00 EUR
Beteiligung der STOAG	3.276.800,00 EUR (10 %)

weitere Gesellschafter (Stand am 31.12.2006)

FSO GmbH & Co. KG	26.214.400,00 EUR (80 %)
RWE Rhein-Ruhr AG	3.276.800,00 EUR (10 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist

- jedwede Art der Erzeugung, gewerblichen Nutzung und Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) und Wasser im jeweiligen Gebiet der Stadt Oberhausen sowie im Zusammenhang damit die Abgabe solcher Energien in Netze außerhalb des Stadtgebietes;
- die Entsorgung von Abfällen jeglicher Art;
- die Planung und Durchführung von baulichen und maschinellen Anlagen auf den Gebieten der Energie- und Wasserversorgung und -verteilung sowie der Abfallentsorgung auch für Dritte;
- die Erbringung von Dienstleistungen;

- sowie die Errichtung und der Betrieb von Anlagen im Bereich der Telekommunikation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Sie kann insbesondere

- Dienstleistungen erbringen
- Anlagen und Einrichtungen aller Art erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder fremde Rechnung;
- Forschung und Entwicklung betreiben;
- Patente oder sonstige gewerbliche Schutzrechte, Kenntnisse oder Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern;
- Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben an anderen Unternehmen beteiligen, fremde Unternehmen erwerben sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten.

Beteiligungen der Gesellschaft (Stand am 31.12.2006)

evo Energie-Netz GmbH, Oberhausen	100,00 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH, Oberhausen	40,00 %
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH (ENO), Oberhausen	6,96 %
Projektgesellschaft FIBE S.p.A., Neapel/ Italien	1 Aktie/100 EUR

Wichtige Verträge

- Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen evo und FSO GmbH und Co.KG mit Wirkung ab dem 01.01.2004
- Vertrag über Stromlieferung mit der RWE Rhein-Ruhr AG vom 03.06.2005
- Vertrag über die Vorhaltung von Reserveleistung und die Lieferung von Reserveenergie mit der RWE Rhein-Ruhr AG vom 13.12.2006
- Vertrag über Tagesanpassungen von Fahrplänen und Ausgleich von Fahrplanabweichungen mit der RWE Rhein-Ruhr AG vom 08.02.2005
- Rahmenvertrag über den Kauf/Verkauf von elektrischer Energie und Optionen vom 28.06.2006
- Stromlieferungsvertrag vom 22.07.2002 mit der Energiehandelsgesellschaft West mbH
- Rahmenvereinbarung über Fahrplanlieferungen vom 15.03.2005 mit der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft
- Stromlieferungsrahmenvertrag mit der E.ON Sales & Trading GmbH vom 27.11.2006
- 50 Lieferantenrahmenverträge, welche auf Basis der Vorgaben nach dem neuen EnWG den Netzzugang und die Netznutzung regeln. Von Bedeutung ist der Vertrag über Netzanschluss, Anschlussnutzung und Netznutzung mit der RWE Rhein-Ruhr Verteilnetz GmbH vom 14.02.2006.
- Vertrag über Energielieferungen und -bezug sowie über die Betriebsführung mit der Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH vom 12.01.1988
- Erdgaslieferungsvertrag mit der E.ON Ruhrgas AG und RWE Rhein-Ruhr AG vom 19.09.2001
- Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der evo vom 23.11.1995 über die Versorgung mit Elektrizität, Gas und Fernwärme in Oberhausen
- Gebäudeenergie-Servicevertrag mit der Stadt Oberhausen vom 31.01.1997
- Verschiedene Geschäftsbesorgungs- und Nutzungsverträge mit städtischen Gesellschaften

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter/in der STOAG in der Hauptversammlung

Der / die Vertreter/in in der Hauptversammlung wird von der STOAG jährlich benannt und bevollmächtigt.

Aufsichtsrat

Klaus Wehling	Vorsitzender***
Hans-Dieter Erfkemper	1. stellvertretender Vorsitzender
Gido Göllner*	2. stellvertretender Vorsitzender
Kurt Alexander*	
Gerd Doege	
Beatrix Goltz*	
Rudolf Heitmann*	
Elke Kemper	
Gretel Kühr	
Josef Loege	
Ralf Neugebauer*	
Dr. Arndt Neuhaus	
Dr. Lothar Oelert	(ab 17.05.2006)
Walter Paßgang	
Jürgen Reichardt	
Arthur Thomas	(bis 17.05.2006)

*** Der Aufsichtsratsvorsitz wechselt jeweils jährlich zwischen den beiden Aktionären.

Mitarbeiter

Durchschnitt	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	522	508	491	482	484
Auszubildende	28	27	28	32	27

Seit 1991 hat die evo gezielt den Personalbestand über sozialverträgliche Regelungen reduziert. Ziel ist es, die Belegschaft an die veränderten Wettbewerbsbedingungen des liberalisierten Energiemarktes anzupassen.

Auch im Jahr 2006 hat die evo mit ihrem Engagement im Ausbildungsbereich einen Beitrag zur Verbesserung der Ausbildungssituation geleistet.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle/ Sachkonto	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
8170.2200.000/ 451100	10.138	9.690	9.757	9.686	9.787
Konzessionsentgelt nachrichtlich:					
periodisch abgegrenzt (bezogen auf das laufende Jahr)	9.785	9.757	9.743	9.677	
Gewinnabführung (50 %)	5.496	7.052	7.198	7.081	4.750
<p>Weitere indirekte Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ergeben sich durch den zwischen der evo und der FSO GmbH & Co.KG (seit 01.01.2004) bestehenden Gewinnabführungsvertrag. STOAG und RWE Rhein-Ruhr halten jeweils 50 % der Anteile an der FSO. Die Körperschaftsteuer verlagert sich auf STOAG und RWE Rhein-Ruhr; bei STOAG fällt jedoch aufgrund laufender Verluste und hoher Verlustvorträge keine Körperschaftsteuer an. Dadurch wird der Infrastrukturkostenausgleich der STOAG und damit der von der Stadt für den ÖSPV zu leistende Finanzierungsbetrag entsprechend verringert. Der Rückgang der geplanten Gewinnabführung 2007 resultiert aus den reduzierten Netznutzungsentgelten.</p>					

Lagebericht

Lagebericht

Inhaltsverzeichnis

- 1 Geschäft, Rahmenbedingungen und Energieabsatz
 - 1.1 Geschäft
 - 1.2 Rahmenbedingungen
 - 1.2.1 Energiepreisentwicklung
 - 1.2.2 Dienstleistungen
 - 1.3 Energieabsatz
 - 1.3.1 Strom
 - 1.3.2 Erdgas
 - 1.3.3 Fernwärme
 - 1.3.4 Gebäude-Energieservice
- 2 Ertragslage

- 2.1 Umsatz
- 2.2 Ergebnis
- 2.3 Ergebnisbeitrag der Sparten
- 3 Finanzlage
 - 3.1 Kapitalflussrechnung
 - 3.2 Rating
- 4 Vermögenslage
 - 4.1 Finanzbewegung
 - 4.2 Finanzierungsbilanz
 - 4.2.1 Mittelverwendung
 - 4.2.2 Mittelherkunft
 - 4.3 Investitionen
 - 4.4 Anlagestrategie
- 5 Nachtragsbericht
- 6 Risikobericht
 - 6.1 Risikomanagementsystem
 - 6.2 Klassifizierung der Chancen und Risiken
- 7 Prognosebericht
 - 7.1 Ausblick
 - 7.2 Unbundling

1 Geschäft, Rahmenbedingungen und Energieabsatz

1.1 Geschäft

Die Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo AG) wurde 1971 durch Ausgliederung der Energieversorgungsbereiche aus der Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) gegründet. Sie versorgt seitdem ihre Kunden mit Strom, Erdgas und Fernwärme und erbringt weitere energienahe Dienstleistungen. Rund 490 Mitarbeiter der evo AG betreuen und beraten über 100.000 Privat- und Geschäftskunden.

Das Grundkapital der evo AG beträgt EUR 32,8 Mio. und ist eingeteilt in 64.000 Stückaktien. Aktionäre der Gesellschaft sind die RWE Rhein-Ruhr AG (RWE), Essen, die Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG), Oberhausen, mit je 6.400 Stückaktien sowie die FSO GmbH & Co. KG (FSO), Oberhausen, mit 51.200 Stückaktien. Diese repräsentieren

derzeit ein Grundkapital von je EUR 3.276.800 für die RWE und die STOAG sowie ein anteiliges Grundkapital von EUR 26.214.400 für die FSO. Zwischen der FSO und der evo AG besteht seit dem Geschäftsjahr 2004 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag; ebenso liegt seit diesem Zeitpunkt zwischen der evo AG (Organgesellschaft) und der FSO (Organträger) eine steuerliche Organschaft vor.

Eine aus evo AG, RWE und STOAG bestehende Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) stellt - gemäß dem Gesellschaftsvertrag vom 16. Dezember 2003 - die Besetzung des Aufsichtsrats sicher; bis zum 31. Dezember 2002 fungierte die GbR als steuerlicher Organträger (Mehrmütterorganschaft).

Die evo AG nimmt im Stadtgebiet Oberhausen flächendeckend den Vertrieb von Energie (Strom, Erdgas, Fernwärme, Energieservice), die Erbringung benachbarter Dienstleistungen sowie teilweise die Energieerzeugung bei Kraft-Wärme-Kopplungsprozessen wahr. Sie hat damit eine signifikante regionale Stellung. Der Bezug von Erdgas erfolgt durch E.ON Ruhrgas AG und RWE. Die Fernwärme und elektrische Energie wird durch zwei eigene Heizkraftwerke (HKW) an den Standorten Alt-Oberhausen und Sterkrade erzeugt, im Übrigen von der RWE und der Gemeinschafts-Müllverbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA) bzw. der Celanese Chemicals Europe GmbH (nur Abwärme) bezogen. Daneben betreibt die evo AG eine Dampferzeugungsanlage auf einem durch Einräumung einer befristeten Dienstbarkeit überlassenen Grundstück.

Zur Verwirklichung der Vorgaben durch das neue Energiewirtschaftsgesetz werden sämtliche Netzaktivitäten ab dem 1. Januar 2007 durch die evo Energie-Netz GmbH wahrgenommen (zu weiteren Erläuterungen verweisen wir auf die Ausführungen zum Unbundling Punkt 7.2).

Die evo AG ist sehr gut auf dem vom Wettbewerb geprägten Markt aufgestellt. Dafür gibt es vier wichtige Säulen:

- innovative Produkte und Dienstleistungen, die dem Markt und den Bedürfnissen der Kunden ständig angepasst werden,
- innovative Arbeitsabläufe und interne Prozesse, die ständig optimiert werden,
- innovative Technologien (u. a. zum Schutz der Umwelt), Erhaltung der Netze und Organisationsmanagement (durch Zertifizierung bestätigt),
- innovative Mitarbeiter, die durch Führungskräfteentwicklung und Mitarbeiterentwicklung optimal eingesetzt und gefördert werden.

Die Strategie der evo AG zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes besteht in der Fokussierung auf das Kerngeschäft Energie (Erzeugung, Beschaffung, Vertrieb) einschließlich energienaher Dienstleistungen in Oberhausen und Umgebung, ergänzt durch Aktivitäten im Bereich Wasser. Dabei ist dem Gesichtspunkt der sicheren und umweltverträglichen Versorgung Rechnung zu tragen. Das frühere Kerngeschäft der Verteilung wird künftig durch die evo Energie-Netz GmbH realisiert.

Die Stärkung der Wettbewerbsposition der evo AG erfolgt durch intensive Kundenbetreuung, Akquisition, konsequente Geschäftsprozessoptimierung, nachhaltige Kostenoptimierung sowie motivierte und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hierbei ist eine zielgenaue Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Kunden zwingend erforderlich sowie gegebenenfalls das Anstreben von strategischen Partnerschaften.

1.2 Rahmenbedingungen

Die Tendenz der insgesamt steigenden Energiepreise hielt im Verlauf des Jahres weiterhin an. Der Ölmarkt gilt nach wie vor als der wesentliche Indikator für das Weltenergiepreisniveau. Insbesondere die geopolitischen Einflüsse trieben die Ölpreise auf neue Höchststände. Durch zusätzliche Spekulationen auf den Handelsplätzen erreichten die Preise in 2006 kurzzeitig ein neues Allzeithoch. Erfreulicherweise kam es in der zweiten Jahreshälfte zu einer Entspannung auf dem Markt mit sinkenden Preisen.

Diese weltweite Energiepreisentwicklung wirkte sich mit einem gewissen „time-lag“ auch auf den nationalen Märkten aus. So stiegen die Wärmepreise in Deutschland bis zum Jahresende an, konnten jedoch vielerorts Anfang 2007 wieder reduziert werden.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind in der Bundesrepublik weiter konkretisiert worden. So wurden im Verlauf des Jahres die Netzentgelte der verschiedenen Betreiber von Strom- und Erdgasnetzen von den Landes- und der Bundesbehörde(n) geprüft und teilweise auch genehmigt. Darüber hinaus sind zum Jahresende diverse Verordnungen zur Versorgung mit Strom und Erdgas in Kraft getreten. Die Umsetzung dieser Vorgaben stellt die operativen Einheiten von Energieversorgungsunternehmen vor neue Herausforderungen.

1.2.1 Energiepreisentwicklung

Die Energieeinkaufspreise auf dem Strommarkt sind 2006 weiter gestiegen. So musste die evo AG am 2. März die Strompreise für Privat- und Gewerbekunden (Allgemeiner Tarif) anheben. Die Preisänderung wurde vom zuständigen Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen intensiv geprüft und genehmigt. Die notwendige Preisanpassung basierte auf zwei wesentlichen Einflussfaktoren: Zum einen musste die evo AG - zusätzlich zu ihrer Stromeigenerzeugung aus umweltschonender Kraft-Wärme-Kopplung - weitere Strommengen beschaffen, um den Bedarf für das Oberhausener Versorgungsgebiet zu decken. Auf Grund der weltweit gestiegenen Energienachfrage sind die internationalen Primärenergiekosten gestiegen. Somit haben sich auch die Stromeinkaufspreise der evo AG erhöht. Der zweite Grund für die Preisanpassung sind Mehrbelastungen (Zuschüsse für Erneuerbare Energien, die sich aus dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (EEG) ergeben. Für das Jahr 2007 erwarten wir weitere Bezugskostensteigerungen, so dass weiter Preisanpassungen bei den Kunden unumgänglich sind.

Auch die Bezugskosten bei Erdgas sind durch die Rohölpreiskopplung in der ersten Jahreshälfte deutlich gestiegen. Ein Teil dieser Bezugskosten-Steigerung wurde zweistufig zu Beginn des Jahres und zu Beginn des vierten Quartals an den Endverbraucher weitergegeben.

Seit Mitte August ist der Ölpreis wieder gefallen. Der sinkende Preis beim Öl machte sich allerdings erst mit einer Verzögerung von einem bis drei Monaten auf den anderen Energiemärkten bemerkbar. Die hieraus resultierende Kostenreduzierung wurde Anfang 2007 an die Kunden weitergegeben. Dieser positive Effekt wurde durch die Anhebung der Mehrwertsteuer zu Beginn des Jahres 2007 nahezu neutralisiert. Die Netto-Preissenkung reichte jedoch aus, die steuerliche Mehrbelastung zu kompensieren. Für einen durchschnittlichen Haushalt sanken die Erdgasverbrauchskosten somit um circa 0,5 Prozent.

Die Endverbraucher-Preise für Fernwärme waren 2006 unverändert.

1.2.2 Dienstleistungen

Im Berichtsjahr hat die evo AG Ingenieurdienstleistungen sowohl für eigene Projekte als auch für Dritte erbracht, wobei der Schwerpunkt bei den eigenen Projekten lag. Weitere Beratungs- und Planungsleistungen wickelte das Unternehmen in 2006 für die

Oberhausener Müllverbrennungsanlage, für ein großes Kohlekraftwerk im westlichen Ruhrgebiet sowie für zwei Heizkraftwerke im östlichen Ruhrgebiet ab.

Auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen erbringt die evo AG für einige, vorwiegend städtische Gesellschaften wie zum Beispiel die STOAG kaufmännische und IT-Dienstleistungen. Ferner übernimmt das Unternehmen Dienstleistungen in den Bereichen Gebäude- und Industrieenergie-Service (GES und IES). Die weiteren technischen Dienstleistungen sowie der Neubau und die Instandhaltung der Öffentlichen Beleuchtung für die Stadt Oberhausen übernimmt künftig die evo Energie-Netz GmbH.

1.3 Energieabsatz

1.3.1 Strom

Im Geschäftsjahr 2006 konnte der Stromverkauf der evo AG im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden. Der Verkauf an Geschäftskunden stieg leicht um 0,5 %. In der Kundengruppe Privat- und Gewerbekunden liegt der Absatz minimal über dem des Vorjahres. Die Abgabe im Bereich Elektro-Wärmespeicher-Heizungen sank witterungsbedingt um 13,3 %. Die für Netzkunden in Oberhausen durchgeleitete Strommenge erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 95,4 GWh auf 104,6 GWh. Bei den Sonderverträgen konnten für das Folgejahr Kunden zurück gewonnen werden. Im Bereich der Tarifkunden ist mit einem weiteren Rückgang des Absatzes zu rechnen.

1.3.2 Erdgas

Der Erdgasabsatz sank gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % auf 1.032,9 GWh. Im Bereich Haushalt/Kleingewerbe reduzierte sich der Absatz um 1,7 %. Im Bereich Industrie/Gewerbe nahm der Verkauf um 3,4 % auf 198,6 GWh ab. Für das Folgejahr wird in beiden Kundengruppen ein Rückgang des Absatzes erwartet.

1.3.3 Fernwärme

Im Bereich der Fernwärme erhöhte sich der Absatz im Vergleich zum Vorjahr um 0,4 %. Die Wärmeabgabe in den Heizwassernetzen der evo AG stieg um 2,8 % auf 403,2 GWh. Der Dampfabsatz verringerte sich jedoch um 33,6 % auf 18,3 GWh. Im Geschäftsjahr 2007 wird mit einem höheren Fernwärmeabsatz im Vergleich zum Berichtsjahr gerechnet.

1.3.4 Gebäude-Energieservice

Die Abgabe von Wärme im Bereich Gebäude-Energieservice sank im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % auf 52,8 GWh. Für 2007 wird ein leicht steigender Absatz prognostiziert.

2 Ertragslage

2.1 Umsatz

Die Umsatzerlöse aus den Kerngeschäften im Energiebereich lagen im Berichtsjahr um EUR 5,0 Mio. über dem Vorjahreswert; dieser nur geringe Anstieg ist durch die erforderlichen Preisanpassungen aufgrund erhöhter Energiebezugskosten in den Sparten Strom und Gas bei gleichzeitig geringerem Energieabsatz begründet.

Die übrigen Umsatzerlöse stiegen um EUR 2,5 Mio. und werden geprägt durch die - nicht zahlungswirksame - Auflösung der bis zum 31. Dezember 2002 fakturierten Baukostenzuschüsse, durch Arbeiten für die Öffentliche Straßenbeleuchtung der Stadt Oberhausen sowie Arbeiten für den Bereich Energieservice.

In den übrigen Erlösen ist auch die Endabrechnung von Ingenieurleistungen im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus dem Projekt Italien mit insgesamt EUR 2,1 Mio. enthalten. Den Erlösen stehen korrespondierende Bestandsverminderungen und Rückstellungsentnahmen gegenüber.

2.2 Ergebnis

Der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages an den Organträger, die FSO GmbH & Co. KG, abzuführende Gewinn beträgt im Berichtsjahr EUR 14,2 Mio.; er liegt damit geringfügig unter dem bislang höchsten Unternehmensgewinn in 2005.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, welches das operative Betriebsergebnis quantifiziert, erhöhte sich um EUR 1,8 Mio. Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf Sondereinflüsse aus der Abwicklung des Projekts Italien, das Verhandlungsergebnis der steuerlichen Außenprüfung für die Geschäftsjahre 2001 bis 2003 und einer Bergbauentschädigung zurückzuführen.

Die zusätzlichen Aufwendungen für die letztmalig gesetzlich zulässige Ausweitung der Altersteilzeit (ATZ) für die Mitarbeiter der Geburtsjahrgänge bis 1954 konnten durch die Ergebnisbeiträge aus den Kerngeschäften, die oben genannten positiven Sondereinflüsse und ein angestiegenes Finanzergebnis weitgehend kompensiert werden. Vor dem Hintergrund der regulatorischen Eingriffe durch die Bundesnetzagentur, welche ebenfalls Ergebnis mindernd berücksichtigt wurden, konnte das hohe Vorjahresergebnisniveau nicht mehr erreicht werden.

Bei den ausgewiesenen Ertragsteuern handelt es sich fast ausschließlich um eine Steuerumlage an den ertragsteuerlichen Organträger, die FSO GmbH & Co. KG.

2.3 Ergebnisbeitrag der Sparten

Das neue Energiewirtschaftsgesetz stellt an Energieversorgungsunternehmen detaillierte Anforderungen hinsichtlich ihrer Rechnungslegung und internen Buchführung. Von diesen Vorgaben, die unter dem Schlagwort buchhalterische Entflechtung diskutiert werden, ist auch die evo AG betroffen. Die bisher vorgenommene Segmentierung des evo AG Gesamtergebnisses entsprechend der Hauptumsatzträger in die Sparten Strom, Erdgas, Fernwärme und Anderes muss daher aufgegeben werden. Im Rahmen der unternehmensinternen Ergebnisrechnung werden jetzt Teilbereichsabschlüsse dargestellt, die insbesondere die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung (evo AG-Stromnetz) und Gasverteilung (evo AG-Gasnetz) getrennt von anderen Tätigkeiten buchhalterisch abbilden. Dabei bestehen interne Beziehungen zwischen den einzelnen Tätigkeiten.

Zusammengefasst haben sowohl die Teilbereichsabschlüsse des Netzes sowie die des Vertriebes 2006 einen positiven Beitrag zum Ergebnis der evo AG geleistet. Aufgrund des starken Einflusses der Regulierung muss für 2007 damit gerechnet werden, dass die Teilbereichsabschlüsse des Netzes, die in 2007 in einer eigenständigen Gesellschaft abgewickelt werden, keinen positiven Ergebnisbeitrag mehr leisten können.

3 Finanzlage

3.1 Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung für das abgelaufene Geschäftsjahr 2006 ist in den Anlagen zum Anhang des Jahresabschlusses dargestellt.

Hiernach reichte der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit aus, die Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit voll zu decken und darüber hinaus den Finanzmittelbestand weiter zu erhöhen.

Auch für das Geschäftsjahr 2007 prognostizieren wir einen - auf Vorjahres-Niveau liegenden - positiven Cashflow. Wir gehen davon aus, dass der Cashflow sowie die Mittelveränderung aus laufender Geschäftstätigkeit die Abflüsse aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit egalisieren werden.

3.2 Rating

Im Geschäftsjahr 2005 haben die Unternehmen TÜV Rheinland Service GmbH und Euler Hermes Rating GmbH ein Unternehmensrating der evo AG durchgeführt.

In der Ratingskala von AAA bis D wurde die Bonität und Zukunftsfähigkeit der evo AG mit „**A+ stabil**“ eingestuft. Durch das qualifizierte Management der operativen Prozesse und die Etablierung als kundennaher und preisorientierter Anbieter hat sich die evo AG eine gute Positionierung im Bereich der regionalen Energieversorgungsunternehmen erarbeitet.

Die evo AG wurde damit im Vergleich zur Gesamtwirtschaft als sehr gut beurteilt. In Bezug auf andere Energieversorger bzw. Stadtwerke wurde die evo AG als insgesamt besser positioniert eingestuft.

Die gute Positionierung der evo AG wurde auch im Berichtsjahr durch gezielte Benchmarking-Erhebungen bestätigt; die aufgezeigten Optimierungspotenziale werden sukzessive in die laufenden Prozesse implementiert.

4 Vermögenslage

4.1 Finanzbewegung

Die Finanzierungsbilanz wurde für das Berichtsjahr analog der Kapitalflussrechnung nach dem Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) aufgestellt; zur Gewährleistung der Transparenz wurden die Angaben aus der Finanzierungsbilanz des Vorjahres auf dieses Gliederungsschema übergeleitet.

Für das Geschäftsjahr 2006 ergab sich ein Finanzbedarf von insgesamt EUR 44,3 Mio. (Vorjahr EUR 27,8 Mio.). Die Mittel aus der Innenfinanzierung deckten in vollem Umfang unsere Investitionen.

Die in der Finanzierungsbilanz ausgewiesenen Mittel aus den Abschreibungen, den Anlageabgängen und den zugeführten Rückstellungen wurden für Neuinvestitionen in das Anlagevermögen und für den Ankauf von Wertpapieren der Liquiditätsreserve eingesetzt.

4.2 Finanzierungsbilanz

4.2.1 Mittelverwendung

	Ist 2006 in EUR Mio.	Ist 2005 in EUR Mio.
Zugang Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen	11,0	9,7
Zugang Finanzanlagen	8,4	7,0
Zugang Wertpapiere und Flüssige Mittel	21,6	8,8
Abgang empfangene Ertragszuschüsse, Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Posten	3,3	2,3
Gesamt	44,3	27,8

4.2.2 Mittelherkunft

	Ist 2006 in EUR Mio.	Ist 2005 in EUR Mio.
Abgang Finanzanlagen	10,9	7,6
Abschreibungen und Anlageabgänge	12,4	10,3
Abgang Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9,8	3,1
Zugang Rückstellungen	3,7	4,5
Zugang Verbindlichkeiten und andere Passiva	7,5	2,3
Gesamt	44,3	27,8

4.3 Investitionen

Die Investitionen im Anlagevermögen 2006 (ohne Finanzanlagen) wurden aus Mitteln der Innenfinanzierung realisiert. Die technisch-wirtschaftliche Optimierung in den Netzbereichen wurde weiter vorangetrieben. Der Anteil der Netzinvestitionen in 2006 an den gesamten Investitionen des Sachanlagevermögens und der Immateriellen Vermögensgegenstände beträgt 70 %.

	Budget 2007 in EUR Mio.	Ist 2006 in EUR Mio.	Ist 2005 in EUR Mio.
Investitionen	12,0	11,0	9,7
Abschreibungen	9,3	9,9	9,8

Neben den Normalinvestitionen von EUR 11,6 Mio. berücksichtigt das Investitions-Budget 2007 erste zusätzliche Sondermaßnahmen durch unvermeidbare Erneuerungen in den Heizkraftwerken über EUR 0,4 Mio., welche planungsgemäß auch in den weiteren Jahren bis 2011 den Sachinvestitionsverlauf zunehmend prägen werden.

Die im Berichtsjahr um erhaltene Zuschüsse gekürzten Investitionen betragen rund EUR 11,0 Mio. und teilen sich wie folgt auf:

	Ist 2006 in TEUR	Ist 2005 in TEUR
Immaterielle Vermögensgegenstände	134	586
Sachanlagen		
▪ Stromversorgung	2.489	1.697
▪ Erdgasversorgung	2.822	2.781
▪ Fernwärmeversorgung	4.649	3.417
▪ Energieservice	31	258
▪ Gemeinsame Anlagen	898	949
Gesamtbetrag	11.023	9.688

Auch für das kommende Geschäftsjahr gehen wir davon aus, dass die Mittel aus der Innenfinanzierung die erforderlichen Investitionen - welche erneut von der technisch-wirtschaftlichen Optimierung der Versorgungsnetze geprägt sein wird - decken.

4.4 Anlagestrategie

Die Finanzgeschäfte der evo AG leisten einen maßgeblichen Beitrag zur nachhaltigen Unternehmenswertsteigerung. Im Jahresabschluss 2006 wird ein - im Vergleich zum Vorjahr um EUR 1,7 Mio. angestiegenes - Finanzergebnis von EUR 3,2 Mio. ausgewiesen, welches auch durch die positive Zusammenarbeit mit unseren vertraglichen Finanzdienstleistern zu begründen ist. Die Anlage liquider Mittel erfolgt unter folgenden Prämissen:

- kurzfristige Anlagen erfolgen in geldmarktnahen und risikofreien Investmentfonds; neben einer marktkonformen Verzinsung ist eine jederzeitige Veräußerung möglich. Zudem erfolgen Anlagen in Tages- und Festgeldern, sofern der Anlagehorizont unter sechs Wochen liegt. Das Portfolio wird ergänzt durch die Anlage in Aktien und Schuldverschreibungen mit einem „Wertsicherungskonzept“,
- grundsätzlich ist für alle langfristigen Anlagen ein Rating der Bonitätsklasse „BBB“ oder besser Voraussetzung,
- langfristige Anlagen werden - mit einem Anlagehorizont ab drei bis fünf Jahren - zu einem Großteil in Aktien- und Immobilienfonds angelegt; es wird erwartet, dass künftige Kurssteigerungen deutlich über den Zinserträgen einer alternativern Anlage in Rentenpapieren liegen. Ein primäres Ziel der langfristigen Anlagen gemäß der evo AG-Strategie, nämlich die nachhaltige Steigerung der stillen Reserven, wird konsequent umgesetzt.
- bei allen Anlagen werden die Risiken durch Streuung in unterschiedliche Fonds mit verschiedenen Anlageschwerpunkten hinsichtlich der Länder, Währungen, Branchen etc. diversifiziert.

5 Nachtragsbericht

Vom Geschäftsjahres-Ultimo bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses sind keine Tatsachen aufgetreten oder bekannt geworden, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage negativ beeinflussen.

6 Risikobericht

6.1 Risikomanagementsystem

Zur Sicherung der Unternehmensziele, des künftigen Erfolges des Unternehmens sowie zur Senkung der Risikokosten führt die evo AG halbjährlich eine Risikoinventur durch. Damit Risiken frühzeitig erkannt und rechtzeitig angemessene Gegensteuerungsmaßnahmen ergriffen werden können, ist bei der evo AG ein Risikomanagementsystem gemäß dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) implementiert. Alle erfassten Risiken werden durch Risikopaten hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoauswirkung eingestuft. Die Risiken werden dabei nicht nur auf die mit den Risiken verbundenen Kosten, Erlöseinbußen, Margenverlusten oder Betriebsunterbrechungen untersucht, sondern es wird auch der Einfluss auf Ressourcen, wie z. B. Personenschäden oder Imageverlust analysiert.

Aus dem aktuellen Risikokatalog ergeben sich folgende wesentliche Risiken:

- Die erzielbaren Erlöse aus der Netznutzung für Strom und für Erdgas könnten unter den von der evo AG geplanten Entgelten liegen.
- Die Marktrisiken für den Strom- und Erdgasbereich setzen sich jeweils aus mehreren Einzelrisiken zusammen. Im Wesentlichen handelt es sich um wettbewerbsbedingte Preisrisiken.

Die beiden halbjährigen Risikoinventuren haben keine bestandsgefährdenden Risiken aufgezeigt. Auch für die Zukunft sind keine derartigen Risiken erkennbar. Insbesondere sind auch keine gewichtigen Ausfall- oder Liquiditätsrisiken zu verfolgen.

6.2 Klassifizierung der Chancen und Risiken

Der Wettbewerb auf dem lokalen Markt wird auf der Basis der neuen rechtlichen Rahmenbedingungen zunehmen. Mit einem Marktanteil im Privatkundengeschäft bei der Stromversorgung von über 99 % hat die evo AG eine starke Position; bei der Erdgasversorgung werden neue Anbieter auf den Markt kommen, die die Unzufriedenheit der Kunden über das in der gesamten Bundesrepublik existierende hohe Preisniveau nutzen werden.

Die anhängigen Gerichtsverfahren über die Wirksamkeit von Preisanpassungen werden voraussichtlich im Jahre 2007 entschieden, so dass anschließend weitgehende Rechtssicherheit geschaffen wird.

7 Prognosebericht

7.1 Ausblick

Insgesamt wird weltweit von zukünftigen Energiepreisen auf hohem Niveau ausgegangen. Kurzfristig ist mit einer weiteren Entlastung bei den Ölpreisen nicht zu rechnen, da die OPEC noch zum Jahreswechsel eine Drosselung der Förderquote ab Februar 2007 angekündigt hat.

Die Reduzierung der Ölpreise in der zweiten Jahreshälfte 2006 wirken sich auf die Erdgaslieferung in 2007 aus. So wurden zum 1. Januar 2007 die Erdgaspreise im Endkundengeschäft gesenkt und können voraussichtlich zu Beginn des 2. Quartals nochmals gesenkt werden.

Auf der Basis genehmigter Netzentgelte für den Strombereich durch die Bundesnetzagentur erwarten wir ab Frühjahr einen verstärkten Wettbewerb. Bei der Erdgasversorgung wird es nach der Genehmigung von Netzentgelten durch die Landesbehörde im kommenden Gaswirtschaftsjahr ebenfalls zu neuen Wettbewerbern kommen.

Im Jahr 2007 erwarten wir weitere staatliche Eingriffe. So ist derzeit in der Diskussion, das Kartellrecht erheblich auszuweiten. Die Stromproduktion und darüber hinaus auch die Verkaufspreise der Grundversorgung sollen von staatlicher Seite einer verstärkten Kontrolle unterzogen werden.

Die zu erwartenden Steigerungen bei den Erdgas- und Strompreisen erfordern auch bei evo AG Untersuchungen über die künftige wirtschaftliche Bereitstellung von Fernwärme und Strom. In diesem Zusammenhang erfolgten in 2006 erste Untersuchungen zu einer geeigneten technischen Konzeption für die gekoppelte Strom- und Fernwärmeerzeugung unter Einsatz von aufbereiteter Braunkohle. Dieser heimische Brennstoff ist langfristig und zu attraktiven Konditionen verfügbar.

Für die Mittelfristplanung erwarten wir durch die Regulierung auf den Energiemärkten eine deutliche Anspannung der Ertragssituation. Um diese Entwicklung teilweise zu kompensieren, wurde auf Vorschlag des Vorstandes durch den evo AG Aufsichtsrat ein Maßnahmenkatalog im Hinblick auf das Erreichen anspruchsvoller Effizienzziele beschlossen. Nach konsequenter Umsetzung der Maßnahmen zur Ergebnisverbesserung kann die evo AG in Zukunft ein Ergebnis erzielen, dass in etwa das durchschnittliche Niveau der neunziger Jahre erreicht.

7.2 Unbundling

Die Liberalisierung des Energiemarktes und das zweite Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts (EnWG) vom 7. Juli 2005 standen auch im Jahr 2006 im Fokus der Aktivitäten bei der evo AG.

Die wesentlichen Vorgaben durch das EnWG beziehen sich auf die Entflechtung (Unbundling) vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen. Die Unbundling-Aktivitäten lassen sich generell in folgende Teilbereiche untergliedern: das organisatorische Unbundling, das buchhalterische Unbundling, das informatorische Unbundling und das rechtliche Legal Unbundling.

Abgesehen vom Legal Unbundling wurden bereits in den Vorjahren alle erforderlichen Maßnahmen zur Erfüllung der Unbundling-Anforderungen eingeleitet und umgesetzt. Überdies hatte die evo AG bereits zum Ende des Geschäftsjahres 2005 ein Gleichbehandlungsprogramm gemäß § 8 Absatz 5 EnWG implementiert.

Zur Umsetzung des Konzeptes zum Legal Unbundling ab dem 1. Januar 2007 wurde mit notarieller Urkunde vom 16. Oktober 2006 die evo Energie-Netz GmbH durch die evo AG als Alleingesellschafterin konstitutiv gegründet. Die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erfolgte am 10. November 2006 beim Amtsgericht Duisburg unter der Nummer HRB 18886. Zeitgleich mit der Gründung wurde - im Rahmen des nach dem EnWG Zulässigen - mit Wirkung ab dem 1. Januar 2007 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH abgeschlossen.

Ab dem Geschäftsjahr 2007 erstreckt sich die ertrags- und umsatzsteuerliche Organschaft zwischen der FSO GmbH & Co. KG (Organträger) und der evo AG (Organgesellschaft) ebenfalls auf die evo Energie-Netz GmbH. Zudem werden sowohl die evo AG als auch die

evo Energie-Netz GmbH in den Konzernabschluss der FSO GmbH & Co. KG eingebunden.

Das Kerngeschäft der evo Energie-Netz GmbH ist darauf ausgerichtet, ab dem 1. Januar 2007 das Strom- und Gasnetz entsprechend den Vorgaben des EnWG diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht auszubauen. In diese Gesellschaft wird zusätzlich das Fernwärmenetz integriert, um vorhandene Synergiepotentiale im Netzbereich zu erhalten. Alle Netzanlagen verbleiben im Eigentum der evo AG und werden zur Bewirtschaftung an die evo Energie-Netz GmbH verpachtet.

Das gesamte Netzbetriebspersonal, mit Ausnahme von sieben Mitarbeitern und dem neuen Geschäftsführer der evo Energie-Netz GmbH, verbleibt bei der evo AG. Es wird im Rahmen einer vertraglich geregelten Arbeitnehmerüberlassung der evo Energie-Netz GmbH zur Verfügung gestellt und unterliegt deren Weisungen. Durch entsprechende Dienstleistungsverträge werden weitere Aufgaben, Rechte und Pflichten zwischen der evo AG und der evo Energie-Netz GmbH geregelt. Für alle Rechtsbeziehungen zum Legal Unbundling wurden im Berichtsjahr die Gremienbeschlüsse durch den evo AG Aufsichtsrat eingeholt.

Zur Sicherstellung des operativen Geschäftes der evo Energie-Netz GmbH werden auf Basis einer Ausgliederungsbilanz mit (handelsrechtlicher) Rückwirkung zum 1. Januar 2007 diejenigen Aktiva und Passiva, die den bisherigen Netzaktivitäten der evo AG zuzuordnen sind, auf die evo Energie-Netz GmbH übertragen. Ausgenommen von dieser Regelung sind alle Immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen, welche, wie oben geschildert, auf der Grundlage von Pachtverträgen der evo Energie-Netz GmbH überlassen werden.

Der gesamte Rechtsakt der Übertragung erfolgt gegen Gewährung eines neuen Geschäftsanteils an der evo Energie-Netz GmbH in Höhe von TEUR 5 für die übertragende evo AG; das darüber hinausgehende Nettovermögen in Höhe von TEUR 1.113 wird in die Kapitalrücklage der evo Energie-Netz GmbH eingestellt.

Die von der BDO Deutsche Warentreuhand AG, Düsseldorf, im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung geprüfte und testierte Ausgliederungsbilanz zum 1. Januar 2007 ist als Anlage zu diesem Lagebericht beigefügt. Die ausgegliederten Positionen und Werte sind dabei in der mittleren Spalte ausgewiesen.

Im Bereich des Umlaufvermögens werden neben dem gesamten Zentrallagerbestand die nicht abgerechneten „unfertigen“ Leistungen sowie Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit einem Saldo von TEUR 1.311 übertragen. Dem stehen mit dem Kerngeschäft der evo Energie-Netz GmbH ursächlich zusammenhängende Verbindlichkeiten und Anzahlungen von TEUR 2.610 gegenüber. Zur Begleichung der kurzfristig zu bezahlenden Netto-Verbindlichkeiten wurde der evo Energie-Netz GmbH vorab eine anfängliche Liquiditätsausstattung in Höhe von TEUR 636 überwiesen.

Die auf die evo Energie-Netz GmbH transferierten Rückstellungen bestehen zum einen aus Anwartschaften für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen über TEUR 435. Zum anderen werden weitere Rückstellungen für den übergehenden Personalbestand (z.B. Altersteilzeitregelung, Jubiläums- und Urlaubsverpflichtungen über TEUR 870) und Instandhaltungsrückstellungen für die Netze mit insgesamt TEUR 7.745 ausgegliedert. Die gesamten übergehenden Rückstellungen belaufen sich auf TEUR 8.180. Die übertragenen Rückstellungen und Verbindlichkeiten werden kurz- und mittelfristig bei der evo Energie-Netz GmbH zu entsprechenden Liquiditätsbelastungen führen. Zur Abgeltung dieser zukünftigen wirtschaftlichen Belastungen - vermindert um die bereits übertragene Liquidität, das Anlagevermögen, den Forderungsbestand inkl. der sonstigen Vermögensgegenstände und den Rechnungsabgrenzungsposten - bilanziert die evo Energie-Netz GmbH korrespondierende interne Ausgleichsforderungen über TEUR 9.909, während die evo AG betragsgleiche Verbindlichkeiten einstellt.

In wirtschaftlicher Betrachtung lässt sich feststellen, dass weder für die evo AG noch für die evo Energie-Netz GmbH ein Liquiditätsvorteil bzw. -nachteil aus der Ausgliederung entsteht. Die übertragenen Bilanz-Aktiva und -Passiva werden durch interne Ausgleichsforderungen bzw. -verbindlichkeiten kompensiert. Insgesamt repräsentiert das von der evo AG in die evo Energie-Netz GmbH ausgegliederte Vermögen einen Nettovermögenswert in Höhe von TEUR 1.118, der im Wesentlichen dem übertragenen Vorratsvermögen entspricht. Dieses Vorratsvermögen ist eine bedeutsame Geschäftsgrundlage für das operative Geschäft der evo Energie-Netz GmbH und beinhaltet überwiegend den durch Netzmaterialien geprägten Zentrallagerbestand.

Oberhausen, den 27. Februar 2007

Energieversorgung Oberhausen
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Gieske

Dr. Mathenia

Anlage

**Bilanzielle Ausgliederung der Netzaktivitäten
der Energieversorgung Oberhausen Aktiengesellschaft (evo AG)
in die evo Energie-Netz GmbH (evo Netz) zum 1. Januar 2007**

AKTIVA

	evo AG TEUR	evo Netz TEUR	gesamt TEUR
Anlagevermögen			
Immat. Vermögensgegenstände	2.926	0	2.926
Sachanlagen	61.225	0	61.225
Finanzanlagen (inkl. evo-netz mit 27 TEUR)	13.298	42	13.340
Beteiligungsmehrwert an evo-netz	1.118	0	1.118
	78.567	42	78.609
Umlaufvermögen			
Vorräte	1.054	1.118	2.172
Forderungen und			
Sonst. Vermögensgegenstände	11.181	193	11.374
Wertpapiere	56.040	0	56.040
Flüssige Mittel	15.735	636	16.371
	84.010	1.947	85.957
Rechnungsabgrenzungsposten	43	10	53
	162.620	1.999	164.619
Ausgleichsforderung	0	9.909	9.909
	162.620	11.908	174.528

PASSIVA

	evo AG TEUR	evo Netz TEUR	gesamt TEUR
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	32.768	5	32.773
Kapitalrücklage	952	1.113	2.065
Gewinnrücklagen	3.272	0	3.272
	36.992	1.118	38.110
Sonderposten	466	0	466
Empfangene Ertragszuschüsse	16.254	0	16.254
Rückstellungen	49.745	8.180	57.925
Verbindlichkeiten	40.754	2.610	43.364
Rechnungsabgrenzungsposten	8.500	0	8.500
	152.711	11.908	164.619
Ausgleichsverbindlichkeit	9.909	0	9.909
	162.620	11.908	174.528

Bilanz evo AG

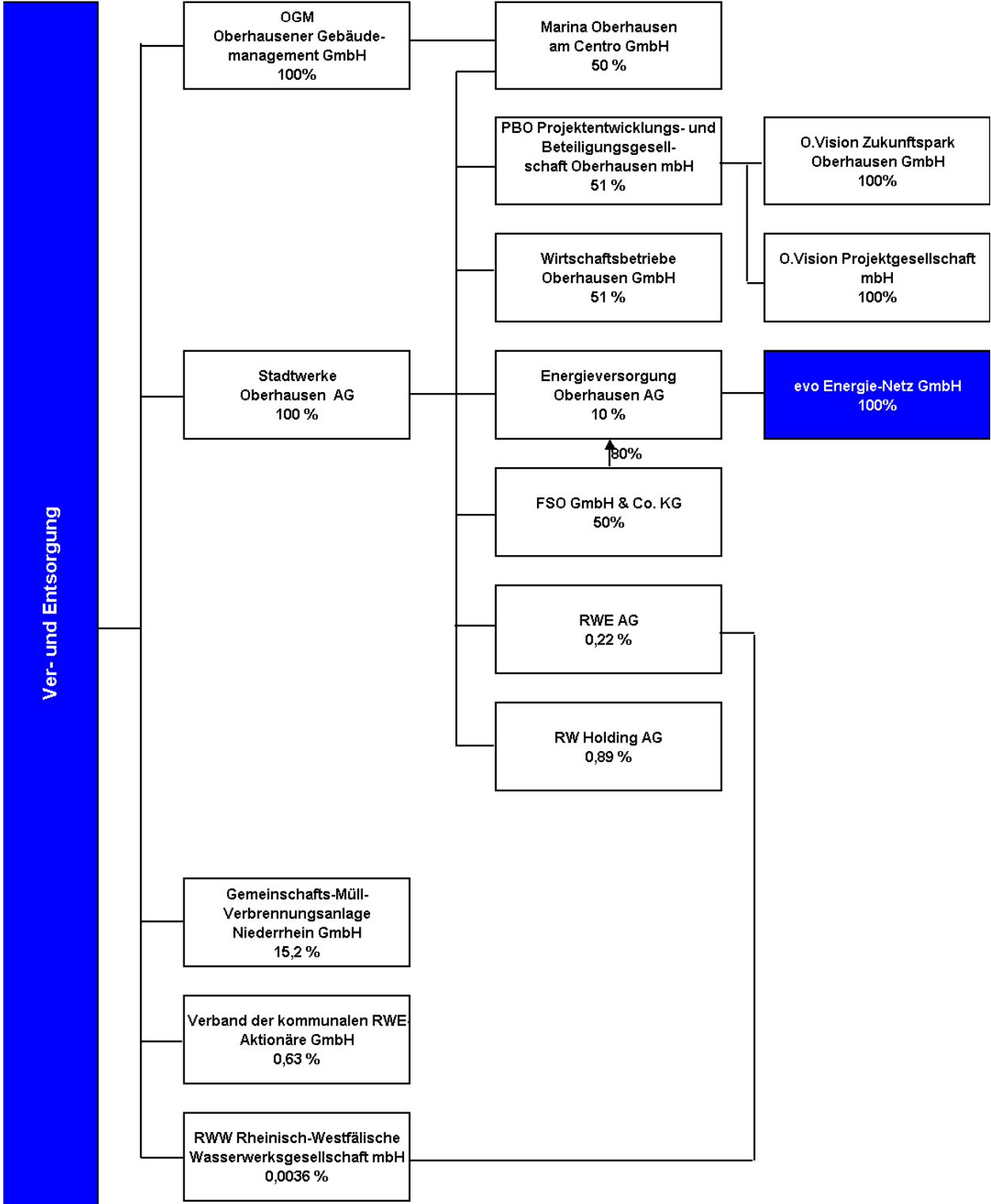
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	70.276	71.078	82.571	81.401	77.491
Sachanlagen	60.200	60.472	60.118	61.016	61.225
Finanzanlagen u. immat. Vermögensgegenstände	10.076	10.606	22.453	20.385	16.266
Umlaufvermögen	68.763	73.495	68.461	74.154	85.957
Vorräte	3.767	5.022	3.589	3.803	2.172
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	34.313	32.535	22.845	19.508	11.374
Wertpapiere	12.666	12.645	29.703	37.818	56.040
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	18.017	23.293	12.324	13.025	16.371
Rechnungsabgrenzungsposten	95	82	77	85	53
SUMME AKTIVA	139.134	144.655	151.109	155.640	163.501
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	36.992	36.992	36.992	36.992	36.992
gezeichnetes Kapital	32.768	32.768	32.768	32.768	32.768
Kapitalrücklage	952	952	952	952	952
Gewinnrücklage	3.272	3.272	3.272	3.272	3.272
Sonderposten, Empfangene Ertragszuschüsse	24.955	22.745	20.643	18.639	16.720
Rückstellungen	41.388	45.389	49.684	54.197	57.925
Verbindlichkeiten	28.130	31.860	36.121	38.462	43.364
kurzfristig	27.315	31.046	36.121	38.462	43.364
mittelfristig	815	814	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	7.669	7.669	7.669	7.350	8.500
SUMME PASSIVA	139.134	144.655	151.109	155.640	163.501

Gewinn- und Verlustrechnung evo AG

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Umsatzerlöse	143.905	149.991	154.767	161.039	168.508	216.200
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	959	1.875	-859	992	-478	0
sonstige betriebliche Erträge	3.827	4.743	5.376	3.262	13.433	3.100
Summe Erträge	148.691	156.609	159.284	165.293	181.463	219.300
Materialaufwand	-71.890	-79.737	-82.107	-85.046	-93.102	-150.300
Personalaufwand	-31.083	-31.981	-31.606	-33.783	-39.722	-32.700
Abschreibungen	-10.745	-9.700	-9.364	-9.788	-9.862	-9.300
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.985	-17.449	-19.573	-19.844	-21.859	-9.900
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-48	-38	-231	0	-203	-6.400
Summe Aufwendungen	-131.751	-138.905	-142.881	-148.461	-164.748	-208.600
Zinsen und ähnliche Erträge	2.364	2.041	1.562	1.508	3.378	1.200
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	19.304	19.745	17.965	18.340	20.093	11.900
Steuern v. E.u.E. / sonstige Steuern	-4.125	-8.753	-3.861	-3.945	-5.932	-2.400
Jahresergebnis	15.179	10.992	14.104	14.395	14.161	9.500

Kennzahlen evo AG

Kennzahlengruppe Kennzahl	in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Finanzierung							
Eigenkapitalquote	%	27,0	26,0	24,0	24,0	23,0	-4,0
Anlagendeckung	%	52,6	52,0	44,8	45,4	47,7	-4,9
Anlagendeckung 2	%	52,6	52,0	44,8	45,4	47,7	-4,9
Abschreibungsquote	%	2,5	2,2	2,0	1,9	1,9	-0,6
Durchschnitt über 3 Jahre	%			2,2	2,0	1,9	
Liquidität							
Liquidität 1. Grades	%	66,0	75,0	34,1	33,9	37,8	-28,2
Liquidität 2. Grades	%	191,6	236,7	189,5	182,9	198,2	+6,6
Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität	%	52,2	53,4	48,6	49,6	54,3	+2,1
Umsatzrentabilität	%	13,4	13,2	11,6	11,4	11,9	-1,5
Personalaufwandsquote	%	23,6	23,0	22,1	22,8	24,1	+0,5
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	261,6	280,4	298,2	313,3	329,8	+68,2



evo Energie-Netz GmbH

Danziger Str. 31
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 8350
Telefax 0208 / 8352620

Geschäftsführung
Dr. Günter Zahn

gegründet: 2006
Stammkapital 25.000,00 EUR

Gesellschafter

evo Energieversorgung Oberhausen AG 25.000,00 EUR (100 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Verteilung von Energie (Strom, Gas und Fernwärme) an Weiterverteiler und Letztverbraucher,
- die Erbringung von energienahen Dienstleistungen,
- die Planung, der Neu- bzw. Ausbau, die Änderung und der Betrieb (Bedienung, Überwachung bzw. Inspektion, Wartung, Reparaturen und Erneuerungen) der Verteilungsanlagen,
- die Vermarktung der Kapazitäten der Verteilungsanlagen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an Ihnen beteiligen.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der evo in der Gesellschafterversammlung

Die Wahrnehmung der Interessen in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch den Vorstand der evo.

Aufsichtsrat

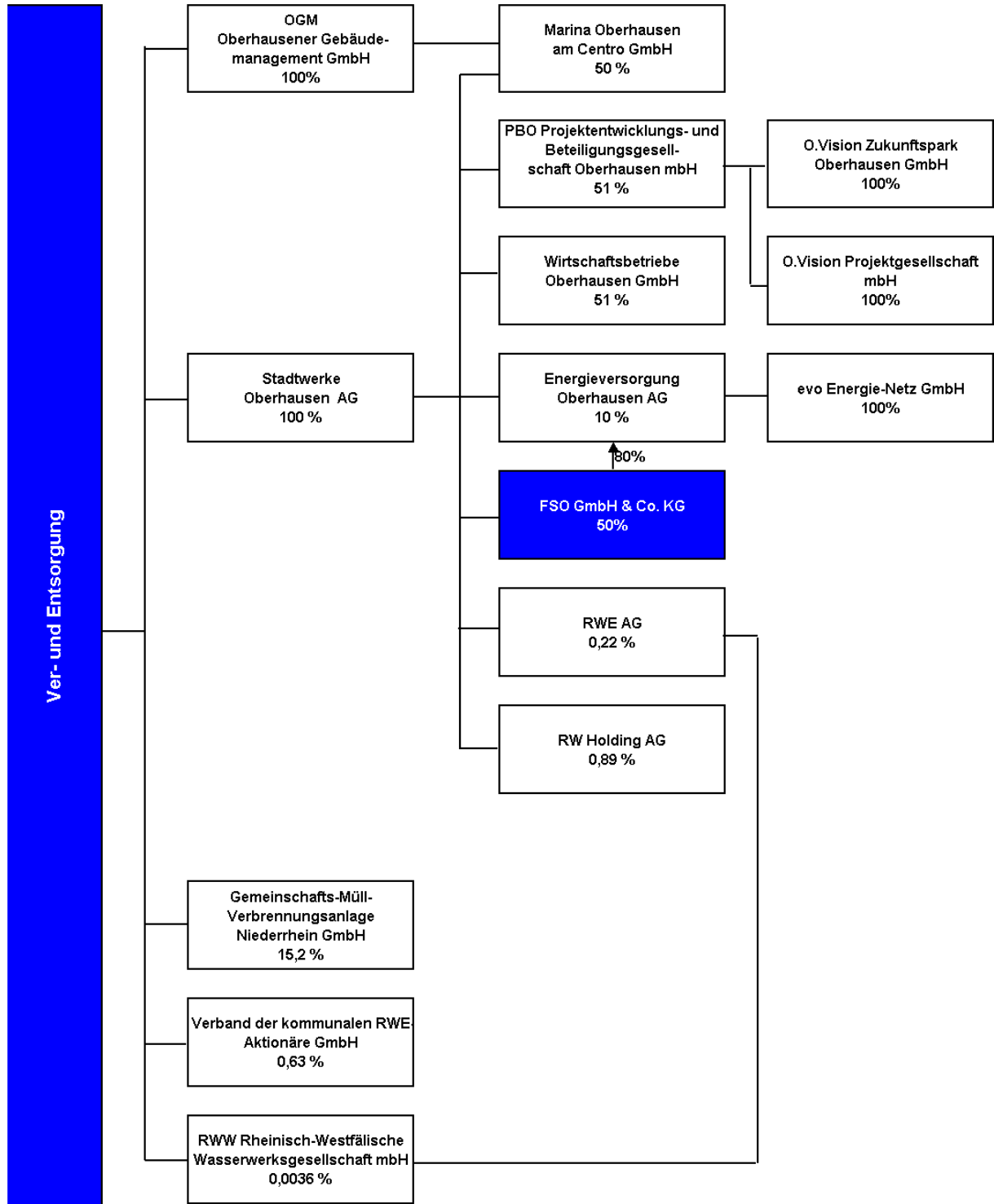
Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Das Ergebnis der evo Energie-Netz GmbH wird im Rahmen eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die evo abgeführt. Über die Gewinnabführung der evo - über die FSO GmbH & Co. KG- an die STOAG verbessert sich entsprechend das Gesamtbetriebsergebnis der STOAG und trägt damit zur Entlastung des städtischen Haushaltes bei.

Entwicklung

Die evo Energie-Netz GmbH wurde am 16.10.2006 gegründet und am 10.11.2006 in das Handelsregister eingetragen. Hintergrund der Gesellschaftsgründung sind die rechtlichen Rahmenbedingungen des Energiewirtschaftsgesetzes. Die Gesellschaft hat die operative Geschäftstätigkeit am 01.01.2007 aufgenommen.



FSO (Fahrzeug-Service Oberhausen) GmbH & Co. KG

Danziger Str. 31

46045 Oberhausen

Telefon 0208 / 8350

Telefax 0208 / 8352620

Geschäftsführung *)

Hartmut Gieske

Dr. Thomas Mathenia

*) der FSO Verwaltungs- GmbH

gegründet:

2003

Stammkapital/Kommanditanteil

- der Betriebsgesellschaft
- der Verwaltungsgesellschaft

30.000,00 EUR

30.000,00 EUR

Gesellschafter

a) Betriebsgesellschaft

Stadtwerke Oberhausen AG

15.000,00 EUR (50 %)

RWE Rhein-Ruhr AG

15.000,00 EUR (50 %)

Gemäß den Übertragungsverträgen mit STOAG und der RWE Rhein-Ruhr AG wurden mit Wirkung zum 31.12.2003, 24⁰⁰ Uhr, jeweils 25.600 EVO-Aktien auf die FSO GmbH & Co. KG in deren Gesamthandsvermögen übertragen. Das Festkapital beträgt rd. 26,9 Mio. EUR.

b) Verwaltungsgesellschaft

Stadtwerke Oberhausen AG

15.000,00 EUR (50 %)

RWE Rhein-Ruhr AG

15.000,00 EUR (50 %)

Unternehmenszweck laut Gesellschaftsvertrag

Betriebsgesellschaft

Gegenstand des Unternehmens sind

- das Erbringen von Dienstleistungen für die Energieversorgung Oberhausen AG, insbesondere die Pflege, Wartung und Reparatur des Wagenparks sowie die Reinigung des Werksgeländes
- das Halten einer Beteiligung an der Energieversorgung Oberhausen AG mit Sitz in Oberhausen und deren Verwaltung.

Darüber hinaus ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Verwaltungsgesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der FSO GmbH & Co. KG.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreterin der STOAG in der Gesellschafterversammlung

Die Wahrnehmung der Interessen in der Gesellschafterversammlung erfolgt durch einen von der STOAG benannten und bevollmächtigten Vertreter.

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die Gewinne der evo werden vollständig an die FSO GmbH & Co. KG abgeführt. Das bedeutet, dass ab 2004 wieder eine steuerliche Organschaft besteht und der STOAG das anteilige evo-Ergebnis ohne Körperschaftsteuerbelastung zufließt.

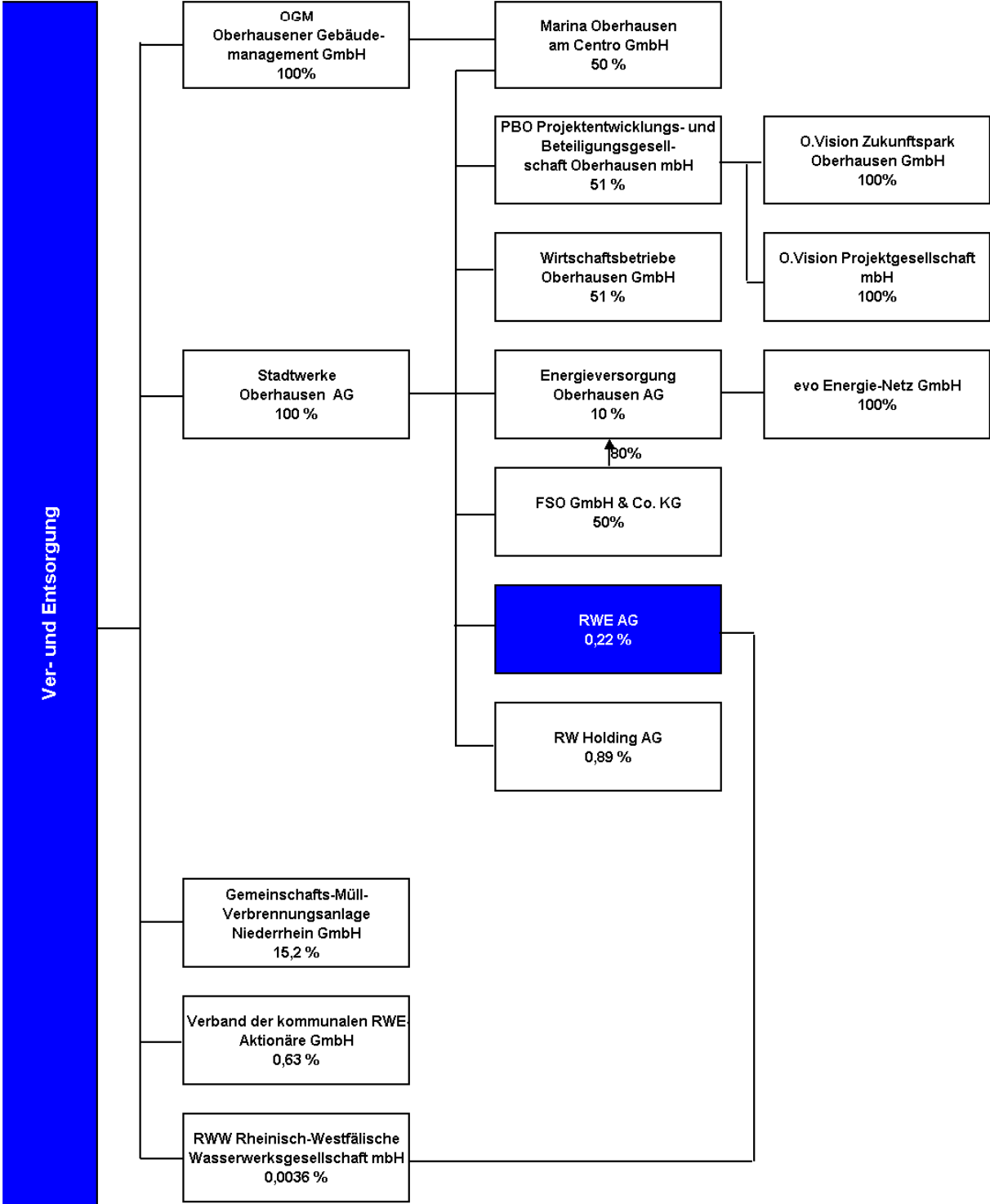
Entwicklung

Auf Grund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages mit der evo ergibt sich für die FSO GmbH & Co. KG ein Jahresüberschuss 2006 in Höhe von 13.968 TEUR. Dieser wurde - je zur Hälfte - auf den variablen Kapitalkonten der Kommanditisten Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG) und der RWE Rhein-Ruhr AG (RWE) ausgewiesen.

Die Auszahlung des ausschüttungsfähigen Betrags an die beiden Kommanditisten STOAG und RWE in Höhe von je 6.984 EUR erfolgte nach der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der FSO GmbH & Co. KG und der Hauptversammlung der evo am 10. Mai 2007.

Für das Geschäftsjahr 2007 ist weiterhin mit einer positiven Ertragslage zu rechnen.

Wesentliche bzw. bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht ersichtlich.





RWE Aktiengesellschaft

Opernplatz 1

45128 Essen

Telefon 0201 / 1200

Telefax 0201 / 1215199

Internet: www.rwe.de

Vorstandsvorsitzender

Harry Roels (bis 30.09.2007)

Jürgen Großmann (seit 01.10.2007)

gegründet:

1898

Grundkapital

1.439.756.800,00 EUR

Beteiligung der STOAG

3.118.801,00 EUR (0,22 %)

weitere Aktionäre

Städte, Kreise und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie weitere Groß- und Kleinaktionäre

Unternehmenszweck laut Satzung

Die Gesellschaft leitet eine Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Beschaffung und Erzeugung von sowie Versorgung und Handel mit Energie und Energieträgern einschließlich des Baus, des Betriebs und der sonstigen Nutzung von Transportsystemen für Energie und Energieträger;
- Umweltdienstleistungen und -technik einschließlich der Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser;

- Aufsuchung, Gewinnung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen sowie von chemischen und petrochemischen Erzeugnissen;
- Elektro-, Gebäude- und Kommunikationstechnik, Elektronik, sonstiger Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau sowie Erbringung von Ingenieurleistungen;
- Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Bauten aller Art sowie Erbringung von Gebäudeleistungen;
- Telekommunikation, Datenübertragung sowie Dienstleistungserbringung und Handel auf elektronischem Wege;
- Immobilienwirtschaft;
- Handel, Logistik, Transport und Erbringung weiterer Dienstleistungen insbesondere auf den vorbezeichneten Geschäftsfelder.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann auf den in Absatz 1 bezeichneten Geschäftsfeldern auch selbst tätig werden.

Die Gesellschaft kann auch andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

Beteiligungen der Gesellschaft

Beteiligungen im In- und Ausland in den Bereichen Energie, Bergbau und Rohstoffe, Mineralöl und Chemie, Entsorgung, Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau, Bau sowie Wasser.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Die Stadt/STOAG wird in der Hauptversammlung durch den Vorstand der STOAG vertreten.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die jährliche Dividende auf die RWE-Aktien fließt an die STOAG und führt dort zu einer Reduzierung des Finanzierungsbetrages. Dies führt mittelbar zu einer Entlastung des städtischen Haushaltes.

In den letzten Jahren konnten bei der STOAG folgende Beträge vereinnahmt werden:

	2002	2003	2004	2005	2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Dividende RW-Beteiligungs-GmbHs/ RW Holding	733	257	335	386	443
Dividende RWE	1.157	1.557	1.768	1.765	2.059
Ergebnis je Aktie EUR	3,25	3,45	3,80	3,97	6,84

Entwicklung

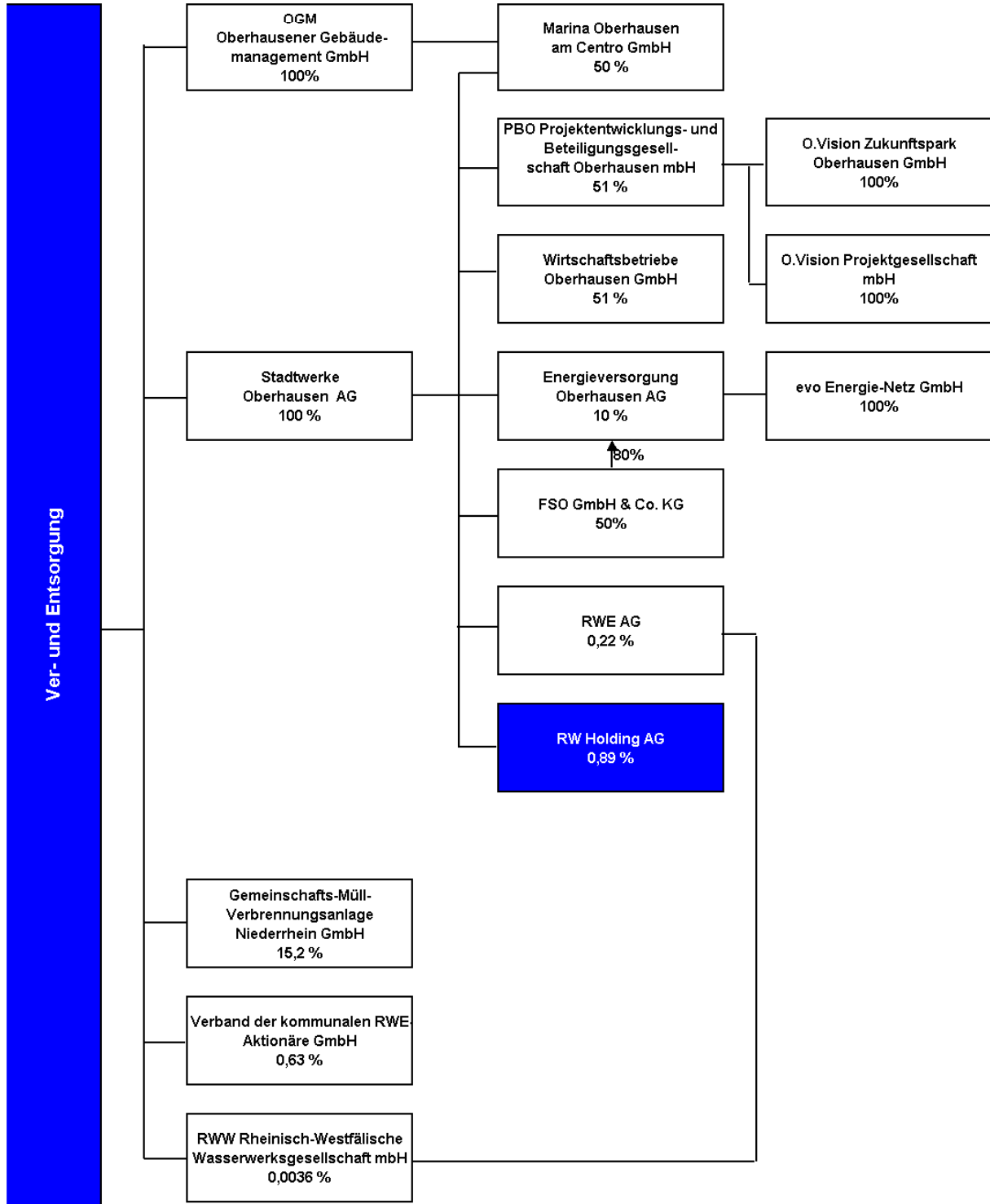
Zum Bilanzstichtag am 31.12.2006 hält die STOAG ein Aktienpaket an der RWE AG mit einem Buchwert in Höhe von rd. 12,4 Mio. EUR. Der Kurswert der Aktien zum 31.12.2006 lag um rd. 82 Mio. EUR über dem Buchwert.

Das Geschäftsjahr 2006 war in zweierlei Hinsicht ein Jahr, in dem RWE wichtige Fortschritte gemacht hat. Zum einen wurde die Ertragskraft des Unternehmens weiter deutlich verbessert: Beim betrieblichen Ergebnis wurde ein Plus von 14 % erzielt. Das stärkt die Ausgangsbasis für Investitionen in zukünftiges Wachstum und ermöglicht eine attraktive Dividende. Zum anderen ist RWE vorangekommen: Thames Water wurde veräußert und der Verkauf von American Water wurde auf den Weg gebracht. Das sind insgesamt gute Voraussetzungen für den Erfolg des Energiegeschäfts auch im Geschäftsjahr 2007

Der Jahresüberschuss 2006 beträgt 2.413 Mio. EUR (Vorjahr: 1.858 Mio. EUR). Das Nettoergebnis 2006 beträgt 3.847 Mio. EUR (Vorjahr: 2.231 Mio. EUR). Die Nettoschulden wurden um 16.571 Mio. EUR (-70,7 %) auf 6.864 Mio. EUR reduziert.

Für das Geschäftsjahr 2006 beträgt die Dividende 3,50 EUR pro Aktie (Vorjahr: 1,75 EUR pro Aktie). Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Anstieg um 100 %. Die Ausschüttungsquote gemessen am nachhaltigen Nettoergebnis liegt bei 80 %.

Der Lagebericht der RWE AG wird aufgrund des Umfangs nicht abgedruckt. Der Bericht ist im Internet unter www.rwe.de, Stichwort „Konzerngeschäftsbericht 2006“, nachlesbar.



RW Holding AG

Die STOAG ist an der Gesellschaft mit 0,89 % (661.829,45 EUR) am Grundkapital beteiligt. Die Beteiligung resultiert aus der im Jahr 2002 rückwirkend zum 31.07.2001 auf die RW Holding verschmolzenen RW Kommunale Finanzbeteiligungs GmbH sowie RW Kommunale Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH.

Gegenstand des Unternehmens sind der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen.

Über die Gesellschaft werden gemeinsam mit dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre die Interessen der Kommunen in der RWE AG vertreten.

Die RW Holding AG hält eine Beteiligung von 49,9 % am Haftkapital der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund (RWEB), welche eine Beteiligung in Höhe von 10,19 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 10,94 % hält.

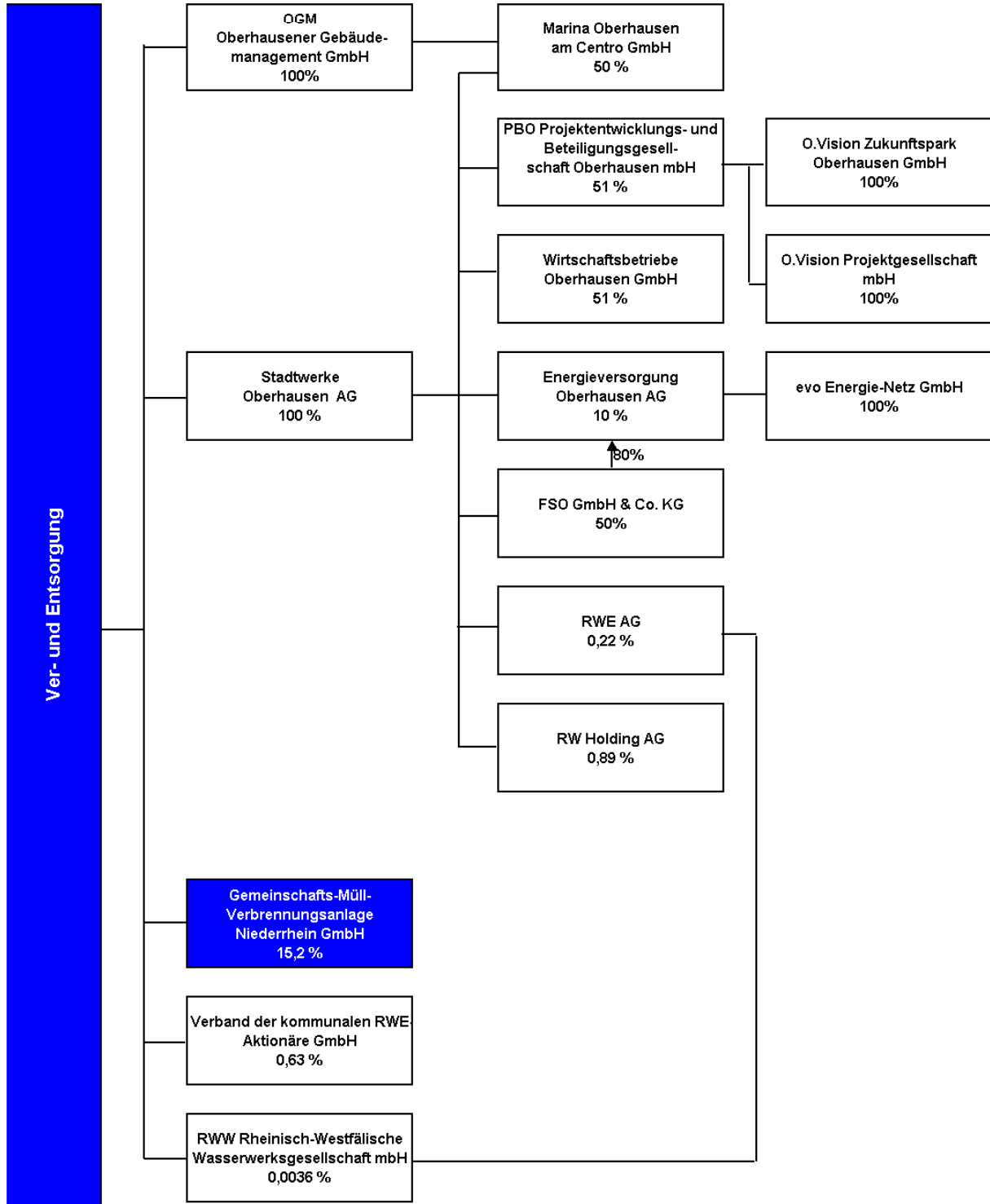
Die wirtschaftliche Entwicklung der RW Holding AG hängt von den zukünftig zu erzielenden Dividendenerträgen aus der RWEB und somit der indirekten Beteiligung an der RWE AG ab.

Da die Gesellschaft über die Beteiligung an RWEB hinaus keine weiteren wirtschaftlichen Tätigkeiten entfaltet, wird auf eine Darstellung der Unternehmensdaten verzichtet.

Die Wahrnehmung der Interessen in der Hauptversammlung erfolgt durch einen Vertreter der STOAG.

Ein Aufsichtsrat ist bestellt.

Die STOAG erhält jährlich eine Gewinnausschüttung in Höhe der jeweiligen Dividende auf die RWE-Stammaktien über die Beteiligung an der RWEB. In Höhe dieser Dividende verringert sich der verbleibende Finanzierungsbetrag gegenüber der STOAG und damit auch die Belastung der Stadt.





Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH

Buschhausener Straße
46049 Oberhausen
Telefon 0208 / 8594-0
Telefax 0208 / 8594-210

E-Mail: info@gmva.de
Internet: www.gmva.de

Geschäftsführung

Ingo Schellenberger
Karl Bernhard Schusky
Guido Hanning (bis 30.04.2006)
Dr. Gerd Terbeck (seit 01.05.2006)

gegründet:	1969
Stammkapital	255.645,94 EUR
Beteiligung der Stadt	38.807,00 EUR (15,2 %)

weitere Gesellschafter (am 31.12.2006)

Stadt Duisburg	91.572,00 EUR (35,8 %)
REMONDIS Oberhausen GmbH	125.267,00 EUR (49,0 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei ist sie verpflichtet, sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen ihrer technischen Möglichkeiten vorrangig zur Entsorgung anzunehmen. Die Abfallentsorgung durch die Gesellschaft dient vorrangig der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der an der Gesellschaft beteiligten Städte zur Abfallentsorgung nach Maßgabe der jeweils geltenden kommunalen Abfallentsorgungssatzungen. Beim Betrieb der Anlage sind die gesetzlichen Ziele der Abfallentsorgung nach den für die Abfallentsorgung erlassenen Gesetzen und Verordnungen in der jeweils gültigen Fassung, der Immissionsschutzgesetzgebung sowie die im Einzelfall festgesetzten Auflagen und Bedingungen einzuhalten.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Gesellschaften, die sich mit ähnlichen Aufgaben befassen, beteiligen und ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich sind.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Vertrag zwischen der GMVA und der evo AG vom 12.01.1988 über die Bestellung der evo zur technischen und kaufmännischen Betriebsführung
- Energieliefervertrag zwischen der GMVA und der evo AG vom 12.01.1988
- Vertrag zwischen der GMVA und der Gesellschaft für Schlackenaufbereitung (GfS) über die Müllschlackenabfuhr und -aufbereitung in der Fassung vom 10.09.1996
- Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Duisburg in der Fassung vom 10.10.2001
- Vereinbarung über die Abnahme und Verbrennung von Abfällen zwischen der GMVA und der Stadt Oberhausen in der Fassung vom 30.10.2001
- Abfallanliefervertrag zwischen der GMVA und der Kreis-Kleve-Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH vom 16.08.1996

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Dem Aufsichtsrat gehören an:

Rainer Enzweiler	Vorsitzender
Hans Vornholt	1. stellvertretender Vorsitzender
Josef Loege	2. stellvertretender Vorsitzender
Werner von Häfen	3. stellvertretender Vorsitzender
Dr. Peter Greulich	
Manfred Slykers	
Thomas Susen	
Rainer Gänzler	
Bernhard Elsemann**	
Dr. Udo Kelsch	
Armin Hagen*	
Andre Pazuk*	
Werner Hols	
Jürgen Mauthe	
Dr. Hubertus Reloe	
Dr. Ansgar Fendel	
Guido Hanning	
Wolfgang Steinberg	
Dr. Johannes-Gerhard Foppe	
Franz Niederau	

Mitarbeiter

Durchschnitt	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	194	207	206	193	191
davon Auszubildende	8	10	13	12	7

Mit dem Betriebsrat wurde eine Betriebsvereinbarung über Altersteilzeit geschlossen. Die Betriebsvereinbarung ist am 01.10.2002 in Kraft getreten und gilt bis 31.12.2009.

Die Anzahl der Mitarbeiter ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Die Anzahl der Auszubildenden ist im Jahresdurchschnitt auf 7 Personen (Vorjahr: 12 Personen) gesunken.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushalt	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Rechts- und Beratungskosten	150	-, - *)	-, -	-, -	-, -
Weitere indirekte Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ergeben sich durch die Entsorgungskosten bei der GMVA (2006:14.768 TEUR), die ihren Niederschlag in der Gebührenbedarfsberechnung finden.					
*) Anteilsverkauf ist abgeschlossen.					

Lagebericht

Lagebericht 2006

Inhaltsverzeichnis

A.	Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses	2
1.	Darstellung des Unternehmens	2
2.	Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft	3
3.	Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung	4
4.	Geschäftsergebnis	4
5.	Analyse und Erläuterungen von finanziellen Leistungsindikatoren	5
6.	Produktion	5
7.	Beschaffung	5
8.	Investitionen	5
9.	Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben	6
10.	Personal- und Sozialbereiche	6
11.	Umweltschutz	6
12.	Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr	6
B.	Darstellung der Lage des Unternehmens	7
1.	Ertragslage	7

2. Finanzlage	8
3. Vermögenslage	8
4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage	8
C. Risikobericht	9
1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken	9
2. Unternehmensstrategische Risiken	9
3. Leistungswirtschaftliche Risiken	9
4. Personalrisiken	10
5. Informationstechnische Risiken	10
6. Finanzwirtschaftliche Risiken	10
7. Sonstige Risiken	10
D. Prognosebericht	10
E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen	11
F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Abs. 2 HGB	11

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses

Darstellung des Unternehmens

Die Gemeinschafts – Müll – Verbrennungsanlage Niederrhein Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Oberhausen ist mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch Umwandlung eines Zweckverbandes gegründet worden.

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb von Abfallentsorgungsanlagen. Dabei sind wir verpflichtet, vorrangig sämtliche in den Städten Duisburg und Oberhausen anfallenden und von diesen Städten angelieferten Abfälle im Rahmen unserer technischen Möglichkeiten zur Entsorgung anzunehmen.

Gesellschafter sind die Städte Duisburg (35,8 %) und Oberhausen (15,2 %) sowie REMONDIS Oberhausen GmbH (49,0 %).

Seit 2001 besteht eine Vereinbarung zwischen REMONDIS Oberhausen GmbH, den Städten Duisburg und Oberhausen und uns, die bestimmte Mindestabnahmemengen/Anlieferungsmengen und Preise der Gemeinden für einen Zeitraum bis 2020 garantiert. REMONDIS Oberhausen GmbH hat die Berechtigung erhalten, alle zu unserer vollen Auslastung fehlenden Abfallmengen zu am Markt geltenden konkurrenzfähigen Preisen anliefern zu können.

Die zukünftig entstehenden Forderungen an die Gemeinden Duisburg und Oberhausen

wurden in 2002 an die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG teilweise verkauft.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Seit dem 01. Juni 2005 dürfen organisch belastete Abfälle nicht mehr deponiert werden. Die dadurch hervorgerufene starke Nachfrage nach Verbrennungskapazität hat auch 2006 die wirtschaftliche Situation der thermischen Behandlungsanlagen geprägt.

Die seit 2005 deutlich gestiegenen Verbrennungspreise haben sich 2006 auf dem gestiegenen Niveau stabilisiert. Bei voller Auslastung ihrer Kapazität haben die Abfallverbrennungsanlagen in der Regel gute Ergebnisse erzielt.

Kapazitätserweiterungen von Abfallbehandlungsanlagen sowie eine verstärkte Wertstoffsammlung haben in der zweiten Jahreshälfte tendenziell zu Preissenkungen geführt.

Diese Preissenkungstendenz wurde noch dadurch verstärkt, dass energieintensive Großbetriebe oder Industrieparks Anlagen zur Verbrennung von mittel- oder hochkalorischen Ersatzbrennstoffen, die vorrangig aus Gewerbeabfall gewonnen werden, bauen möchten. Dadurch soll dem drastischen Preisanstieg für fossile Energien (z.B. Heizöl, Erdgas) entgegengewirkt werden.

Entgegen der früheren Erwartungen einer langfristigen Unterdeckung an Verbrennungskapazitäten für Hausmüll- und Gewerbeabfall zeigt die aktuelle Marktentwicklung, dass es in Deutschland und den Niederlanden zu Überkapazitäten kommen kann.

In der näheren Umgebung einschließlich Niederlande werden nach unserer Einschätzung fünf Bauprojekte umgesetzt, die eine Zusatzkapazität von 1,2 Mio. t/a erreichen. Dieser Mehrkapazität stehen bisher keine Anlagen mit festen Liefermengen aus Kommunen gegenüber, so dass die Gesamtmenge als Gewerbeabfall im Wettbewerb zu bestehenden MVA's akquiriert werden müssen.

Es besteht die Gefahr, dass die Kapazitätserweiterungen von Abfallbehandlungsanlagen zu einem deutlichen Preisverfall auf dem Hausmüll- und Gewerbeabfallmarkt führen können.

Umsatzentwicklung und Auftragsentwicklung

Als wesentliches Ereignis für den Geschäftsverlauf unserer Gesellschaft ist die Inbetriebnahme des neuen Kessels 3 und der neuen Turbine 1 im Frühjahr 2006 zu nennen. Die Dampfparameterumstellung verlief problemlos. Die Inbetriebnahme führte zu höheren Umsätzen und damit zu einem deutlich besseren Ergebnis als zunächst geplant wurde.

Die Umsatzerlöse der GMVA sind im Jahr 2006 auf 91,2 Mio. € gestiegen (Vorjahr 71,4 Mio. €). Zu diesem Anstieg trug im Wesentlichen die erhöhte Verbrennungsmenge (25,9%) und die daraus resultierende erhöhte Energieproduktion bei. Durch die erhöhte Energieabgabe sind bei leicht gestiegenem Energieabgabepreis die Dampferlöse um 67,4 % gesteigert worden.

Die Abfallanlieferungen und die Papierverwertung sind durch langfristige Verträge gesichert. Der Energieliefervertrag wurde mit verbesserten Konditionen bis zum 31.12.2008 verlängert.

Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (29,2 Mio. €) konnte gegenüber dem Vorjahr (15,5 Mio. €) deutlich gesteigert werden. Die Rentabilität hat sich weiterhin verbessert.

Das Jahresergebnis 2006 wurde durch folgende außerordentliche einmalige Effekte beeinflusst:

- Der Steueraufwand des Jahres 2006 wurde durch die Bildung eines Aktivpostens Abgrenzung latente Steuern in Höhe von 8,7 Mio. € gemindert. Der Posten betrifft den Saldo aus passiver Abgrenzung in Höhe von 7,5 Mio. € und aktiver Abgrenzung in Höhe von 16,2 Mio. €. Die passive latente Steuer betrifft Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz aus einem Forfaitierungsgeschäft, die aktiven latenten Steuern stehen im Zusammenhang mit einem ertragsteuerlichen Verlustvortrag.
- Bei der GuV – Position außerordentlicher Aufwand - in Höhe von 10,6 Mio. € handelt es sich um den Aufwand, der im Zuge der Rückführung der Patronatserklärung mit dem Gesellschafter REMONDIS entsteht.
- Steuererstattungsansprüche für Vorjahre haben das Ergebnis um 453 T€ verbessert.

Analyse und Erläuterung von finanziellen Leistungsindikatoren

	Plan 2007	2006	2005	2004	2003
Anlagenintensität in %	87,3	84,9	83,6	80,8	72,6
Investitionsdeckung in %	405,8	168,2	67,1	103,1	102,8
Bilanzsumme in T€	275.000	304.247	318.788	322.275	351.177
Fremdkapitalquote in T€	97,5	97,1	100,0	100,0	100,0
Jahresergebnis in T€	*10.318	19.132	11.133	6.949	8.119
Umsatzerlöse in T€	78.708	91.190	71.435	70.563	68.174
Materialaufwand in T€	17.837	19.132	17.567	22.130	18.779
Rohertragsmarge in %	77,3	79,0	75,4	68,6	72,4
Personalaufwand in T€	11.231	10.290	10.452	10.198	10.800

* ohne Rückführung Patronatserklärung

Produktion

Der Mülldurchsatz ist wegen der Inbetriebnahme des neuen Kessels 3 (Warminbetriebnahme ab 07.02.2006) bei Berücksichtigung der Bunkerbestandsveränderung deutlich auf 685 T t/a. gestiegen. Mit Inbetriebnahme der neuen Turbine 1 (Testbetrieb ab März 2006) konnte die gestiegene Dampfproduktion in eine Stromproduktionssteigerung von 254 GWh auf 389 GWh umgesetzt werden. Die durchschnittliche Verbrennungsleistung belief sich auf 22,83 t / Kesselbetriebsstunde (Vorjahr 22,53 t).

Beschaffung

Eine Grundsicherung des Müllaufkommens ist aufgrund langfristiger Verträge gewährleistet. Auch der Papierverwertung liegt ein langfristiger Vertrag zugrunde.

Investitionen

Die Großprojekte Neubau Kessel 3, Neubau Turbine 1 und Dampfparameterumstellung konnten im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen werden. Die Gesamtinvestition belief sich auf rund 57 Mio. € (aktiviert in 2005 und 2006), davon entfielen auf Zugänge des Berichtsjahres rund 11 Mio. €.

Finanzierungsmaßnahmen / -vorhaben

Das gewährte Gesellschafterdarlehen wurde vollständig zurückgeführt. Die vorhandenen Darlehen wurden planmäßig getilgt.

Die zum 31.12.2005 noch vorhandene bilanzielle Überschuldung von 10,2 Mio. € wurde vollständig ausgeglichen. Die aus einer Patronatserklärung eines Gesellschafters zum 31.12.2005 bilanzierte Forderung in Höhe von 23,5 Mio. € konnte zum 31.12.2006 erstmalig in Höhe von 10,6 Mio. € zurückgeführt werden.

Die durchschnittlichen Fremdkapitalkosten (ohne Forfaitierung) belaufen sich auf 4,5% (VJ 4,3%). Die Darlehensverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben eine Laufzeit von unter 5 Jahren. In den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Darlehensverbindlichkeit in Höhe von 23,5 Mio. € gegenüber einem Kunden ausgewiesen (VJ 24,7 Mio. €), die Restlaufzeit beträgt 13 Jahre. Im Kontokorrentbereich haben wir eine unverändert zugesagte Kreditlinie unserer Hausbanken in Höhe von 5,5 Mio. €, die wir nicht in Anspruch genommen haben. In den nächsten Jahren sind keine Darlehensaufnahmen geplant.

Personal- und Sozialbereiche

Die Gesamtzahl der Beschäftigten zum 31.12.2006 betrug 193, davon 7 Auszubildende (Vorjahr: 193 Arbeitnehmer/12 Auszubildende). Die Gesamtpersonalkosten sanken von 10,5 Mio. € auf 10,3 Mio. €. Die tariflichen Steigerungen der Löhne und Gehälter konnten durch den verzögerten Ersatz ausscheidender Kräfte ausgeglichen werden.

Umweltschutz

Die Gesetzgeber (EU, Bund, Land NRW) haben die für die GMVA geltenden Umweltschutzbestimmungen nicht wesentlich verschärft. Die geltenden Umweltvorschriften werden von der Gesellschaft beachtet.

Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Das bestehende Wasserrecht wurde von der Bezirksregierung um 15 Jahre verlängert.

Zum 01.08.2006 wurde die von der Bezirksregierung bestehende mengenmäßige Kapazitätsbeschränkung (578.160 t/a) durch eine Begrenzung der Feuerungswärmemenge 2.350 (GWh/a) ersetzt. Damit kann die technische Kapazität von ca. 700.000 t/a genutzt werden.

Darstellung der Lage des Unternehmens

1. Ertragslage

Die Umsatzerlöse beliefen sich auf 91,2 Mio. € und sind um 19,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Umsatzsteigerung ist im Wesentlichen auf eine Steigerung der Durchsatzleistung auf 683T t/a (Vorjahr 542T t/a) zurückzuführen. Die Durchschnittspreise

konnten um 1,30% erhöht werden. Dabei wurden die Verbrennungspreise der Kommunen Duisburg und Oberhausen vertragsgemäß leicht gesenkt und die Preise für Drittanlieferungen erhöht.

Der Materialaufwand belief sich auf 21% der Gesamtleistung und konnte damit gegenüber dem Vorjahr in Relation zur Gesamtleistung reduziert werden (Vorjahr 24,6%).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit belief sich auf 29,2 Mio. € (Vorjahr 15,5 Mio. €).

Die außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 10,6 Mio. € betreffen den Rückführungsaufwand im Zusammenhang mit einer Patronatserklärung.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag sind durch einen Ertrag aus aktivierten Abgrenzungen latenter Steuern in Höhe von 8,7 Mio. € beeinflusst, die in den nachfolgenden Jahren aufwandswirksam aufzulösen sind.

Danach verbleibt ein Jahresüberschuss von 19,1 Mio. €, der um 8,0 Mio. € über dem Ergebnis des Vorjahres liegt.

Der Bilanzgewinn beträgt 8,7 Mio. €. Die bilanzielle Überschuldung aus dem Vorjahr (10,5 Mio. €) konnte vollständig beseitigt werden.

2. Finanzlage

Die Gesellschaft wird fast ausschließlich mit Fremdkapital finanziert. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit gem. DRS 2 belief sich auf 27,0 Mio. € (Vorjahr 9,0 Mio. €). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern wurden vollständig getilgt. Die Kreditkonditionen der übrigen Darlehen sind für die nächsten Jahre verbindlich festgelegt. Die Zahlungsbereitschaft war jederzeit gewährleistet. Wir gehen davon aus, dass wir auch in Zukunft unseren Zahlungsverpflichtungen nachkommen können.

3. Vermögenslage

Von dem Gesamtvermögen von 304,2 Mio. € sind 85,6 % langfristig gebunden (Vorjahr 308,5 Mio. € = 93,9%). Die Neuinvestitionen beliefen sich in 2006 auf 13,1 Mio. € (Vorjahr 27,7 Mio. €). Die Abschreibungen betragen 22,1 Mio. € gegenüber 20,9 Mio. € im Vorjahr.

4. Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Wir konnten in 2006 unseren Konsolidierungskurs erfolgreich fortsetzen und aus Erträgen die Kapitalstruktur verbessern. Dieser Prozess soll auch in Zukunft konsequent fortgeführt werden.

C. Risikobericht

1. Umfeldrisiken und Branchenrisiken

Kapazitätsausweitungen, eine verstärkte Wertstoffsammlung sowie die Verbrennung von mittel- oder hochkalorischen Ersatzbrennstoffen durch energieintensive Großbetriebe werden zukünftig tendenziell zu Preissenkungen führen. Bestandsgefährdende Risiken leiten wir für unser Unternehmen daraus nicht ab. Durch Marktbeobachtung und zeitnahe Reaktionen sowie durch Abschluss von Verträgen mit längerer Laufzeit über unseren Gesellschafter REMONDIS versuchen wir diesem Risiko zu begegnen.

2. Unternehmensstrategische Risiken

Unsere Unternehmensstrategie für die nächsten 5 bis 10 Jahre ist darauf ausgelegt, dass sich unser Unternehmen mit der Anlage in Oberhausen auf aktuellem technischen Stand im Rahmen der umweltrechtlichen Vorgaben als eine der größten Anlagen in NRW nachhaltig behaupten kann. Risiken könnten sich aus derzeit nicht vorhersehbaren umweltrechtlichen Auflagen und Einschränkungen ergeben.

3. Leistungswirtschaftliche Risiken

Durch den Ausbau der Kessellinie 3 und rechtliche Änderung der Kapazitätsbeschränkung auf die Feuerungswärmemenge ist die mögliche Produktionskapazität um bis zu 40% erhöht worden. Ob zukünftig eine angemessene Auslastung erreicht werden kann, ist insbesondere vor dem Hintergrund der geplanten zusätzlichen Anlagenkapazitäten nicht sicher. Die Auslastung soll in Zusammenarbeit mit REMONDIS erreicht werden.

Im technischen Bereich wurden folgende wesentlichen Risiken identifiziert:

- nicht geeignetes Inputmaterial im Bunker
- hochkalorische Abfälle

Zur Risikominimierung sieht das Risikomanagementsystem angemessene Maßnahmen vor. Dem Risiko eines vollständigen Anlagenstillstands sind wir durch den Beitritt in ein Ausfallverbundsystem begegnet.

4. Personalrisiken

Streikrisiken sollen durch einen Notstandsplan begegnet werden. Mit den Tarifpartnern soll eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden.

5. Informationstechnische Risiken

Identifizierten informationstechnischen Risiken wurde durch eingeleitete und umgesetzte Maßnahmen begegnet. Einzelrisiken mit sofortigem Handlungsbedarf bestehen nicht.

6. Finanzwirtschaftliche Risiken

Die Eigenkapitalquote unseres Unternehmens zum 31.12.2006 beträgt 2,9 %. Dem durch die hohe Fremdfinanzierung sich ergebenden Risiko soll durch positive Gewinn-erwartung und durch ausreichenden Cashflow in den nächsten Jahren entgegengewirkt werden.

7. Sonstige Risiken

Aus einem Rechtsbehelfsverfahren mit der Finanzbehörde kann sich bei negativem Ausgang bis zum Jahre 2020 gegenüber der ursprünglichen Planung eine steuerliche Mehrbelastung von insgesamt 13 Mio. € ergeben.

D. Prognosebericht

In den nächsten zwei Jahren beabsichtigen wir keine Änderung unserer Geschäftspolitik. Es ist unser Ziel, die gestiegene Produktionskapazität (bis 700.000 t/a) in Kooperation mit REMONDIS auszulasten. Gleichwohl haben wir zunächst für das Jahr 2007 lediglich eine Produktionsmenge von 578 T t/a. geplant. Im Personalkostenbereich rechnen wir mit einer Steigerung, weil einige Fremdkräfte durch Eigenpersonal ersetzt werden. Wir gehen davon aus, dass die Gesellschaft auch in 2007 und 2008 Ergebnisse nach Steuern in einer Größenordnung von über 10 Mio. € erwirtschaften wird, so dass die Forderung gegen REMONDIS bis Ende 2008 nahezu ausgeglichen sein wird. In den Jahren 2007 bis 2008 planen wir Investitionen in Höhe von 8,5 Mio. €.

E. Zuverlässigkeit des unternehmensinternen Planungssystems sowie der zugrunde gelegten Daten und Annahmen

Aufgrund der in der Vergangenheit zunehmend gewonnenen Planungssicherheit und Planungstiefe gehen wir von einer relativ hohen Zuverlässigkeit des eingesetzten Planungssystems aus. Darüber hinaus stehen wir in einem regen Informationsaustausch über abfallwirtschaftliche Entwicklungen mit unserem Gesellschafter REMONDIS, der

ITAD, dem VKS und der Arbeitsgemeinschaft der Verbrennungsanlagen in NRW. Gleichwohl können unvorhersehbare Marktentwicklungen und nicht vorhersehbare technische Störungen sowohl positive als auch negative Auswirkungen auf die geplanten Unternehmensdaten haben.

F. Sonstige Pflichtangaben nach § 289 Absatz 2 HGB

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres traten in der GMVA keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die zu berichten wäre.

Oberhausen, den 10. Februar 2007

I. Schellenberger

B. Schusky

Dr. G. Terbeck

**Bilanz
GMVA GmbH**

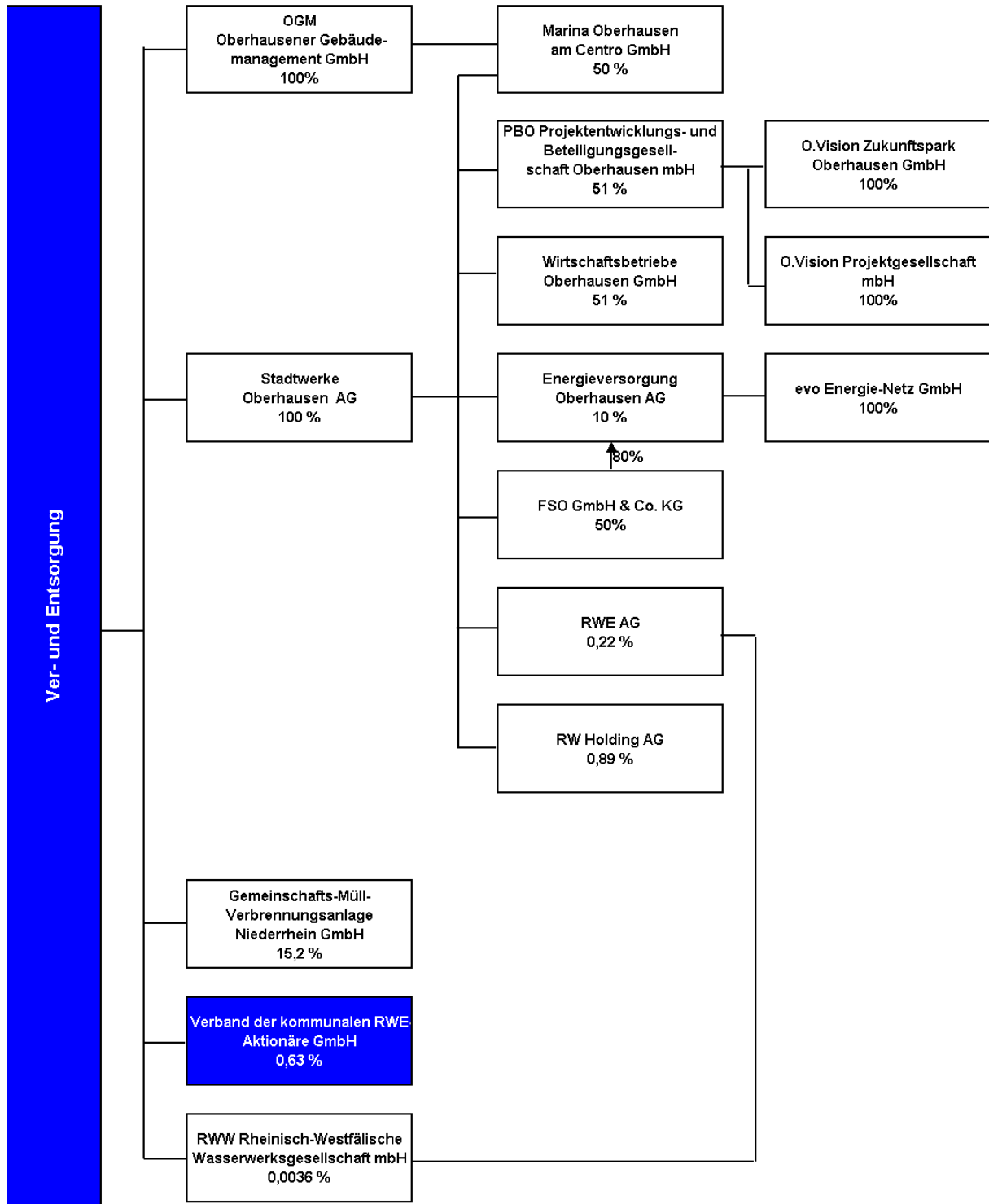
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	257.744	254.885	260.267	266.515	257.430
Sachanlagen	256.936	254.678	260.082	266.372	257.291
sonstiges	808	207	185	143	139
Umlaufvermögen	68.466	65.931	38.814	39.695	36.115
Vorräte	3.793	4.051	4.344	4.457	5.128
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	33.216	31.122	29.964	30.151	23.445
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	31.457	30.758	4.506	5.087	7.542
Rechnungsabgrenzungsposten u. latente Steuern	2.258	2.060	1.842	2.359	10.702
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	36.421	28.301	21.352	10.219	0
SUMME AKTIVA	364.889	351.177	322.275	318.788	304.247
Passiva					
Eigenkapital	0	0	0	0	8.913
gezeichnetes Kapital	256	256	256	256	256
Bilanzgewinn	0	0	0	0	8.657
durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-256	-256	-256	-256	0
Sonderposten	356	254	153	51	0
Rückstellungen	2.780	3.754	6.128	6.409	9.002
Verbindlichkeiten	47.405	49.117	34.239	47.113	37.658
kurzfristig	6.885	7.316	8.030	7.960	10.276
mittelfristig	39.272	40.709	20.409	20.737	10.722
langfristig	1.248	1.092	5.800	18.416	16.660
Rechnungsabgrenzungsposten	314.348	298.052	281.755	265.215	248.674
SUMME PASSIVA	364.889	351.177	322.275	318.788	304.247

Gewinn- und Verlustrechnung GMVA GmbH

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	64.730	68.174	70.563	71.435	91.190	78.708
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	1	17	19	36	108	0
sonstige betriebliche Erträge	2.032	1.002	562	3.594	866	0
Summe Erträge	66.763	69.193	71.144	75.065	92.164	78.708
Materialaufwand	-17.128	-18.779	-22.130	-17.567	-19.139	-19.845
Personalaufwand	-9.463	-10.800	-10.198	-10.452	-10.290	-11.231
Abschreibungen	-17.882	-18.048	-18.133	-20.898	-22.055	-23.060
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.692	-12.027	-10.095	-10.026	-9.938	-7.044
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-25.764	-1.531	-1.061	-755	-1.700	-1.343
Summe Aufwendungen	-80.929	-61.185	-61.617	-59.698	-63.122	-62.523
Zinsen und ähnliche Erträge	710	779	210	84	180	0
Erträge aus Beteiligungen etc.	29	1	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-13.427	8.788	9.737	15.451	29.222	16.185
außerordentliche Erträge	13.543	0	0	0	0	0
außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	-10.612	0
Steuern v. E. u. E./sonstige Steuern	-116	-669	-2.788	-4.318	522	-5.867
Jahresergebnis	0	8.119	6.949	11.133	19.132	10.318

Kennzahlen GMVA GmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	3,0	+3,0
Anlagendeckung	%		0,0	0,0	0,0	0,0	3,5	+3,5
Anlagendeckung 2	%		0,5	0,4	2,2	6,9	9,9	+9,4
Abschreibungsquote	%		4,1	4,0	3,8	4,2	4,4	+0,3
Durchschnitt über 3 Jahre	%				4,0	4,0	4,1	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		456,9	420,4	56,1	63,9	73,4	-383,5
Liquidität 2. Grades	%		939,3	901,2	483,4	442,7	301,5	-637,8
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		0,0	0,0	0,0	0,0	327,9	+327,9
Umsatzrentabilität	%		0,2	12,9	13,8	21,6	32,0	+31,8
Personalaufwandsquote	%		11,7	17,7	16,6	17,5	16,3	+4,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		333,7	356,9	356,4	370,1	479,9	+146,2





Baedeker Straße 5
45128 Essen
Telefon 0201 / 221377
Telefax 0201 / 222974
E-Mail: info@vka-rwe.de
Internet: www.vka-rwe.de

Geschäftsführung
Heinz-Eberhard Holl
Ernst Löchelt

gegründet:	1926
Stammkapital	127.822,97 EUR
Beteiligung der Stadt	802,72 EUR (0,63 %)

weitere Gesellschafter

Städte, Kreise und sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben

- die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu

- koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten;
- die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Die Gesellschaft kann nach Beschluss der Gesellschafterversammlung weitergehende Aufgaben auf dem Gebiet der öffentlichen Ver- und Entsorgungswirtschaft übernehmen. Die Übernahme sonstiger Aufgaben bedarf einer Änderung des Gesellschaftsvertrages.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Herr OB Wehling

Verwaltungsrat

Herr Dr. Reiniger, Essen

Frau OB Mühlenfeld, Mülheim a.d. Ruhr

Herr Graef, Landkreis Bitburg-Prüm

Vorsitzender

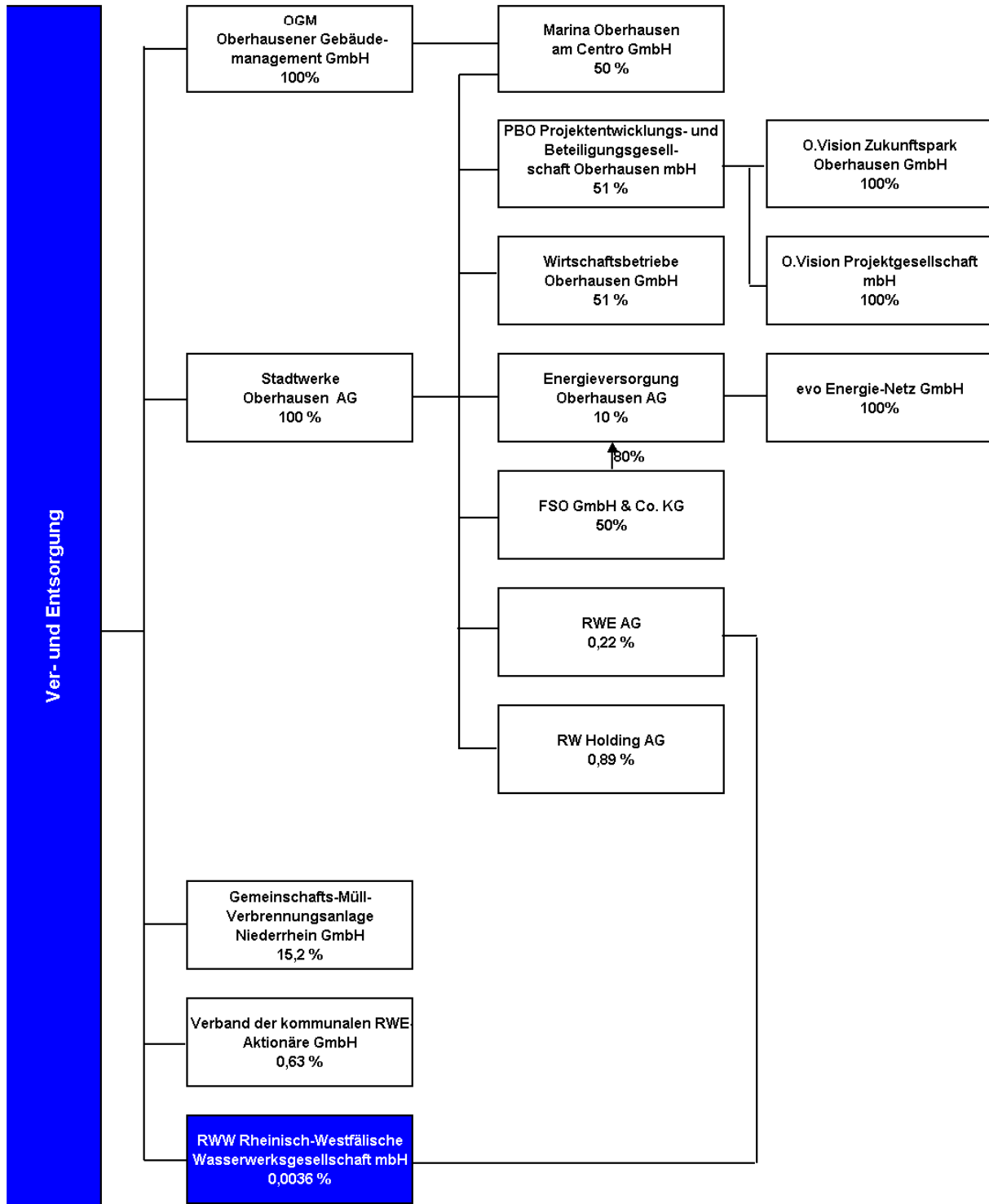
1. stellvertretende Vorsitzende

2. stellvertretender Vorsitzender

sowie weitere neun Mitglieder.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2002 IST/EUR	2003 IST/EUR	2004 IST/EUR	2005 IST/EUR	2006 Plan/EUR
Die an den VKA zu zahlende Umlage zur Deckung des Betriebsaufwandes von 803 EUR p. a. wird von der STOAG als Eigentümerin der RWE-Aktien gezahlt. Insofern wird das Ergebnis der STOAG und damit der von der Stadt zu tragende Finanzierungsbetrag beeinflusst.					



Am Schloß Broich 1-3
45479 Mülheim an der Ruhr
Telefon 0208 / 44331
Telefax 0208 / 4433233
Internet: www.rww.de

Geschäftsführung

Lothar Arnold
Gert Franke

gegründet:	1912
Stammkapital	15.381.950,00 EUR
Beteiligung der Stadt	600,00 EUR (0,0036 %)

weitere Gesellschafter (zum 31.12.2006)

RWE Aqua GmbH	12.274.796,10 EUR (79,80 %)
Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr GmbH	1.538.195,00 EUR (10,00 %)
Stadt Bottrop	861.389,20 EUR (5,60 %)
Stadt Gladbeck	646.041,90 EUR (4,20 %)
Kreis Recklinghausen	61.527,80 EUR (0,40 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

1. Gegenstand des Unternehmens ist die Erfüllung wassertechnischer und wasserwirtschaftlicher Aufgaben und Dienstleistungen auf dem Wasser- und Abwassersektor.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die geeignet erscheinen, den Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

3. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass die geltenden Gesetze, insbesondere die Vorschriften der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Gemeindeordnung NW - GO NW) beachtet werden.

Beteiligungen der Gesellschaft

RRW Rheinruhrwasser GmbH	100,00 %
Wasserverbund Kerken Rheurdt GmbH	35,00 %
IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH	22,50 %
SEG Stadtentwässerung Schwerte GmbH	48,00 %
SWB Service Wohnungsvermietungs- und -Baugesellschaft mbH	0,79 %
Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH-ENO	2,48 %
WiN Emscher-Lippe Gesellschaft zur Strukturverbesserung mbH	0,83 %
Gesellschaft für Stadtmarketing mbH, Bottrop	1,13 %

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Anne Janßen

Aufsichtsrat

Dr. Arndt Neuhaus	Vorsitzender
Uwe Bonan	stellvertretende Vorsitzende
Dr. Klemens Kreul	stellvertretende Vorsitzende
Hans-Jürgen Amman*	
Bernd Brockmann*	
Hans Burmann*	
Harry Dreßler*	
Dr. Christoph Hilz	(ab 01.07.2006)
Markus Püll	
Ulrich Roland	
Norbert Schürmann	(bis 30.06.2006)
Dr. Hans-Jürgen Weck	
Dr. Knut Zschiedrich	

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle/ Sachkonto	2003 Ist/EUR	2004 Ist/EUR	2005 Ist/EUR	2006 Ist/EUR	2007 Plan/EUR
8150.2100.000/ 465100 Dividende	71	80	91	250	80
8150.2200.000/ 451100 Konzessionsentgelt	2.858.519	2.729.533	2.999.845	3.241.176	3.000.000

Lagbericht

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH, Mülheim (im Folgenden „RWW“ genannt), ist als regionaler Trinkwasserdirektversorger eines der größten deutschen Wasserversorgungsunternehmen. RWW wurde 1912 gegründet und versorgt in Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Bottrop, Gladbeck, Dorsten, Reken, Velen, in Teilen der Stadt Ratingen, Borken, Gescher, Schermbeck und Raesfeld ca. 1 Mio. Einwohner mit hochwertigem Trinkwasser.

Im Bereich der unteren Ruhr in Essen-Kettwig, in Mülheim sowie am Rhein in Duisburg-Mündelheim betreibt RWW fünf Flusswasserwerke, die ausgehend von der traditionell im Ruhrtal weit verbreiteten künstlichen Grundwasseranreicherung in einem modernen und leistungsfähigen mehrstufigen Aufbereitungsprozess qualitativ hochwertiges Trinkwasser liefern. Im nördlichen Versorgungsgebiet verfügt RWW im Verbreitungsgebiet der „Halturner Sande“ über drei Wasserwerke, die natürliches Grundwasser fördern. Betriebswasser fördert RWW aus dem Seewasserwerk in Dorsten.

Die Wasserverteilung erfolgt über ein weit verzweigtes Rohrnetz mit einer Gesamtlänge von ca. 3.000 km. Zur Wartung und Reparatur des Rohrnetzes sind sieben regionale Service-Points im Versorgungsgebiet eingerichtet, die über die zentrale Betriebsdirektion in Bottrop gesteuert werden.

Das Unternehmen ist funktional gegliedert. Im Ressort des kaufmännischen Geschäftsführers befinden sich die drei Linienbereiche Recht / Personal, Vertrieb und Finanzen. Ebenfalls direkt dem Geschäftsführer zugeordnet sind die Funktionen kommunales Marketing, Controlling, Personalcontrolling und das Informationsmanagement. Zum Ressort des technischen Geschäftsführers gehören der Bereich Technik mit den Organisationseinheiten Wasserwerke und Verteilnetz. Ebenfalls direkt dem Geschäftsführer zugeordnet sind die technischen Querschnittsfunktionen Wassergüte / Wasserwirtschaft, Arbeitsschutz / Umweltmanagement und Liegenschaften. Der Geschäftsführung insgesamt und direkt zugeordnet sind die Funktionen Kommunikation, Geschäftsentwicklung und Strategie sowie die Interne Revision.

Zur Steuerung des Unternehmens setzt RWW das Kennzahlensystem des RWE-Konzerns ein, das sich an ergebnis- und liquiditätsorientierten Kennzahlen ausrichtet.

RWE Aqua GmbH ist mit 79,8 % Hauptgesellschafter der RWW. Die Städte Mülheim, Bottrop, Gladbeck, Oberhausen sowie der Kreis Recklinghausen, für die wasserwirtschaftliche Dienstleistungen erbracht werden, sind darüber hinaus Gesellschafter des Unternehmens. Die Kommunen sind in den Aufsichtsgremien des Unternehmens unmittelbar vertreten.

RWW ist Bestandteil der Regionalorganisation der RWE Rhein-Ruhr AG und wird von ihr geführt. Das Unternehmen mit Sitz in Essen bündelt als Regionalführungsgesellschaft den Vertrieb von Strom, Gas und Wasser sowie energienaher Dienstleistungen unter Führung der RWE Energy AG in der Region Mitte (westliches Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz).

RWW gehört als das regionale Kompetenzcenter Wasser der RWE Rhein-Ruhr AG zum Kern des Wassergeschäftes der RWE Energy Gruppe. Als größtes, operativ tätiges Wasserversorgungsunternehmen im Mehrheitsbesitz des RWE Konzerns hat RWW die Aufgabe, die Wasseraktivitäten in ihrer Kernversorgungsregion und dem der RWE Rhein-Ruhr AG zu bündeln, zu koordinieren und unter strategischen Gesichtspunkten weiter auszubauen.

Das Wassergeschäft in Deutschland und Kontinentaleuropa gehört weiterhin zu den Kernaktivitäten der RWE Gruppe und wird unter der Führung der RWE Energy in engem

Einklang mit den bestehenden Energieaktivitäten weiterentwickelt. Das Wassergeschäft schafft aufgrund seiner Langfristigkeit und der hiermit einhergehenden engen Kundenbindung direkt und indirekt einen Wachstumsbeitrag sowie einen Mehrwert für das Energiegeschäft der gesamten Gruppe.

RWW hat im Geschäftsjahr 2006 verstärkt die vertrieblichen Aktivitäten entwickelt:

- Die Zusammenarbeit mit Partnerunternehmen aus der RWE Gruppe im Erftkreis konnte weiter ausgebaut werden. Seit Anfang 2006 liefert RWW auch Trinkwasser für die Stadtwerke Erfstadt.
- RWW konnte den Bereich technische Dienstleistungen ausweiten und führte in 2006 Dienstleistungen in den Bereichen Arbeitsschutz und Armaturenkontrolle bei verschiedenen Stadtwerkekunden aus.
- Mit der neu geschaffenen Funktion „Kommunales Marketing“ wurde die Betreuung bestehender und potenzieller kommunaler Kunden deutlich intensiviert. Marketingaktivitäten bilden zunehmend einen wichtigen Bestandteil der Vertriebsstrategie der RWW.

Die RWW betreibt eine kontinuierliche Überprüfung und Verbesserung aller betrieblichen Prozesse. Das Ziel ist eine nachhaltige Stärkung der Kernkompetenz sowie der Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen.

- Die Automatisierung des Wasserwerkes Kettwig konnte in 2006 vollständig abgeschlossen werden. Nunmehr werden sämtliche RWW-Wasserwerke an der Ruhr aus der zentralen Leitwarte am Standort Mülheim-Styrum überwacht und gesteuert.
- Mit der Erneuerung weiterer Brunnen sowie der Ertüchtigung von weiteren Langsamsandfilterbecken konnten die Gewinnungskapazitäten am Standort Mülheim-Styrum weiter gesteigert werden.

Der Austausch von Dienstleistungen und Know How zwischen RWW und Unternehmen der RWE Gruppe wurde auch in 2006 weiter intensiviert. Eine gemeinsam mit RWE Rhein-Ruhr durchgeführte Marktanalyse brachte wichtige Erkenntnisse über die zu

erwartende demographische Entwicklung und den sich hieraus ergebenden Herausforderungen für die Versorgungsinfrastruktur in der von RWW versorgten Region.

RWW profitiert zunehmend von der Leistungsfähigkeit der RWE Gruppe durch Bezug von Dienstleistungen in administrativen Querschnittsfunktionen. So fungiert die RWE Systems AG seit dem Jahreswechsel 2006 / 2007 als Dienstleister im Bereich der Personaladministration.

Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Marktposition weiter gefestigt und die Rolle als das Kompetenzzentrum Wasser im Bereich der Führungsgesellschaft RWE Rhein-Ruhr AG untermauern können. Sie wird unterstrichen durch aktive wasserwirtschaftliche Interessenvertretung in Verbänden und im politischen Raum.

Die Kooperationen mit der Landwirtschaft und dem Gartenbau stiften seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag für die Aktivitäten unserer Gesellschaft zum Gewässerschutz. Die regelmäßig durchgeführten Kontrollen der Grundwasserqualität in den Einzugsgebieten der Wasserwerke belegen die Erfolge der Kooperationsarbeit. Die Nitratgehalte im Grundwasser stagnieren oder gehen deutlich zurück und Rückstände von Pflanzenschutzmitteln sind nicht mehr nachweisbar.

Im Frühjahr 2006 wurde durch ein Forschungs-Projekt des Hygiene-Institutes der Universität Bonn im Oberflächenwasser der Ruhr höhere Konzentrationen an perfluorierten Tensiden (PFT) festgestellt. Betroffen von dieser Gewässerverunreinigung waren die obere Ruhr und hier insbesondere die Möhnetalsperre mit 0,68 Mikrogramm pro Liter ($\mu\text{g/l}$). Diese Belastung wirkte sich auch auf das aus Uferfiltrat der Ruhr gewonnene Trinkwasser der Stadtwerke Arnsberg aus, wobei hier kurzfristig der für Trinkwasser geltende Toleranzwert von 0,3 $\mu\text{g/l}$ für die beiden „PFT-Leitsubstanzen“ Perfluorooctylsulfonat (PFOS) und Perfluorooctanoat (PFOA) überschritten wurde. Die PFT-Belastung der Ruhr führte in den darauf folgenden Monaten zu erheblichen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und Politik, wovon bekanntlich auch die gesamte Trinkwassergewinnung aus der Ruhr einschließlich RWW betroffen war.

RWW nahm die PFT-Belastung der Ruhr und deren mögliche Auswirkung auf das Trinkwasser von Anfang an sehr ernst und beauftragte unmittelbar nach bekannt werden der Befunde an der oberen Ruhr eigene Untersuchungen zur PFT-Belastung der unteren Ruhr und speziell zur Qualität des von RWW abgegebenen Trinkwassers. Die

Analysenergebnisse zeigten eindeutig, dass zum Einen die Belastungssituation der unteren Ruhr in Folge der Verdünnung durch andere Nebenflüsse wie der Lenne erheblich niedriger war und zum Anderen der von der Trinkwasserkommission des Bundes festgesetzte Leitwert von 0,3 µg/l im Trinkwasser jederzeit deutlich unterschritten wurde. Die aktuell gemessenen Konzentrationen liegen sogar unter dem langfristig angestrebten „Gesundheitlichen Orientierungswert“ von 0,1 µg/l. Mit dem so genannten „Mülheimer Verfahren“, das die RWW in allen ihren Ruhrwasserwerken zur Trinkwasseraufbereitung einsetzt, sind bei RWW bereits seit Jahrzehnten günstige Voraussetzungen zur Elimination von schwer eliminierbaren Stoffen einschließlich PFT geschaffen worden. Vorrangig wird innerhalb dieses als Multi-Barrieren-System ausgelegten Aufbereitungsverfahrens PFT durch die Aktivkohlefilteranlagen entfernt.

2. Ertragslage

Nachfolgende strukturierte Gewinn- und Verlustrechnung gibt einen Überblick über die wesentlichen Positionen.

	2006 Mio. €	2005 Mio. €
Umsatzerlöse (einschl. aktivierte Eigenleistungen)	109,1	107,0
Sonstige betriebliche Erträge	7,2	6,2
Materialaufwand	- 25,1	- 24,6
Personalaufwand	- 36,6	- 33,3
Abschreibungen	- 12,9	- 12,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 23,6	- 22,1
Zins- und Finanzergebnis	0,3	- 5,8
Steuern vom Einkommen und Ertrag (einschl. sonstige Steuern)	- 8,4	- 6,4
Jahresüberschuss	10,0	8,6

Die im Geschäftsjahr erzielten Umsatzerlöse liegen mit 108,5 Mio. € um 2,2 Mio.€ über dem Vorjahreswert. Der Anstieg der Umsatzerlöse geht im Wesentlichen auf die Umsätze aus dem Wasserverkauf zurück. Diese Erhöhung ergibt sich im

Sondervertragskundensegment durch die ganzjährige Einbeziehung der Wasserlieferung für Bergheim sowie die Aufnahme der Trinkwasserlieferung an die Stadtwerke Erfstadt zum 01.01.2006 durch RWW. Die Wasserlieferungen erfolgen zugunsten des Versorgungsgebietes der RWE Rhein-Ruhr AG durch RWW.

Mit 89,7 Mio. m³ lag die Gesamtabgabe an Trink- und Betriebswasser um 6,8 Mio. m³ über der Vorjahresmenge von 82,9 Mio. m³. Aufgrund der ganzjährigen Einbeziehung der Wasserlieferung für Bergheim sowie der Wasserlieferung an die Stadtwerke Erfstadt konnte der Wasserabsatz um 6,3 Mio. m³ gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Auf das Kundensegment Sondervertragskunden einschließlich Weiterverteiler (Trink- und Betriebswasser) entfällt eine Abgabemenge von 49,6 Mio. m³.

Auf die Trinkwasserabgabe entfallen 69,4 Mio. m³, davon 40,1 Mio. m³ auf die Trinkwasserlieferungen an Tarifkunden. Das sind ca. 0,3 Mio. m³ hauptsächlich witterungsbedingt weniger als im Vorjahr.

Die Umsatzerlöse der Tarifkunden gehen folglich um 0,4 Mio. € auf 81,9 Mio. € zurück.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Mengenüberblick über die Wasserbeschaffung bzw. die Wasserabgabe bei RWW:

	2006 in Mio. m ³	2005 in Mio. m ³
Wasserbeschaffung		
Eigenerzeugung	79,5	78,0
Fremdbezug	15,8	9,3
	95,3	87,3
Wasserabgabe		
Sonderabnehmer		
Trinkwasser	29,3	26,4
Betriebswasser	20,3	16,0
	49,6	42,4
Tarifabnehmer	40,1	40,5
	89,7	82,9
Unentgeltlicher Verbrauch und Netzverluste		
Eigenverbrauch, Rohrbrüche, Feuerlöschwasser, Spülung, Netzverluste	5,5	4,4

Im Geschäftsjahr 2006 sind die Umsatzerlöse für neuverlegte und instandgesetzte Hausanschlüsse mit 2,3 Mio. € sowie die Rohrnetzkostenzuschüsse mit 1,4 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau. Die Umsatzerlöse des Kraftwerks Kahlenberg steigen um 0,2 Mio. € auf 1,4 Mio. € an.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 7,2 Mio. € um 1,0 Mio. € über dem Vorjahresniveau, im Wesentlichen bedingt durch Rückstellungsaufösungen.

Der Materialaufwand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr 2005 um 0,5 Mio. € auf 25,1 Mio. €. Während die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, bedingt durch höhere Wasserbezüge um 1,4 Mio. € steigen, reduzieren sich die Aufwendungen für bezogene Leistungen, im Wesentlichen bedingt durch geringere Rückstellungszuführungen, um 1,3 Mio. €. Die Energieaufwendungen steigen um 0,4 Mio. € auf 4,2 Mio. €.

Der Personalaufwand liegt mit 36,6 Mio. € um 0,3 Mio. € über dem Vorjahreswert. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter steigen geringfügig um 0,5 Mio. € an, im Wesentlichen bedingt durch Zuführungen zur Altersteilzeitrückstellung (Zinsanteil des Erfüllungsrückstandes). Die Sozialabgaben liegen auf Vorjahresniveau. Die

Aufwendungen für Altersversorgung steigen, ausweisbedingt durch höhere Pensionsrückstellungs-zuführungen sowie durch Bildung einer Rückstellung für die Umstellung des Finanzierungsverfahrens des Pensionssicherungsvereins (+ 0,5 Mio. €) aufgrund einer Gesetzesänderung, um 2,8 Mio. € auf 7,1 Mio. € an. Von der Zuführung zur Pensionsrückstellung von insgesamt 6,3 Mio. € entfallen 3,7 Mio. € auf die Zinskomponente, die erstmalig im Personalaufwand (Vorjahr: Zinsaufwand) ausgewiesen wird.

Zum Stichtag 31.12.2006 beschäftigt die RWW 489 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Personalbestand sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 11 Mitarbeiter. Die Zahl der Angestellten und kaufmännischen Angestellten verringert sich von 246 auf 243. Im gewerblichen Bereich reduziert sich die Anzahl der Mitarbeiter um 8 auf 246. Grund für die Verringerung sind vorwiegend die Eintritte in die Altersteilzeit-Freistellung und Pensionierungen.

Im Berichtsjahr beträgt der Anteil der weiblichen Beschäftigten 19,8 % der Gesamtbelegschaft, bezogen auf den Angestelltenbereich beträgt ihr Anteil 30,9 %.

Auch im Berichtsjahr bildet RWW über den eigenen Bedarf hinaus aus. Am 31.12.2006 befinden sich 19 Jugendliche in einer Ausbildung in den Berufsbildern Industriekaufmann/ -frau, Anlagenmechaniker, Elektroniker/in für Betriebstechnik und Industriemechaniker.

RWW beschäftigt zum Jahresende 23 anerkannt schwer behinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen liegen mit 12,8 Mio.€ um 0,3 Mio. € geringfügig über dem Vorjahreswert. Im Wesentlichen bedingt durch eine außerplanmäßige Abschreibung auf ein Gebäude.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mio. € auf 23,6 Mio. €. Während die Konzessionsabgaben um 0,7 Mio. € sinken, erhöhen sich die Aufwendungen für Beiträge und Gebühren um insgesamt 0,2 Mio. €. Die übrigen

sonstigen betrieblichen Aufwendungen steigen um 2,0 Mio. € an. Grund für den Anstieg sind erhöhte Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen sowie Aufstockungsbeträge für die Altersteilzeit, die erstmals unter dieser Position ausgewiesen werden (Vorjahr: Personal- bzw. Zinsaufwand).

Das Zins- und Finanzergebnis liegt mit 0,3 Mio. € um 6,1 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Die Ergebnisverbesserung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund der Ausweisänderung des Abzinsungsaufwandes bei den Pensionsrückstellungen. Diese werden nunmehr unter dem Personalaufwand ausgewiesen. Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge steigen um 0,3 Mio. € an, da sich sowohl das Zinsniveau als auch der Anlagebetrag im Berichtsjahr erhöhten.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist positiv – für 2007 wird ein ähnlich zufriedenstellendes Ergebnis prognostiziert.

3. Finanzlage

RWW ist als Konzernunternehmen der RWE AG in den Cash Pool der RWE Rhein-Ruhr AG, Essen, einbezogen. Das Cash Management umfasst die Durchführung von Zahlungsverkehr, Liquiditätsdisposition und Liquiditätsausgleich einschließlich der Führung von Cash Pools sowie die Anlage und die Aufnahme von Tages- und Termingeldern. Zum 31.12.2006 waren 35,3 Mio. € im Cash Pool des RWE Konzerns angelegt.

Wie der nachfolgend wiedergegebenen Kurzfassung der Kapitalflussrechnung zu entnehmen ist, ergibt sich eine zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelbestandes um 3,1 Mio. €.

	2006 Mio. €	2005 Mio. €
Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit	20,2	26,4
Cash flow aus Investitionstätigkeit	- 8,3	- 7,3
Cash flow aus Finanzierungstätigkeit	- 8,8	- 4,5

Zahlungswirksame Erhöhung des Finanzmittelbestandes	3,1	14,6
---	-----	------

Sämtliche Investitionen des Geschäftsjahres konnten aus dem Cash flow finanziert werden. Darüber hinaus wurden die Bankverbindlichkeiten um 1,7 Mio. € reduziert.

Der dynamische Verschuldungsgrad (Differenz zwischen Fremdkapital und flüssige Mittel im Verhältnis zum Cash flow aus laufender Geschäftstätigkeit) ist im Berichtsjahr geringfügig auf 3,6 (Vorjahr 3,2) angestiegen.

4. Vermögenslage

Nachfolgende Bilanzstruktur gibt einen Überblick über die wesentlichen Positionen.

	31.12.2006 Mio. €	31.12.2005 Mio. €
Anlagevermögen	142,1	146,5
Umlaufvermögen	54,0	54,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0,6	1,1
Bilanzsumme	196,7	201,6
Eigenkapital	73,3	70,2
Sonderposten	0,2	0,3
Rohrnetzkostenzuschüsse	14,9	15,5
Rückstellungen	88,6	94,4
Verbindlichkeiten (einschl. passive Rechnungsabgrenzung)	19,7	21,2
Bilanzsumme	196,7	201,6

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum 31.12.2005 um 4,9 Mio. € reduziert. Wesentliche Änderungen auf der Aktivseite betreffen mit 4,4 Mio. € die Verminderung des Anlagevermögens sowie die Reduzierung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens um 0,5 Mio. €.

RWW weist für das Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss von 10,0 Mio. € aus. Im Geschäftsjahr 2006 sind den Gewinnrücklagen 1,6 Mio. € zugeführt worden. Die Eigenkapitalquote steigt auf 37,3 % (Vorjahr 34,8 %).

Die Rückstellungen reduzieren sich um 5,8 Mio. €. Während die Pensionsrückstellungen um 2,3 Mio. € steigen, reduzieren sich die übrigen Rückstellungen um 8,1 Mio. € - im Wesentlichen bedingt durch die planmäßige Inanspruchnahme der Steuerrückstellungen.

Bei Gesamtinvestitionen von 9,4 Mio. €, Abgängen von 1,0 Mio. €, verrechneten Abschreibungen von 12,8 Mio. €, einschließlich der im Geschäftsjahr vorgenommenen Rücklagenübertragungen gem. § 6b EStG in Höhe von 0,1 Mio. €, reduziert sich das Anlagevermögen um 4,4 Mio. € auf 142,1 Mio. €.

Von den Gesamtinvestitionen in Höhe von 9,4 Mio. € (einschließlich der Anlagen in Bau) entfallen 0,4 Mio. € auf Grundstücke und Bauten, 2,2 Mio. € auf technische Anlagen und Maschinen, 4,5 Mio. € auf Rohrnetz und Wasserzähler, 1,6 Mio. € auf Betriebs- und Geschäftsausschattung sowie 0,7 Mio. € auf die Finanzanlagen.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2006 eingetreten sind und Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage haben, sind nicht zu verzeichnen.

6. Risikobericht

RWW ist vollständig in das Risikomanagement des RWE Konzerns eingebunden. Die Risikomanagementprozesse der Gesellschaft sind daher vollständig auf die Vorgehensweisen und Berichtsstrukturen der Führungsgesellschaft RWE Rhein-Ruhr AG abgestellt.

Innerhalb der RWW ist ein Risikomanagement-Ausschuss implementiert, der sich aus Vertretern der wesentlichen Bereiche der Gesellschaft zusammensetzt. So ist sichergestellt, dass alle Risikokategorien entsprechend berücksichtigt und bewertet werden können. Alle identifizierten Risiken, unabhängig von deren Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikohöhe, werden in einem Risikokatalog zusammengestellt. Der Risikomanagement-Ausschuss tagt

regelmäßig, um diesen Katalog entsprechend zu aktualisieren. Der Risikomanagement-Ausschuss-Vorsitzende berichtet direkt an die Geschäftsführung, die die Funktion des Risikokoordinators wahrnimmt.

Zu den vorbeugenden Maßnahmen des Risikomanagements zählen detaillierte Arbeits- und Verfahrensanweisungen, regelmäßige Wartungen und Überprüfungen der Anlagen, Schulungen sowie Weiterbildungsmaßnahmen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und entsprechend dem Bedarf Versicherungen. Hierdurch soll das Risikopotential minimiert werden.

Die interne Revision, die direkt der Geschäftsführung zugeordnet ist, verfolgt in ihrer Tätigkeit einen risikoorientierten Prüfungsansatz und ist ebenfalls in die Revisionsprozesse der Führungsgesellschaft eingebunden.

Bestandsgefährdende sonstige wesentliche Risiken bestanden weder im zurückliegenden Geschäftsjahr, noch sind solche im laufenden Geschäftsjahr erkennbar oder zu erwarten.

Transparenz, offene Kommunikation sowie eine klare Ausrichtung der Gesellschaft und deren Organisation auf die vereinbarten Ziele bilden einen wesentlichen Baustein innerhalb des Risikomanagements der Gesellschaft. Monatliche Sitzungen des in 2005 eingerichteten Management-Teams, dem Vertreter der wichtigen Funktionsbereiche des Unternehmens angehören, geben der Geschäftsführung die Möglichkeit, alle relevanten Themen mit den Verantwortlichen eingehend und zeitnah zu diskutieren. Ergänzend hierzu werden die verantwortlichen Leiter der Linienbereiche zu regelmäßigen Jour-Fixe-Terminen oder erweiterten Geschäftsführungssitzungen hinzugezogen.

7. Prognosebericht

RWW ist bestrebt, die erreichte Position innerhalb der Mehrspartenvertriebsorganisation der RWE Energy AG sowie die Marktposition als regionaler Wasserversorger stetig auszubauen. RWW wird sich als „Regionales Kompetenzcenter Wasser“ weiter etablieren, seine Stärken und Kompetenzen auf dem Gebiet der Wasserversorgung weiter systematisch in den Unternehmensverbund der RWE Energy einbringen und auch zukünftig in den Bereichen, die nicht zum Kerngeschäft der RWW zählen, zielgerichtet von der Professionalität der RWE Gruppe profitieren und insbesondere bei Querschnittsfunktionen Shared Service Angebote der Gruppe wahrnehmen. Der Wasserdienstleister RWW wird seine Leistungsfähigkeit, Kosten- und Kundenorientierung kontinuierlich weiterentwickeln.

Wachstum für RWW und das Wassergeschäft der RWE Energy AG, die kontinuierliche Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die nachhaltige Absicherung der erreichten Wertsteigerungen sind die wesentlichen mittel- und langfristigen Ziele des Unternehmens.

Erfolge im Vertriebsbereich und damit verbundenes externes Wachstum sind ausschlaggebend für das Erreichen der gesetzten Ziele. RWW wird sich daher zukünftig noch stärker auf den Ausbau der vertrieblichen Aktivitäten konzentrieren. Eine weitere Aufstockung des Vertriebsteams, die Entwicklung und Umsetzung von Kunden- und Marktentwicklungsplänen sowie zielgerichtete Marketingaktivitäten befinden sich bereits in der Umsetzung.

Die Überprüfung der Professionalität und Effizienz der Kernprozesse des Unternehmens und hiermit verbundene Anpassungen gehören für RWW zur Routine im Hinblick auf eine stetige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Absicherung der derzeitigen Position des Unternehmens im Versorgungsgebiet bildet zukünftig ebenso einen Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der RWW, wie das Erreichen eines organischen Wachstums in den Bereichen Trinkwasser-Konzessionen und Vorlieferantenpositionen für Weiterverteiler sowie die Übernahme von Betriebsführungs- und Dienstleistungsfunktionen. In den folgenden Jahren wird RWW sich insbesondere darauf konzentrieren, auslaufende Konzessionsverträge zu verlängern, seine Position

als Vorlieferant für Trinkwasser weiter auszubauen und wassernahe Dienstleistungen am Markt zu platzieren.

Die Investitionen der kommenden Jahre konzentrieren sich mit einem Jahresvolumen von ca. 9,0 Mio. € bis 10,0 Mio. € ausschließlich auf die Kernbereiche des Unternehmens mit einem Schwerpunkt auf Erhaltungsinvestitionen im Verteilnetz. Innerhalb der nächsten Jahre wird auch die Ertüchtigung der Wassergewinnung Styrum-Ost abgeschlossen sein.

Die Aktivitäten zur Ausweitung der Tätigkeiten im Abwassersektor werden auch in den kommenden Geschäftsjahren fortgesetzt. RWW wird sich dabei in erster Linie auf Ausschreibungen von Betriebsführungen konzentrieren. Darüber hinaus wird Wachstum durch den Erwerb ausgewählter Beteiligungen an Wasser- und Abwasserunternehmen in (Teil-) Privatisierungsverfahren angestrebt.

RWW steht in einem sich nur langsam entwickelnden und verändernden Wassermarkt in einem starken Wettbewerb zu anderen Wasserversorgungsunternehmen. Die Gesellschaft wird daher zur Erreichung der gesteckten Ziele insbesondere auch Chancen zur Zusammenarbeit mit starken Partnern innerhalb und außerhalb des RWE-Konzerns nutzen. In diesem Zusammenhang wird RWW die Kooperation mit benachbarten Versorgungsunternehmen forcieren.

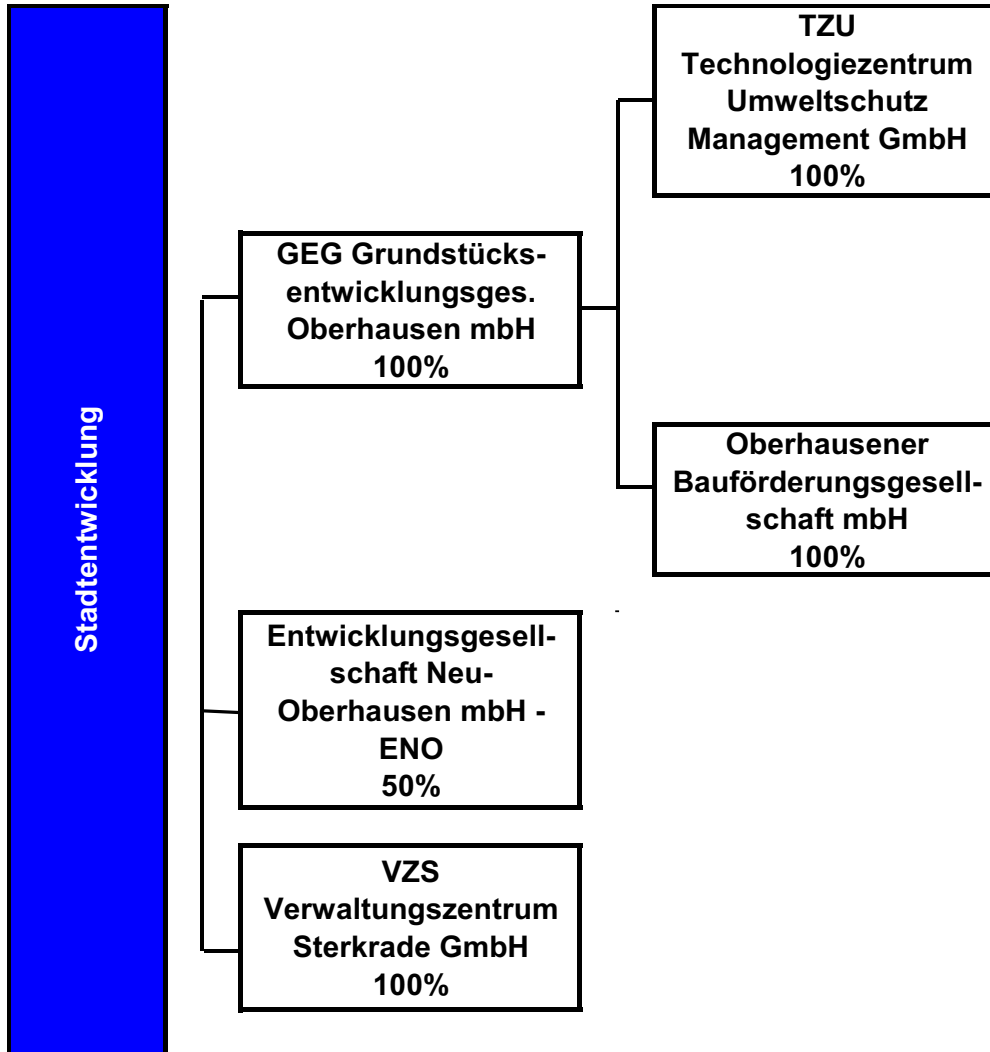
RWW wird auch in Zukunft das IWW Rheinisch Westfälisches Institut für Wasserforschung als Gesellschafter und Partner unterstützen, damit sich IWW in den Bereichen Wissenschaft und Forschung zu einer Institution von internationaler Bedeutung entwickeln kann. Vor diesem Hintergrund haben RWW und RWE Aqua das IWW mit der Koordination und Umsetzung des „Mülheim Water Award“ (MWA) beauftragt. Der Mülheim Water Award zeichnet herausragende Projekte zur Implementierung innovativer Konzepte zur Verbesserung der Wasserver- und Abwasserentsorgung aus. Träger des MWA sind RWW und RWE Aqua. Der Preis wird im Frühjahr 2007 erstmals verliehen und soll die Marktposition der Trägerunternehmen als innovative Technologieunternehmen und Wasserversorger gegenüber der Fachöffentlichkeit betonen.

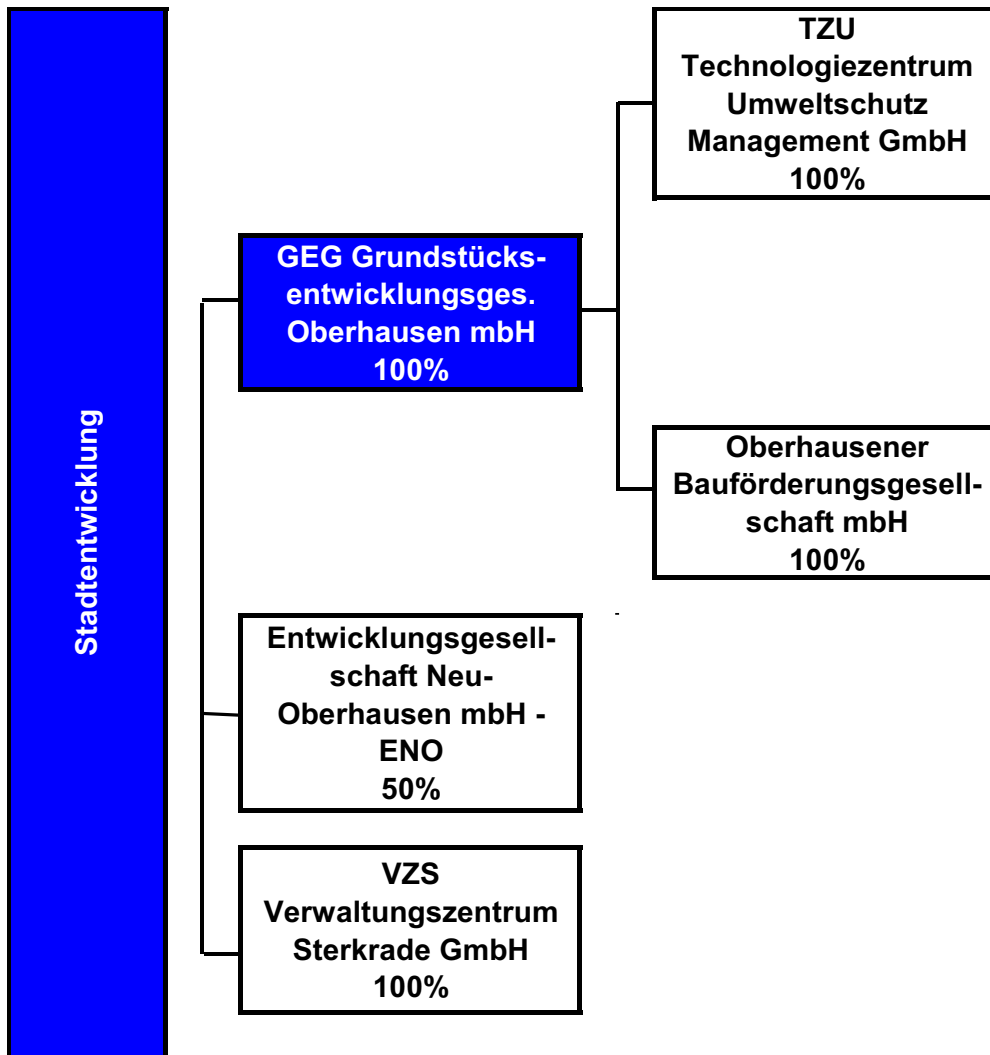
Die Geschäftsführung erwartet auch für die Zukunft eine weiterhin solide Fortentwicklung der finanziellen und technischen Kenngrößen des Unternehmens.

Mülheim an der Ruhr, 16.01.2007

RWW Rheinisch-Westfälische
Wasserwerksgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung







Essener Str. 3
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 85 03 750
Telefax 0208 / 85 03 757

Geschäftsführung

Horst Faßbender (bis 30.06.2006)
Dirk Buttler (bis 31.12.2006)
Frank Lichtenheld (ab 01.07.2006)
Dr. Heinz Puls (ab 01.07.2006)

gegründet:	1989
Stammkapital	50.000,00 DM
Beteiligung der Stadt	50.000,00 DM (100%)
weitere Gesellschafter	keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Entwicklung von Nutzungskonzepten für Industrie- und sonstige Grundstücke, deren Aufbereitung zum Zwecke der Vermarktung einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten, insbesondere im Gebiet von Oberhausen;
- die Vermögensverwaltung, die Beteiligung oder die dauernde Verwaltung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie deren Leitung und Kontrolle.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Beteiligungen gleicher oder ähnlicher Art zu erwerben oder Tochtergesellschaften zu gründen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann Grundbesitz erwerben, verwalten oder veräußern.

Beteiligungen der Gesellschaft

Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH	300.000,00 DM (100,00 %)
Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH	50.000,00 DM (100,00 %)
Gasometer Oberhausen GmbH	50.000,00 DM (100,00 %)
Schloss Oberhausen GmbH	50.000,00 DM (100,00 %)

Wichtige Verträge

- Grundstückskaufvertrag über das Thyssen-Gelände nördlich der Essener Straße mit einer Gesamtfläche von ca. 960.000 qm zwischen dem Land NRW (Verkäuferin) und der GEG (Käuferin) vom 05.12.1991
- Grundstückskaufvertrag über ein Teilgrundstück von ca. 116.605 qm in Oberhausen-Osterfeld, Flurstück 153, zwischen der GEG (Verkäuferin) und der Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH (Käuferin) vom 14.10.1994
- Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag über Geschäftsanteile an der TZU GmbH zwischen der Stadt Oberhausen (Verkäuferin) und der GEG (Käuferin) vom 30.12.1994
- Geschäftsanteilskauf- und Übertragungsvertrag über Geschäftsanteile an der OBauFö zwischen der Stadt Oberhausen (Verkäuferin) und der GEG (Käuferin) vom 30.12.1994
- Geschäftsbesorgungsvertrag bzgl. der Durchführung der Geschäftsbuchführung zwischen der GEG (Auftraggeberin) und der Energieversorgung Oberhausen AG (Auftragnehmerin) vom 19.07.1995
- Geschäftsbesorgungsverträge vom 25.10.1995 zwischen der GEG und der
 - Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
 - Landesgartenschau Oberhausen GmbH
 - Gasometer Oberhausen GmbH
 - Schloss Oberhausen GmbH
- Grundstückskaufvertrag über 135.757 qm der ehemaligen Kokerei Osterfeld und 102.938 qm der ehemaligen Zeche Osterfeld zwischen der GEG und Ruhrkohle AG vom 25.10.1995
- Überlassungsvertrag über den Gasometer mit der Gasometer GmbH vom 17./18.10.1995
- Erbbaurechtsvertrag über ein 4.232 qm großes Grundstück an der Lessingstraße mit der Stadt Oberhausen vom 02.06.1998 und Mietvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 12.08.1998 über dieses Grundstück
- Vereinbarung zwischen der Stadt Oberhausen, der LGO und der GEG vom 07.01.1999 zur Errichtung der Landesgartenschau
- Vereinbarung zwischen der Stadt Oberhausen, der LGO, der GEG und der CPO vom 26.04.1999 über die Unterhaltung des Geländes, der Anlagen und Gebäude der Landesgartenschau während der Durchführung
- Vereinbarung zwischen der Stadt Oberhausen und der GEG vom 04.10.1999 zur Überlassung des Landesgartenschaugeländes nach Durchführung

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Aufsichtsrat

Wolfgang Große Brömer

Wilhelm Hausmann

Beatriks Brands

Anne Janßen

Elke Kemper

Peter Klunk **

Gretel Kühn

Frank Motschull

Walter Paßgang

Daniel Schranz

Dirk Vöpel

Stefan Zimkeit

Vorsitzender

stellvertretender Vorsitzender

Als Dauergast

Bernhard Elsemann

Volker Wilke

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	7	7	7	7	7

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Es ergeben sich keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Entwicklung

LAGEBERICHT

Die inhaltliche und personelle Neuausrichtung der Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (GEG) hin zur Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderung, Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO), und die damit verbundenen vorbereitenden inhaltlichen und personellen Maßnahmen waren im Jahre 2006 für die Arbeit der GEG prägend.

Daneben stand die Vermarktung und Erschließung des Wohn- und Gewerbeparks Osterfeld weiterhin im Mittelpunkt der Tätigkeiten der GEG. Über die bisher veräußerten Flächen hinaus konnten im Jahre 2006 keine weiteren Flächen vermarktet werden, weder im Rahmen der Wohnbebauung noch im Rahmen einer gewerblichen Nutzung. Als wesentliche Erschwernisse für die weitere Vermarktung haben sich hier folgende Faktoren erwiesen:

- die Höhe der von potenziellen Erwerbern zu tragenden Erschließungskosten
- die Planungsvorgaben
- der Zuschnitt der Grundstücksflächen, sowohl im Mischgebiet als auch im Gewerbegebiet.

Zur Verbesserung der Vermarktungschancen ist daher eine Anpassung der Rahmenbedingungen notwendig. Dies sollte möglichst zügig erfolgen, einerseits wegen der damit verbundenen Chancen für die Entwicklung des Gesamtgeländes nebst Umfeld innerhalb des Stadtteils Osterfeld aber auch wegen steigender Kosten.

Wie bereits berichtet, sind die gezahlten Landeszuschüsse aufgrund der Umnutzung des Gebietes als Wohngebiet anteilig nebst Zinsen rückwirkend ab Zuschussbewilligung zurückzuerstatten. Die zeitliche Verzögerung der Vermarktung erhöht damit letztendlich auch die zu erstattenden Zuschüsse.

Im Berichtszeitraum blieben die Leerstände (ca. 35 %) im Steigerhaus unverändert.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft wird weiterhin durch die finanzwirtschaftliche Restabwicklung aus dem Erwerb und der Entwicklung der ehemaligen Thyssen-Fläche (NMO) beeinflusst.

Eine endgültige Entscheidung des Finanzministeriums NRW über die Reduzierung der Restkaufpreiszahlung von € 4,66 Mio. auf € 1,5 Mio. aus dem Erwerb der ehemaligen Thyssen-Fläche steht weiterhin aus.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von € 34,9 Mio. basiert im Wesentlichen auf einer Teilwertabschreibung der TZU-GmbH in Höhe von € 33,3 Mio. Die Abschreibung wurde notwendig, nachdem die GEG im Rahmen der Sanierung der TZU-GmbH in Abstimmung mit der Stadt Oberhausen € 33,3 Mio. in die TZU eingelegt hatte.

Das Geschäftsjahr 2006 endet mit einem Bilanzverlust in Höhe € 1,9 Mio.

Wesentliche Ursache des Verlustes ist die im Rahmen einer verlustfreien Bewertung notwendige Wertberichtigung der unter dem Vorratsvermögen ausgewiesenen

Grundstücke des Wohn- und Gewerbeparks Osterfeld. Die Wertberichtigung ist notwendig geworden, weil der sich aus dem gewerteten Grundstückspreis und notwendigen Erschließungskosten ergebende Verkaufspreis in dieser Höhe nicht realisierbar ist. Dieser Geschäftsbereich schließt daher mit einem Verlust in Höhe von € 1,2 Mio. ab.

Lässt man die im Rahmen der Grundstücksvermarktung aufgezeigten Verluste außer Acht, so verbleibt für 2006 ein Fehlbetrag in Höhe von € 0,3 Mio.

Da über Sonderposten nur rd. € 1,4 Mio. als kapitalähnliche Mittel zur Verfügung stehen, ist zur Vermeidung einer Überschuldung die Rangrücktrittserklärung der Gesellschafterin Stadt Oberhausen hinsichtlich ihrer Forderung gegen die GEG/WFO in Höhe von € 1,2 Mio. erforderlich.

Unter Zugrundelegung der aktuellen Planung ist auch im Jahre 2007 mit einem Verlust von ca. € 0,3 Mio. zu rechnen.

In Anbetracht der vielfältigen Aufgaben, die mit der Neuausrichtung der Gesellschaft im Rahmen der Maßnahmen der klassischen Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklung örtlich und überregional zu übernehmen sind, können diese Verluste aus dem eigenen operativen Geschäft nicht gedeckt werden.

Insbesondere die Akquirierung von zusätzlichen Aufträgen aus Gesellschafterkreisen ist nur sehr begrenzt möglich. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die derzeitige Personalausstattung der Gesellschaft die Übernahme weiterer Projekte kaum zulässt.

Auf Dauer sind daher gesicherte Finanzierungsformen erforderlich.

Bilanz GEG mbH

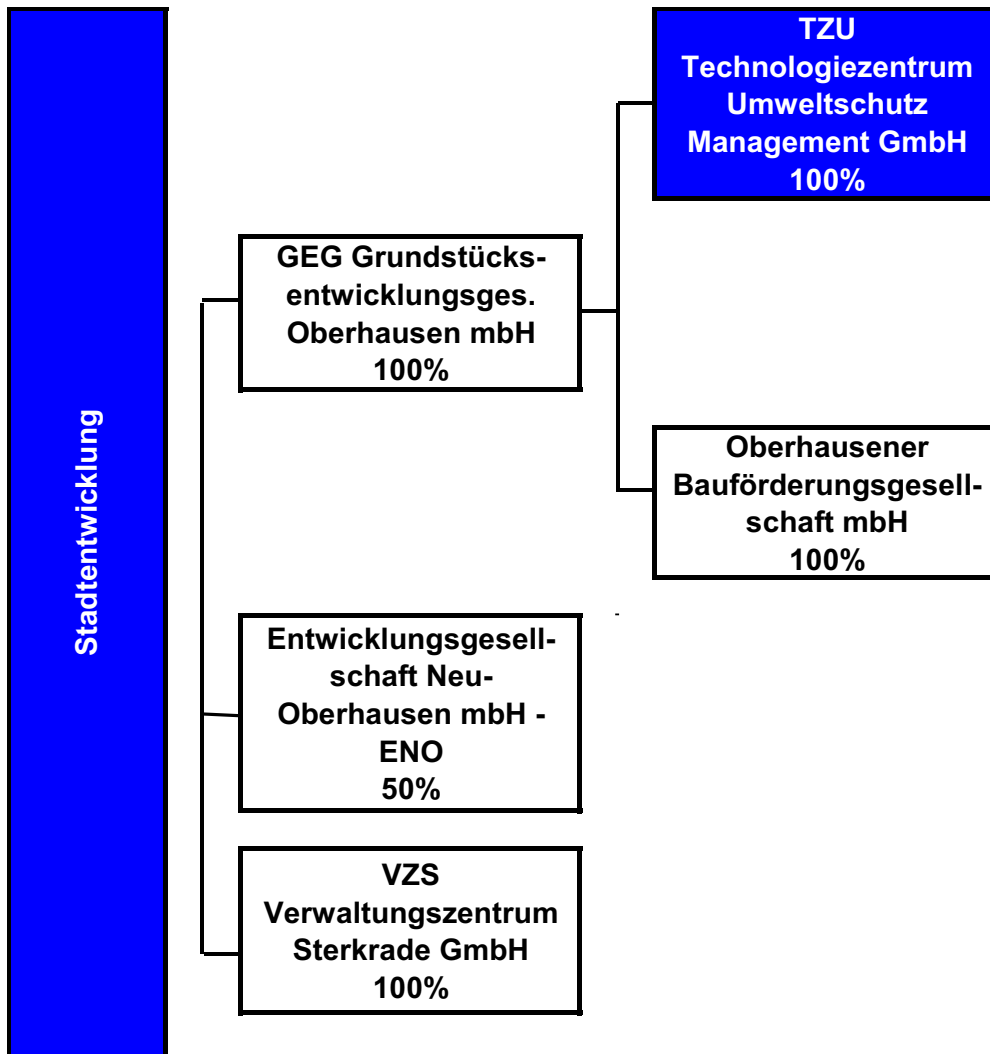
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	6.568	4.898	4.695	4.514	4.342
Sachanlagen	3.119	2.992	2.805	2.634	2.462
sonstiges	3.449	1.906	1.890	1.880	1.880
Umlaufvermögen	5.959	8.026	5.394	6.998	4.952
Vorräte	3.515	3.515	3.515	3.601	1.559
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	1.729	4.373	693	2.574	2.138
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	715	138	1.186	823	1.255
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	1	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	12.566	0	0	0	1.588
SUMME AKTIVA	25.093	12.924	10.090	11.513	10.882
Passiva					
Eigenkapital	0	304	385	53	0
gezeichnetes Kapital	26	26	26	26	26
Kapital-/Gewinnrücklage	291	291	291	291	291
Gewinn-/Verlustvortrag		-12.883	-13	68	0
Jahresfehlbetrag	-317	12.870	81	-332	-1.905
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	12.556	0	0	0	1.588
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.852	2.375	1.568	1.490	1.413
Rückstellungen	5.948	308	1.322	744	683
Verbindlichkeiten	16.303	9.879	6.767	9.186	8.769
kurzfristig	4.895	5.474	4.788	6.020	5.659
mittelfristig	9.760	2.769	204	1.486	1.466
langfristig	1.648	1.636	1.775	1.680	1.644
Rechnungsabgrenzungsposten	70	59	49	39	17
SUMME PASSIVA	25.173	12.925	10.091	11.512	10.882

**Gewinn- und Verlustrechnung
GEG mbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	0	0	0	0	843	1.200
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	85	-2.042	-984
sonstige betriebliche Erträge	1.025	7.473	3.301	820	789	912
Summe Erträge	1.025	7.473	3.301	905	-410	1.128
Materialaufwand	0	0	0	0	0	0
Personalaufwand	-508	-546	-413	-368	-315	-403
Abschreibungen	-207	-1.749	-205	-181	-172	-171
sonstige betriebliche Aufwendungen	-423	-314	-1.811	-426	-579	-344
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-696	-116	-109	-361	-131	-109
Summe Aufwendungen	-1.834	-2.725	-2.538	-1.336	-1.197	-1.027
Zinsen und ähnliche Erträge	20	530	31	0	24	0
Erträge aus Beteiligungen	14	0	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-775	5.278	794	-431	-1.583	101
Außerordentliche Aufwendungen					-33.325	
Steuern vom Einkommen und Ertrag		-23	-659	153	-5	-12
sonstige Steuern	-41	7.615	-54	-54	-53	-54
Jahresergebnis	-816	12.870	81	-332	-34.966	35

Kennzahlen GEG mbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		0,0	2,4	3,8	0,5	0,0	0
Anlagendeckung	%		0,0	6,2	8,2	1,2	0,0	+0,0
Anlagendeckung 2	%		25,1	39,6	46,0	38,4	37,9	+12,8
Abschreibungsquote	%		4,9	4,9	4,5	4,1	4,1	-0,8
Durchschnitt über 3 Jahre	%		4,9	4,9	4,8	4,5	4,2	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		14,6	2,5	24,8	13,7	22,2	+7,6
Liquidität 2. Grades	%		49,9	82,4	39,2	56,4	60,0	+10,0
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		0,0	1.736,2	206,2	-2.986,8	0,0	+0,0
Umsatzrentabilität	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Personalaufwandsquote	%		27,7	20,0	16,3	27,5	26,3	-1,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		0,0	0,0	0,0	0,0	168,6	+168,6





Essener Str. 3
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 85 03 70
Telefax 0208 / 85 15 18

Geschäftsführung
Klaus Lerch

gegründet:	1988
Stammkapital	300.000,00 DM
Beteiligung der GEG	300.000,00 DM (100 %)
weitere Gesellschafter	keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist

- die Weiterentwicklung und der Betrieb des Technologiezentrums Umweltschutz sowie die Förderung des Technologietransfers
- die Entwicklung von Grundstücken mit allen damit zusammenhängenden Tätigkeiten, insbesondere die Erarbeitung von Nutzungskonzepten sowie die Aufbereitung und Vermarktung der Grundstücke
- die Entwicklung, Betreuung und der Betrieb von Projekten mit besonderer Strukturrelevanz für den Standort Oberhausen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann Grundbesitz erwerben, verwalten oder veräußern.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungen der Gesellschaft

TheatrO CentrO GmbH 24.500,00 DM (24,5 %)
(Die Anteile wurden im Juni 2001 auf einen Treuhänder übertragen.)

Wichtige Verträge

- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GEG vom 25.10.1995
- Vereinbarung über Bürgschaftsprovision und Zinszahlungen zwischen TZU GmbH und Stadt Oberhausen vom 20.06.2003

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der GEG / Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt. Die Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat der GEG wahr.

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter*	5	4	5	5	5
* Weitere Personalgestellung erfolgt im Rahmen des Geschäftsbesorgungsvertrages durch die GEG.					

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
8750.7150.000 - Zuschüsse an öff. wirtsch. Unternehmen -	0	1.416	0	0	0
8750.7151.000 - Zuschüsse an öff. wirtsch. Unternehmen -	0	0	786	0	0
8750.7152.000 - Zuschüsse an öff. wirtsch. Unternehmen -	0	0	118	0	0
Produktbereich 15 - Wirtschaft und Tourismus				39.087*	0

* Darlehensübernahme TheatrO. CentrO. 33.325 TEUR, Rest Verrechnung Altforderung

Entwicklung

LAGEBERICHT für das Geschäftsjahr 2006

Im Jahre 2006 konnte u. a. bedingt durch die weiter verbesserte Wirtschaftslage die Auslastung der TZU-Gebäude von 80 % zu Jahresbeginn auf knapp über 90 % zum Ende des Jahres gesteigert werden.

Im Veranstaltungsbereich lagen sowohl die erzielten Erlöse als auch die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen auf Vorjahresniveau.

Nach der Einigung der Bezirksregierung Düsseldorf mit der Stadt Oberhausen hat die Stadt alle TheatrO CentrO und EO I, II betreffenden Darlehn übernommen, wobei die anfallende Vorfälligkeitsentschädigung i. H. v. 2,9 Mio. € nach Maßgabe der Bezirksregierung zu 0,3 Mio. € von der Stadt Oberhausen und 2,6 Mio. € von der TZU Management GmbH getragen werden mussten.

Um die liquiditätsmäßigen Belastungen der TZU Management GmbH möglichst gering zu halten, wurde mit der Stadtparkasse Oberhausen vereinbart, die benötigten 2,6 Mio. € sowohl durch ein „klassisches Darlehn“ i. H. v. 1,5 Mio. €, als auch durch ein sog. partiarisches Darlehn i. H. v. 1,1 Mio. € aufzunehmen.

Durch die geschilderten Maßnahmen sind wichtige, die Gesellschaft belastende Faktoren weggefallen und die Gesellschaft konnte sich nach mehreren Jahren endlich wieder auf ihr Kerngeschäft, die Ansiedlung junger Unternehmen, konzentrieren. Durch die

Steigerung der Vermietungsquote auf über 90 % und den daraus resultierenden Mieterträgen konnte die Liquidität der Gesellschaft über das gesamte Jahr gesichert werden.

In dem seit vier Jahren dauernden Streit zwischen der TZU Management GmbH und der NRW.Bank bzgl. des Rückveräußerungsanspruches i. H. v. 161 T€ nebst Zinsen für gewährte Investitionszuschüsse TZU IV hat im Oktober 2006 ein erster Termin vor dem Landgericht Duisburg stattgefunden, bei dem mehrere Zeugen in der Angelegenheit befragt wurden. Für 2007 wurden weitere Termine festgelegt.

Da der Ausgang des Verfahrens nach wie vor völlig offen ist, wurde der Rückforderungsanspruch i. H. v. 161 T€ zurückgestellt.

Nach der Zustimmung des Wirtschaftsministeriums, den Zuschuss für die gewährten Arbeitsplatzsubventionen i. H. v. 4,6 Mio. € bei der TZU Management GmbH unter der Voraussetzung zu belassen, dass die Arbeitsplätze am Betriebsort nachgewiesen werden können, haben alle betroffenen Firmen der TZU Management GmbH monatlich die Anzahl der eingesetzten Arbeitnehmer gemeldet.

Da ein Wechsel der Musicalproduktion die Höhe der eingesetzten Arbeitskräfte stark beeinflusst, bleibt abzuwarten, inwieweit die NRW.Bank eine Teilrückzahlung des Zuschusses fordert, da von den geforderten 175 Arbeitsplätzen im Schnitt bisher 160 nachgewiesen wurden.

Obwohl die Produktionen der Stage Entertainment bisher sehr erfolgreich am Standort verliefen, wird daher der für mögliche Rückzahlungen in 2003 zurückgestellte Betrag i. H. v. 4,6 Mio. € vorsichtshalber in voller Höhe beibehalten.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2006 sind einige größere Abweichungen feststellbar.

Während das TZU II schon zu Beginn des Jahres weitestgehend zu 100 % vermietet war und die Mieteinnahmen mit 75 T€ über dem bei einer 90 %-igen Auslastung prognostizierten Ansatzes lagen, konnten die Einnahmen im TZU IV vor allem deshalb nicht erreicht werden, da über ein halbes Jahre zwei Etagen für Ansiedlung der Fort- und Weiterbildungsabteilung der OGM GmbH freigehalten wurden.

Für den Gewerbepark Kaisergarten wurden für die Erstattung von Erschließungsbeiträgen für die vorfinanzierte Wasserleitung 50 T€ angesetzt. Da es in 2006 zu keiner neuen Ansiedlung in diesem Gewerbegebiet gekommen ist, beliefen sich die Einnahmen auf 0 €.

Die um ca. 60 T€ über Plan liegenden Aufwendungen für Strom, Heizung und Wasser sind mit in dieser Höhe nicht zu erwartenden Steigerungen im Energiebereich zu begründen.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde die Darlehnsaufnahme für die von der Bezirksregierung verfügte Übernahme der Vorfälligkeitsentschädigung durch die TZU Management GmbH vorgenommen.

Da bei der Erstellung des Wirtschaftsplans nicht mit der Aufnahme eines solchen Darlehns zu rechnen war, wurden auch keine Zinsen für die Darlehnsbedienung, die 2006 in einer Höhe von etwa 50 T€ angefallen sind, kalkulatorisch angesetzt.

Die Abweichung beim Jahresfehlbetrag ist größtenteils mit der Aufnahme dieses Darlehns zu erklären, die übrigen Prognosen wurden weitestgehend eingehalten.

AUSBLICK

Im Dezember 2006 wurde ein fünfjähriger Pachtvertrag zwischen der TZU Management GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH für die Technologiezentren I, II und IV abgeschlossen.

Das gesamte Personal der TZU Management GmbH wird zum 01.01.2007 zur OGM GmbH übergeleitet. Die Höhe des von OGM zu zahlenden Pachtzinses ist so gewählt, dass alle bei der TZU Management GmbH anfallenden Kosten gedeckt werden. Wartungs- und Instandsetzungsmaßnahmen werden ebenfalls durch OGM durchgeführt. Die dabei anfallenden Kosten trägt OGM.

Durch diese Vorgehensweise geht das Vermietungsrisiko, die TZU Management GmbH benötigt eine 83 %-ige Auslastung der Gebäude um wirtschaftlich arbeiten zu können, auf die OGM GmbH über. Um den Betrieb als Technologiezentrum sicherzustellen, wird die TZU Management GmbH die wirtschaftliche Betreuung der Mieter übernehmen.

Um eine Rückzahlung der gewährten Arbeitsplatzsubventionen in voller Höhe zu verhindern, ist es in den kommenden zwei Jahren von besonderer Bedeutung, mit Hilfe der Stage Entertainment, die am Betriebsort eingesetzten Arbeitskräfte und den überregionalen Kartenabsatz nachzuweisen. Entsprechend werden regelmäßige Besprechungstermine mit dem Unternehmen eingerichtet. Bei eventuell auftretenden Veränderungen wird die NRW.Bank bzw. das Wirtschaftsministerium zeitnah unterrichtet.

Aufgestellt, 2007-07-18

Klaus Lerch (Geschäftsführer)
TZU Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH

**Bilanz
TZU GmbH**

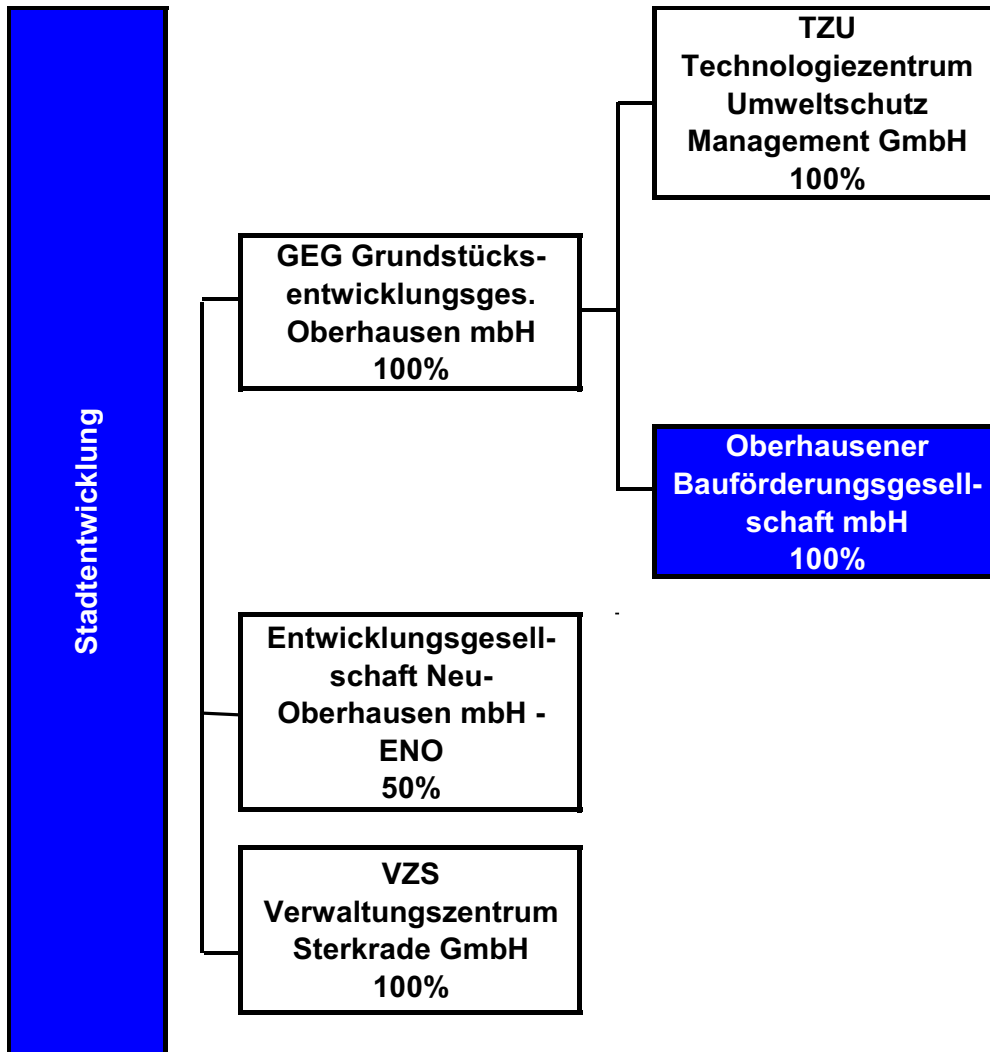
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	19.467	18.454	17.457	12.137	11.615
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0
Sachanlagen	19.465	18.453	17.456	12.137	11.335
sonstiges	2	1	1	0	280
Umlaufvermögen	7.578	7.666	6.062	8.952	4.040
Vorräte	54	54	61	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	7.457	7.592	5.988	8.940	3.954
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	67	20	13	12	86
Rechnungsabgrenzungsposten	97	95	102	72	58
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-175	-175	31.641	34.880	3.277
SUMME AKTIVA	26.967	26.040	55.262	56.041	18.990
Passiva					
Eigenkapital	0	0	0	0	0
gezeichnetes Kapital	153	153	153	153	153
Kapitalrücklage	22	22	22	22	22
Verlustvortrag soweit durch Eigenkapital gedeckt	-175	-175	-175	-175	-175
Sonderposten mit Rücklagenanteil	8.648	8.168	7.687	7.214	6.749
Rückstellungen	345	4.974	5.073	5.199	5.237
Verbindlichkeiten	39.661	41.918	42.488	43.605	7.003
kurzfristig	419	452	2.385	39.335	205
mittelfristig	1.173	1.717	7.274	423	434
langfristig	38.069	39.749	32.829	3.847	6.279
Rechnungsabgrenzungsposten	56	32	14	22	0
SUMME PASSIVA	48.710	55.092	55.262	56.040	18.989

**Gewinn- und Verlustrechnung
TZU GmbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	2.219	2.141	1.830	1.676	1.686	748
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	54	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	778	667	661	682	972	490
Summe Erträge	3.051	2.808	2.491	2.358	2.657	1.238
Materialaufwand	-791	-975	-900	-701	-643	0
Personalaufwand	-232	-204	-166	-201	-210	-25
Abschreibungen	-5.647	-1.021	-1.013	-925	-804	-800
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.198	-847	-679	-1.182	-766	-120
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.691	-2.568	-2.600	-2.676	-4.001	-293
Summe Aufwendungen	-10.559	-5.615	-5.358	-5.685	-6.424	-1.238
Zinsen und ähnliche Erträge	552	284	261	219	58	0
Erträge aus Beteiligungen etc.	0	0	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.956	-2.523	-2.606	-3.108	-3.709	0
außerordentliche Aufwendungen	0	-4.632	0	0	0	0
sonstige Steuern	-156	-156	-156	-130	-92	0
Jahresergebnis	-7.112	-7.311	-2.762	-3.238	-3.801	0

Kennzahlen TZU GmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Anlagendeckung	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Anlagendeckung 2	%		195,6	215,4	188,1	31,7	54,1	-141,5
Abschreibungsquote	%		12,9	2,3	2,3	-91,8	-91,8	-104,7
Durchschnitt über 3 Jahre	%		17,0	16,4	5,8	-29,1	-60,5	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		16,0	4,4	0,5	0,0	42,0	+26,0
Liquidität 2. Grades	%		1.795,7	1.684,1	251,6	22,8	1.970,7	+175,0
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%							
Umsatzrentabilität	%		-320,5	-341,5	-150,9	-193,2	-225,5	+95,0
Personalaufwandsquote	%		2,2	3,6	3,1	3,5	3,3	+1,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		443,8	535,3	366,0	335,2	337,2	-106,6



OBG Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH

Essener Str. 3
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 85 03 740
Telefax 0208 / 85 42 82

Geschäftsführung
Horst Faßbender
Dirk Buttler

gegründet:	1952
Stammkapital	50.000,00 DM
Beteiligung der GEG	50.000,00 DM (100 %)
weitere Gesellschafter	keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Bebauung in den Innenstadtgebieten, die Errichtung von Wohnungen für finanziell leistungsschwache oder kinderreiche Familien sowie die Schaffung von Wohnungen für solche Wohnungssuchende, die aus persönlichen Gründen nicht in frei werdenden vorhandenen Wohnungen unterzubringen sind.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen, die sich mit der Bauförderung und der wirtschaftlichen Entwicklung ausgewählter Gewerbestandorte im Stadtgebiet von Oberhausen befassen.

Die Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Beteiligungen der Gesellschaft

Marina Oberhausen am CentrO GmbH	12.500 EUR (50%)
----------------------------------	------------------

Wichtige Verträge

- Grundstückskaufvertrag über ein Teilgrundstück von ca. 116.605 qm in Oberhausen-Osterfeld, Flurstück 153, zwischen der GEG (Verkäuferin) und der Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH (Käuferin) vom 14.10.1994
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Stadt Oberhausen über das kommunale Wohnungsbauprogramm vom 15.11./27.11.1990
- Vertrag zur Übernahme der Verpflichtung zur Herstellung der Erschließungsanlagen im Bereich der B-Pläne 275 B und D zwischen OBG und Stadt Oberhausen vom 20.09./13.11.2000
- Projektmanagementvertrag zwischen WestGKA und OBG vom 19.10./24.10.2000
- Finanzierungsvertrag zwischen WestGKA und OBG vom 19.10./24.10.2000
- Vertrag zur Entwicklung der Grundstücke Osterfelder Straße
 - Aquarium: 10.05.2002
 - Homeworld AG: 14.01.1997
 - Betrieb/Unterhaltung Freizeithafen: 12.11.2003

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der GEG / Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt. Die Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat der GEG wahr.

Mitarbeiter/innen

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter/innen	3	3	3	3	3

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
6230.7160.00/0 Entgelt kommunales Wohnungsbauprogramm	109	109	109	607**	592
** Erhöhung durch Tilgungsbeginn eines bis 2005 tilgungsfreien Darlehens					

Entwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006

1. Geschäftsentwicklung

1.1 Verwaltung des Wohnungsbestandes

Im Geschäftsjahr 2006 wurden keine Objekte privater Bauherren betreut.

Die im Geschäftsjahr 1995 im Zuge eines Geschäftsbesorgungsvertrages mit der Stadt Oberhausen fertig gestellten 115 Wohneinheiten werden weiterhin durch die Gesellschaft verwaltet. Im Rahmen einer mit der Stadt Oberhausen geschlossenen Vereinbarung erstattet diese der Gesellschaft die Aufwendungen für die Verwaltung, die Instandsetzung, die Mietausfälle und die Kapitalkosten, die durch die Mieten nicht abgedeckt sind. Dadurch ist sichergestellt, dass das Projekt kostendeckend betrieben wird.

Am eigenen Mietwohnungsbestand wurden im Berichtsjahr keine wesentlichen werterhaltenden Maßnahmen durchgeführt.

Relevante Leerstände waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

Mieterhöhungen wurden nicht vorgenommen.

1.2 Grundstücksentwicklung

In seiner Sitzung am 19.12.2005 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, dass die OBG die bisher durch Dritte gehaltenen Gesellschaftsanteile an der Betreibergesellschaft des Freizeithafens übernimmt. Die Erwerb der Anteile erfolgte am 17.10.2006.

Wie bereits in den Lageberichten für die vorausgegangenen Jahre berichtet wurde, ist im Oktober 2000 mit der WestGkA Management Gesellschaft für kommunale Anlagen mbH in Düsseldorf ein Finanzierungsvertrag geschlossen worden, auf dessen Basis diese die mit der Umsetzung des Vertrages zur Erschließung des sogenannten Marina-Geländes verbundenen Aufwendungen vorfinanziert hat.

Die Erschließungsarbeiten sind inzwischen abgeschlossen. Eine erste Abschlagszahlung in Höhe von 1,875 Mio. € ist im November des Berichtsjahres geleistet worden. Nach abschließender Prüfung der Schlussrechnung in Höhe von 3.343 Mio. € wird der Restbetrag in Höhe von 1,468 Mio. € voraussichtlich im 1. Quartal 2007 ausgeglichen werden.

Bezüglich dieses Vertrages wurde am 31.07.2006 mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH eine Ausgleichsvereinbarung geschlossen, mit der diese sich für den Fall, dass sie im Versteigerungsverfahren für das sogenannte Homeworld-Gelände den Zuschlag erhält, verpflichtet hat, die Kosten für die von der OBG durchgeführten Erschließungsmaßnahmen zur Herstellung der öffentlichen Abwasseranlage sowie zum Rückbau des Bahndammes zu erstatten.

In der Versteigerung am 01.08.2006 hat die OGM GmbH den Zuschlag für das Grundstück erhalten. Sie plant den Bau eines Freizeitbades und wird die für dieses Projekt nicht benötigten Flächen vermarkten.

2. wirtschaftliche Lage

Wie bereits berichtet wurde, hat die OBG auf Grund gesellschaftsvertraglicher Verpflichtungen der PBO Projekt- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 5 Mio. € zur Verfügung gestellt. Um eine Insolvenz der PBO zu vermeiden, wurde in den vergangenen Jahren mehrfach eine Rangrücktrittserklärung abgegeben. Zwar wurde in Aussicht gestellt, dass ab 2006 Zinszahlungen durch die PBO erfolgen, allerdings sind bis zum Stichtag am 31.12.2006 keine entsprechenden Zahlungseingänge zu verzeichnen gewesen.

Aus Vorsichtsgründen wurde die zum 31.12.2006 bestehende Darlehensforderung gegen die PBO in Höhe von 3.358.769,41 € im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2006 auf 1,00 € abgeschrieben.

Die Beteiligung an der PBO GmbH in Höhe von 130.379,43 € wurde auf 1,00 € abgeschrieben und zum 31.12.2006 an die Stadtwerke Oberhausen AG zum Preis von 1,00 € veräußert.

Das Jahresergebnis in Höhe von -3.726.933,20 € ist im Wesentlichen durch die vorstehend erläuterten Abschreibungen auf Finanzanlagen sowie durch eine aktivische Absetzung vom Vorratsbestand aufgrund einer verlustfreien Bewertung in Höhe von 764.993,46 € geprägt.

3. Ausblick

Im Dezember 2006 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, die von der GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Oberhausen gehaltenen Geschäftsanteile an der Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH zu veräußern und in einem weiteren Schritt zum nächst möglichen Zeitpunkt die Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH zu verschmelzen. Die Eintragung im Handelsregister ist inzwischen erfolgt. Damit ist die Verschmelzung rückwirkend zum 01.01.2007 rechtskräftig geworden.

Oberhausen, 23. Mai 2007

gez.
Hartmut Schmidt

**Bilanz
OBG mbH**

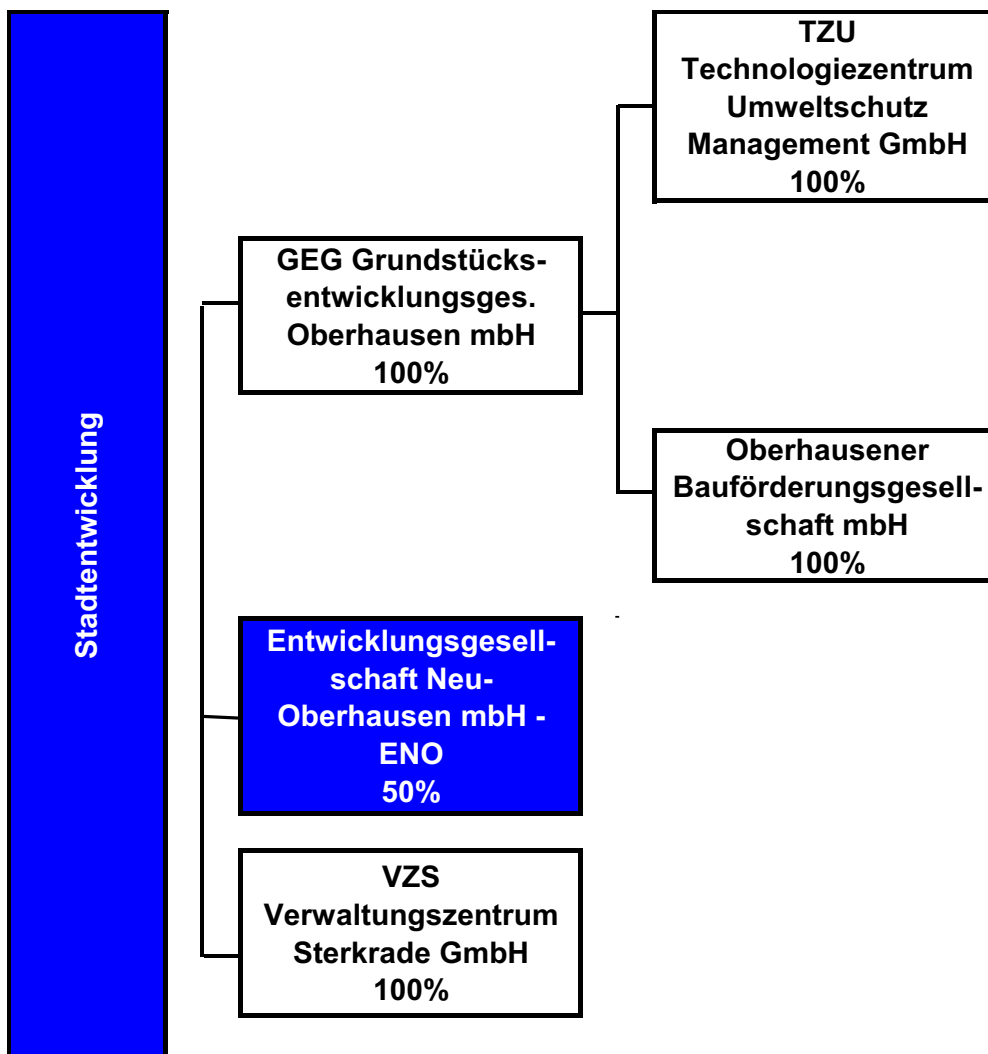
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	8.551	5.893	5.873	4.983	1.442
Sachanlagen	2.901	2.708	2.534	1.489	1.442
sonstiges	5.650	3.185	3.339	3.494	0
Umlaufvermögen	11.108	10.964	10.357	13.406	12.080
Vorräte	919	105	109	1.816	1.223
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	8.728	8.583	8.641	10.642	10.792
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.461	2.276	1.607	948	65
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	1	22
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	3.172
SUMME AKTIVA	19.659	16.857	16.230	18.390	16.716
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	683	414	228	556	0
gezeichnetes Kapital	26	26	26	26	26
Kapitalrücklage	1.703	1.703	1.703	1.703	1.703
Gewinnrücklagen	20	20	20	20	20
Gewinn-/Verlustvortrag	105	-1.066	-1.335	-1.520	-1.194
Bilanzgewinn/Bilanzverlust	-1.171	-269	-185	327	-3.727
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					3.172
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0	0
Rückstellungen	336	359	271	1.715	249
Verbindlichkeiten	16.026	16.086	15.731	16.110	16.459
kurzfristig	375	492	328	852	2.289
mittelfristig	2.434	2.482	2.512	8.148	8.137
langfristig	13.217	13.112	12.891	7.110	6.033
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	10	8
SUMME PASSIVA	17.045	16.859	16.230	18.391	16.716

**Gewinn- und Verlustrechnung
OBG mbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	1.580	1.576	1.585	1.580	1.107	Die Gesellschaft wurde auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH verschmolzen.
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	1.707	-593	
sonstige betriebliche Erträge	254	202	244	1.077	2.277	
Summe Erträge	1.834	1.778	1.829	4.364	2.791	
Materialaufwand	-673	-638	-682	-2.343	-2.636	
Personalaufwand	-175	-176	-227	-239	-211	
Abschreibungen	-1.771	-801	-687	-191	-3.645	
sonstige betriebliche Aufwendungen	-170	-138	-133	-1.142	-351	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-239	-262	-254	-247	-208	
Summe Aufwendungen	-3.028	-2.015	-1.983	-4.162	-7.051	
Zinsen und ähnliche Erträge	10	22	14	171	572	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.184	-215	-140	373	-3.688	
außerordentliche Erträge						
Steuern/sonstige Steuern	13	-54	-45	-47	-39	
Jahresergebnis	-1.171	-269	-185	326	-3.727	

Kennzahlen OBG mbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		4,0	2,5	1,4	3,0	0,0	-4,0
Anlagendeckung	%		8,0	7,0	3,9	11,2	0,0	-8,0
Anlagendeckung 2	%		162,6	229,5	223,4	153,8	418,4	+255,8
Abschreibungsquote	%		11,2	4,2	5,5	-16,2	-0,4	-11,6
Durchschnitt über 3 Jahre	%		6,7	7,1	7,0	-2,2	-3,7	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		389,6	462,6	489,9	111,3	2,8	-386,8
Liquidität 2. Grades	%		2.717,1	2.207,1	3.124,4	1.360,3	474,3	-2.242,8
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-173,4	-51,9	-61,4	67,1	-	
Umsatzrentabilität	%		-74,1	-17,1	-11,7	20,6	-336,7	-262,6
Personalaufwandsquote	%		5,8	8,7	11,4	5,7	3,0	-2,8
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		526,7	525,3	528,3	526,7	369,0	-157,7





Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

Centroallee 263
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 85 03 60
Telefax 0208 / 85 39 83
www.eno-gmbh.de
email: info@eno-gmbh.de

Geschäftsführung
Dr. Heinz Puls
Uwe Krey (bis 15.10.2006)
Frank Lichtenheld (ab 01.07.2006)

gegründet:	1992
Stammkapital	179.580,00 EUR (Vj.: 154.580,00 EUR)
Beteiligung der Stadt (50%*)	77.290,00 EUR (Vj.: 77.290,00 EUR)

*(Der von der Stadt gehaltene Anteil wird lt. Ratsbeschluss bei 50% konstant gehalten. Durch Aufnahme neuer Gesellschafter vor dem Bilanzstichtag liegt der städtische Anteil zum 31.12.2006 unterhalb dieser Quote.)

weitere Gesellschafter

Energieversorgung Oberhausen AG	12.500,-- EUR (6,96 %)
Oberhausener Gebäudemanagement GmbH	12.500,-- EUR (6,96 %)
Stadtwerke Oberhausen AG	12.500,-- EUR (6,96 %)
Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen mbH	8.870,--EUR (4,94 %)
Celanese GmbH	6.390,--EUR (3,56 %)
MAN Gutehoffnungshütte Immobilien GmbH	6.390,--EUR (3,56 %)
Stadtsparkasse Oberhausen	6.390,--EUR (3,56 %)
WBO GmbH	6.390,--EUR (3,56 %)
RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH	3.830,--EUR (2,13%)
Bangel GmbH & Co. Industriebau-Projektierungs KG	1.280,--EUR (0,71%)
b+w Electronic Systems GmbH	1.020,--EUR (0,57 %)
UWP GmbH	1.020,--EUR (0,57 %)
TAC GmbH Control Systems	1.020,--EUR (0,57 %)
Köhne Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.	1.020,--EUR (0,57 %)
National-Bank AG Essen	1.000,--EUR (0,56 %)
Remondis GmbH & CO. KG	1.000,--EUR (0,56 %)
Gerstmann Holding GmbH & Co.KG	770,--EUR (0,43%)
Hinrich König GmbH & Co. KG	770,--EUR (0,43 %)
UVRN-Unternehmerverband-Ruhr-Niederrhein e.V.	750,--EUR (0,42 %)
Möbelstadt Rück GmbH & Co. KG	660,--EUR (0,37 %)
August Heine Baugesellschaft mbH & Co. KG	610,--EUR (0,34 %)
Autohaus Gottfried Becker GmbH & Co. KG	610,--EUR (0,34 %)
Gutehoffnungshütte Baugesellschaft mbH	610,--EUR (0,34 %)
Lohmar & Meller oHG	610,--EUR (0,34 %)
Hirschberg GmbH & Co. KG	520,--EUR (0,29 %)
ZIELGRUPPE.NET GmbH	520,--EUR (0,29 %)
Gehring Archivdepot GmbH	510,--EUR (0,28 %)
Heinrich Grünwald Bauunternehmung GmbH & Co. KG	510,--EUR (0,28%)
Gutehoffnungshütte Radsatz GmbH	510,--EUR (0,28 %)
Viering, Jentschura & Partner	510,--EUR (0,28 %)

Montan Grundstücksgesellschaft mbH	510,--EUR (0,28 %)
Rheinische Grundbesitz AG	510,--EUR (0,28 %)
IST-Institut für Sport, Freizeit und Touristik	510,--EUR (0,28 %)
Volksbank Rhein-Ruhr eG	510,--EUR (0,28 %)
TZU Akademie GmbH	500,--EUR (0,28 %)
Evers GmbH	500,--EUR (0,28 %)
Contact GmbH (ehem. Zielgruppe GmbH)	500,--EUR (0,28 %)
Bassier, Bergmann & Kindler	500,--EUR (0,28 %)
Harpering EDV-Systeme	500,--EUR (0,28 %)
Arnim Koch (Marré-Dahms-Koch)	500,--EUR (0,28 %)
GEWA GmbH	500,--EUR (0,28 %)
Heuser RA und Kollegen	500,--EUR (0,28 %)
Bangel & Plaßmeier GbR	410,--EUR (0,23 %)
Der Baustoff-Mann Schneider oHG	360,--EUR (0,21 %)
Hermann Nottenkämper oHG	360,--EUR (0,21 %)
Möbel Heck Einrichtungshaus KG	310,--EUR (0,18 %)
Elevator GmbH	310,--EUR (0,18 %)
Pantecta GmbH	310,--EUR (0,18 %)
Albrecht GmbH & Co. Verpachtungs KG	260,--EUR (0,14 %)
Autohaus Kruft GmbH & Co. KG	260,--EUR (0,14 %)
Benning, Gluth & Partner Gesellschaft für Kommunikation mbH	260,--EUR (0,14 %)
CARAT Grundstücks-Entwicklungsgesellschaft mbH	260,--EUR (0,14 %)
Kreishandwerkerschaft	260,--EUR (0,14 %)
Lenord, Bauer & Co. GmbH	260,--EUR (0,14 %)
TROPOLYS NRW GmbH	260,--EUR (0,14 %)
Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Nühlen	260,- EUR (0,14 %)
Intern. Inst. für Facility Management	260,--EUR (0,14 %)
Radio NRW GmbH	260,--EUR (0,14 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der räumlichen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Oberhausen durch Entwicklung und Förderung von Industrie, Gewerbe, Handel, Handwerk und Dienstleistungen auf allen Gebieten und Entwicklung des Arbeitsmarktes.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- Wirtschaftsunternehmen für die Ansiedlung in Oberhausen zu gewinnen sowie ortsansässige oder sonstige Unternehmen zur Sicherung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten bei Standort-, Innovations-, Förderungs- und sonstigen Entwicklungsfragen zu informieren, zu beraten, zu fördern und zu unterstützen;
- Existenzgründungen zu betreuen und Starthilfen zu vermitteln;
- Grundstücke für wirtschaftsfördernde Maßnahmen zu vermitteln, in Einzelfällen zu erwerben und zu veräußern, zu tauschen, zu vermieten und zu verpachten sowie in sonstiger Weise zur Nutzung zu überlassen;
- Maßnahmen zur Baureifmachung und Erschließung in Zusammenarbeit mit Dritten einzuleiten und zu koordinieren;

- zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Oberhausen im In- und Ausland Marketing zu betreiben.

Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und sich an anderen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Vertrag über die Erbringung von Projektleistungen („Netzwerk Dienstleistungen“) zwischen der Stadt Oberhausen und der ENO GmbH vom 19.02.2003

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Bernhard Elsemann

Aufsichtsrat

Klaus Wehling

Dirk Grünewald

Elia Albrecht-Mainz

Klaus Beckmann

Wolfgang Große Brömer

Wolfgang Grotthaus

Wilhelm Hausmann

Peter Koppers

Gerd Krumpholz

Gretel Kühr

Frank Lichtenheld (bis 30.06.2006)

Karlheinz Merzig

Heinrich Walterfang

Reinhard Willmes

Hartmut Gieseke (ab 23.11.2006)

Vorsitzender

stellvertretender Vorsitzender

Als ständige Gäste

Bernhard Elsemann

Lothar Grill

Hartmut Gieseke (bis 22.11.2006)

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	8	8	8	8	8

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	IST/TEUR	IST/TEUR	Plan/TEUR
8460.7150.000 Betriebskostenzuschuss	435	435	435	435	435
8460.9300.000 Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	1	1	0	0	0

Entwicklung

Lagebericht

Gegenüber dem Wirtschafts- und Erfolgsplan für 2006 (angepasste Fassung 23.11.2006) mit einem Jahresfehlbetrag von € T 884 ergab sich tatsächlich ein Jahresfehlbetrag von € T 826. Die tatsächlichen Aufwendungen für Personalaufwand, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen entsprachen nahezu exakt dem Planansatz (€ T 1.064). Die tatsächlichen Erträge lagen mit € T 239 um € T 59 über dem Planansatz. Die aufgezeigte Entwicklung führte dazu, dass die Entnahme aus der Kapitalrücklage zum 31.12.2006 um € T 60 unter dem Planansatz lag.

Die Erhöhung des Jahresfehlbetrages gegenüber 2005 um T € 195 beruht in erster Linie auf den gestiegenen Personalaufwendungen (+ T € 68) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+ T € 30) bei gleichzeitigem Rückgang der Gesamtleistung (./ T € 95). Diese ist insbesondere aufgrund des Wegfalls des Kostenzuschusses der Stadt Oberhausen zum ‚Netzwerk Dienstleistungen‘ und deutlich geringerer Kostenerstattungen durch PBO geringer ausgefallen.

Eigene Geschäftsanteile wurden zum Bilanzstichtag in Höhe von € 8.871 (VJ € 12.701) gehalten. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2006 2 Geschäftsanteile von ausscheidenden Gesellschaftern zurück erworben. Ein Anteil in Höhe von € 6.110 wurde im Zuge der Erhöhung des bisherigen EVO-Geschäftsanteils an EVO verkauft. Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft hat sich um € 25.000 (Geschäftsanteil OGM € 12.500, Geschäftsanteil STOAG € 12.500) auf € 179.580 erhöht. Die Bilanzsumme beträgt € T 1.362 (VJ € T 1.475).

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das laufende Geschäftsjahr 2007 wird gemäß des vom Aufsichtsrat auf seiner Sitzung am 23.11.2006 beschlossenen Wirtschafts- und Erfolgsplan 2007 voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von € T 1.014 enden. Abgedeckt werden soll dieser über einen (Basis-) Zuschuss der Stadt Oberhausen in Höhe von € T 435, über einen aufgrund der Zeichnung weiterer Geschäftsanteile um ca. € T 200 erhöhten Betriebskostenzuschuss des Gesellschafterkreises Wirtschaft von € T 414 sowie der Entnahme aus der Kapitalrücklage (€ T 139).

Die Gesellschafterversammlung hat durch Gesellschafterbeschluss vom 23.11.2006 eine vorratsweise Erhöhung des Stammkapitals von € 154.580 um höchstens € 80.000 (Gesellschafterkreis Wirtschaft € 40.000, Stadt Oberhausen € 40.000) auf € 234.580 beschlossen. Aus dem Kreis der Wirtschaft haben mit OGM und STOAG 2 neue Gesellschafter jeweils € 12.500,- gezeichnet.

Aufgrund der Zeichnung neuer Geschäftsanteile aus dem Kreise der Wirtschaft und der Aufstockung der Geschäftsanteile bereits vorhandener Beteiligungen wird ab 2007 mit einem zusätzlichen Betriebskostenzuschuss in Höhe von € 200.000 kalkuliert. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts war die Zeichnung des Geschäftsanteils der GMVA (€ 12.500) noch offen.

Mit der Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse soll die Gesellschaft insbesondere in die Lage versetzt werden, den aufgrund der Neuausrichtung der Oberhausener Wirtschaftsförderung anfallenden höheren Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Zusammenhang wird auf den Geschäftsbesorgungsvertrag ENO – Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH verwiesen, der vom ENO-Aufsichtsrat auf seiner Sitzung am 23.11.2006 zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Zugrunde liegt ein Projektrahmen zur Optimierung der Oberhausener Wirtschaftsförderung: die einzelnen Projekte werden in enger Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH – WFO realisiert.

Aufgrund der speziellen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft kommt der Entwicklung des Gesellschafterbestandes eine besondere Bedeutung zu. Zukünftig soll die finanzielle Basis über die Akquisition weiterer Gesellschafter, eine weitere Abveräußerung eigener Geschäftsanteile und projektbezogene Geschäftsbesorgungen für Dritte weiter gestärkt werden.

Das Vermögen der Gesellschaft ist wie im Vorjahr durch umfängliche flüssige Mittel und eine hohe Eigenkapitalquote geprägt.

Oberhausen, 22.03.2007

Dr. Heinz Puls
Geschäftsführer

Frank Lichtenheld
Geschäftsführer

Bilanz
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

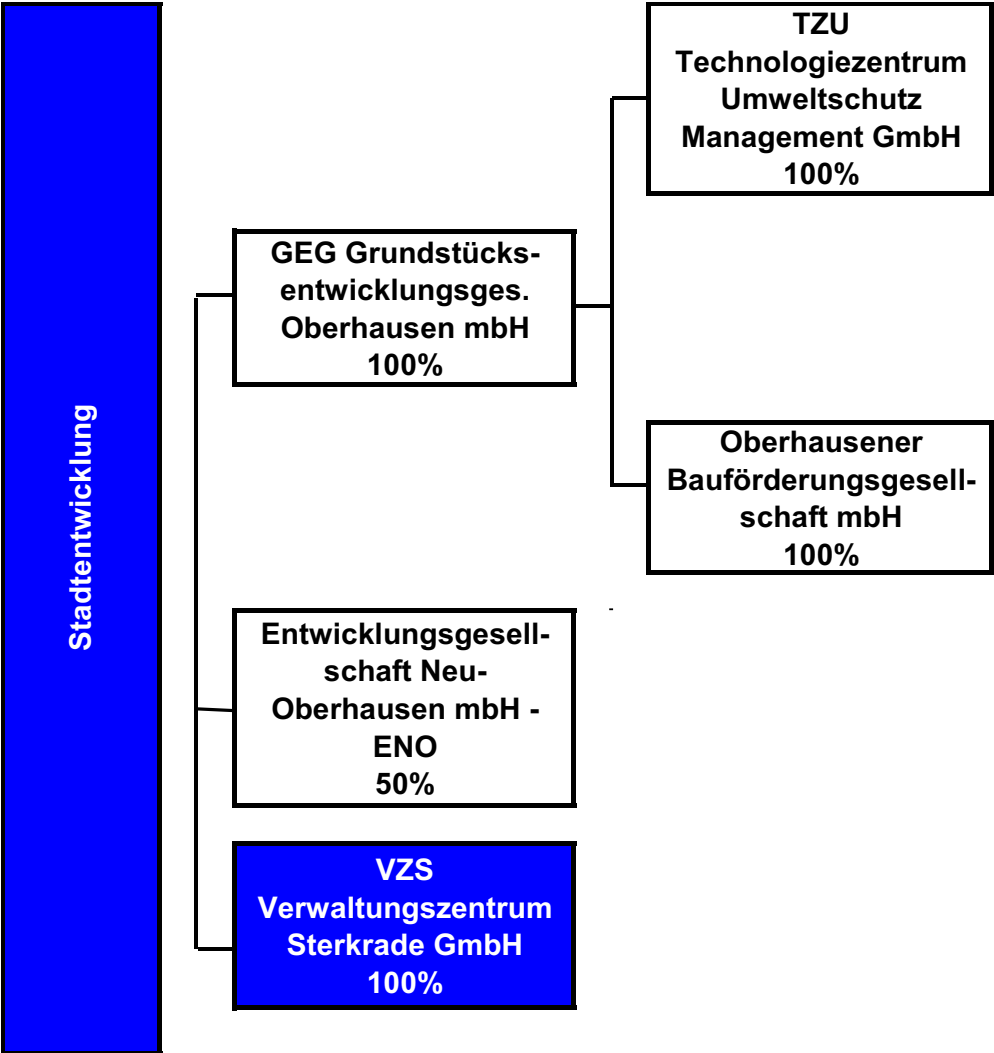
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Ausstehende Einlagen	23	1	0	0	25
Anlagevermögen	62	44	41	22	33
immaterielle Vermögensgegenstände	2	1	3	1	2
Sachanlagen	60	43	38	21	31
sonstiges	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	1.133	1.212	1.370	1.446	1.298
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	104	109	126	41	111
Wertpapiere, eigene Anteile	1	7	6	13	9
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.028	1.096	1.238	1.392	1.178
Rechnungsabgrenzungsposten	26	18	10	6	6
SUMME AKTIVA	1.244	1.275	1.421	1.474	1.362
Passiva					
Eigenkapital	778	986	1.183	1.253	1.137
gezeichnetes Kapital	150	153	155	155	180
Kapitalrücklage	627	826	1.022	1.086	948
Verlustvortrag	0	0	0	0	0
Rücklagen für eigene Anteile	1	7	6	12	9
Sonderposten mit Rücklageanteil	18	15	13	0	0
Rückstellungen	184	190	161	178	182
Verbindlichkeiten	244	62	60	43	44
kurzfristig	244	62	60	43	44
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	20	22	4	0	0
SUMME PASSIVA	1.244	1.275	1.421	1.474	1.363

Gewinn- und Verlustrechnung
ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	15	65	54	68	40
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	383	326	254	145	259
Summe Erträge	398	391	308	213	299
Materialaufwand	0	0	0	0	0
Personalaufwand	-622	-649	-651	-719	-395
Abschreibungen	-22	-15	-13	-17	-17
sonstige betriebliche Aufwendungen	-289	-257	-298	-328	-921
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-933	-921	-962	-1.064	-1.333
Zinsen und ähnliche Erträge	21	19	23	26	20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-514	-511	-631	-825	-1.014
sonstige Steuern	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-514	-511	-631	-825	-1.014

Kennzahlen ENO Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		62,5	77,3	83,3	85,0	83,4	+20,9
Anlagendeckung	%		1.254,8	2.240,9	2.885,4	5.695,5	3.445,5	+2.190,6
Anlagendeckung 2	%		1.254,8	2.240,9	2.885,4	5.695,5	3.445,5	+2.190,6
Abschreibungsquote	%		15,5	12,3	7,1	7,7	20,8	+5,3
Durchschnitt über 3 Jahre	%		16,8	15,4	11,6	9,0	11,9	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		421,3	1.767,7	2.063,3	3.237,2	3.237,2	+2.815,9
Liquidität 2. Grades	%		463,9	1.943,5	2.273,3	3.332,6	3.332,6	+2.868,6
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-75,6	-52,1	-43,2	-50,4	-72,6	+3,0
Umsatzrentabilität	%		-1.031,6	-3.426,7	-786,2	-786,2	-786,2	+245,4
Personalaufwandsquote	%		59,9	66,7	70,5	67,7	67,6	+7,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		6,3	1,7	7,1	6,3	8,5	+2,2





Schwartzstr. 72
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 825 - 2230
Telefax 0208 / 825 - 5001

Geschäftsführung
Maria Guthoff
Horst Kalthoff

gegründet:	1999
Stammkapital	25.000,00 Euro
Beteiligung der Stadt	25.000,00 Euro (100 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, der Umbau (als Generalübernehmer) sowie die Verwaltung und Vermarktung des Verwaltungszentrums Sterkrade.

Die Gesellschaft wird zu diesem Zweck die künftige Nutzung selbst oder mit Unterstützung Dritter konzipieren sowie die wirtschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen zur Vermarktung und Nutzung schaffen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszweckes an anderen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Grundstückskaufvertrag zwischen der MAN Gutehoffnungshütte AG, Oberhausen (Verkäuferin) und der VZS GmbH (Käuferin) vom 18.08.1999.
- Mietvertrag zwischen der VZS GmbH (Vermieterin) und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (Mieterin) vom 26.09./25.10.2001
- Betreibervertrag zwischen der VZS GmbH und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 26.09./25.10.2001
- Generalmietvertrag zwischen der VZS GmbH (Vermieterin) und der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (Mieterin) für das zu errichtende Parkhaus

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Peter Klunk

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftsführung wird derzeit in Personalunion von städtischen bzw. OGM-Bediensteten wahrgenommen.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
8720.9300.000 Kapitaleinlagen	0	0	0	0	0

Auszug aus dem handelsrechtlichen Jahresabschluss

Lagebericht der Geschäftsführung

Der Rat der Stadt Oberhausen hat 1998 den Erwerb des leerstehenden Bürokomplexes im Zentrum von Oberhausen-Sterkrade und die Gründung der VZS Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH mit einem Stammkapital von 25.000,-- € beschlossen. Mit dieser Maßnahme sollte eine Unterstützung des Nebenzentrums Sterkrade erfolgen; so konnten 600 Arbeitsplätze für die Sterkrader Innenstadt dauerhaft gesichert und deren Struktur damit gestärkt werden.

Seitens der Stadt Oberhausen sollten mit der Realisierung des Technischen Rathauses Sterkrade insbesondere ein verbesserter Bürgerservice sowie Haushaltskonsolidierungsbeiträge durch die Einsparung von Unterhaltungs- und Sanierungskosten sowie organisatorische Synergieeffekte realisiert sowie den dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern moderne Arbeitsbedingungen geboten werden.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft und der Lage der Gesellschaft

Die 1999 begonnene Baumaßnahme zur Umkonzeptionierung der alten GHH-Hauptverwaltung wurde im Juni 2002 abgeschlossen. Nach Fertigstellung erfolgte eine direkte Vermietung an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH als Generalmieterin des Technischen Rathauses, die wiederum (neben der Eigennutzung von Teilflächen) im Wesentlichen an die Stadt Oberhausen untervermietet.

Neue Darlehen wurden 2006 nicht aufgenommen. Die Finanzierung der anfallenden Schuldendienste ist über die Mieteinnahmen sichergestellt; die langfristigen Darlehen sind in voller Höhe über eine Bürgschaft der Stadt Oberhausen bzw. eingetragene Grundschulden abgesichert.

Zum Stichtag 31.12.2006 waren bei der VZS GmbH lediglich 2 Geschäftsführer beschäftigt; alle übrigen betriebsnotwendigen Leistungen wurden eingekauft.

Der operative Geschäftsbetrieb der VZS GmbH bestand im Berichtszeitraum in der Vermietung des Technischen Rathauses.

Mieterlöse aus dem Gebäude konnten im Berichtsjahr 2006 in der ursprünglich kalkulierten Höhe erzielt werden. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von -416 T€ basiert in erster Linie auf den Abschreibungen und Zinsaufwendungen für die zur Umsetzung der Baumaßnahmen aufgenommenen Kapitalmarktdarlehen. Die Zinsen werden auf Grund planmäßiger Tilgungsleistungen in Folgejahren rückläufig sein.

Bei einem Bilanzverlust von -2.420 TEUR ist das Eigenkapital der Gesellschaft aufgezehrt; zum 31.12.2006 ist ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 606 TEUR auszuweisen. Dieser ist im mehrjährigen Wirtschaftsplan der Gesellschaft berücksichtigt:

Das Projekt "Technisches Rathaus Sterkrade" ist langfristig ausgerichtet. Bedingt durch anfänglich hohe Zinsaufwendungen und Abschreibungen entstehen der Gesellschaft in der ersten Phase (ca. 15 Jahre) konsequent Verluste, die weiterhin zu diesem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag führen werden. Eine Insolvenzantragspflicht ergibt sich auf Grund ausreichender stiller Reserven im Grundbesitz, der Ausfallbürgschaft der Stadt Oberhausen, ausreichender Liquidität und einer positiven Fortbestehensprognose jedoch nicht.

2. Zukünftige Entwicklung

Vorgänge von wesentlicher Bedeutung sind nach dem 31.12.2006 nicht eingetreten.

Das Jahresergebnis 2007 wird aufgrund der o. g. Voraussetzungen wiederum negativ ausfallen, entspricht aber dem mehrjährigen Businessplan der Gesellschaft.

Seit dem 01.01.2001 ist die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (ebenfalls eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen) langfristige Generalmieterin für den Gesamtkomplex "Technisches Rathaus Sterkrade". Per Vertrag übernimmt die OGM GmbH den Betrieb und die Verwaltung für das Gebäude, einschließlich Finanzierung und Abrechnung der Nebenkosten sowie der Unterhaltung von Dach und Fach.

Die der VZS zufließenden Mietertäge dienen somit nach Abzug der Betriebskosten fast ausschließlich der Bedienung der Darlehen. Im 2. Halbjahr 2006 setzte die Tilgung des KfW-Darlehens ein; liquide Mittel stehen der VZS in ausreichender Höhe zur Verfügung. Bedingt durch diese Tilgungen ergeben sich direkte positive Auswirkungen auf die zukünftigen Jahresergebnisse (Reduzierung Zinsaufwand). In näherer Zukunft sind aufgrund der aktuellen Inflationsentwicklung gemäß den mietvertraglichen Regelungen Anpassungsmöglichkeiten der Grundmiete gegeben, so dass die zukünftigen Jahresfehlbeträge erheblich reduziert werden können.

Ferner ist die VZS GmbH im Juni 2007 durch die Stadt Oberhausen mit dem Bau eines Parkhauses auf dem direkt an das Technische Rathaus Sterkrade anschließende „Grundstück II“ beauftragt worden. Das Investitionsvolumen wird auf 3,2 Mio. € kalkuliert; die Refinanzierung des Projektes wird über einen langfristigen Generalmietvertrag mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (analog zum Verfahren für das Technische Rathaus) gesichert.

3. Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Auf Grund der langfristigen Darlehensverträge mit festen Zinssätzen, dem langfristigen Mietvertrag mit der OGM und dem langfristigen OGM-Betreibervertrag ergeben sich aus dem operativen Geschäft der Gesellschaft zunächst keine wesentlichen Risiken, zumal es sich bei der OGM ebenfalls um eine 100%-Tochter der Stadt Oberhausen handelt.

Hinsichtlich der Entwicklung der Gesellschaft nach Auslaufen der langfristigen Darlehensverträge und den dann notwendigen Anschlussfinanzierungen (ab 2009) ist das zukünftige Zinsniveau von ausschlaggebender Bedeutung; daraus resultieren sowohl Chancen als auch Risiken, die aber heute noch nicht beurteilt werden.

Weiterhin sind keine Änderungen rechtlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen absehbar, die einen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der VZS GmbH haben.

Oberhausen, im August 2007

gez. Maria Guthoff

gez. Horst Kalthoff

Bilanz VZS GmbH

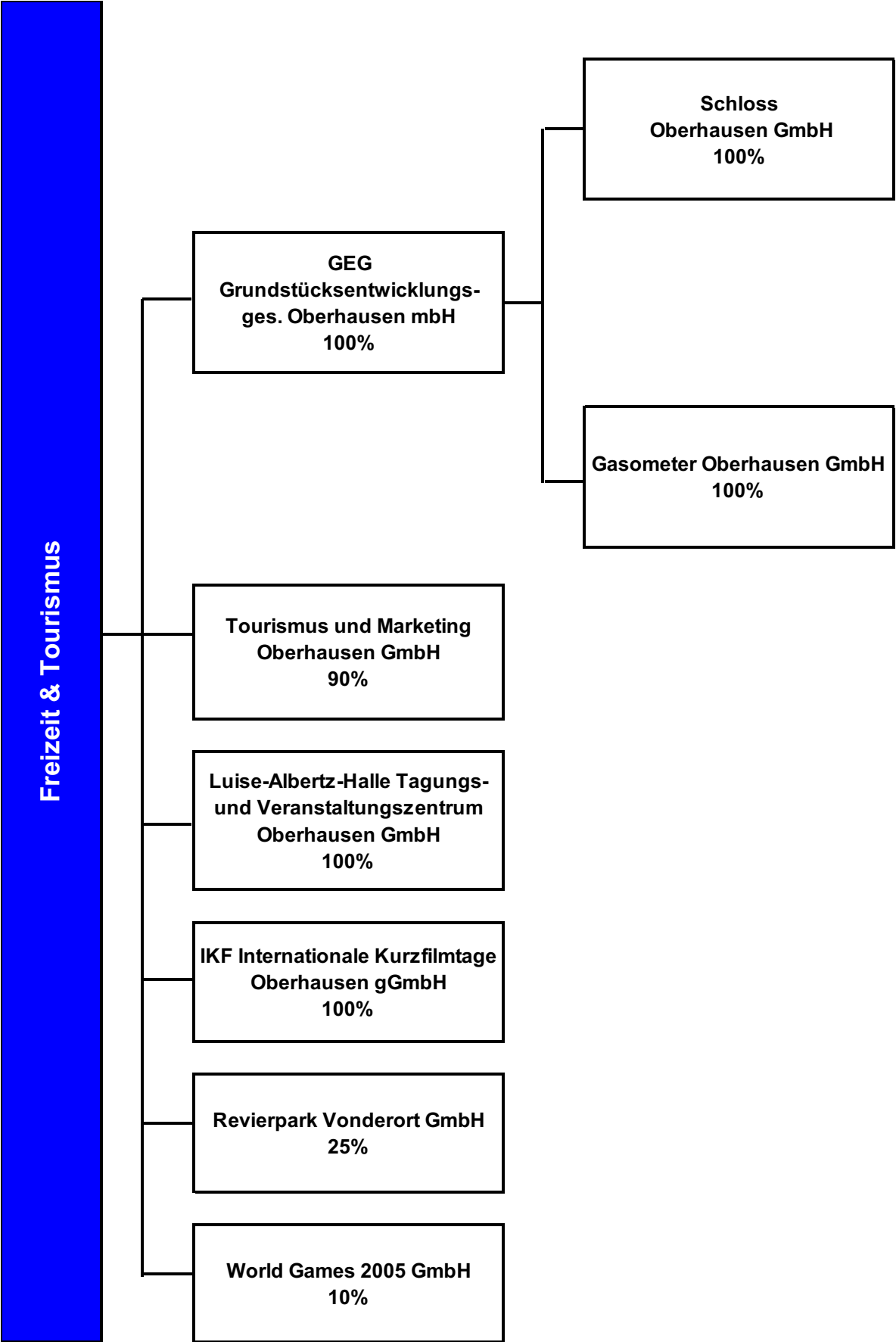
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	35.780	35.681	34.368	32.978	31.588
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0	0	0	0
Sachanlagen	35.778	35.681	34.368	32.978	31.588
Umlaufvermögen	742	391	284	67	1
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	742	391	284	67	1
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	190	606
SUMME AKTIVA	36.522	36.072	34.652	33.235	32.195
Passiva					
Eigenkapital	1.532	702	243	0	0
gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Kapitalrücklage	1.789	1.789	1.790	1.790	1.790
Bilanzgewinn/verlust	-282	-1.112	-1.572	-2.004	-24.271
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	189	606
Rückstellungen	11	51	8	8	8
Verbindlichkeiten	34.979	35.319	34.401	33.227	32.187
kurzfristig	1.643	4.429	3.855	2.681	2.946
mittelfristig	0	2.455	0	0	18.419
langfristig	33.336	28.435	30.546	30.546	10.822
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	36.522	36.072	34.652	33.235	32.195

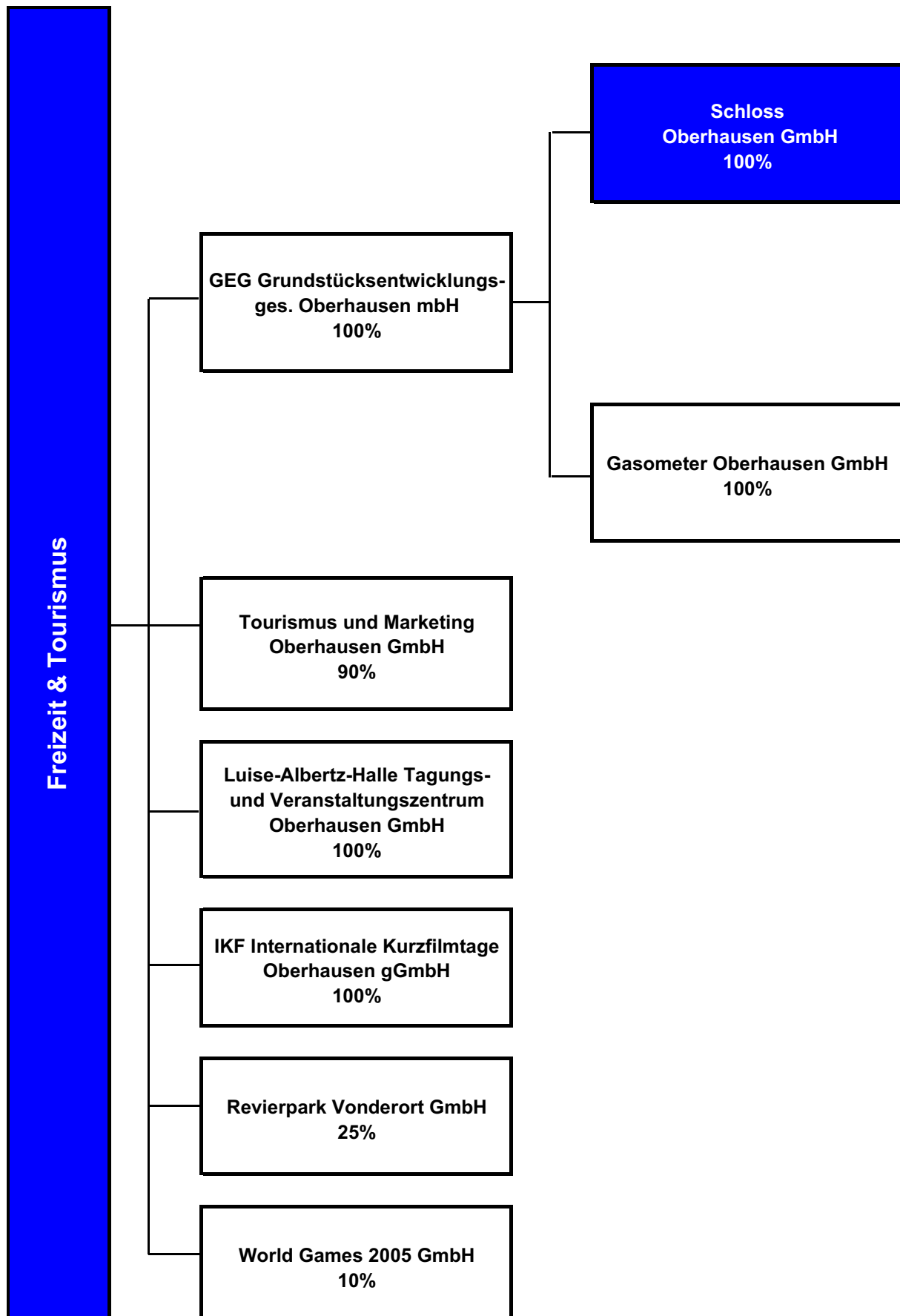
Gewinn- und Verlustrechnung VZS GmbH

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	2.401	2.981	2.996	3.049	3.008	2.738
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	25	3	143	2	1	0
Summe Erträge	2.426	2.984	3.139	3.051	3.009	2.738
Materialaufwand	-187	-230	-207	-208	-208	-233
Personalaufwand	-8	-8	-13	-10	-10	-14
Abschreibungen	-966	-1.390	-1.397	-1.390	-1.390	-1.390
sonstige betriebliche Aufwendungen	-68	-212	-235	-152	-138	-12
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.231	-1.740	-1.773	-1.727	-1.679	-1.676
Summe Aufwendungen	-2.460	-3.580	-3.625	-3.487	-3.425	-3.325
Zinsen und ähnliche Erträge	16	0	26	4	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-18	-596	-460	-432	-416	-587
sonstige Steuern	118	-234	0	0	0	0
Jahresergebnis	100	-830	-460	-432	-416	-587

Kennzahlen VZS GmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		4,2	1,9	0,7	0,0	0,0	-4,2
Anlagendeckung	%		4,3	2,0	0,7	0,0	0,0	-4,3
Anlagendeckung 2	%		97,5	81,7	89,6	92,6	34,3	-63,2
Abschreibungsquote	%		2,7	3,9	3,6	3,6	3,6	+0,9
Durchschnitt über 3 Jahre	%		1,7	2,7	3,4	3,7	3,6	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0
Liquidität 2. Grades	%		45,2	8,8	7,4	2,5	0,0	-45,1
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-1,2	-84,9	-189,3			
Umsatzrentabilität	%		4,2	-27,8	-15,4	-14,2	-13,8	-18,0
Personalaufwandsquote	%		0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	-0,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0





Schloss Oberhausen GmbH

Essener Str. 3
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 85 03 731
Telefax 0208 / 85 03 733

Geschäftsführung
Jeanette Schmitz

gegründet:	1994
Stammkapital	50.000,00 DM
Beteiligung der GEG	50.000,00 DM (100 %)
weitere Gesellschafter	keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist der Aus- und Umbau sowie der Betrieb des Schloss Oberhausen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GEG vom 25.10.1995
- Mietvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 06./18. Dezember 1996
- Vertrag mit der Stadtsparkasse Oberhausen vom 16.11.1995 über die Festlegung der Werbemöglichkeiten

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der GEG in der Gesellschafterversammlung

Dirk Buttler

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt. Die Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat der GEG wahr.

Mitarbeiter/innen

Die Gesellschaft hat keine eigenen Mitarbeiter/innen. Das Personal ist bei der GEG bzw. bei der Stadt angestellt und wird im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages tätig.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
3211.5309.000 Mieten	37	37	35		

Entwicklung

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2006

Im Jahr 2000 hat die Schloss Oberhausen GmbH den Umbau des Schlosses endgültig abgeschlossen. Die Wartungsarbeiten sowie die Inanspruchnahme von Gewährleistungsfristen werden von der Stadt Oberhausen über ihre Tochtergesellschaft OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH wahrgenommen.

Daher handelt es sich bei der Schloss Oberhausen GmbH nunmehr um eine Gesellschaft, die die Finanzierung für den Umbau des Schlosses sicherstellt, darüber hinaus aber keine weiteren Aufgaben übernimmt.

Zum 31.12.2006 ist die Gesellschaft in Höhe von 77.901,36 EUR bilanziell überschuldet. Allerdings hat der Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen in

Höhe von 2.217.228,64 EUR bei bestimmungsgemäßer Verwendung der Mittel Eigenkapitalcharakter. Die Gefahr einer Insolvenz auf Grund von Überschuldung ist damit nicht gegeben. Ihren finanziellen Verpflichtungen kann die Gesellschaft jederzeit in vollem Umfang nachkommen.

Durch den zwischen der Schloss Oberhausen GmbH und der Stadtparkasse Oberhausen für die Zeit vom 01.01.2006 – 31.12.2015 geschlossenen Vertrag zur Einräumung von Nutzungs- und Werberechten für die Stadtparkasse ist langfristig eine wesentliche Grundlage für die Finanzierung der Gesellschaft geschaffen.

Da die Gesellschaft kein operatives Geschäft wahrnimmt, sind auch für kommenden Wirtschaftsjahre keine neuen Risiken oder Chancen zu erwarten.

Im Dezember 2006 hat der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen, die von der Stadt Oberhausen gehaltenen Geschäftsanteile an der Schloss Oberhausen GmbH an die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH zu veräußern und in einem weiteren Schritt zum nächst möglichen Zeitpunkt die Schloss Oberhausen GmbH auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH zu verschmelzen. Die Eintragung im Handelsregister ist inzwischen erfolgt. Damit ist die Verschmelzung rückwirkend zum 01.01.2007 rechtskräftig geworden.

15. Mai 2007

gez.
Hartmut Schmidt

Bilanz Schloss GmbH

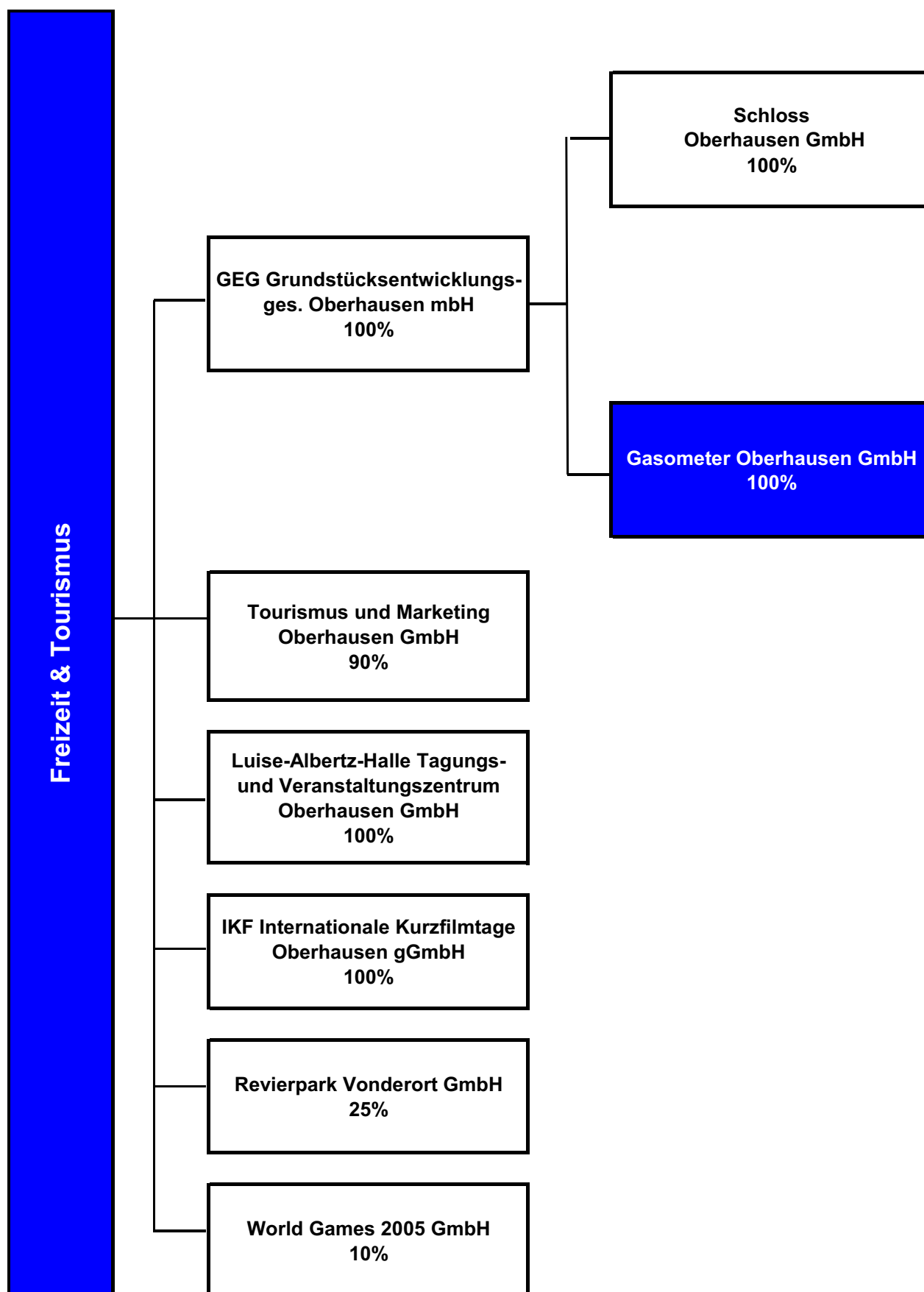
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	4.460	4.220	3.979	3.739	3.505
Sachanlagen	4.440	4.207	3.973	3.739	3.505
sonstiges	20	13	6	0	0
Umlaufvermögen	93	107	121	111	115
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	8	6	6	1	1
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	85	101	115	110	114
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	44	55	77	80	78
SUMME AKTIVA	4.597	4.382	4.177	3.930	3.698
Passiva					
Eigenkapital	0	0	0	0	0
gezeichnetes Kapital	26	26	26	26	26
Verlustvortrag	-49	-70	-81	-102	-105
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-21	-11	-21	-3	2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	44	55	76	80	77
Sonderposten mit Rücklagenanteil	2.845	2.687	2.528	2.369	2.217
Rückstellungen	2	2	15	4	8
Verbindlichkeiten	1.750	1.694	1.634	1.556	1.473
kurzfristig	5	65	83	89	91
mittelfristig	1	280	359	376	398
langfristig	1.744	1.349	1.192	1.091	984
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	4.597	4.383	4.177	3.929	3.698

**Gewinn- und Verlustrechnung
Schloss GmbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	177	184	184	184	184	Die Gesellschaft wurde auf die OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH verschmolzen.
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	
sonstige betriebliche Erträge	159	159	159	159	152	
Summe Erträge	336	343	343	343	336	
Materialaufwand	0	0	0	0	0	
Personalaufwand	0	0	0	0	0	
Abschreibungen	-240	-241	-240	-240	-234	
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9	-9	-9	-10	-13	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-108	-105	-101	-83	-79	
Summe Aufwendungen	-357	-355	-350	-333	-326	
Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0	0	2	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-20	-11	-7	10	12	
Steuern/sonstige Steuern	0	0	-14	-13	-10	
Jahresergebnis	-20	-11	-21	-3	2	

Kennzahlen Schloss GmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckung	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckung 2	%		39,1	32,0	30,0	29,2	28,1	-11,0
Abschreibungsquote	%		4,2	4,2	4,2	4,1	4,1	-0,1
Durchschnitt über 3 Jahre	%		4,2	4,2	4,2	4,2	4,2	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		1.700,0	155,4	138,6	123,6	125,3	-1.574,7
Liquidität 2. Grades	%		1.860,0	164,6	145,8	124,7	126,4	-1.733,6
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%							
Umsatzrentabilität	%		-11,3	-6,0	-11,4	-1,6	1,1	12,4
Personalaufwandsquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0



GASOMETER OBERHAUSEN



Essener Str. 3
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 85 03 731
Telefax 0208 / 85 03 733
www.gasometer.de

Geschäftsführung
Jeanette Schmitz

gegründet:	1994
Stammkapital	50.000,00 DM
Beteiligung der GEG	50.000,00 DM (100 %)
weitere Gesellschafter	keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Verwaltung des Gasometers.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Überlassungsvertrag über den Gasometer mit der GEG vom 17./18.10.1995
- Geschäftsbesorgungsvertrag mit der GEG vom 25.10.1995

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der GEG in der Gesellschafterversammlung

Dirk Buttler

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt. Die Aufgaben nimmt der Aufsichtsrat der GEG wahr.

Mitarbeiter

Bis 1996 hatte die Gesellschaft keine eigenen Mitarbeiter. Seit 1997 beschäftigt die Gesellschaft zeitweise eigenes „Ausstellungspersonal“. Das Stammpersonal ist bei der GEG angestellt und wird im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zur Verfügung gestellt. Seit 2005 ist ein Ausstellungssachbearbeiter direkt bei der Gasometer GmbH angestellt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Es ergeben sich keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Entwicklung

Lagebericht für die Gasometer Oberhausen GmbH

Im Geschäftsjahr 2006 realisierte die Gasometer Oberhausen GmbH die Dauerausstellung „Feuer Licht Himmel“. Die Ausstellung bestand aus zwei Teilen: Im Unterscheibenbereich des Gasometers wurde anhand von Fotos und Exponaten die Geschichte des Gasometers vom Gasspeicher zum Ort für Kunst, Ausstellungen und Theater aufgezeigt. Den oberen Bereich des Industriedenkmals verwandelte die Berliner Künstlerin Christina Kubisch mit ihrer Licht-Klang-Installation „Licht Himmel“ in einen überdimensionalen Sternenhimmel. Der Anspruch der Ausstellung ist einerseits ein dokumentarischer und andererseits über die Licht-Klang-Installation ein künstlerischer, soll aber mögliche Großausstellungen nicht ersetzen, sondern variabel ausstellungs- und veranstaltungsfreie Zeiten für den Besucher attraktiv machen. So wird die Ausstellung – auch nach ihrem Ende, Anfang Dezember 2006 – in Zukunft sicherlich mal wieder eingesetzt.

Die Produktionskosten für „Feuer Licht Himmel“ lagen in 2005 und 2006 insgesamt bei T€ 296. Der „Licht Himmel“ (Gesamtkosten T€ 150) wurden vom Land Nordrhein-Westfalen, der Energieversorgung Oberhausen sowie der Stadtparkasse Oberhausen mit insgesamt T€ 125 finanziert. Die Kosten der Dokumentationsausstellung lagen insgesamt bei T€ 146 und wurden ebenfalls vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert (T€ 81).

„Feuer Licht Himmel“ lief vom 10.03.2006 bis zum 03.12.2006. In dieser Zeit konnten an Eintrittsgeldern T€ 394 erzielt werden, wovon das gesamte Betriebsbudget der Ausstellung (T€ 109) und die restlichen Produktionskosten in Höhe von T€ 90 finanziert wurden. Außerdem konnte ein Deckungsbeitrag zu den Gesellschaftskosten in Höhe von T€ 194 erwirtschaftet werden.

Im Herbst des Geschäftsjahres wurde der Gasometer zum Ankerpunkt der Europäischen Route der Industriekultur ernannt. Aufgenommen werden nur die bedeutendsten und touristisch attraktivsten Standorte der europäischen Industriegeschichte. Die bedeutende Auszeichnung wurde von einer Ausstellung über weitere wichtige Ankerpunkte auf der europäischen Route der Industriekultur begleitet. Diese Fotoausstellung wird auch noch in den nächsten Jahren im Gasometer zu sehen sein. Finanziert wurde sie über das Netzwerk der Europäischen Route der Industriekultur.

Aus den Einnahmepositionen „Veranstaltung“ und „Außenwerbung“ konnten insgesamt T€ 134 erzielt werden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die in 2005 geplante Strategie der Produktion einer Dauerausstellung für den Gasometer, die einerseits den Gasometer bespielt und andererseits zu höheren Besucherzahlen und damit verbundenen Einnahmen führt, erfolgreich war.

Außerdem bestehen gute Aussichten, dass sich die Finanzlage der Gesellschaft noch weiter verbessert, denn die Verhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem RVR bezüglich einer Unterstützung der bedeutenden Ankerpunkte der Route der Industriekultur, konnten zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Für den Gasometer ist ab dem Geschäftsjahr 2007 ein jährlicher Zuschuss zu den Gebäudeunterhaltungskosten in Höhe von ca. T€ 248 brutto vorgesehen. Dies könnte dazu führen, dass die Gesellschaft finanzielle Spielräume hat, um kleinere Ausstellungen selbst zu finanzieren.

Ein gesellschaftliches Risiko ist für das Jahr 2007 nicht zu erwarten.

Oberhausen, den 05.06.2007

gez.

.....

Jeanette Schmitz

Geschäftsführerin

Bilanz
Gasometer GmbH

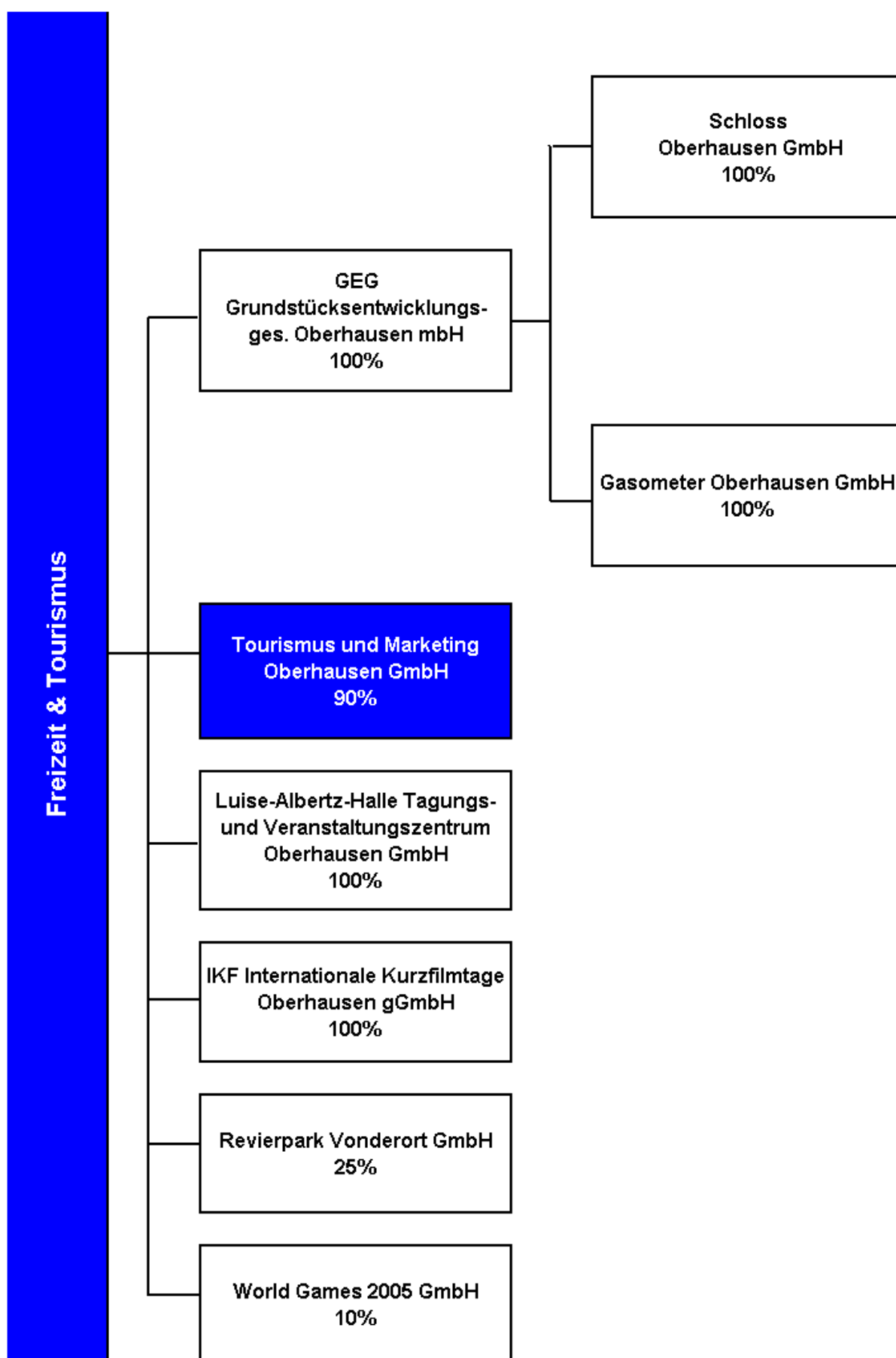
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	11	6	26	39	31
Sachanlagen	11	6	26	39	31
sonstiges	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	2.582	1.691	2.051	1.723	1.656
Vorräte	27	22	19	8	12
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	881	665	592	415	40
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.674	1.004	1.440	1.300	1.604
Rechnungsabgrenzungsposten	16	0	3	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	2.609	1.697	2.080	1.762	1.688
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	1.708	1.348	1.355	1.641	1.637
gezeichnetes Kapital	26	26	26	26	26
Kapitalrücklage	1.416	1.416	1.416	1.416	1.416
Verlust-/Gewinnvortrag		266	-360	-87	199
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	266	-360	273	286	-3
Rückstellungen	4	5	69	31	32
Verbindlichkeiten	896	608	646	33	19
kurzfristig	595	608	646	0	19
mittelfristig	301	0	0	33	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2	9	58	0
SUMME PASSIVA	2.608	1.963	2.079	1.763	1.688

Gewinn- und Verlustrechnung Gasometer GmbH

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Umsatzerlöse	1.360	874	1.049	419	764	554
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	-16	-6	-3	-11	5	0
sonstige betriebliche Erträge	645	765	644	487	13	0
Summe Erträge	1.989	1.633	1.690	895	782	554
Materialaufwand	-726	-271	-759	-175	-364	-436
Personalaufwand	-158	-136	-170	-39	-119	0
Abschreibungen	-6	-6	-10	-10	-12	-9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.299	-1.798	-449	-364	-304	-385
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-20	-61	-31	-18	0	0
Summe Aufwendungen	-2.209	-2.272	-1.419	-606	-799	-830
Zinsen und ähnliche Erträge	38	27	17	18	29	20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-182	-612	288	307	12	-256
Steuern/sonstige Steuern	36	-15	-15	-21	-15	-15
Jahresergebnis	-146	-627	273	286	-3	-271

Kennzahlen Gasometer GmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		65,5	68,7	65,2	93,1	97,0	+31,5
Anlagendeckung	%		15.527,3	22.466,7	5.211,5	4.207,7	5.241,1	-10.286,2
Anlagendeckung 2	%		15.527,3	22.466,7	5.211,5	4.207,7	5.241,1	-10.286,2
Abschreibungsquote	%		12,5	12,6	12,7	9,1	9,1	-3,4
Durchschnitt über 3 Jahre	%		16,1	16,4	12,6	11,5	10,3	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		281,3	165,1	222,9	0,0	1,0	-280,3
Liquidität 2. Grades	%		429,4	274,5	314,6	0,0	1,0	-428,4
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-10,7	-45,4	21,3	18,7	0,7	+11,4
Umsatzrentabilität	%		-10,7	-71,7	26,0	68,3	68,3	+79,0
Personalaufwandsquote	%		7,2	6,0	12,0	6,4	14,9	+7,7
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		0,0	0,0	0,0	419,0	764,0	+764,0





Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH

Schwartzstr. 62
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 824570
Telefax 0208 / 8245711
EMail: tourist-info@oberhausen.de
www.oberhausen.de

Geschäftsführung
Axel Biermann

gegründet:	1997
Stammkapital	50.000,00 DM
Beteiligung der Stadt	45.000,00 DM (90 %)

weitere Gesellschafter

- Stadtparkasse Oberhausen 5.000,00 DM (10 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die touristische Werbung für die Stadt Oberhausen und die Koordination von Tourismusangeboten innerhalb des Stadtgebietes sowie die Touristeninformation.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck - auch mittelbar - gefördert wird.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Verlustabdeckung der Gesellschaft nach § 4 des aktuellen Gesellschaftsvertrages
- Kooperationsvertrag mit dem CityO.-Management-Verein
- Nutzungsvertrag mit der DSM
- Rahmenleistungsverträge mit der Stadt Oberhausen

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Klaus Wehling

Aufsichtsrat

Elia Albrecht-Mainz

Werner Nakot

Thomas Dißelmeyer

Klaus Bruns

Christian Heckhoff

Angelika Jäntschi

Dieter Janßen

Peter Klunk**

Volker Wilke

Karlheinz Merzig

Denis Osmann

Simone Tatjana Stehr

Marc Tatzki

Vorsitzende

stellvertretender Vorsitzender

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter*	13	13	13	14	14
davon Auszubildende	1	1	1	0	0
* inkl. Aushilfskräfte					

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle/ Sachkonto	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
7900.7150.000/ 531500 Betriebskostenzuschuss	317	325	334	334	334
7900.7151.000/ 531560 Arbeitsplatzkostenzuschuss	14	14	14	14	14

Lagebericht zum Jahresabschluß 2006

A) Geschäftsverlauf einschließlich Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2006 ist gekennzeichnet durch ein deutliches Umsatzplus um ca. 14,0 % von 990 T€ auf 1.130 T€. Dieses ist fast ausschließlich zurückzuführen auf deutliche Umsatzzuwächse im Pauschalangebotsbereich im Tourismusbereich, durch das Förderprojekt „Ab in die Mitte“ im Bereich Stadt-/Citymarketing sowie durch Einnahmen im Bereich der gemeinschaftlichen Plakatwerbung im Bereich Stadtwerbung. Demgegenüber standen Umsatzrückgänge im Bereich Tourismus bei den Printmedien. Die sonstigen betrieblichen Erträge blieben nahezu konstant bei 133 T€ gegenüber 137 T€ in 2005.

Insgesamt stieg das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit deutlich von -424 T€ in 2005 auf -350 T€ in 2006. Diese Verbesserung bei der Erzielung von Deckungsbeiträgen ist sehr erfreulich. Durch Einsparungen auf der Kostenseite wurde diese positive Entwicklung noch weiter verstärkt. Die Sonstigen Verwaltungskosten konnten von 184 T€ auf 165 T€ gesenkt werden, die Sonstigen Vertriebskosten von 38 T€ auf 5 T€. Letztere durch weitere Umschichtungen von Werbekosten aus dem Tourismusbereich in den Stadtwerbebereich.

Bei Gesamtaufwendungen von 1.615 MIO € konnten 1.261 MIO € durch eigene Einnahmen gedeckt werden. Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 78,1 % (Vorjahr: 71,4%). Damit konnte der vorherige Deckungsgrad deutlich verbessert werden und erreicht einen neuen Höchstwert.

Dieses gute Ergebnis ist nicht zuletzt auch aufgrund eines äußerst engagierten Mitarbeiterteams zustande gekommen. Für den Einsatz durch entsprechende Mehrarbeit müssen allerdings insgesamt 36 T€ Rückstellungen für Urlaub und Überstunden gebildet werden.

Der exakte Fehlbetrag beläuft sich auf 349.594,11 €. Die der Kapitalrücklage zugeflossenen Mittel belaufen sich auf insgesamt 378 T€ (334 T€ vertraglich fixierte Verlustabdeckung durch die Gesellschafter, 14 T€ Arbeitsplatzkostenzuschüsse, 30 T€ tarifbedingte Personalkosten), so dass der Rücklage 28 T € zugeführt werden können. Dadurch ist das gezeichnete Stammkapital in Höhe von 25 T€ wieder vorhanden. Insgesamt beläuft sich die Rücklage inkl. Stammkapital auf 52 T€.

B) Lagebericht des Unternehmens

Gemäß der Struktur der Gesellschaft wurden die Leistungen in den drei Geschäftsbereichen Tourismus und Stadt-/Citymarketing und Stadtwerbung/Öffentlichkeitsarbeit erbracht. Demnach ist es sinnvoll, die Lage des Unternehmens nach den entsprechenden Geschäftsbereichen aufzugliedern.

i) Bereich Tourismus:

Das Geschäftsjahr 2006 schließt mit einem Fehlbetrag von 232 T€ (Plan 237 T€) ab. Der Bereich Tourismus unterschritt somit den geplanten Fehlbetrag um 5 T€ und lag somit deutlich unter der maximal festgelegten Verlustabdeckung inkl. tarifbedingter Personalkostenzuschüsse von 272 TEUR.

Da der Rohertrag deutlich von 167 T€ auf 191 T€ gesteigert werden konnte, bedingt u.a. durch erhebliche Zuwächse bei der Vermittlung von Pauschalangeboten und Führungen (+ 11 T€) höhere Provisionen aus dem Hotelvermittlungsbereich (+ 3) sowie geringerer Betriebskosten beim Ticketing (- 3 T€) auf der Einnahmeseite sowie deutliche Einsparungen bei den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 39 T€) auf der anderen Seite blieb der Tourismusbereich deutlich unter seiner maximal festgelegten Verlustabdeckung von 272 T€.

Auf Grund dieser Umstände stehen letztendlich Einnahmen von 735 T€ Aufwendungen in Höhe von 969 T€ gegenüber. Der Kostendeckungsgrad beträgt 75,9% (2005: 71,6) und hat damit wieder eine sehr zufriedenstellende Marke erreicht.

ii) Bereich Stadt-/Citymarketing:

Gegenüber dem ursprünglichen Plan (-113 T€) ist das Ergebnis deutlich positiv abweichend (-102 T€) liegt aber immer noch über der garantierten Verlustabdeckung inklusive tarifbedingter Ausgleichszahlungen (89 T€). Umsätze und sonstige betriebliche Erträge lagen mit 285 T€ deutlich über den Vorjahreseinnahmen (194 T€). Dies ist insbesondere zu begründen mit der erneuten Teilnahme am öffentlichen Förderprojekt „Ab in die Mitte“ sowie deutliche Umsatzsteigerungen beim Projekt Weihnachtsmarkt. Allerdings schloss der Weihnachtsmarkt trotz Umsatzplus mit einem Minus von 5 T€ ab. Darin sind allerdings ursprünglich nicht kalkulierte Lizenzkosten für den Begriff „Weihnachtswald“ in Höhe von 5 T€ enthalten. Demgegenüber brachte das Projekt „Ab in die Mitte“ einen Deckungsbeitrag in Höhe von 15 T€ ein.

Einnahmen in Höhe von 285 T€ stehen Aufwendungen in Höhe von 389 T€ gegenüber. Der Kostendeckungsgrad beträgt 73,5 % (Vorjahr: 64,2%). Hier ist also eine deutliche Verbesserung eingetreten.

iii) Bereich Stadtwerbung/Öffentlichkeitsarbeit:

Die gemäß Rahmenleistungsverträge mit der Stadt Oberhausen erzielten Umsatzerlöse wurden mit entsprechender Zweckbindung wieder verausgabt. Weitere Einnahmen werden über Marketingkooperationen und –dienstleistungen erzielt (51 T€). Die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten leicht gesenkt werden (- 4 T€). Die Arbeitsplatzkostenzuschüsse in Höhe von 14 T€ werden der Kapitalrücklage zugeführt und entsprechend dem Ergebnis entnommen. Auf Grund der bereits genannten positiven Entwicklung lag der Fehlbetrag bei 16 T € (Vorjahr: 32 T€), so dass 1 T€ der Kapitalrücklage zugeführt werden können.

iv) Zusammenfassung

Zusammenfassend hat sich die Vermögenslage der TMO leicht verbessert. Das Eigenkapital konnte in 2006 um 28 T€ auf 52 T€ erhöht werden. Bei der Darstellung der Finanzlage stehen den Ausgaben aus der laufenden Geschäftstätigkeit (-344 T€) und der Investitionstätigkeit (-2 T€) Einnahmen aus der Kapitalzuführung (378 T€) gegenüber. Die Liquidität hat sich insgesamt um 32 T€ verbessert. Bei der Darstellung der Ertragslage ist zusammenfassend zu berücksichtigen, dass sich der Jahresfehlbetrag insgesamt um 75 T€ auf 350 T€ vermindert hat.

C) Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Zunächst ein allgemeiner Überblick zum Geschäftsjahr 2007

Die Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH wurde durch Beschluss des Rates der Stadt Oberhausen sowie des Aufsichtsrates der Gesellschaft im Jahr 2003 um das Aufgabenfeld Stadtwerbung erweitert. Es existieren die drei Bereiche Tourismus, Stadt-/Citymarketing und Stadtwerbung. Die entsprechende personelle Ausstattung erfolgt entweder durch Abordnung von Beamten der Stadtverwaltung Oberhausen oder durch freie Einstellung. Wie im Wirtschaftsplan 2007 dargelegt, erfolgt die finanzielle Ausstattung des neuen Bereichs durch zwischen der Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH und der Stadt Oberhausen abgeschlossene Rahmenleistungsverträge. Letztere verpflichtet sich darin zur Abnahme von Stadtwerbeleistungen in Höhe von 143 TEUR netto sowie von Graphikleistungen in Höhe von 47 TEUR netto. Darüber hinaus erhält die TMO für zwei Arbeitsplätze einen jährlichen Zuschuss zu den Arbeitsplatzkosten in Höhe von 14 TEUR.

Durch die Erweiterung der TMO ist die Besetzung einer zweiten Sekretariatsstelle unumgänglich geworden. Der dadurch entstehende Mehraufwand im Personalkostenbereich wird durch einen zwischen TMO und Stadt Oberhausen abgeschlossenen Rahmenleistungsvertrag abgedeckt.

Durch die Neuordnung ist ein einheitlicher Marketing- und Werbeauftritt der Stadt Oberhausen nach außen gewährleistet. Darüber hinaus werden im Rahmen einer vernetzten Agenturtätigkeit Synergien freigesetzt, die sich im Wirtschaftsplan 2007 wiederfinden. Beispielsweise kann die Herstellung sämtlicher Printprodukte aus einer Hand neben einem einheitlichen Design das Outsourcen an Fremdanbieter minimieren. Außerdem können mit diesen Medien Anzeigenbeiträge generiert werden. Eine Vielzahl weiterer Synergiepotentiale werden mittelfristig die Leistungsfähigkeit der TMO weiter erhöhen.

Neben den operativen Synergiepotentialen ergeben sich auch monetäre: Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Stadtwerbebudgets können funktionsübergreifende Projekte finanziert bzw. kofinanziert werden. Als Folge wird die TMO das ihr zur Verfügung stehende Budget effektiver und zielgerichteter einsetzen können. Des Weiteren können über Marketingkooperationen weitere Einnahmen erzielt werden.

Die allgemeinen Rahmendaten in der Tourismusbranche lassen eine Umsatzsteigerung der TMO erwarten. Insbesondere der Städtetourismusbereich weist seit Jahren positive Tendenzen auf. Da sich Oberhausen als Reiseziel sehr positiv entwickelt, wird die TMO im operativen Geschäft Umsatzzuwächse verzeichnen können. Im Wirtschaftsplan 2007

sind diese Umsatzzuwächse nur teilweise (Hotelprovisionen und Ticketumsatz) signifikant ausgewiesen, da auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der GmbH zunächst eine vorsichtige Planung durchgeführt wurde. Schwierig zu bewerten ist der Programmwechsel im Metronomtheater. Denn hier besteht ein direkter Zusammenhang zum Umsatz aus Pauschalangeboten und Führungen. Allerdings bestätigen die Umsätze der ersten beiden Monate die aufsteigende Tendenz des Geschäftsjahres 2006.

Im Bereich Stadt-/Citymarketing ist wird es in 2007 keine Beteiligung am Projekt „Ab in die Mitte“ geben. Dadurch entgeht der TMO eine entsprechende Einnahme. Der Weihnachtsmarkt ist als kostendeckendes Projekt eingeplant.

Trotz konservativer Annahmen weist der Wirtschaftsplan 2007 mit einem Ergebnis von 368 T € eine Überschreitung der garantierten Kapitalrücklagenzuführung (348 T €) um 20 T € aus. Ursache für diese wirtschaftliche Problemsituation ist ausschließlich das Ausbleiben der anteiligen Verlustausgleichszahlungen des Gesellschafters Stadtparkasse Oberhausen (SSO). Aus sparkassenrechtlichen Gründen kann sich die SSO erstmalig nicht an den Verlustausgleichszahlungen beteiligen. Es handelt sich um eine Summe in Höhe von 34 T €.

Gemäß WP 2007 müssen also der Rücklage 20 T € entnommen werden (368 T € abzgl. 348 T €).

Bei einer zum 31.12.2006 ausgewiesenen Rücklage von 52 T € inkl. Stammeinlage wird deutlich, wie prekär die wirtschaftliche Situation der TMO nach wie vor ist.

Es wird anhand dieser Ausführungen erneut deutlich, das die TMO als Marketinggesellschaft der Stadt weiterhin einen Großteil ihrer Aufwendungen durch zu erzielende Deckungsbeiträge bestreiten muß. Der bisher erreichte Kostendeckungsgrad von 78,1% wird nur unter größten Anstrengungen auszubauen zu sein.

D) Berichterstattung über Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung.

Trotz der konservativer Annahmen weist der Wirtschaftsplan 2007 mit einem Ergebnis von 368 T€ eine Überschreitung der garantierten Kaptialrücklagenzuführung (348 T€) um 20 T€ aus. Ursache für diese wirtschaftliche Problemsituation ist ausschließlich das Ausbleiben der anteiligen Verlustausgleichszahlungen des Gesellschafters Stadtsparkasse Oberhausen (SSO). Aus sparkassenrechtlichen Gründen kann sich die SSO erstmalig nicht an den Verlustausgleichszahlungen beteiligen. Es handelt sich um eine Summe in Höhe von 34 T€ .

Gemäß WP 2007 müssen also der Rücklage 20 T€ entnommen werden (368 T€ abzgl. 348 T€).

Bei einer zum 31.12.2006 ausgewiesenen Rücklage von 52 T€ inkl. Stammeinlage wird deutlich, wie prekär die wirtschaftliche Situation der TMO nach wie vor ist.

Nachfolgend eine Prognose für die einzelnen Bereiche:

i) Bereich Tourismus

Chancen:

- Der Tourismussektor in Oberhausen befindet sich weiterhin auf solidem Wachstumskurs
- Durch die Etablierung Oberhausens als Musicalstandort kann sich die Stadt besser positionieren
- Belebung des Mehrtagestourismus
- Hotelneubauten werden auf ihre Machbarkeit hin geprüft
- Städte- und Kulturtourismus ist ein stabiler Wachstumsmarkt in Deutschland
- Zunahme des Werbe-, Informations- und Vertriebsweg Internet. Dadurch effizientere und kostengünstigere Werbemöglichkeiten
- Höhere Umsatzerlöse in den Bereichen Hotelvermittlungsprovision, Ticketing sowie Pauschalreisenverkauf sind zu erwarten

Risiken:

- Vertriebsweg Internet als Konkurrenzsituation bei Hotelvermittlung und Ticketverkauf
- Reduktion von Vermittlungsprovisionen allgemein
- Haushaltssituation des Gesellschafters Stadt Oberhausen
- Die zur Zeit fehlende Möglichkeit des Gesellschafters Stadtparkasse Oberhausen, sich an den Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter zu beteiligen.

ii) Bereich Stadt-/Citymarketing:

Chancen:

- Ausweitung des Geschäftsstraßenmanagements
- Erfolgreiche Weiterentwicklung des Weihnachtsmarktes
- Mögliche Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf andere Stadtteile

Risiken:

- unbefriedigende Personalsituation
- latente Abhängigkeit von der Existenz von Förderprogrammen auf Landes- und EU-Ebene
- Haushaltssituation des Gesellschafters Stadt Oberhausen
- Die zur Zeit fehlende Möglichkeit des Gesellschafters Stadtparkasse Oberhausen, sich an den Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter zu beteiligen
- Finanzielle Situation des Kooperationspartners CityO.-Management e.V.

iii) Bereich Stadtwerbung:

Chancen:

- Ausbau der Marketingkooperationen
- Ausbau der Marketingdienstleistungen
- Vertragliche Vereinbarung mit der Deutschen Städte Medien (DSM)

Risiken:

- Abhängigkeit vom Auftraggeber Stadt Oberhausen.
- Haushaltssituation des Gesellschafters Stadt Oberhausen (Rahmenleistungsverträge jährlich kündbar)
- Anpassung des Mehrwertsteuersatzes noch nicht erfolgt
- Die zur Zeit fehlende Möglichkeit des Gesellschafters Stadtparkasse Oberhausen, sich an den Verlustausgleichszahlungen der Gesellschafter zu beteiligen

Wir weisen auf die erhöhte Prognoseunsicherheit im Prognosebericht hin, da dieser zukunftsbezogene Aussagen enthält. Abschließend muss festgehalten werden, dass durch die Neustrukturierung der TMO die größten finanziellen Probleme zunächst entschärft werden konnten. Allerdings werden auch mittelfristig nur unter großen Anstrengungen und mit strikter Ausgabendisziplin die in die Gesellschaft gesetzten Erwartungen zu erfüllen sein.

Deshalb ist eine Wiederaufnahme der Verlustausgleichszahlungen seitens des Gesellschafters Stadtparkasse Oberhausen nach entsprechender Änderung des Sparkassengesetzes NRW unverzichtbar.

Bilanz
TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH

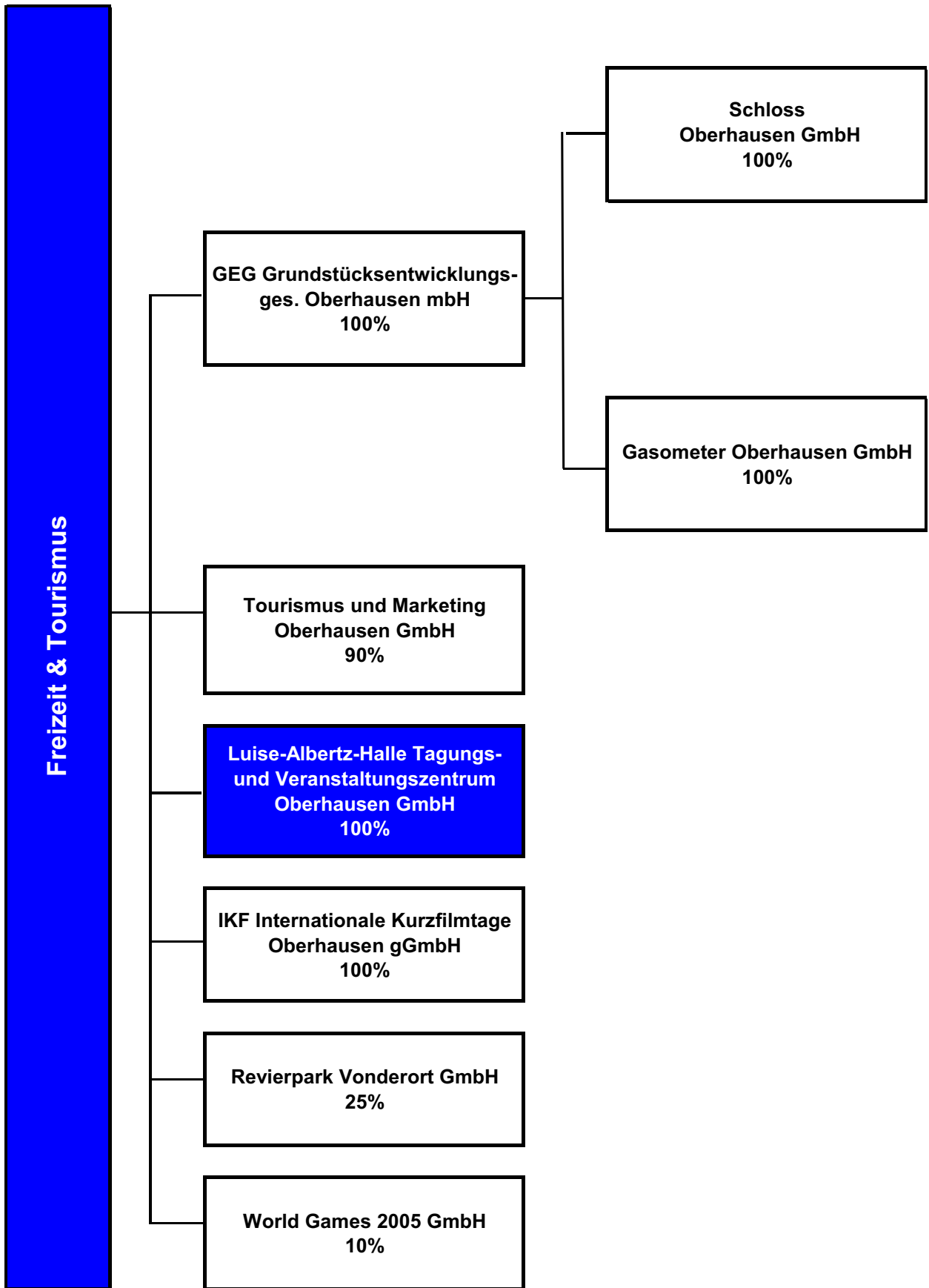
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	29	33	23	16	9
Sachanlagen	29	28	20	13	8
sonstiges	0	5	3	3	1
Umlaufvermögen	221	254	176	203	252
Vorräte	2	7	8	8	7
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	113	96	67	76	94
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	106	151	101	119	151
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	1	1	1
SUMME AKTIVA	250	287	200	220	262
Passiva					
Eigenkapital	100	65	66	24	53
gezeichnetes Kapital	26	26	26	26	26
Kapitalrücklage	412	380	412	422	377
Ergebnisvortrag	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-338	-341	-372	-424	-350
Sonderposten mit Rücklagenanteil	13	9	6	3	0
Rückstellungen	29	36	55	56	67
Verbindlichkeiten	105	177	177	137	142
kurzfristig	105	177	73	137	142
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	3	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	250	287	304	220	262

Gewinn- und Verlustrechnung
TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	797	990	919	993	1.131	1.087
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	76	84	174	136	133	119
Summe Erträge	873	1.074	1.093	1.129	1.264	1.206
Materialaufwand	-711	-818	-797	-815	-921	-899
Personalaufwand	-320	-395	-434	-501	-512	-486
Abschreibungen	-8	-14	-12	-14	-10	-13
sonstige betriebliche Aufwendungen	-173	-189	-222	-223	-172	-176
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.212	-1.416	-1.465	-1.553	-1.615	-1.574
Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0	0	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-338	-341	-372	-424	-350	-368
sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-338	-341	-372	-424	-350	-368

Kennzahlen TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH

Kennzahlengruppe Kennzahl		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		40,0	22,6	21,7	10,9	20,2	-19,8
Anlagendeckung	%		344,8	197,0	287,0	150,0	150,0	-194,8
Anlagendeckung 2	%		344,8	197,0	287,0	150,0	150,0	-194,8
Abschreibungsquote	%		10,5	17,7	16,0	15,4	9,8	-0,8
Durchschnitt über 3 Jahre	%		12,1	13,5	14,7	16,4	13,7	+1,7
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		101,0	85,3	138,4	86,9	106,3	+5,4
Liquidität 2. Grades	%		208,6	139,5	230,1	142,3	172,5	-36,0
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-338,0	-524,6	-563,6	-1.766,7	-660,4	+152,9
Umsatzrentabilität	%		-42,4	-34,4	-40,5	-42,7	-30,9	+31,8
Personalaufwandsquote	%		26,4	27,9	29,6	32,3	31,7	+0,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		61,2	76,2	70,7	70,9	80,8	+34,4



Düppelstr. 1
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 859080
Telefax 0208 / 8590811
EMail: info@luise-albertz-halle.de
www.luise-albertz-halle.de

Geschäftsführung
Jörn Raith

gegründet:		1965
Stammkapital	500 000,00 DM	
Beteiligung der Stadt	500.000,00 DM (100%)	
weitere Gesellschafter		keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung und der Betrieb der Luise-Albertz-Halle Oberhausen.

Die Luise-Albertz-Halle ist eine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 8 GO NW. Sie dient als Veranstaltungs- und Tagungszentrum sowie als Erholungs-, Versammlungs-, Kultur- und Bildungsstätte und steht allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt zu diesen Zwecken zur Benutzung offen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck unmittelbar gefördert werden kann.

Die Gesellschaft kann den die Luise-Albertz-Halle betreffenden Grundbesitz erwerben, verwalten und veräußern.

Die Gesellschaft kann sich zur Förderung ihres Unternehmenszwecks an anderen Unternehmen beteiligen.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Grundstücksübertragungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999
- Verlustausgleichsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH vom 08.02.1999
- Pachtvertrag mit der Hubert Imhoff GmbH, Essen vom 26.03.1999
- Dienstleistungsvertrag mit der OGM (insbesondere Gebäudeinnen- und Fensterreinigung sowie Transportarbeiten), Vertragsbeginn 01. Januar 1999 (ehemaliger Vertrag mit WBO)
- Mietkaufvertrag mit der Elektrolux Financial Services GmbH (Siegen) zur Finanzierung der neuen Großkücheneinrichtung vom 02. Dezember 1999
- Vertrag mit der evo für die Einrichtung, Betrieb, Wartung und Überlassung von technischen Anlagen

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Bernhard Elsemann

Aufsichtsrat

Josef Loege
Klaus Dieter Bross
Uwe Grotthaus
Maria Guthoff**
Angelika Jäntsch
Margit Klein
Hans-Jürgen Köhler

Vorsitzender
stellvertretender Vorsitzender

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter*	8	10	9	9	9
davon Auszubildende	1	1	1	1	0
* ohne Aushilfskräfte					

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle /Sachkonto	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TTEUR	Plan/TEUR
8400.7150.000 / 531500 Betriebskostenzuschuss	1.176	1.176	1.176	1.176	1.176

Lagebericht 2006

Lagebericht zum Abschluss 2006 sowie Prognose 2007

A. Gesamtwirtschaftliches Umfeld und Geschäftsverlauf

Die Gesamtentwicklung der LAH wird weniger von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland beeinflusst als von der Konjunktur in der Veranstaltungsbranche. Der Aufschwung hat sich in diesem Bereich noch nicht durchgesetzt. Viele Unternehmen haben gerade im Veranstaltungsbereich Kosten „eingespart“.

Der Veranstalter-Markt ist ein weitgehend gesättigter Markt mit einem Überhang an Veranstaltungsflächen. Dabei verstehen Kenner des Veranstaltungs-Marktes (Fachverbände wie die DeGefest, EVVC etc.) nicht, warum immer wieder weitere neue Veranstaltungsstätten dazu kommen – gepaart mit dem Irrglauben, dass Veranstalter dafür weitere Veranstaltungen ins Programm nehmen und dass diese Veranstaltungshäuser Gewinn abwerfen. Zwischenzeitlich buhlen auch „stillgelegte Kirchen“ um Veranstaltungen. Gerade im Ballungszentrum des Ruhrgebietes ist dieser ärgerliche Umstand deutlich spürbar und der Preiskampf daher in den letzten Jahren noch härter geworden. Trotzdem hat es die LAH seit der Modernisierung in den Jahren 1999/2000 durch konsequent geführtes Management geschafft, sich in diesem Markt richtig zu positionieren.

Weiterhin zeigt sich, dass sich die Kommunen, mit nur deren finanzieller Hilfe der Betrieb eines Veranstaltungshauses erst möglich wird, unterschiedlich finanziell engagieren können und dürfen und damit eine Wettbewerbsverzerrung schaffen. Die Pro-Kopf-Unterstützung bezogen auf die Einwohner ergibt in Oberhausen einen Zuschuss von 5,37 € für die LAH, während in direkter kommunaler Nachbarschaft 13,24 € pro Kopf aufgewendet werden dürfen.

Letztlich wird der Veranstaltungs-Markt immer schnelllebig; die Anbuchungszeiten verkürzen sich ständig. Kunden an das eigene Haus zu binden, bedeutet zunehmend, schnell und sehr flexibel auf alle Wünsche eingehen zu können. Da die LAH mit nur wenigen Mitarbeitern im eigenen Haus agiert, muss sich das Unternehmen auf seine umfangreichen Dienstleister verlassen können, die dafür sorgen, dass die Veranstaltungen reibungslos stattfinden können. Mit vielen Dienstleistern unterhält die LAH feste Rahmenverträge, um die Kommunikationswege zu verkürzen und preisliche Vorteile zu erzielen. Die eigenen Personalkosten werden dadurch erheblich reduziert. Durch dieses Outsourcing konzentriert sich die Gesellschaft auf ihre eigene Kernkompetenz.

Den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen begegnet die LAH mit ihrem Qualitätsmanagement-System nach ISO 9001:2000, das auf die „Akquise, Beratung, Planung und Durchführung von Veranstaltungen“ ausgerichtet ist. Dabei testiert die Systembegutachtung der LAH die idealen und damit Wettbewerbs-tauglichen Voraussetzungen für ein erfolgreiches operatives Veranstaltungs-Geschäft mit überdurchschnittlichen Erlösen. Im interkommunalen Wettbewerb nimmt die LAH im operativen Geschäft einen der vorderen Plätze ein und entwickelt sich – im westlichen Ruhrgebiet – sukzessive zum Synonym für die Kongress-Branche.

Darüber hinaus ist das ausgeklügelte, in der Branche einmalige Customer Relationship Managementsystem (CRM) der LAH das unternehmensweit integrierte Führungs- und Organisationsprinzip, das alle Aktivitäten, Maßnahmen und Instrumente umfasst, die auf eine verbesserte Kundenorientierung und Kundenzufriedenheit ausgerichtet sind.

Zugute kommen der LAH insbesondere die Vorstands-Tätigkeiten des Geschäftsführers in der Deutschen Gesellschaft zur Entwicklung und Förderung des Seminar- und Tagungswesens (DeGefest) und der Prüfungsvorsitz in der IHK Essen für die Veranstaltungskaufleute.

Das gesamtwirtschaftliche Umfeld hat sich für die Veranstaltungswirtschaft 2006 leicht stabilisiert; einzig der Zeitraum der Fußball-Weltmeisterschaft in Verbindung mit einem sehr heißen Sommer hat allen Veranstaltungszentren spürbar zugesetzt.

Dennoch konnte die LAH in diesem Zeitraum Veranstalter von Abiturbällen aus Oberhausen, Essen, Bottrop und Mülheim für die LAH begeistern.

Die großen, oft mehrtägigen und erlösstarken Kongresse für Verbände und Unternehmen aus ganz Deutschland trugen 2006 zum besonderen Erfolg der LAH bei. Diese Veranstaltungen sichern im Wesentlichen den wirtschaftlichen Erfolg im operativen Geschäft.

Immer wieder gelingt es der LAH mit besonderen Veranstaltungen das Augenmerk auf Oberhausen zu richten. Dabei sorgte eine Präsentation Thailands für besondere Furore. Zu Ehren des dienstältesten Monarchen der Welt wurde eine große Veranstaltung mit diversen Darbietungen in kultureller wie sportlicher Ausrichtung sowie einer begleitenden

Ausstellung nach Oberhausen geholt. Damit wurde Oberhausen neben Paris und Mailand zum dritten Ort, der sich zu Ehren des Monarchen mit einer bunten, fröhlichen, faszinierenden und tief beeindruckenden Veranstaltung schmücken durfte.

Auch im Bereich der Unterhaltungsveranstaltungen erfolgte in den letzten Jahren eine konsequente Fortführung hin zu mehr Qualität. Die noch in den Anfangsjahren von Veranstaltern durchgeführten B-Produktionen, die oft schlechte Besucherzahlen und Imageschäden für das Haus nach sich zogen, sind hochwertigen A-Produktionen gewichen. Die neue Qualität der Veranstaltungen und auch der Veranstalter ist ein deutliches Resultat des eigenen CRM-Systems. Die Besucher der Region Rhein-Ruhr danken es der LAH mit ausverkauftem Haus wie z.B. bei den Top-Comedians Helge Schneider, Kurt Krömer oder Paul Panzer. Der Bekanntheitsgrad des eigenen Hauses wird deutlich gesteigert, die Wahrnehmung der LAH gerade auch bei der Oberhausener Bevölkerung wird positiv gestärkt und das mediale Interesse sorgt für Schlagzeilen. Dies sind für eine Einrichtung wie die LAH wichtige Aspekte, um das Unternehmen immer wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Denn die LAH ist für die Oberhausener Bürger noch immer „die gute Stube“, in der auch die Traditionsveranstalter wie Karnevalsvereine, Chöre und sonstige Vereine weiterhin die Möglichkeit haben sollen, ihre Veranstaltungen durchzuführen. Das Haus muss also den Spagat zwischen modernem Kongresshaus und Bürgerhaus für die Bevölkerung bewältigen. Dies hat seinen Grund in der Spezialisierung der Mitarbeiter.

Weiter ausgebaut wurden die Diversifikations-Maßnahmen: das Bespielen dritter Veranstaltungsstätten. Dabei mietet die LAH Veranstaltungsflächen in Oberhausen an und bespielt sie mit ihren Spezialistenteams. Während die LAH in den Vorjahren diese Veranstaltungsstätten nur dann angemietet hat, wenn das eigene Haus voll war, begannen in 2006 erste Aktivitäten, dritte Häuser auch dann den Kunden anzubieten, wenn auch das eigene Haus noch nicht belegt war. Damit entsprach die LAH den besonderen Kundenwünschen.

Speziell in 2006 wurden hierzu noch einführende Gespräche mit weiteren Veranstaltungsstätten geführt, wie z.B. dem Fraunhofer Institut Umsicht und – Anfang 2007 - der Oberhausener Eislaufhalle. Hier werden in 2007 auch durch umfangreiche Vermarktungsmaßnahmen zusätzliche Umsätze generiert werden, die in den nächsten Jahren das Geschäftsbild der LAH deutlich prägen sollen. Die notwendigen Ressourcen sind bereits geschaffen. Diese Aspekte der zusätzlichen Bespielung von fremden Veranstaltungshäusern zeigen deutlich, dass das LAH-Team mit dem vorhandenen Know-How und Fachwissen gute Gründe für diese Diversifikations-Maßnahmen mitbringt.

Die Veranstaltungsräume im Rheinischen Industriemuseum wurden in 2006 bereits mehrfach für Kongresse, großen Tagungen und Unternehmens-Veranstaltungen gebucht. Auch hier werden die Verhandlungen mit dem Management des Landschaftsverbandes, die das Rheinische Industriemuseum verwaltet, in 2007 intensiviert.

Einen besonderen finanziellen Erfolg sicherte sich die LAH auf der „Weltmeisterschaft der Schäferhunde“, die Anfang September 2006 im Oberhausener Niederrheinstadion Halt machte. Schon weit im Vorhinein war die LAH in das Konzept dieser Veranstaltung maßgeblich eingebunden. Vor diesem Hintergrund erhielt die LAH die Möglichkeit, einen

Verkaufsstand auf dem Gelände zu betreiben. Im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erwirtschaftete das gesamte LAH-Team damit hohe Erlöse.

Gesamt wurden über 350 Veranstaltungen durch die LAH in 2006 durchgeführt. Mit rd. 20% tragen die Traditionsveranstaltungen zu diesem Volumen bei.

Mit diesem Volumen an Veranstaltungen hat die LAH im Jahr 2006 einen Umsatz von ca. 1,0 Mio. € erzielt und damit das Vorjahresvolumen wieder erreicht. Da sich allerdings der Waren-/Leistungseinsatz, insbesondere wegen der Aufwendungen für die Gastronomie, erhöht hat, verminderte sich der Rohertrag von 114 T€ im Vorjahr auf 23 T€ im Jahr 2006.

Umsatzerlöse und sonstige Erträge von 24 T€ sowie aktivierte Eigenleistungen von 18 T€ (Eigenleistungen bei der Installation der neuen Klimaanlage) führen zu einer Gesamtleistung von 1.107 T€.

Dieser Gesamtleistung standen Betriebsaufwendungen von insgesamt 2.002 T€ gegenüber, wobei neben dem Waren-/und Leistungseinsatz von 1.042 T€ weitere Betriebsaufwendungen von insgesamt ca. 960 T€ für Personal (412 T€), Abschreibungen (307 T€) und sonstige betriebliche Aufwendungen (241 T€) angefallen sind. Bis auf die Abschreibungen waren alle Aufwendungen auf nahezu auf Vorjahresniveau. Die Abschreibungen haben sich um ca. 90 T€ vermindert, weil die im Jahr 2006 die Restnutzungsdauer der Halle neu geschätzt wurde und sich danach eine Verlängerung der Abschreibungsdauer bis zum Jahr 2051 ergab.

Gesamtleistung von 1.107 T€ und Betriebsaufwendungen von 2.002 T€, führen zu einem Betriebsergebnis von -895 T€.

Aufgrund der mangelhaften Eigenkapitalausstattung und den hohen Kreditaufnahmen für Umbau und Erweiterung der Halle sowie der hohen notwendigen Kontokorrentkredite, ist die Gesellschaft mit ca. 417 T€ Zinsaufwand zusätzlich belastet. Es ergibt sich somit ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von – 1.312 T€.

Daneben waren noch Grundsteuern von 57 T€ zu zahlen sowie Risikovorsorge für eventuell zurück zu zahlende Vorsteuern zu berücksichtigen.

Hiernach ergab sich ein Fehlbetrag von 1.389 T€, der durch den Verlustausgleich der Stadt Oberhausen in Höhe von 1.176 T€ ausgeglichen und zu einem letztlich verbleibenden Jahresfehlbetrag von 213 T€ geführt hat.

Folgende Kennzahlen verdeutlichen die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft:

	31.12.2006 Euro / Wert	31.12.2005 Euro / Wert	Veränderung zum Vorjahr
Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur			
<u>Anlagevermögen x 100</u>	7.622.491,48	7.907.750,57	-285.259,09
Gesamtvermögen	7.849.494,22	8.234.263,57	-384.769,35

Anlagenintensität in %	97,11	96,03	1,08
Fremdkapital	9.039.372,18	9.210.643,29	-171.271,11
- Flüssige Mittel	32.101,73	2.829,03	29.272,70
Nettoverschuldung	9.007.270,45	9.207.814,26	-200.543,81
Flüssige Mittel + Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände bis 1 Jahr			
<u>x 100</u>	200.894,51	285.717,15	-84.822,64
Kurzfristiges Fremdkapital	1.062.978,71	955.921,70	107.057,01
Liquidität 2.Grades in %	18,90	29,89	-10,99

Auf eine Angabe der Rentabilität oder Eigenkapitalquote wurde verzichtet, da die LAH fortwährende Verluste erwirtschaftet und mittlerweile einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 1,2 Mio. € in der Bilanz ausweist.

B. Lage des Unternehmens

Nach 2005 wurde auch in 2006 die 1 Mio. €-Grenze bei den Umsätzen überschritten. Dies ist wiederum ein außergewöhnlicher Erfolg und ist nicht branchentypisch.

Der Auftragseingang konnte auf gleich hohem Niveau zum Vorjahr gehalten werden. Der September 2006 war der ertragreichste Monat seit Bestehen der Gesellschaft.

Der besondere Erfolg dokumentiert sich auch auf anderen Ebenen. In 2006 eingeleitet wird die LAH ab 2007 über ihren Vorstandssitz in der DeGefest die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen gegen Kosten beraten. Garmisch-Partenkirchen - weit genug entfernt im Sinne des Wettbewerbs - beabsichtigt in den nächsten Jahren den Bau eines neuen Kongresszentrums und lässt sich von den Spezialisten innerhalb des Berufs-Fachverbandes DeGefest ein Konzept zum Betrieb eines erfolgreichen Kongresszentrums erstellen. Durch diese Consulting-Maßnahmen ergeben sich neben den finanziellen Vorteilen vor allem auch Imagevorteile für die LAH. Nach erfolgreicher Durchführung dieses Projektes wird man diese Maßnahmen bundesweit auf Consulting-Projekte ähnlicher Art ausweiten. Die entsprechenden Netzwerke sind durch den Verband (DeGefest) bereits geschaffen. Dabei bewegt die LAH sich auch in den Themenfeldern, die das eigene Haus betreffen, wie z.B. das Zusammenführen verschiedener „Shareholder“ wie die verschiedenen Zielgruppen des Veranstaltermarktes. Die LAH wird speziell in Garmisch-Partenkirchen die Bedeutung des Qualitätsmanagements und des damit verbundenen kontinuierlichen Verbesserungsprozesses herausstellen, sowie auch die Ausweitung der gesamten Geschäftspolitik. Kongresshäuser müssen heutzutage als „Agentur“ für Dienstleistungen rund um den Gast agieren, um den Wettbewerb auf Abstand zu halten. Auch das hauseigene Customer Relationship Management-System soll in Garmisch-Partenkirchen in Teilen adaptiert werden. Darüber hinaus werden vor allem die aktuellen Grundlagen aus den Bereichen Vertrieb, Marketing und Sponsoring in das neue Konzept einfließen.

Das hauseigene Customer-Relationship-Management-System wurde in 2006 weiter ausgebaut und verfeinert.

Die in 2003 eingeführte ISO9001:2000 Zertifizierung wurde in 2006 erneut durch das Testat „Systembegutachtung“ durch die Deutsche Gesellschaft zur Qualifizierung von Management-Systemen, Frankfurt (DQS) bestätigt.

Ständige Erfolgskontrollen in Form von Kundenzufriedenheitsabfragen bestätigen die Qualität der Mitarbeiter in allen Bereichen. Dieser Feedback-Mechanismus wird von der LAH genutzt, um den kontinuierlichen Verbesserungsprozess im Unternehmen aufrecht zu erhalten.

C. Unternehmenssteuerung und Risikomanagement

C1. Organisation der Risikoanalyse

Die Geschäftsführung der LAH hat seit der ISO9001:2000-Zertifizierung geeignete Maßnahmen sowie ein Überwachungssystem eingeführt, um den Fortbestand der Gesellschaft zu gewährleisten und gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Monatliche Hochrechnungen für das laufende Jahr, die den Verlauf der Umsatzentwicklungen aufzeigen sowie unterjährige Erfolgsplanungen bilden die Basis. Dadurch können frühzeitig Gegenmaßnahmen eingeleitet werden und die weiteren Vorgehensweisen angepasst werden.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements wird darauf geachtet, dass Risikofaktoren bereits im Vorfeld vermindert oder komplett vermieden werden. Hierzu hat die LAH in hauseigenen Prozessen Strategien entwickelt, die diese Maßnahmen unterstützen. Die Verantwortung der Führung ist im Qualitätsmanagementsystem verankert.

Es wird ein umfangreiches Benchmarking durchgeführt, um das Wettbewerbsverhalten der Konkurrenz zu analysieren. Die Mitarbeiter sind in diese Prozesse eingearbeitet und sensibilisiert.

Die Akquisition im Rahmen des CRM-Systems ist ein wichtiger Bestandteil, um Ausfälle im Anbuchungsverhalten auszugleichen

C2. Ertrags-, Liquiditäts- und Ausfallrisiken

Wie schon erläutert ist die LAH abhängig von der Entwicklung des Veranstaltungsmarktes, insbesondere im regionalen Umfeld. Das eingerichtete Qualitätssicherungs- und CRM-System ist jedoch Garant für eine überdurchschnittliche Entwicklung im Verhältnis zur Branche. Hinzu kommen die positiven Entwicklungen im Unternehmensbereich „Diversifikation“.

Stark belastend für die Rentabilität und die Liquidität sind insbesondere die erheblichen Finanzierungskosten der Immobilie und die vertraglichen Vereinbarungen mit OGM, evo und electrolux.

Die Liquidität ist darüber hinaus nur dann sichergestellt, wenn die vorhandenen und an die Stadtparkasse Oberhausen abgetretenen Sicherheiten die Kreditinanspruchnahme ausreichend deckt.

Ausfallrisiken bestehen branchentypisch, werden jedoch durch aktives Forderungsmanagement gering gehalten. Es besteht ein funktionierendes Mahnwesen. Im Bedarfsfall werden Forderungen per Anwalt bzw. gerichtlich beigetrieben.

D. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Das sehr gute Personal, die hervorragende Kundenbetreuung und die leicht anziehende Konjunktur lassen trotz aller geschilderten Schwierigkeiten eine positive Umsatzentwicklung erwarten. Das restriktiv umgesetzte Kostenmanagement führt zu einer weiteren Verbesserung der Unternehmensergebnisse.

Wir erwarten, auch auf der Basis des bisherigen Geschäftsverlaufs und der vorliegenden Buchungen, für 2007 ein gegenüber den Vorjahren erheblich verbessertes Ergebnis. Ausschlaggebend sind hierfür allerdings auch die nachstehend erläuterten Prämissen.

Auf Grund der im Juni 2007 umgesetzten Maßnahmen zur Kostenreduktion sind zusätzliche Kosteneinsparungen für 2007 in Höhe von 60 – 70 T€ und für 2008 von 200 – 210 T€ zu erwarten. Unter der Annahme, dass die in den Jahren 2005 und 2006 erzielten Umsatzerlöse um ca. 2% gesteigert werden können, und die Ausweitung des Leistungsspektrums zu zusätzlichen Erlösen von 10 – 50 T€ führen, ist für die Jahre 2007 und 2008, bei ansonsten gleicher Kosten- und Ertragsstruktur, mit positiven Jahresergebnissen von 10 – 50 T€ zu rechnen. Hierbei ist weiterhin unterstellt, dass der Verlustausgleich des Gesellschafters auch zukünftig in Höhe von 1.176 T€ p.a. übernommen wird und der Erbbauzins weiterhin ausgesetzt bleibt.

Die im Jahr 2007 umgesetzten Maßnahmen bieten dann die Chance auf eine positive Fortführung der Gesellschaft.

E. Berichterstattung über Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die LAH unterliegt einer Vielzahl von Risiken, deren Eintreten die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens negativ beeinflussen kann. Dies könnte dazu führen, dass die LAH ihre zukünftigen Geschäftsziele nicht erreicht.

Dennoch sind gerade in 2006 mit Blick auf die Zukunft eine Vielzahl von Maßnahmen von der LAH entwickelt worden, um dieses Risiko so gering wie möglich zu halten. Zu nennen sind hier, neben strukturellen Veränderungen im Umsatzbereich, insbesondere

eine ab 2007 greifende Personalkostenreduzierung und die strikte Einhaltung von Kostenrelationen durchgeführter Veranstaltungen.

Die Maßnahmen „aus eigener Kraft“ reichen jedoch nicht aus, um die angestrebten Rentabilitäts- und Liquiditätsziele zu erreichen. Die Gesellschaft ist buchmäßig überschuldet. Um den dauerhaften Fortbestand (Fortführungsannahme) der LAH zu gewährleisten wurden deshalb Verhandlungen mit den Entscheidungsträgern der OGM, der evo und der Stadtparkasse Oberhausen und electrolux geführt. Ziel der Verhandlungen waren Vertragsanpassungen, die nachhaltig zu Einsparungen über 200 TEuro p.a. führen. Diese Verhandlungen wurden im Juni 2007 positiv beendet und entsprechende Vereinbarungen getroffen. Risiken ergeben sich für die Gesellschaft, sofern die in der Fortführungsprognose getroffenen Annahmen nicht dauerhaft erreicht werden können. Dazu zählen insbesondere Konjunktur-, Markt- und Branchenrisiken. Darüber hinaus existieren Risiken aus dem aufgezehrten Eigenkapital.

Im Personalbereich setzt die LAH künftig auf einen Kernstamm von Mitarbeiter-Spezialisten, die in allen Bereichen von Auszubildenden ergänzt werden. Diese „Kaderschmiede“ findet ihre Berechtigung in den Kompetenzen des Kernstammes sowie dem IHK-Prüfungsvorsitz für Veranstaltungskaufleute durch die Geschäftsführung.

Dieser leichten Veränderung in der Personalwirtschaft wird im Sommer 2007 durch die anstehenden Audits im Rahmen der ISO 9001:2000-Zertifizierung Rechnung getragen.

Die Rahmenbedingungen erlauben es der LAH grundsätzlich nicht, Risiken einzugehen (z.B. für eigene Veranstaltungskonzepte Geld einzusetzen).

Es ist eine der wesentlichen Aufgaben der Geschäftsführung, Rahmenbedingungen und Prozesse des Risikomanagements für die LAH festzulegen, deren Einhaltung zu überwachen und mit den Mitarbeitern (insbesondere im Vertrieb) regelmäßig die Entwicklung der Risiken in den jeweiligen Bereichen zu analysieren.

Grundlage für ein gutes Risikomanagement ist die zuverlässige und schnelle Versorgung der Geschäftsführung mit relevanten Informationen zum Verlauf des Geschäftes. Dazu hat die LAH ein Controlling- und Berichtssystem aufgebaut, mit dem im monatlichen Rhythmus über die Entwicklung wesentlicher Kennzahlen der Geschäftstätigkeit der einzelnen Bereiche und über die monetären Ergebnisse berichtet wird.

Das Risikoprofil der LAH hat sich im Hinblick auf die wesentlichen Risikofelder im Geschäftsjahr 2006 zu den Vorjahren kaum verändert.

Der Wettbewerb im Veranstaltungsstättenmarkt im Rhein-Ruhr-Gebiet hat in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich zugenommen. In dem Markt sind Anbieter tätig bzw. es drängen Anbieter in ihn hinein, die über ein breites Serviceportfolio und auch etablierte Kundenbeziehungen verfügen. Die zukünftige Entwicklung der LAH hängt wesentlich davon ab, wie gut es dem Unternehmen gelingt, als spezialisierter Dienstleister für alle Veranstaltungsformen am Markt adäquate Preise für seine Dienstleistungen durchzusetzen.

Umsatzplanungen unterliegen immer einer gewissen Unsicherheit, da die Verträge mit den Kunden immer kurzfristiger geschlossen werden und es oft nur Einzelverträge für Veranstaltungen gibt (Ausnahme: Langzeitvertrag über 6 Jahre in 2006 geschlossen).

Die von der LAH für namhafte Kunden durchgeführten Veranstaltungen sind teilweise mit einer erheblichen Wirkung in der Öffentlichkeit verbunden. Qualitätsmängel bei der Leistungserbringung können daher zu einer negativen Außenwirkung führen, die den Verkauf der angebotenen Leistungen und damit die zukünftige Geschäftsentwicklung in signifikantem Umfang beeinträchtigen würde.

Da die o.g. Verhandlungen für die LAH erfolgreich abgeschlossen werden konnten, sind auf der Grundlage der gegenwärtig verfügbaren Informationen keine weiteren Risiken erkennbar, die den Fortbestand der LAH gefährden. Aufgrund der positiven Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2006 und auch für das Jahr 2007 ist die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft nach erfolgten Sanierungsmaßnahmen und unter der Voraussetzung des weiterhin notwendigen Verlustausgleichs der Stadt Oberhausen in zumindest der selben Höhe wie bisher, stabil.

Ein latentes Risiko besteht darin, dass sich der Erbbaurechtsgeber für den Fall der Insolvenz den entschädigungslosen Rückfall des Erbbaurechts nebst aufstehendem Gebäude im Erbbaurechtsvertrag vorbehalten hat.

Ein weiteres Risiko besteht im Personalbereich darin, dass den Mitarbeitern über die Zusatzversorgungskasse (ZVK) Ansprüche auf Versorgungsrenten und andere Leistungen zustehen. Da die Zusatzversorgungskasse als Unterstützungskasse konzipiert ist, besteht eine Einstandspflicht der LAH für etwaige Deckungslücken zwischen anteiligem Vermögen der LAH an der Unterstützungskasse und Versorgungsansprüchen der versicherten Mitarbeiter. Zum Ausgleich dieser Deckungslücke hat die ZVK im Jahr 2006 einen Sanierungsbeitrag von 2,5% auf beitragspflichtigen Löhne und Gehälter erhoben. Dies war ein Betrag von ca. 6 T€. Auch für 2007 ist ein Sanierungsbeitrag auf Basis eines Umlagesatzes von 2,5% zu erwarten. Risiken bestehen insbesondere in der weiteren Entwicklung dieses Beitrages sowie in der allgemeinen demographischen Entwicklung, die steigende Umlagesätze erwarten lässt.

Den Risiken stehen Chancen gegenüber, bei deren Eintreten die LAH ihre Ziele übertreffen könnte. Wesentliche Chancen liegen in dem Kundenstamm, dem Markennamen Kongresszentrum Oberhausen und der Leistung der Mitarbeiter, vor allem derjenigen mit Vertriebs- und Kundenbetreuungsaufgaben. Über das hinaus, was planerisch unterstellt wird, könnten diese drei Faktoren derzeit noch nicht absehbare Einzelaufträge aus dem Kundenstamm oder eine höhere Neukundenquote als geplant bewirken. Darüber hinaus kann eine geglückte Akquisition eine erhebliche positive Veränderung der geplanten Entwicklung bewirken.

Oberhausen, den 29. Juni 2007

Jörn Raith
Geschäftsführer

**Bilanz
LAH GmbH**

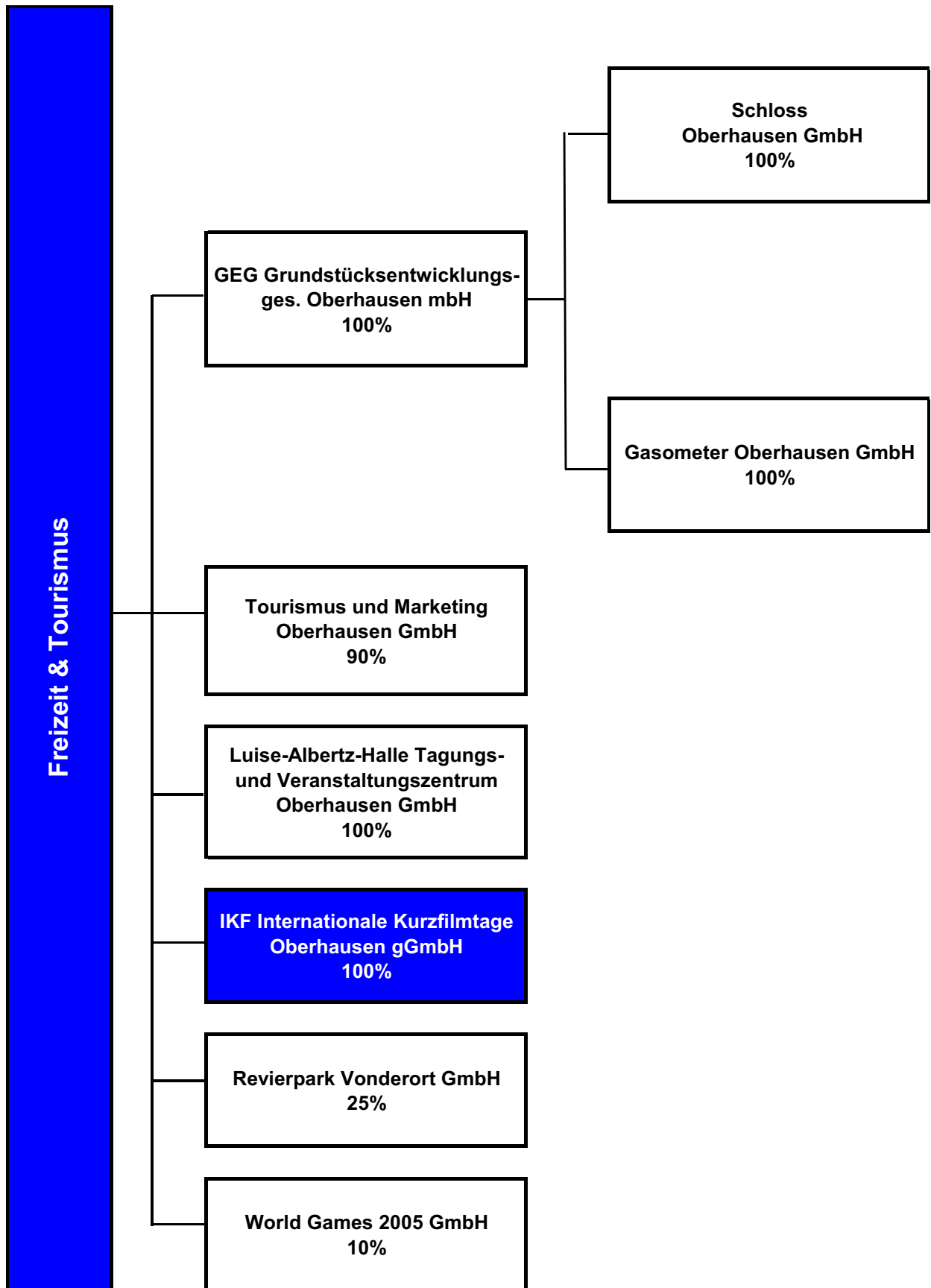
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	8.830	8.464	8.279	7.908	7.623
Sachanlagen	8.736	8.427	8.244	7.875	7.590
sonstiges	34	37	35	33	33
Umlaufvermögen	285	342	271	286	201
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	222	238	264	283	169
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	63	104	7	3	32
Rechnungsabgrenzungsposten	1	74	49	41	26
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	141	340	639	976	1.189
SUMME AKTIVA	9.257	9.220	9.238	9.211	9.039
Passiva					
Eigenkapital	0	0	0	0	0
gezeichnetes Kapital	256	256	256	256	256
Ergebnisvortrag	0	0	0	0	0
Jahresfehlbetrag (nicht durch Eigenkapital gedeckt)	-256	-256	-256	-256	-256
Rückstellungen	69	29	22	130	156
Verbindlichkeiten	8.938	8.941	9.216	9.081	8.883
kurzfristig	401	525	943	1.166	1.309
mittelfristig	1.180	1.330	1.411	1.397	1.376
langfristig	7.357	7.086	6.862	6.518	6.198
Rechnungsabgrenzungsposten	250	250	0	0	0
SUMME PASSIVA	9.257	9.220	9.238	9.211	9.039

**Gewinn- und Verlustrechnung
LAH GmbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	996	919	819	1.079	1.065	890
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	18	0
sonstige betriebliche Erträge	47	10	21	17	24	10
Summe Erträge	1.043	929	840	1.096	1.107	900
Materialaufwand	-881	-823	-806	-987	-1.042	-859
Personalaufwand	-384	-397	-393	-407	-412	-390
Abschreibungen	-409	-397	-401	-400	-307	-300
sonstige betriebliche Aufwendungen	-219	-220	-231	-240	-241	-200
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-413	-414	-412	-418	-418	-400
Summe Aufwendungen	-2.306	-2.251	-2.243	-2.452	-2.420	-2.149
Zinsen und ähnliche Erträge	1	3	0	1	1	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.262	-1.319	-1.403	-1.355	-1.312	-1.249
außerordentliche Aufwendungen/Erträge	0	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	-49	-56	-72	-98	-78	-78
Jahresergebnis	-1.311	-1.375	-1.475	-1.453	-1.390	-1.327

Kennzahlen LAH GmbH

Kennzahlengruppe Kennzahl	in	Geschäftsjahren					Tendenz
		2002	2003	2004	2005	2006	
Finanzierung							
Eigenkapitalquote	%	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Anlagendeckung	%	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Anlagendeckung 2	%	101,6	106,1	82,9	82,4	81,3	-20,3
Abschreibungsquote	%	4,1	4,0	4,3	3,9	4,0	-0,1
Durchschnitt über 3 Jahre	%	3,3	4,1	4,3	4,2	4,0	
Liquidität							
Liquidität 1. Grades	%	15,7	19,8	0,7	0,2	2,4	-13,3
Liquidität 2. Grades	%	71,1	65,1	28,7	24,5	15,4	-55,7
Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität	%	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Umsatzrentabilität	%	-131,6	-149,6	-134,9	-134,6	-130,5	+1,1
Personalaufwandsquote	%	16,6	17,6	17,2	16,6	17,0	+0,4
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	124,5	81,9	97,5	119,9	118,3	-6,2





IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH

Grillostr. 34
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 825 2420
Telefax 0208 / 825 5413
Email: info@kurzfilmtage.de
www.kurzfilmtage.de

Geschäftsführung
Dr. Lars Henrik Gass

gegründet		1998
Stammkapital	25.570,00 EUR	
Beteiligung der Stadt	25.570,00 EUR (100 %)	
weitere Gesellschafter		keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Internationalen Kurzfilmtage Oberhausen sowie die Förderung des internationalen Kurzfilms und anderer kurzer Formen technischer Medien.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck auch mittelbar gefördert werden kann.

Beteiligungen

keine

Wichtige Verträge

- Überlassungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH bezüglich des Grundstücks Grillostr. 34 nebst aufstehendem Gebäude inkl. Inventar
- Überlassungsvertrag zwischen der Stadt Oberhausen und der IKF Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH bezüglich des Film- und Videoarchivs
- Leistungsvertrag mit der OGM Oberhausener Gebäudemanagement GmbH vom 20.02./18.04.2002 im Bereich der Materialwirtschaft, Postdienste, Vervielfältigungen, Speditionsdienste, Arbeitssicherheit und Telekommunikation

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Apostolos Tsalastras

Aufsichtsrat

Daniel Schranz	Vorsitzender
Walburga Grunauer	stellvertretende Vorsitzende
Christian Benter	
Karsten Bron	
Klaus-Dieter Bross	
Hubert Cordes	
Thomas Dißelmeyer	
Frank Dittmeyer	
Michaela Flötgen	
Manfred Flore	
Jürgen Grefermann	
Glaudia Hüttemann**	
Christian Heckhoff	
Angelika Jäntsich	
Margit Klein	
Elisabeht Koß	
Gretel Kühr	
Heike Laß	
Gerd Legges	
Kirsten Oberste-Kleinbeck	

Dagmar Scheithauer
Josef Schneider
Ursula Wingers
Marita Wolter
Gerd Arlt

Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt zur Zeit 9 festangestellte Mitarbeiter.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle / Sachkonto	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
8410.7150.000 / 531500 Betriebskostenzuschuss	659	699	699	659	659

Lagebericht

Entwicklung

Mit Ende des Geschäftsjahres 2005/06 schließt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gemeinnützige GmbH erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr ab.

In der Aufsichtsratssitzung vom 14.06.2005 wurden die inhaltlichen und finanziellen Ziele für das Geschäftsjahr 2005/06 festgelegt. In der Aufsichtsratssitzung vom 04.04.2006 wurde der Wirtschaftsplan den aktuellen Entwicklungen angepasst. Die im angepassten Wirtschaftsplan festgelegten finanziellen und inhaltlichen Ziele für das Geschäftsjahr 2005/06 wurden weitgehend erreicht. Beantragte Zuschüsse waren in diesem Geschäftsjahr nicht von Kürzungen betroffen und wurden in voller Höhe bewilligt. Die bisherige Förderung der Kulturstiftung der Länder wurde vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien fortgesetzt. Für neu eingeführte Projekte konnten mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Filmförderungsanstalt neue Zuschussgeber gefunden werden. Im Verlauf des Geschäftsjahres konnten die Sponsoren- und Anzeigeneinnahmen im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden und trugen wesentlich zur Sicherung des Festivals bei. Wie bereits im Vorjahr, sind diejenigen Sponsoringeinnahmen, die zur Realisierung des Pilotprojekts „reelport“ im Zweckbetrieb Festival erzielt wurden und Teil der Finanzierung des Projekts waren, nicht in den Vergleich eingeflossen. Die Einnahmeentwicklung ist weiterhin als positive Auswirkung des Jubiläumsjahres 2004 anzusehen. Das Festival war zu jeder Zeit finanziell abgesichert.

Aufgrund der Vorlage der Steuererklärungen erhielt die Gesellschaft am 2. Oktober 2006 vom Finanzamt Oberhausen-Süd, vorbehaltlich der Nachprüfung, den Freistellungsbescheid für 2005 zur Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer. Laut Freistellungsbescheid ist die Körperschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 GewStG von der Gewerbesteuer befreit, weil sie ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO dient.

Die für das Festival 2006 beantragten Zuschüsse öffentlicher Geldgeber wurden gewährt. Die Umsatzerlöse überschritten den Planansatz um 10,53 v.H. Im Zweckbetrieb

Festival konnte als Auswirkung des Jubiläumsjahres eine Einnahmesteigerung zum Planansatz von nochmals rund 43 v.H. bzw. 15 v.H. in den Bereichen Anzeigen und Sponsoring erzielt werden. Die Umsatzerlöse im Zweckbetrieb Archiv lagen im Geschäftsjahr 2005/06 mit nur rund 0,5 v.H. unter dem angepassten Plansoll und konnten annähernd erreicht werden. Erlöse aus dem Verkauf von Eintrittskarten gingen im Vergleich zum Vorjahr um 19 v.H. zurück. Mit dem plötzlichen Sommerbeginn nach einer langen Kälteperiode verlief der Kartenverkauf zum Festival sehr zögerlich. Die Mindereinnahmen im Kartenverkauf wurden jedoch durch Mehreinnahmen im Bereich Anzeigen und Sponsoring kompensiert.

Aufgrund der engen Zusammenarbeit mit der Reelport GmbH ist weiterhin langfristig eine Kostenreduzierung in den Bereichen Versand, Archiv und Filmmarkt angestrebt, die mit der Realisierung des Gesamtprojekts zu erwarten ist.

Personal

Im Personalbereich kam es im Geschäftsjahr 2005/06 zu Änderungen. Zum 01.09.2005 wurde zum zweiten Mal eine Ausbildungsstelle zur Kauffrau für audiovisuelle Medien besetzt. Eine Mitarbeiterin kehrte in Teilzeitbeschäftigung, die im Rahmen des letzten Jahres der Elternzeit vereinbart wurde, im Januar zurück. In Ergänzung zur Stellenbesetzung wurde eine Teilzeitkraft befristet weiterbeschäftigt. Mit Ablauf des Geschäftsjahres beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH neun festangestellte Mitarbeiter, inklusive des angestellten Geschäftsführers sowie eine Auszubildende. Zwei der Mitarbeiter sind auf Teilzeitbasis mit flexibler Jahresarbeitszeit eingestellt. Zwei weitere Mitarbeiter werden auf der Basis von Werkverträgen für das Festival aktiv. Weiterhin beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich drei studentische Aushilfen und stundenweise einen freien Mitarbeiter im Bereich des Archivs und Verleihs. Für den Festivalbetrieb beschäftigt die Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH auf Basis von kurzfristigen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen zwischen 25 und 30 Aushilfen. Kuratoren, Künstler, Autoren, Übersetzer und Filmvorführer werden auf Basis von Werks- und Honorarverträgen beschäftigt.

Perspektiven

Hauptziel der IKF gGmbH ist auch weiterhin eine langfristige Sicherung und eine weiterhin offensive Vermarktung des Festivals. Dies bezieht sich zum einen auf die Akquise von Sponsoren und Medienpartnern sowie auf die Einbindung weiterer öffentlicher Zuschussgeber und Partner für Einzelprojekte, zum anderen auf die direkte Ansprache eines möglichst breiten Publikums und der Erschließung neuer Projekte.

Die Strategie, mit dem Jubiläumsfestival eine breitenwirksame Plattform für Sponsoren zu schaffen, konnte bislang erfolgreich umgesetzt werden: Die Umsatzerlöse wurden in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert, konnten in diesem Geschäftsjahr jedoch nicht das Ergebnis des Jubiläumsjahres erreichen. Gegenüber dem vergleichbaren Festival 2003 konnten die Umsatzerlöse um mehr als 80 v.H. gesteigert werden. Unberücksichtigt sind in diesem Vergleich Sponsoren-Leistungen, die aus dem Projekt „reelport“ resultieren und Grundlage für dessen Finanzierung waren. Auf Basis der erreichten Erfolge wird das Festival versuchen, langfristige Partnerschaften zu etablieren.

Auch im Geschäftsjahr 2006/07 soll die Konsolidierung des Festivals fortgesetzt werden. Zudem werden die Anstrengungen verstärkt, die im Jubiläumsjahr geknüpften Kontakte zur freien Wirtschaft zu festigen. Es werden wie in den Vorjahren weitere intensive Akquisetätigkeiten bei öffentlichen und privaten Institutionen und Firmen erfolgen.

Aufgrund der anhaltend angespannten wirtschaftlichen Lage gestaltet sich die Akquise von Sponsorengeldern und Anzeigenkunden tatsächlich aber zunehmend schwieriger. Im Geschäftsjahr 2005/2006 lagen die Erlöse in den Bereichen Sponsoring und Anzeigen bereits unter den Ergebnissen des Jubiläumsjahres. Die IKF gGmbH rechnet in folgenden normalen Festivaljahren weiter mit sinkenden Einnahmen in diesen Bereichen. Eine Prognose für die Bereiche Sponsoring und Anzeigenverkauf kann aber gegenwärtig noch nicht abgegeben werden. Im Vergleich zum adäquaten Festivaljahr 2003 erwartet die GmbH jedoch zunächst auch weiterhin für das Geschäftsjahr 2006/07 eine deutliche Steigerung des Ergebnisses in den Bereichen Sponsoring und Anzeigenverkauf. Im Festivaljahr 2007 wird der 30. Kinder- und Jugendfilmwettbewerb stattfinden. Dieses Jubiläum könnte sogar nochmals eine Steigerung der Erlöse in diesen Bereichen mit sich bringen.

Für das Festivaljahr 2007 werden alle Anträge auf öffentliche Förderung bis Ende des Jahres 2006 gestellt. Eine Aussage zur Wahrscheinlichkeit der Bewilligung kann zu diesem Zeitpunkt naturgemäß noch nicht getroffen werden. Aufgrund der unsicheren Haushaltssituationen bei Bund, Ländern und Gemeinden kann die Gesellschaft kein wirklich aussagekräftiges Szenario zur möglichen Entwicklung der Zuschüsse erstellen. Jedoch wurden bisher keine weiteren Kürzungen angekündigt. Im Gegenteil ist erstmalig seit Gründung der IKF gGmbH im Geschäftsjahr 2006/2007 mit einer Anhebung des Zuschusses der Stadt Oberhausen um 1 v.H. zu rechnen. Mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Filmförderungsanstalt wurden im vergangenen Festivaljahr neue Zuschussgeber für Projekte gewonnen. Zur Fortführung der Projekte wird die IKF gGmbH für das kommende Festivaljahr dort erneut Förderanträge stellen.

Sollten sich Kürzungen bei öffentlichen Zuschussgebern ergeben, wird die IKF gGmbH versuchen, diese durch Sponsoren- und Anzeigeneinnahmen zu kompensieren. Sollte dies nicht möglich sein, so werden voraussichtlich Programmteile des Festivals hiervon betroffen sein. Kürzungen bei den öffentlichen Zuschussgebern sind auch in 2007 nicht auszuschließen. Die Landesregierung in NRW hat jedoch bereits für die kommenden zwei Jahre gleich bleibende Förderungen in Aussicht gestellt. Der Zuschuss der Kulturstiftung der Länder ist ab 2006 im Auftrag des Bundes vom BKM übernommen worden. Für 2007 wurde eine gleiche Fördersumme wie im Vorjahr in Aussicht gestellt, jedoch ist für das Festivaljahr 2008 mit Kürzungen zu rechnen.

Auch die Regularien des neu aufgelegten MEDIA-Programms lassen eine Förderung durch die EU als sehr fragwürdig erscheinen. Die soeben bekannt gewordenen Einreichfristen für Förderanträge schließen eine Antragstellung für das Festival 2007 bereits aus, so dass frühestens für das Festivaljahr 2008 beantragt werden kann, soweit es die Regularien überhaupt zulassen.

Für 2007 sind die öffentlichen Zuschüsse zwar nicht als gesichert einzustufen, jedoch in bisheriger Höhe in Aussicht gestellt. Die Geschäftsführung versucht, wo es ihr möglich ist, positiv auf die Zuschussgeber einzuwirken.

Das Festival hat im Vergleich mit der Festivallandschaft in Deutschland bereits eine überproportionale Quote an privaten Mitteln erreicht. Eine weiterhin verstärkte Ansprache der Privatwirtschaft bleibt für das Festival vor dem Hintergrund zwar nicht

rückläufiger, aber gleich bleibender Zuschüsse dennoch unerlässlich, wobei eine Sicherung des Festivalbetriebes auch künftig einzig durch öffentliche Zuschussgeber gewährleistet werden kann.

Mit der anhaltenden Popularität des Festivals und der damit immer weiter ansteigenden Flut von Filmeinreichungen gehen erhöhte Kosten für die Bearbeitung von Filmen, Katalogerstellung, Versand etc. einher, die nicht allein durch erhöhte Einnahmen aus Umsatzerlösen gedeckt werden können. Damit einher gehen auch Kosten für Sichtung und Bearbeitung neuer Formate (DVD). Mit „reelport“ wurde allerdings ein Projekt etabliert, um die Kostenentwicklung im Bereich Einreichung langfristig umzudrehen.

Im Geschäftsjahr 2006/2007 ist der Vertrag mit dem Festivalkino Lichtburg Filmpalast neu zu verhandeln. Eventuelle Kostensteigerungen aufgrund erhöhter Entgeltforderungen des Vertragspartners sind nicht auszuschließen.

Im Personalbereich werden im Geschäftsjahr 2006/2007 voraussichtlich Änderungen vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2006/2007 endet die Elternzeit einer fest angestellten Mitarbeiterin. Es bleibt zu berücksichtigen, dass durch einen eventuellen Anspruch auf Teilzeit auch nach der Elternzeit, deren Vollzeitstelle dauerhaft in zwei Teilzeitstellen umgewandelt werden muss. Die Personaldecke würde damit inklusive der Auszubildenden bei zehn festen Mitarbeitern liegen. Die bisherige Stellenzahl bleibt weiterhin erhalten. Alle kontinuierlich anfallenden Arbeiten werden mit dieser Personaldecke betreut werden können. Die unmittelbare Festivalvorbereitung kann nach wie vor nur unter Zuhilfenahme von kurzfristigen Aushilfen, Zeitarbeits- und Honorarkräften sowie freien MitarbeiterInnen erfolgen.

An der Aufschlüsselung der steuerbegünstigten wirtschaftlichen Betätigungsfelder der gGmbH in die Zweckbetriebe „Festival“ und „Archiv & Verleih“ wird auch für das Geschäftsjahr 2006/2007 festgehalten.

Das Festival ist bestrebt, seine internationale Bedeutung und Anerkennung fortlaufend neu zu erkämpfen. Dabei steht die behutsame Weiterentwicklung der historischen Substanz des Festivals im Mittelpunkt der Bemühungen der Markenführung. Hier wurden in den letzten Jahren zahlreiche erhebliche Erfolge erzielt, etwa durch den „MuVi-Preis“,

das Onlinemagazin „shortfilm.de“ oder durch „reelport“. Fortgeführt wird diese Weiterentwicklung durch die im Festivaljahr 2006 neu eingeführten und sehr gut angenommenen Programmsegmente „Podium“ und „Screenings“. Die Fähigkeit, gesellschaftliche Veränderungen frühzeitig wahrzunehmen, auf diese zu reagieren und sie in Programme zu übertragen, hat in Oberhausen Tradition. Mit den jüngsten Neuerungen, der Erweiterung des Filmmarktes um Vorführungen internationaler Verleiher aus dem Bereich Video und Experimentalfilm, der Etablierung der Diskussionsforen "Podium" und der verstärkten Ansprache der Kunstszene, verfolgt die Geschäftsführung eine Unternehmensstrategie, die dem Festival fortwährend neue Zielgruppen erschließen soll. Nur eine strategische internationale Vernetzung mit wichtigen Partnern, ein Programmprofil, das höchsten Ansprüchen im internationalen Vergleich genügt, sowie anhaltend intensive und kreative Öffentlichkeitsarbeit können die Gesellschaft nachhaltig sichern.

Oberhausen, 27. Oktober 2006

gez. Lars Henrik Gass

**Bilanz
IKF gGmbH**

	31.12.2002*	31.12.2003	31.07.2004	31.07.2005	31.07.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	17	11	13	37	40
Sachanlagen	17	11	13	17	12
sonstiges	0	0	0	20	28
Umlaufvermögen	323	238	349	302	314
Vorräte	0	0	0	0	3
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	108	92	162	119	43
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	215	146	187	183	268
Rechnungsabgrenzungsposten	8	3	3	2	3
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	348	252	365	341	357
Passiva					
Eigenkapital	118	119	121	149	170
gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
Verlustvortrag	0	0	0	0	0
Sonderposten mit Rücklageanteil	93	94	96	124	145
Rückstellungen	78	97	116	122	138
Verbindlichkeiten	49	36	88	70	49
kurzfristig	49	36	88	70	49
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	103	0	40	0	0
SUMME PASSIVA	348	252	365	341	357

* Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01. - 31.07.2002

IKF gGmbH

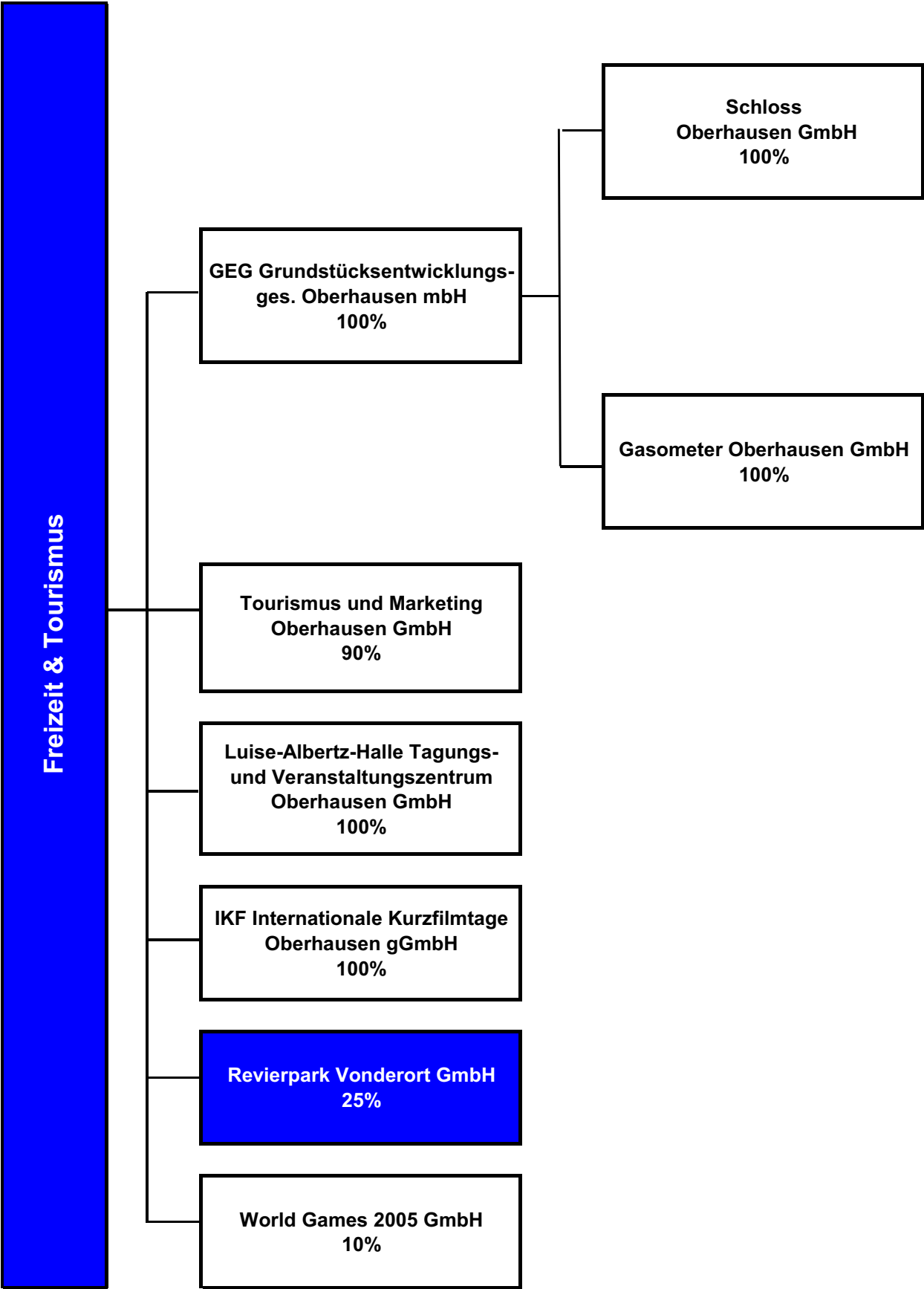
	2002/03 Ist/TEUR	2003/04 Ist/TEUR	2004/05 Ist/TEUR	2005/06 Ist/TEUR	2006/07 Plan/TEUR	2007/08 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	111	382	310	200	184	164
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	2	0	0
sonstige betriebliche Erträge	1.107	1.207	1.246	1.091	1.044	1.042
Summe Erträge	1.218	1.589	1.556	1.293	1.228	1.206
Materialaufwand	-590	-917	-892	-672	-683	-663
Personalaufwand	-495	-516	-432	-464	-456	-462
Abschreibungen	-14	-23	-25	-17	-20	-20
sonstige betriebliche Aufwendungen	-121	-132	-188	-120	-109	-103
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-1.220	-1.588	-1.537	-1.273	-1.268	-1.248
Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	2	4	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	2	21	24	-40	-42
außerord. Aufwendungen / Erträge	0	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
Rücklage (- = Einstellung; + = Entnahme)	-1	-2	-21	-24	40	42
Jahresergebnis	0	0	0	0	0	0

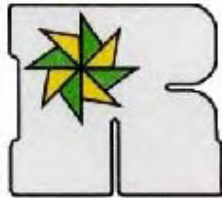
* Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01. - 31.07.2002

Kennzahlen IKF gGmbH

Kennzahlengruppe Kennzahl	in	Geschäftsjahren					Tendenz
		2002	2002/03	2003/04	2004/2005	2005/2006	
Finanzierung							
Eigenkapitalquote	%	33,9	47,2	33,2	43,7	47,6	+14,4
Anlagendeckung	%	550,0	1.081,8	931,0	402,7	425,0	-506,0
Anlagendeckung 2	%	550,0	1.081,8	931,0	402,7	425,0	-506,0
Abschreibungsquote	%	29,4	129,2	176,9	147,1	141,6	-35,3
Durchschnitt über 3 Jahre	%			111,8	151,1	155,2	
Liquidität							
Liquidität 1. Grades	%	438,8	405,6	212,5	212,5	546,9	+334,4
Liquidität 2. Grades	%	659,2	661,1	396,6	396,6	634,7	+238,1
Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität	%	9,3	0,8	1,7	14,1	14,1	+0,0
Umsatzrentabilität	%	12,9	0,9	0,5	6,8	12,0	+11,5
Personalaufwandsquote	%	31,6	40,6	32,5	28,1	36,5	+4,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	10,6	13,9	47,8	38,8	22,2	-25,6

* Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01. - 31.07.2002





Revierpark Vonderort GmbH

Bottroper Str. 322
46117 Oberhausen
Telefon 0208 / 999680
Telefax 0208 / 9996899
<http://www.revierpark.com>

Geschäftsführung
Jochem von der Heide
Dr. Klemens Kreul
Reinhard Frind

gegründet:			1971
Stammkapital	80.000,00 DM	40.903,36 EUR	
Beteiligung der Stadt	20.000,00 DM	10.225,84 EUR	(25 %)

weitere Gesellschafter

- | | | | |
|------------------------------|--------------|---------------|--------|
| • Stadt Bottrop | 20.000,00 DM | 10.225,84 EUR | (25 %) |
| • Kommunalverband Ruhrgebiet | 40.000,00 DM | 20.451,68 EUR | (50 %) |

Unternehmenszweck laut Satzung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Sports und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Kinder- und Jugendhilfe, der Kultur und des Landschaftsschutz.

Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch:

- den Betrieb des öffentlichen Badbereiches für das „Jedermannschwimmen“ und der Eislaufhalle für die Sport- und Gesundheitsförderung,
- verschiedene Kursangebote, Programm- und Veranstaltungsangebote in den Einrichtungen der Gesellschaft sowie

- die Bereitstellung von öffentlich zugänglichen Spiel- und Sportflächen.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; eigenwirtschaftliche Zwecke werden in erster Linie nicht angestrebt. Es werden ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung verfolgt. Das Vermögen und alle Einnahmen der Gesellschaft dürfen nur für gemeinnützige Zwecke im Sinne des Gesellschaftsvertrages verwendet werden.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- diverse Pachtverträge bezüglich der gastronomischen Bereiche, des Betriebs von Kiosken, einer Minigolfanlage und eines Bootsverleihs.
- Pachtvertrag mit der OGM vom 14.09.2006 (Betriebsführung der Eislaufhalle).

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Walter Wagner

Verwaltungsrat

Uwe Kutzner	(Vorsitzender)
Monika Busse	(ab 14. August 2006)
Guntram Großenbrink	
Karlheinz Hagenbruck	
Dr. Eva-Maria Hubbert	
Gabriele Partenheimer	
Peter Klunk***	
Joachim Linge	(bis 14. August 2006)
Rainer Marschan	
Gabriele Partenheimer	
Walter Paßgang	
Jutta Pfingsten	
Bernd Tischler	

Willi Tönsgerlemann

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	45	42	43	39	33

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle / Sachkonto	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007* Plan/TEUR
5900.7150.000 / 531500 Betriebskostenzu- schuss	356	368	360	342	360

*Es liegt noch kein genehmigter Wirtschaftsplan 2007 vor

Lagebericht 2006

Der Geschäftsverlauf der Revierpark Vonderort GmbH war insgesamt betrachtet befriedigend. Einnahmen in Höhe von 2.348 T€ (Vorjahr 2.480 T€) standen Ausgaben in Höhe von 3.085 T€ (Vorjahr 3.098 T€) gegenüber.

Der Zuschussbedarf beläuft sich somit auf 737 T€. Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 76,1 % (Vorjahr 80,1 %).

Die Gesellschafter haben einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 752 T€ gezahlt.

Der nicht benötigte Betriebskostenzuschuss von 15 T€ wurde der Kapitalrücklage zugeführt.

Ab dem 1. Oktober 2006 wurde die Eislaufhalle an die Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) verpachtet. Die festangestellten Mitarbeiter/innen der Eislaufhalle wurden von der OGM übernommen. Die Revierpark Vonderort GmbH zahlt an die OGM bis einschließlich 2010 einen Betriebsführungszuschuss.

Gegenüber dem Vorjahr sind folgende Veränderungen festzustellen:

Gesamteinnahmen

Bei den Gesamteinnahmen war ein Rückgang um 132 T€ (5,3 %) zu verzeichnen.

Die Umsatzrückgänge in den Bereichen

Solbad	25 T€
Sauna	21 T€

sind auf die weiterhin allgemeine konjunkturell schwache Lage, dem zunehmenden Wettbewerb auf dem Bädermarkt und der rückläufigen Attraktivität zurückzuführen.

Da die Eislaufhalle in 2006 nur 9 Monate von der Revierpark Vonderort GmbH betrieben wurde, ist hier ein Umsatzrückgang in Höhe von 112 T€ zu verzeichnen. Eine Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr ist somit nicht möglich.

Bei den Freibadeinnahmen konnte auf Grund der guten Witterung in den Monaten Juni und Juli ein Umsatzplus von 37 T€ erreicht werden. Dies reichte jedoch nicht aus, um die rückläufigen Einnahmen in den Bereichen Solbad und Sauna zu kompensieren.

Gesamtausgaben

Bei den Gesamtausgaben war ein Rückgang um 13 T€ (0,4 %) zu verzeichnen.

Von den Gesamtkosten entfallen

1.558 T€ = 50,5 % auf Personalkosten (Vorjahr 1.648 T€ = 53,2 %)

576 T€ = 18,7 % auf Energiekosten (incl. Frisch- und Abwasser, Vorjahr 549 T€ = 17,7 %)

333 T€ = 10,8 % auf Instandhaltungen (Vorjahr 301 T€ = 9,7 %)

Die Kosten für Hilfs- und Betriebsstoffe stiegen gegenüber dem Vorjahr um 20 T€ auf 122 T€ = 3,9 % der Gesamtkosten.

Gegenüber dem Vorjahr ist bei den Personalkosten eine Reduktion um 90 T€ festzustellen, die im Wesentlichen aus der Ausgliederung der Eislaufhallenbeschäftigten resultiert.

Die Energiekosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 27 T€. Ursache hierfür sind gestiegene Bezugspreise.

Die Instandhaltungskosten stiegen um 32 T€.

Im Jahresdurchschnitt wurden 34 Mitarbeiter/innen und 1 Auszubildender beschäftigt.

Seitens des Gesellschafters RVR bestand die Vorgabe die Zuschüsse der Gesellschafter für 2006 um 10 % zu kürzen.

In der Gesellschafterversammlung vom 14.03.2007 wurde der Wirtschafts- und Betriebsplan 2006 mit einer 5 %igen Kürzung der Gesellschafterzuschüsse verabschiedet.

Für das Geschäftsjahr 2007 ist eine weitere Kürzung der Zuschüsse der Gesellschafter in Höhe von 10 % angekündigt.

Um auch zukünftig wettbewerbsfähig zu sein, ist nach Auffassung der Gesellschaft eine zeitnahe Umsetzung des geplanten Ausbaues der Saunalandschaft erforderlich.

Bilanz
Revierpark Vonderort GmbH

	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	3.786	3.558	3.322	3.050	2.793
Sachanlagen	3.784	3.556	3.320	3.049	2.792
sonstiges	2	2	2	1	1
Umlaufvermögen	816	938	712	1.241	1.554
Vorräte	42	37	36	36	24
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	479	77	54	45	118
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	295	824	62	1.160	1.412
Rechnungsabgrenzungsposten	1	3	3	3	3
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	4.603	4.499	4.037	4.294	4.350
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	3.340	3.476	3.384	3.650	3.753
gezeichnetes Kapital	41	41	41	41	41
Kapitalrücklage	3.299	3.435	3.343	3.609	3.712
Gewinn- bzw. zweckgebundene Rücklage	0	0	0	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
Sonderposten	0	0	0	0	0
Rückstellungen	95	211	202	100	113
Verbindlichkeiten	1.167	810	450	543	483
kurzfristig	799	786	431	509	448
mittelfristig	368	24	19	34	35
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	1	2	1	1	1
SUMME PASSIVA	4.603	4.499	4.037	4.294	4.350

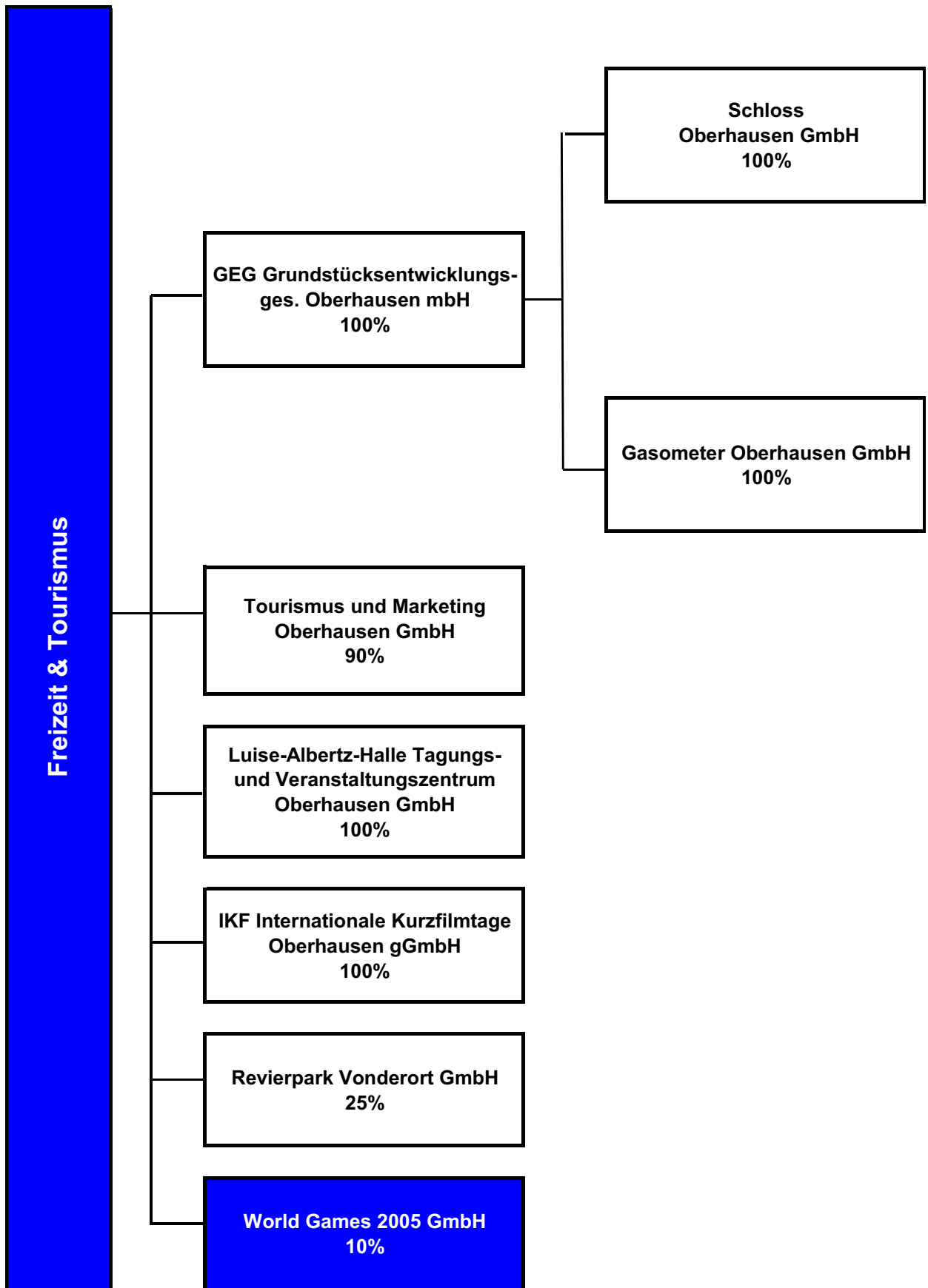
**Gewinn- und Verlustrechnung
Revierpark Vonderort GmbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 ¹⁾ Plan/TEUR
Umsatzerlöse	1.952	2.681	2.430	2.339	2.230	2.076
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	948	897	851	906	839	1.236
Summe Erträge	2.900	3.578	3.281	3.245	3.069	3.312
Materialaufwand	-2.067	-1.235	-1.207	-1.112	-1.161	-1.217
Personalaufwand	-1.546	-1.670	-1.721	-1.648	-1.558	-1.461
Abschreibungen	-425	-418	-388	-316	-300	-316
sonstige betriebliche Aufwendungen	-385	-463	-387	-329	-361	-491
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-17	-12	-4	0	0
Summe Aufwendungen	-4.424	-3.803	-3.715	-3.409	-3.380	-3.485
Zinsen und ähnliche Erträge	60	10	11	17	31	20
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.464	-215	-423	-147	-280	-153
außerord. Aufwendungen / Erträge	0	0	0	0	0	0
sonstige Steuern	-5	-4	-94	-5	-5	-10
Jahresergebnis	-1.469	-219	-517	-152	-285	-163

1) noch nicht genehmigt

Kennzahlen Revierpark Vonderort GmbH

Kennzahlengruppe Kennzahl	in	Geschäftsjahren					Tendenz
		2002	2003	2004	2005	2006	
Finanzierung							
Eigenkapitalquote	%	72,6	77,3	83,8	85,0	86,3	+13,7
Anlagendeckung	%	88,2	97,7	101,9	119,7	134,8	+46,6
Anlagendeckung 2	%	88,2	97,7	101,9	119,7	134,8	+46,6
Abschreibungsquote	%	3,1	3,1	3,1	2,4	2,4	-0,7
Durchschnitt über 3 Jahre	%			3,1	2,9	2,6	+2,6
Liquidität							
Liquidität 1. Grades	%	36,9	104,8	114,3	227,9	315,2	+278,3
Liquidität 2. Grades	%	96,9	114,6	156,8	236,7	341,5	+244,6
Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität	%	-43,8	-6,2	-12,5	-4,0	-7,8	+36,0
Umsatzrentabilität	%	-75,2	-8,2	-21,3	-6,5	-12,8	+62,4
Personalaufwandsquote	%	24,9	43,9	46,3	46,9	46,1	+21,2
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	44,4	63,8	56,5	60,0	67,6	+23,2





Kruppstr.30
 47051 Duisburg
 Telefon 0203/283-2005
 Telefax 0203/9976245
 Email: info@worldgames2005.de

Geschäftsführung
 Adolf Sauerland
 Dr. Peter Langner

www.worldgames2005.org

gegründet:	2002 Stamm-
kapital	25.000,00 EUR
Beteiligung der Stadt	2.500,00 EUR (10 %)

weitere Gesellschafter

Stadt Duisburg	15.000,00 EUR (60 %)
Stadt Bottrop	2.500,00 EUR (10 %)
Stadt Mülheim	2.500,00 EUR (10 %)
RVR	2.500,00 EUR (10 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der World Games 2005 und die damit verbundene generelle Förderung des Sports auf der Grundlage des zwischen der International World Games Association (WGA) und der Stadt Duisburg abgeschlossenen Ausrichtungsvertrages vom 25.10.2000.

Wichtige Verträge

- Ausrichtungsvertrag mit der International World Games Association (WGA) vom 25.10.2000.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Apostolos Tsalastras

Beirat

Rainer Enzweiler	Stadt Duisburg	Vorsitzender
Dr. Johannes Eulerling	LSB NRW	stellvertretender Vorsitzender
Heribert Mettler	Stadt Duisburg	
Lore Jacobi	Stadt Bottrop	
Michael Gerdes	Stadt Bottrop	
Josef Loege	Stadt Oberhausen	
Willi Budde	Stadt Mülheim a. d. Ruhr	
Joachim Neuser	Projekt Ruhr GmbH	
Siegfried Döring	RVR	
Dietmar Hiersemann	MSWKS NRW	
Joachim Neusser	Projekt Ruhr GmbH	
Klaus Pöhle	Bundesministerium des Inneren	

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/EUR	2006 Ist/EUR	2007 Plan/EUR
5500.7189.000 *Übernahme der Kosten für die Tanzveranstaltung	0	0	91.999*	10.000**	0
5500.7189.000 **Verlustausgleich gemäß Gesellschaftsvertrag					

Lagebericht 2006

„A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Gemäß Beschluss des Rates der Stadt Duisburg vom 13.05.2002 wurde zur Durchführung der World Games 2005 die „World Games 2005 GmbH“ gegründet.

Mit der Durchführung der World Games im Jahr 2005 war der Betriebszweck erfüllt. Bereits Ende 2005 wurde mit den Arbeiten zur Auflösung der GmbH begonnen. Die Anfang 2006 noch vorhandenen 8 Mitarbeiter wurden im Laufe des Jahres bis auf einen zurückgeführt.

Die Haupttätigkeiten im Jahr 2006 waren der Verkauf des noch vorhandenen Vermögens, die steuerliche Abwicklung, die Abrechnung mit Sponsoren und Zuschussgebern sowie die Berichterstattung an die beteiligten Verbände. Im April wurde auf dem Kongress der Weltsportpräsidenten ein letztes Resümee abgegeben. Im Dezember wurde damit begonnen, die Liquidation der GmbH vorzubereiten, die bis Anfang 2008 erfolgen soll.

B. Darstellung der Lage

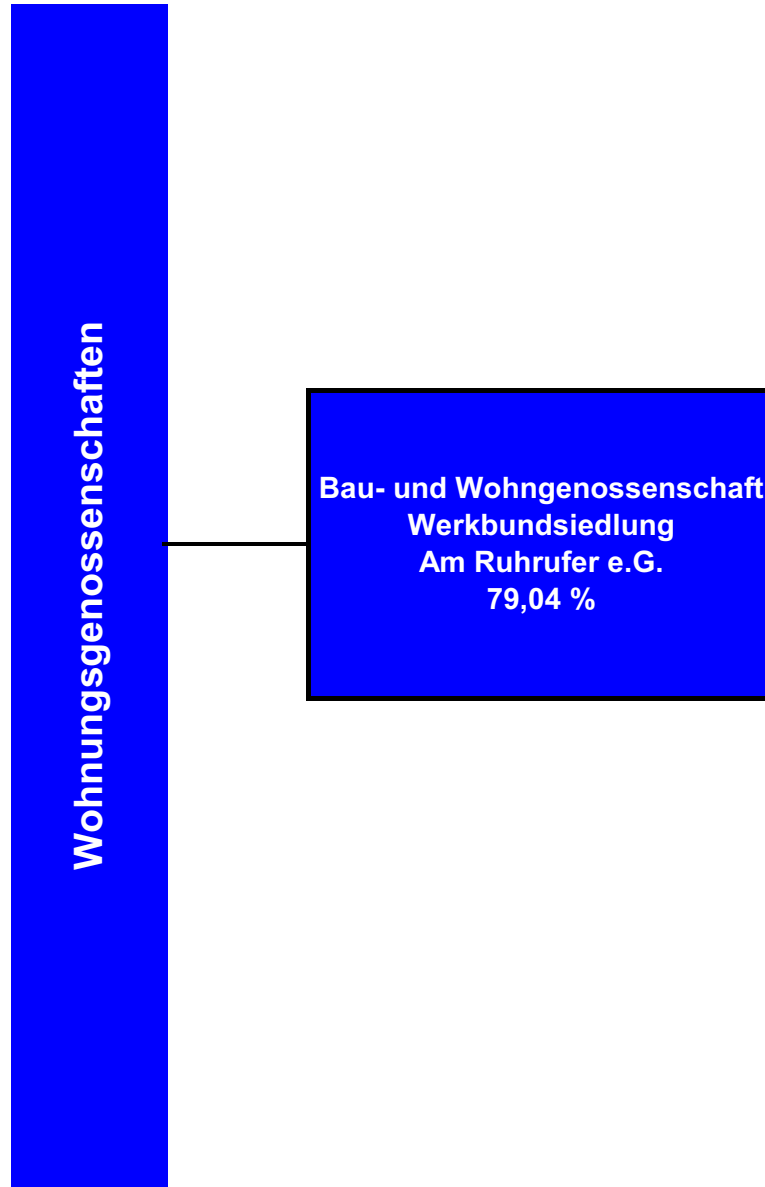
1. Ertragslage

Der Jahresabschluss weist einen Überschuss in Höhe von 132 TEUR aus. Der Wirtschaftsplan sah für das Jahr 2006 einen Fehlbetrag in Höhe von 52 TEUR vor.

Zum 31. Dezember 2005 wird eine bilanzielle Überschuldung von 1.418 TEUR ausgewiesen. Unser Hauptgesellschafter hat hinsichtlich eines gewährten Darlehens einen Rangrücktritt erklärt.

C. Risikobericht

Es sind derzeit keine Risiken mehr erkennbar, da alle Abrechnungen erfolgt sind. Im Rahmen der vorgeschriebenen Veröffentlichungen zur Liquidation wird sich herausstellen, ob noch derzeit nicht erhobene Ansprüche gestellt werden.“



Bau- und Wohngenossenschaft Werkbundsiedlung am Ruhrfer e.G.

Hauerweg 16
46049 Oberhausen
Telefax 0208 / 84 86 464

Vorstand
Hartmut Böhm
Gerd Vatterot

gegründet:	1988
gezeichnetes Kapital	212.186,12 EUR
Beteiligung der Stadt	167.703,74 EUR (79,04 %)
Anzahl der Mitglieder	53

Unternehmenszweck laut Satzung

Die Genossenschaft befasst sich ausschließlich mit dem Bau und der Bewirtschaftung von Kleinwohnungen für ihre Mitglieder.

Die Genossenschaft errichtet und bewirtschaftet Wohneinheiten und Gemeinschaftsanlagen mit verschiedenen Rechts- und Nutzungsformen im Bebauungsplangebiet Nr. 137 B - Behrenstraße/Fährstraße/Am Ruhrfer Sanierungsgebiet Zeche Alstaden.

Sie überläßt diese Wohneinheiten zu angemessenen Preisen den Genossen.

Ziel der Genossenschaft ist es, den Genossen Gestaltungsmöglichkeiten beim Bau und der Nutzung der Wohnhäuser und der Gemeinschaftsanlagen durch Selbstbestimmung und -verwaltung zu ermöglichen. Die alleinige Aufgabe der Genossenschaft ist der Bau und die spätere Verwaltung und Erhaltung der gemeinschaftlich geschaffenen Wohnanlage.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Genossenschaftsversammlung

Maria Guthoff

Aufsichtsrat

Margret Hammen

Aufsichtsratsvorsitzende

Werner Nagel

Harald van Bremen

Ute van Suntum

Stefan Mühle

Ein/e Vertreter/in der Stadt Oberhausen ist nicht bestellt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/EUR	2004 Ist/EUR	2005 Ist/EUR	2006 Ist/EUR	2007 Plan/EUR
6210.2100.000 Zinsen	0	0	0	0	0

Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2006

Allgemeines

Unter dem Motto "Privat vor Staat" will die Landesregierung Ihre Wohnungsgesellschaft LEG meistbietend veräußern und plant zudem den § 107 Gemeindeordnung derart zu verschärfen, dass Kommunen sich künftig nur noch dann wirtschaftlich betätigen dürfen, wenn die kommunalen Leistungen von keinem privaten Anbieter in vergleichbarer Form erbracht werden können. Dadurch würden sämtliche Betriebe der Gemeinwirtschaft, einschliesslich der kommunalen Wohnungsunternehmen, im schärfer werdenden Wettbewerb mit der Privatwirtschaft zusätzlich benachteiligt und bedroht.

Die landeseigene LEG und die kommunalen Wohnungsunternehmen sichern die Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Wohnraum und nehmen wichtige Aufgaben im Bereich der Stadtentwicklung wahr. Angesichts des demographischen Wandels und des Anstiegs pflegebedürftiger Menschen, sind kommunale Wohnungsunternehmen für die Schaffung generationsgerechter und preiswerter Wohnungen unentbehrlich.

Wir haben uns als GAR engagiert und einmütig gegen den Verkauf der LEG eingesetzt und zahlreiche Unterschriften im Rahmen der Volksinitiative NRW gesammelt. Ebenso unmissverständlich bringen wir uns ein gegen die Verschärfung des Gemeinwirtschaftsrechts und unterstützen die Initiative " Kommunalwirtschaft stärken - Zukunft der Städte sichern ".

Wir wollen, dass die Kommunen öffentliche Aufgaben selbst wahrnehmen dürfen und nicht jegliche Gestaltungskraft verlieren.

Die uneingeschränkte Beibehaltung kommunalen Eigentums betrifft uns als GAR und alle Bürgerinnen und Bürger in NRW.

Trotz fortschreitendem Bevölkerungsrückgang und einhergehender schwieriger Vermietungssituation, war im Jahre 2006 der bewirtschaftete Wohnraum der GAR durchweg vermietet, es entstanden keine Mietausfälle. Die GAR konnte somit ihre Position am Oberhausener Wohnungsmarkt auch im Berichtsjahr 2006 behaupten.

Die Lage auf dem Kapitalmarkt ist weiterhin durch ein im langjährigen Vergleich außergewöhnlich niedriges Zinsniveau gekennzeichnet. Für 2007 wird ein moderater Zinsanstieg erwartet.

Die seit Sommer 2005 anziehende Baunachfrage hat sich 2006 in Umsatzzuwächsen in der Bauwirtschaft niedergeschlagen. Für das Jahr 2006 wurde verglichen mit 2005 ein Umsatzplus von 7% ermittelt. Für 2007 wird ein Umsatzplus von 3,5% erwartet.

Der Konjunkturaufschwung hat ebenso den Bauarbeitsmarkt erreicht. Seit Mitte 2006 ist ein stetiger Beschäftigungsaufbau zu beobachten. Im Dezember 2006 waren 718.000 Personen im Bauhauptgewerbe beschäftigt, 9.700 mehr als Ende 2005.

Haus u. Wohnungsbestand

Die Genossenschaft bewirtschaftet 15 Wohnungen in Einfamilienhausqualität sowie 1 Mehrfamilienhaus mit angeschlossener offener Begegnungsstätte sowie 11 Carports. Aus der Vermietung der Wohnungen und Carports entstanden 2006 keine Ausfälle.

Der Landtag von NRW hat am 17.Mai 2006 ein Fehlbelegungsrechtänderungsgesetz beschlossen.

Danach wurde die Ausgleichszahlung rückwirkend zum 01.01.2006 abgeschafft. Die GAR bewirtschaftet zum 31.12.2006 noch 4 WE sowie das Mehrfamilienhaus Hauerweg 16a aus öffentlich geförderten Mitteln.

Die Wohnungsmarktlage im Berichtsjahr war wiederum von einem Angebotsüberhang geprägt. Eine Besserung ist hier auch für das Jahr 2007 nicht in Sicht. Eine negative Auswirkung auf unsere Vermietungssituation befürchten wir indes nicht.

Instandhaltung

Die Bestandspflege wurde im Geschäftsjahr 2006 auf ähnlichem Niveau wie die des Jahres 2005 fortgeführt.

Schwerpunkt bildeten Instandhaltungsarbeiten im Heizungs/Sanitärbereich der Wohneinheit Hauerweg 16a mit insgesamt aufgewendeten € 1.557,01. Daneben wurden für Kleinreparaturen und Baumaterialien € 1.198,14 ausgegeben, sodass sich die Gesamtaufwendungen in diesem Bereich auf € 2.755,15 addierten (Vorjahr € 3.585,85 für Kleinreparaturen)

Für das Jahr 2007 sind u.a. Maler- u. Lackierarbeiten in einer Größenordnung von ca. € 8.000,- geplant.

Mitgliederbewegung

Zum Ende des Jahres 2006 zählt die Genossenschaft unverändert zum Geschäftsjahr 2005 53 Mitglieder mit 830 Geschäftsanteilen.

Rechnungswesen/Jahresabschluß

Die Aufzeichnung aller buchungspflichtigen Geschäftsvorfälle wurde 2006 mit Hilfe eines

Personalcomputers und einem entsprechenden Softwarepaket eigenständig durchgeführt.

Der Kontenrahmen wurde nach dem Kontenrahmen für die Wohnungswirtschaft aufgebaut. Den Jahresabschluß haben wir selbst aufgestellt, um die Fremdkosten niedrig zu halten.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage ist geordnet. Die langfristigen Vermögensgegenstände sind durch langfristige Fremdmittel und Eigenkapital fristgerecht finanziert. Der Anteil des Eigenkapitals an der gesamten Unternehmensfinanzierung beträgt rund 26% (Vorjahr 25%). Das Eigenkapital konnte aus dem Jahresüberschuß 2006 wiederum gestärkt werden.

Die Zahlungsbereitschaft war 2006 gegeben. Es wurden alle Verpflichtungen erfüllt. Aufgrund der Finanzplanung ist die Zahlungsbereitschaft auch für das Jahr 2007 gesichert.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2006 schließt mit einem Jahresüberschuß von € 14.095,98 ab (Vorjahr € 16.057,05).

Der Jahresüberschuß resultiert aus der Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes und 11 Carports sowie sonstigen betrieblichen Erträgen und erreichte somit nahezu das Vorjahresniveau.

Notwendige laufende Instandhaltungsmaßnahmen wurden erledigt. Im übrigen konnten andere Kosten erfolgreich gesenkt werden. Aus dem Jahresüberschuß konnte ein Betrag von € 13.409,60 in die Rücklagen eingestellt werden. Danach verblieb ein Bilanzgewinn von € 1.698,60. Er soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Verwaltung und Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes stellt unverändert den Schwerpunkt der Tätigkeit unserer Genossenschaft dar. Den Entwicklungen und der Risikobeurteilung in diesem Beobachtungsbereich kommt deshalb größere Bedeutung zu.

Unsere 18 preiswerten Wohnungen waren im Berichtsjahr sämtlich vermietet. Es gab keine Mietausfälle, obwohl die Nachfrage auch in Oberhausen zurückgegangen ist. Wir erwarten bei einem Mieterwechsel keinen längeren Leerstand und sehen deshalb keine

wesentlichen Risiken, die die wirtschaftliche Entwicklung der Bau und Wohngenossenschaft Entwicklung in den nächsten Jahren beeinträchtigen.

Insbesondere sind auch keine wesentlichen Risiken erkennbar, die den Fortbestand unserer Genossenschaft gefährden könnten. Andererseits bestehen auch keine wesentlichen Chancen zur Verbesserung der Lage der Genossenschaft.

Im finanzwirtschaftlichen Bereich ist die durch die Ablösung der öffentlichen Mittel gestiegene Zinsbelastung im Fokus der Betrachtung. Zur Begrenzung des Risikos betreibt die Genossenschaft Werkbundsiedlung am Ruhrufer ein zielgerichtetes Finanzmanagement.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung im Sinne von § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB sind nach dem 31.12.2006 nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Genossenschaft geht auch für die nächsten Jahre von der Vermietung aller 18 Wohneinheiten aus. Die Bestandspflege und zweckmäßige Ergänzungen können wir mit der Hilfe unserer Mietergenossen durchführen. Mögliche Risiken sind überschaubar. Wesentliche Chancen zur Verbesserung sehen wir nicht.

Schlußbemerkung

Der Vorstand ist der Auffassung, daß auch im Jahr 2006 erfolgreiche Arbeit geleistet worden ist. Das gute Ergebnis ist zu einem großen Teil der Einsatzfreude aller Mieter unserer Siedlung zu verdanken. Der Vorstand appelliert an die Solidarität aller Genossen für die weitere gute Zusammenarbeit.

Oberhausen, 31. März 2007

Der Vorstand

Hartmut Böhm

Gerd Vatterot

Erwin Joerchel

Bilanz
Werkbundsiedlung e.G.

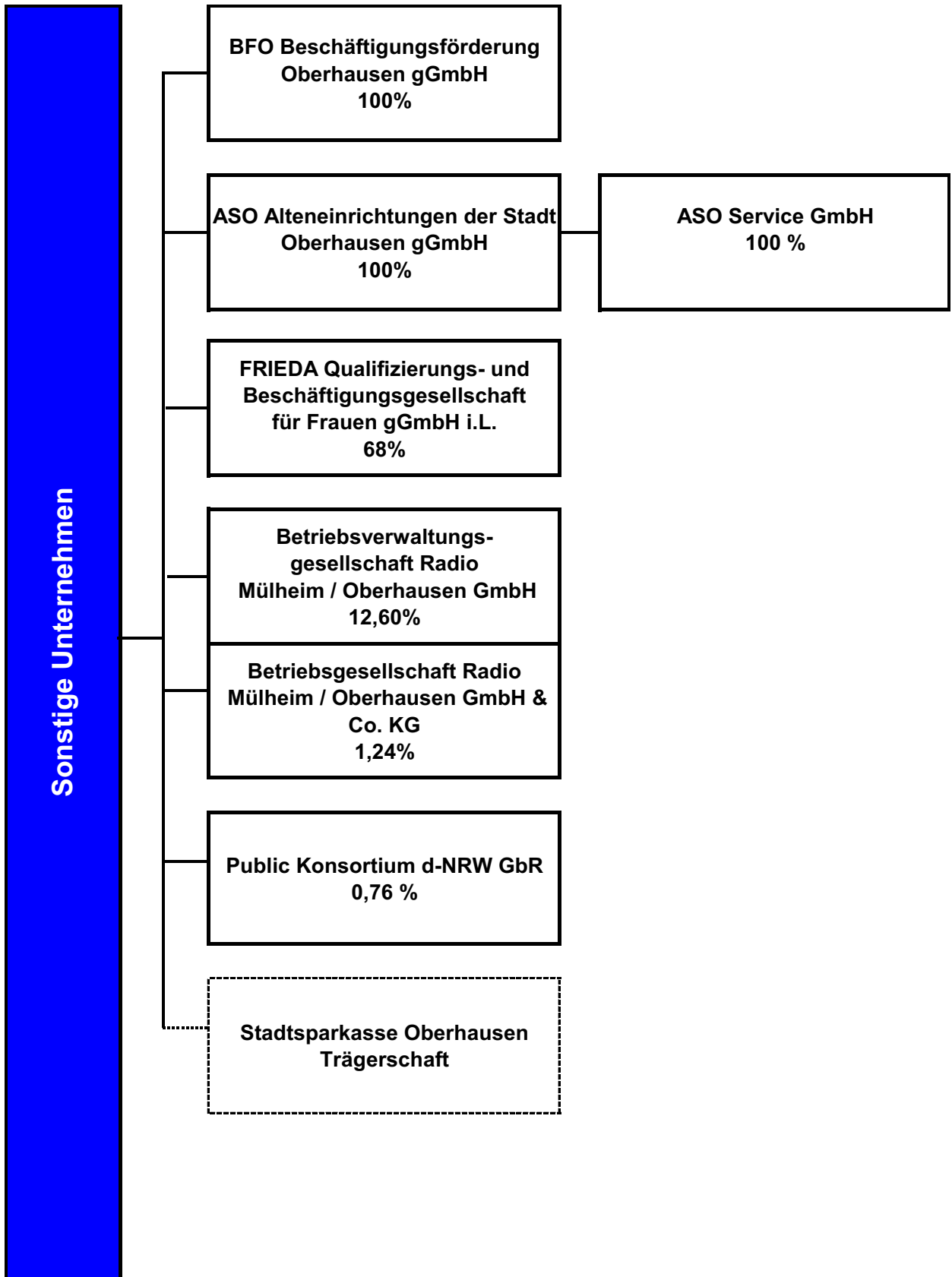
	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2006
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	1.373	1.363	1.364	1.428	1.405
Sachanlagen	1.373	1.363	1.364	1.428	1.405
sonstiges	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	92	92	157	87	112
Vorräte	25	26	26	27	30
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	1	0
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	67	66	131	59	82
Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2	2	2
SUMME AKTIVA	1.467	1.457	1.523	1.517	1.519
Passiva					
Eigenkapital	323	345	370	386	400
gezeichnetes Kapital	213	212	212	212	212
Rücklagen	109	132	157	173	186
Bilanzgewinn/Verlust	1	1	1	1	2
Rückstellungen	24	25	26	26	22
Verbindlichkeiten	1.119	1.087	1.125	1.103	1.083
kurzfristig	26	27	27	27	41
mittelfristig	35	22	19	16	36
langfristig	1.058	1.038	1.079	1.060	1.006
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	2	2	14
SUMME PASSIVA	1.467	1.457	1.523	1.517	1.519

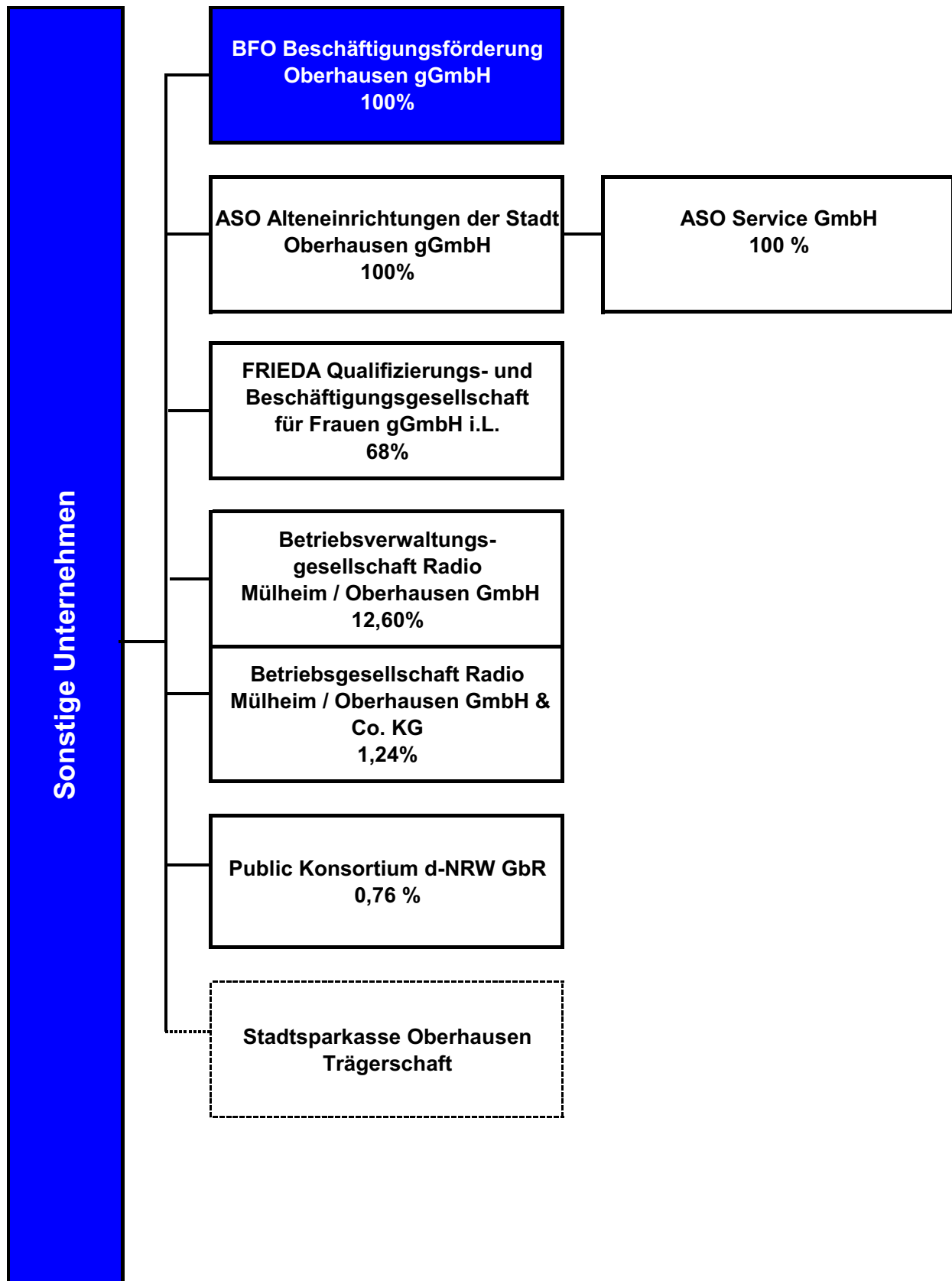
Gewinn- und Verlustrechnung Werkbundsiedlung e.G.

	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	123	124	124	128	98
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	1	-1	1	3	31
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	0	0
Summe Erträge	124	123	125	131	129
Materialaufwand	-44	-40	-47	-42	-37
Personalaufwand	0	0	0	0	0
Abschreibungen	-18	-18	-23	-23	-23
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-3	-4	-5	-14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-30	-34	-32	-44	-38
Summe Aufwendungen	-98	-95	-106	-114	-112
Zinsen und ähnliche Erträge	1	2	2	2	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	27	30	21	19	19
sonstige Steuern	-5	-5	-5	-5	-6
Jahresergebnis	22	25	16	14	13

Kennzahlen Werkbundsiedlung e.G.

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		22,0	23,7	24,3	25,4	26,3	+4,3
Anlagendeckung	%		23,5	25,3	27,1	27,0	28,5	+4,9
Anlagendeckung 2	%		100,6	101,5	106,2	101,3	100,1	-0,5
Abschreibungsquote	%		1,2	1,1	1,1	1,3	1,6	+0,4
Durchschnitt über 3 Jahre	%		1,2	1,2	1,1	1,2	1,3	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		257,7	244,4	485,2	218,5	200,0	-57,7
Liquidität 2. Grades	%		257,7	244,4	485,2	222,2	200,0	-57,7
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		9,9	7,8	8,1	5,4	4,8	-5,2
Umsatzrentabilität	%		22,1	17,9	20,2	12,9	10,9	-11,2
Personalaufwandsquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0







Essener Str. 57
46047 Oberhausen
Telefon 0208 / 825 - 3863
Telefax 0208 / 825 - 3891

Geschäftsführung
Achim Kawicki

gegründet:	2000
Stammkapital	25.000,00 Euro
Beteiligung der Stadt	25.000,00 Euro (100%)
weitere Gesellschafter	keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Gegenstand des Unternehmens ist

die aktive Beschäftigungsförderung, die sich an die am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen richtet, insbesondere an

- Sozialhilfeempfänger/innen, die aufgrund Arbeitslosigkeit oder unzureichenden Erwerbseinkommens Sozialhilfe beziehen,
- Arbeitslose, die von Sozialhilfebedürftigkeit bedroht sind,
- Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schul- und/oder Bildungsabschluss
- Berufsrückkehrer/innen nach der Familienphase.

Die Gesellschaft erfüllt einen öffentlichen Zweck im Sinne von § 107 GO NW.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Rechtsgeschäften berechtigt, durch die der vorgenannte Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Die Realisierung der Aufgaben erfolgt insbesondere unter Zuhilfenahme von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen und fachlicher Anleitung.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Wichtige Verträge

- Vereinbarung mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00 (Leistungsvertrag)
- Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 20.12.00
- Leistungsvertrag mit der OGM GmbH vom 05.03.2001

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Reinhard Frind

Aufsichtsrat

Kirsten Oberste-Kleinbeck	Vorsitzende
Andreas Schneider	stellvertretender Vorsitzender
Beatriks Brands	
Thomas Dißelmeyer	
Werner Groß-Mühlenbruch	
Helga Grothe	
Lothar Grill	
Christian Heckhoff (bis 12.11.2006)	
Gerd Holtz	
Angelika Jäntschi	
Jochen Kamps	
Dr. Udo Kelsch	
Peter Koppers	
Claudia Leischen	
Frank Motschull	
Hans-Jürgen Nagels	
Dorothee Radtke	
Bernd Reinemann (ab 13.11.2006)	
Hermann-Josef Schepers	
Brigitte Siodmak **	
Bernhard Sporkmann	
Claudia Stappert	

Dagmar Vogel
Ulrike Willing-Spielmann

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	580	618	565	138	96

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
8430.7150.000/ 9500150410 Zuschüsse an öff. wirtsch. Unternehmen	1.423	1.447	818	670	699
Maßnahmenzuschüsse aus verschiedenen HSt.	8.993	9.119	3.665	114	277

Lagebericht der Geschäftsführung

Die BFO Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH (BFO) wurde im Rahmen der konkreten Umsetzung des neuen Sozialgesetzbuches II (SGB II) – auf der Grundlage des § 9 Abs. 2 des Vertrages über die Gründung und Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft in Oberhausen vom 16.11.2004 – mit der Organisation und Koordination sämtlicher von der ARGE bewilligten Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II beauftragt. In den Jahren 2004 und 2005 mussten diese auch für die BFO fundamentalen Änderungen vorgenommen werden. Basis für die konkrete Umsetzung war - und ist - hierbei das von der BFO erarbeitete und von den Akteuren einvernehmlich verabschiedeten Konzept „Neue Oberhausener Arbeit (NOA)“, in dem auch die Eckpunkte der notwendigen sozialen Betreuung und Qualifizierung der Teilnehmer/innen an den Arbeitsgelegenheiten festgelegt werden.

Gute Kontakte zu den örtlichen Beschäftigungsträgern, die bis dahin gesammelten Erfahrungen, insbesondere in der passgenauen Vermittlung und in der sozialen Begleitung der Maßnahmeteilnehmer/innen, das große Engagement der Oberhausener Beschäftigungsträger und die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft SODA, haben dazu beigetragen, diesen Umstellungsprozess

erfolgreich abzuschließen. So standen zum 31.12.2006 für 894 besetzbare Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante nach § 16 Abs. 3 SGB II (inkl. befristete Sonderprogramme) 1.119 Einsatzmöglichkeiten in den unterschiedlichsten Bereichen zur Verfügung. Insbesondere die durch dieses breit gefächerte Angebot möglichen individuellen Vermittlungen, haben es möglich gemacht, im Jahr 2006 insgesamt 1.263 Oberhausener Bürger/innen alleine in diese Arbeitsgelegenheiten zu vermitteln. Die nachfolgende Tabelle, die die Maßnahmezahlen der für die BFO "wesentliche" Programme in den Jahre 2005 und 2006 gegenüberstellt, ist ein weitere Beleg für die erfolgreiche Arbeit:

Vergleich 2005 / 2006

Maßnahme	2005	2006
§ 16 Abs. 3 SGB II "Mehraufwandsvariante"	1.235	1.263
§ 16 Abs. 3 SGB II "Entgeltvariante"	0	51
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	18	92
Übergänge in den 1. Arbeitsmarkt	82	121
	1.335	1.527

In allen Vermittlungsfällen hat im Vorfeld der Vermittlung eine Beratung und wenn notwendig eine Betreuung durch die Fachkräfte der BFO stattgefunden. Bei aufgetretenen Schwierigkeiten nach Einsatzbeginn wurde durch die pädagogischen Fachkräfte der BFO versucht, einen Abbruch zu verhindern.

Häufig konnten die aufgetretenen Schwierigkeiten gemeinsam gelöst werden, in einigen Fällen war das Vertrauensverhältnis zwischen Einsatzstelle und dem Maßnahmeteilnehmer/ der Maßnahmeteilnehmerin jedoch so gestört, dass ein Abbruch nicht mehr verhindert werden konnte.

Die Inhalte der Qualifizierungen richten sich nach den individuellen Bedürfnissen der Teilnehmer/innen. Im Hinblick auf die bereits erworbenen fachlichen und sozialen Kompetenzen werden in Bezug auf das anvisierte Tätigkeitsfeld auf dem 1. Arbeitsmarkt die hierfür förderlichen Qualifizierungen durchgeführt. Viele Teilnehmer/innen haben keine Berufsausbildung und sind den Strukturen des Arbeitsmarktes entwöhnt, so dass die Qualifizierungen für diesen Personenkreis zunächst sehr niedrigschwellig angelegt sein müssen. Schwerpunkte sind die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, um die persönlichen Voraussetzungen für einen Verbleib im Arbeitsmarkt zu schaffen oder um alternative berufliche Perspektiven zu eröffnen.

Im Jahr 2006 konnten insgesamt 1.297 Maßnahmeteilnehmer/innen in 124 Projekten qualifiziert werden. Weitere 62 Maßnahmeteilnehmer/innen erhielten eine individuelle Qualifizierung.

Ausblick

Aufgrund der in den Jahren 2005 bis 2006 geleisteten guten Arbeit, hat die Arbeitsgemeinschaft SODA frühzeitig über den Rahmen der Zusammenarbeit mit der

BFO bis zum 31.12.2007 entschieden. Die Platzkontingente für die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante und in der Entgeltvariante wurden einvernehmlich bis zu diesem Datum festgelegt. Diese Kontinuität in der Aufgabenstellung hat weiter zu einer Verstetigung der fachlichen Arbeit geführt.

Um frühest möglich Planungssicherheit zu erhalten und eine möglichst nahtlose Fortführung der Arbeit der BFO zu gewährleisten, gilt es jetzt, frühzeitig die "Platzkapazitäten" und die "Rahmenbedingungen" für das Jahr 2008 zu verhandeln und festzulegen.

Darüber hinaus, steht derzeit die Schaffung eines so genannten "Sozialen Arbeitsmarktes" für leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose bundesweit in der Diskussion. Dabei geht es darum, für einen Personenkreis, der zwar erwerbsfähig ist, aber wegen persönlicher Leistungsminderung voraussichtlich dauerhaft nicht in den regulären Arbeitsmarkt vermittelt werden kann, zusätzliche öffentliche Beschäftigung zu schaffen. Die BFO wird sich darum bemühen, neben dem bisherigen Angebot an Arbeitsgelegenheiten nach dem SGB II auch auf diesem Feld tätig zu werden. Sobald die Rahmenbedingungen für den "Sozialen Arbeitsmarkt" feststehen, wird die BFO entsprechende Gespräche führen.

Fazit

Abschließend bleibt festzustellen, dass es in Oberhausen gelungen ist, die bis zum 31.12.2004 insbesondere auf der Basis des BSHG basierende „Kommunale Beschäftigungsförderung“ und damit die BFO in den Umsetzungsprozess des SGB II einzubinden und zu etablieren. Konkrete Risiken für den Bestand der BFO sind vor dem geschilderten Hintergrund derzeit nicht erkennbar.

Oberhausen, 11.05.2007

gez. A. Kawicki
Geschäftsführer

Bilanz
BFO gGmbH

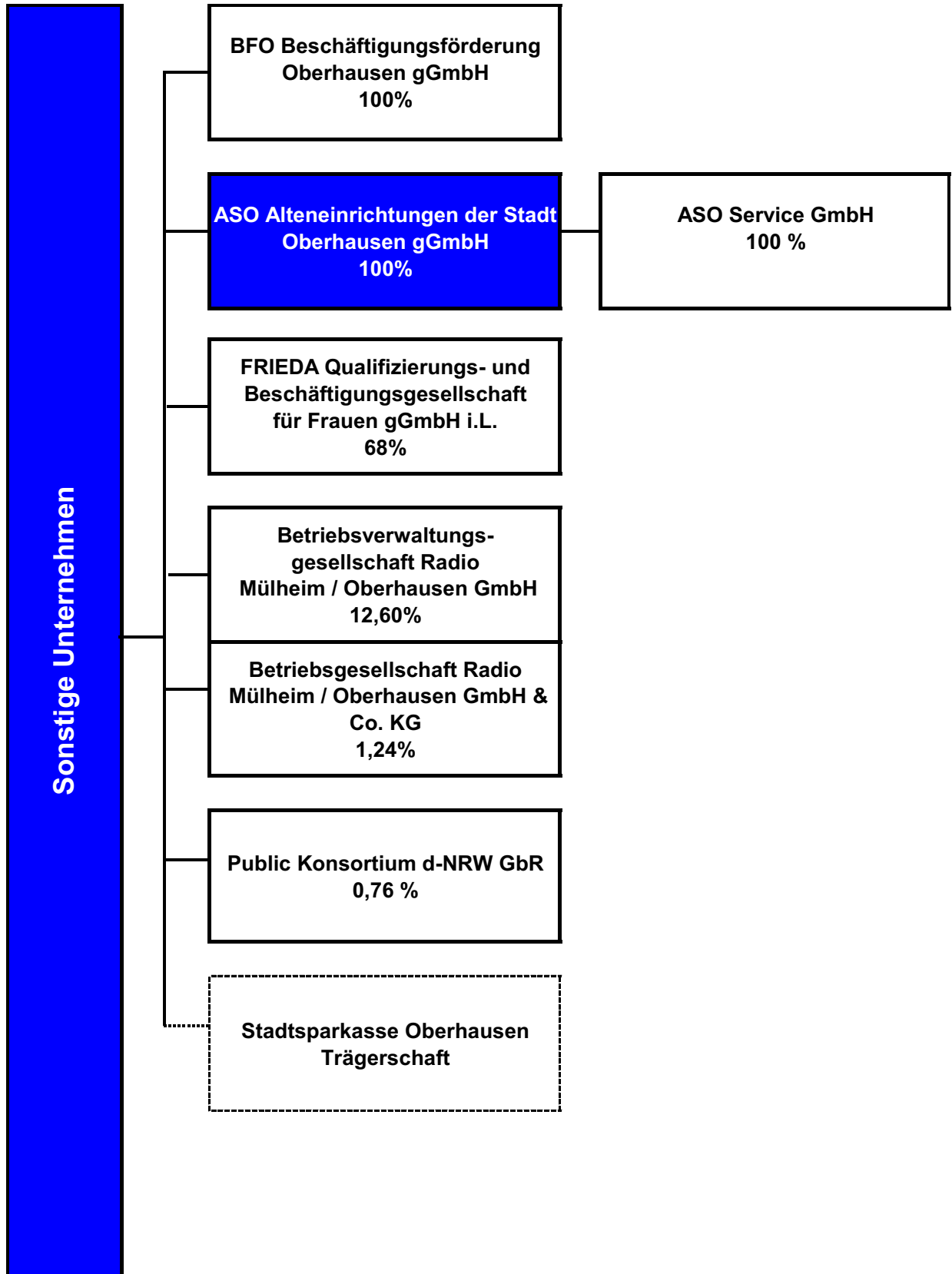
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	16	15	11	13	32
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	0	0	0
Sonstiges	15	14	11	13	32
Umlaufvermögen	812	1.098	1.186	647	1.434
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	83	75	1.133	303	142
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	729	1.023	53	344	1.292
Rechnungsabgrenzungsposten	19	36	14	10	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	847	1.149	1.211	670	1.466
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	207	231	232	217	188
gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Rücklage nach § 58 Abs. 6 AO	182	206	207	192	163
Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0	0	0
Rückstellungen	120	227	39	122	245
Verbindlichkeiten	177	330	938	331	580
kurzfristig	177	330	938	331	580
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	343	361	1	0	453
SUMME PASSIVA	847	1.149	1.210	670	1.466

**Gewinn- und Verlustrechnung
BFO gGmbH**

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	0	0	0	0	0	0
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	12.885	13.107	13.144	5.469	2.751	6.044
Summe Erträge	12.885	13.107	13.144	5.469	2.751	6.044
Materialaufwand	-210	-371	-393	-181	-318	-358
Personalaufwand	-12.338	-12.347	-12.392	-4.999	-2.188	-5.409
Abschreibungen	-5	-8	-10	-5	-27	-8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-361	-360	-350	-301	-257	-281
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-12.914	-13.086	-13.145	-5.486	-2.790	-6.056
Zinsen und ähnliche Erträge	7	3	2	3	10	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-22	24	1	-14	-29	-12
sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-22	24	1	-14	-29	-12

Kennzahlen BFO gGmbH

Kennzahlengruppe		in	2002	2003	2004	2005	2006	Tendenz
Kennzahl								
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		24,4	20,1	19,2	32,4	12,8	-11,6
Anlagendeckung	%		1.293,8	1.540,0	2.109,1	1.669,2	587,5	-706,3
Anlagendeckung 2	%		1.293,8	1.540,0	2.109,1	1.669,2	587,5	-706,3
Abschreibungsquote	%		19,5	24,1	26,6	11,7	30,4	+10,9
Durchschnitt über 3 Jahre	%		16,9	24,9	23,4	20,8	22,9	
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		411,9	310,0	5,7	103,9	222,8	-189,1
Liquidität 2. Grades	%		458,8	332,7	126,4	195,5	247,2	-211,5
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		-10,6	10,4	0,4	-6,5	-15,4	-4,8
Umsatzrentabilität	%		./.	./.	./.	./.		./.
Personalaufwandsquote	%		95,5	94,4	94,3	91,1	78,4	-17,1
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		./.	./.	./.	./.	./.	./.





Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen
Telefon 0208 / 6911
Telefax 0208 / 691770

Geschäftsführung
Udo Spiecker

gegründet	2002
Stammkapital	25.000,00 EUR
Beteiligung der Stadt	25.000,00 EUR (100 %)

Beteiligungen

keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Zweck der Gesellschaft ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen. Zu diesem Zweck betreibt die Gesellschaft Altenpflegeheime. Darüber hinaus bewirtschaftet die Gesellschaft Alten- und Betreuerwohnungen und betreibt eine Tagespflegeeinrichtung.

Wichtige Verträge

- Pachtverträge mit dem Eigenbetrieb Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
- Heimverträge gemäß § 5 Heimgesetz
- Versorgungsverträge nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches zur stationären Pflege, zur Kurzzeitpflege und zur teilstationären Pflege
- Mietverträge

- Betreuungsverträge
- Leistungsvertrag nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches zur häuslichen Pflege
- Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 27.05.2002
- Überleitungstarifvertrag
- Überleitungsvertrag vom 17.12.2001
- Dienstleistungsvertrag mit der ASO Service GmbH

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Reinhard Frind

Dem Aufsichtsrat gehörten zum 31. Dezember 2006 an:

Kirsten Oberste-Kleinbeck

Vorsitzende

Andreas Schneider

stellvertretender Vorsitzender

Beatriks Brands

Thomas Dißelmeyer

Werner Groß-Mühlenbruch

Helga Grothe

Lothar Grüll

Gerd Holtz

Angelika Jäntsich

Jochen Kamps

Dr. Udo Kelsch

Peter Koppers

Claudia Leischen

Frank Motschull

Hans-Jürgen Nagels

Hans-Georg Poß***

Dorothee Radtke

Bernd Reinemann

Hans-Otto Runkler

Hermann-Josef Schepers

Bernhard Sporkmann

Claudia Stapert
Dagmar Voegel
Ulrike Willing-Spielmann

Mitarbeiter

	2002	2003	20034	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	517	487	382	369	369*

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die ASO gGmbH benötigt keine städtischen Zuschüsse.

ASO Alteneinrichtungen der
Stadt Oberhausen gGmbH
Oberhausen

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Lagebericht 2006

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen.

Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO-Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH.“ Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100 %ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“.

1.2 Entwicklung der Rahmenbedingungen

Die Ende 2003 erzielten Verhandlungsergebnisse mit den Kostenträgern haben sichergestellt,

dass der in den Vorjahren praktizierte Personalschlüssel insbesondere im Pflegedienst auch im Berichtsjahr der Personalbemessung zugrunde gelegt werden konnte.

Das zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene GKV-Modernisierungsgesetz (GMG) hat sowohl für die beiden Einrichtungen als auch für die pflegebedürftigen Betagten zu einschneidenden Konsequenzen geführt. Zu nennen sind hier auf Seiten der Einrichtungen der zusätzliche Verwaltungsaufwand und auf Seiten der Betagten insbesondere die Zuzahlungen zu vielen Gesundheitsleistungen wie Arznei- und Verbandsmittel, Heil- und Hilfsmittel, Fahrtkosten etc.

Die ASO gGmbH hat das so genannte Sondenkosturteil des Bundesgerichtshofes vom 22. Januar 2004 (III ZR 68/03) zeitnah umgesetzt und ab dem 1. März 2004 eine Reduzierung des Unterkunfts- und Verpflegungssatzes in Höhe von 14,5 % des ehemaligen Verpflegungssatzes vorgenommen. Mit Wirkung vom 1. November 2004 an wurden mit den Kostenträgern neue Entgelte zur Kompensation vereinbart.

1.3 Entwicklung des operativen Geschäfts

Im vollstationären Bereich setzte sich die erfreuliche Entwicklung fort, die sich schon im zweiten Halbjahr des vorangegangenen Geschäftsjahres abzeichnete: Die Auslastungsquote stieg kontinuierlich wieder an und konnte jahresdurchschnittlich auf einem Auslastungsniveau in Höhe von 98,12 % gehalten werden. Unverändert schwierig ist die Belegung von 2-Bett-Zimmern insbesondere im Bereich des alten Gebäudebestandes auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung.

Eine vergleichbare Problematik kann zunehmend aber auch im Bereich der 2-Bett-Zimmer des Louise-Schroeder-Heims festgestellt werden.

Planmäßig ist am 20. November 2006 der Ersatzneubau „Haus Bronkhorstfeld“ für Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung von den ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetrieb) an die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH, Oberhausen, übergeben und nach vorheriger Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat unter dem 22. Dezember 2006 für 25 Jahre durch der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH gepachtet worden. Haus I der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung ist in diesem Zuge in „Haus am Brunnen“ umbenannt worden. Die „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ wurde im Geschäftsjahr zwar fertig gestellt, aber erst im Februar 2007 abgenommen. Im August 2005 war vom Aufsichtsrat die Entscheidung über die langfristige Anpachtung dieses Objekts getroffen worden. In Folge wurde am 11. Oktober 2005 auf der Grundlage eines Vertragsangebots seitens des Investors ein Pacht- und Instandhaltungsvertrag über den Zeitraum von 25 Jahren abgeschlossen. Die betriebsfertige Übergabe sowohl des vollstationären Pflegeheims mit 60 Plätzen als auch der teilstationären Tagespflegeeinrichtung mit 12 Plätzen sollte danach spätestens zum 1. Dezember 2006 erfolgen. Das „Tagespflegezentrum am Steigerhaus“ wurde am 27. Dezember 2006 abgenommen und am 2. Januar 2007 seiner Bestimmung übergeben.

Die Auslastung des seit zehn Jahren bestehenden „Louise-Schroeder-Tagespflegezentrums“ lag im Berichtsjahr im Jahresdurchschnitt bei 103,13 %. Der hohe Nutzungsgrad garantierte, dass der teilstationäre Bereich ohne Quersubvention durch andere Betriebszweige betrieben werden konnte. Die hohe Nachfrage nach diesem ASO–Dienstleistungsangebot sollte zugleich ein Garant für die Auslastung des neuen „Tagespflegezentrums am Steigerhaus“ sein.

Der Häusliche Pflegedienst der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung hat sich auch im Berichtsjahr am Oberhausener Pflegemarkt behaupten können. Nach wie vor hat dieser Dienst sein wesentliches wirtschaftliches Standbein in dem betreuten Wohnungsbestand auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung. Der hohe Qualitätsstandard und die im Verhältnis zu vielen anderen ambulanten Diensten attraktive Preisgestaltung führen dazu, dass alle in den betreuten Wohnungen lebenden Mietparteien im Bedarfsfall auf diesen und keinen anderen ambulanten Dienst

zugreifen. Im Interesse der Nachfrage ist in diesem Zusammenhang das zunehmende Kostenbewusstsein auf Seiten der Verbraucher zu begrüßen. Dieses wird dazu führen, dass sowohl von den Pflegebedürftigen als auch von den Angehörigen zunehmend vor Abschluss eines Vertrages Preisvergleiche angestellt und dabei die enorm hohen Preisunterschiede der ambulanten Dienstleister vor Ort durchschaut werden. Bei den abgerechneten Leistungen zeigt sich, dass einem Rückgang im SGB XI-Bereich von ca. 11.800 EUR eine Zunahme im SGB V-Bereich in vergleichbarer Höhe gegenübersteht.

Der erzielte hohe Kostendeckungsgrad wird unter anderem durch die Erlöse des betreuten Wohnens erreicht. Von den insgesamt 172 Seniorenwohnungen werden 168 über den angebotenen Betreuungsvertrag erreicht. Dies entspricht einer Quote von knapp 98 %.

Die Auslastung des vermieteten Wohnungsbestandes lag bei 100 %. Die ungebrochen hohe Nachfrage nach den vom Unternehmen vermieteten Seniorenwohnungen entspricht dem guten Ruf, den sich das Unternehmen insbesondere durch das von ihm entworfene Betreuungskonzept und dessen Umsetzung erarbeitet hat.

Die Ausbildungsbemühungen des Unternehmens wurden im Berichtsjahr noch einmal gesteigert. Wurden im Oktober 2005 16 angehende Altenpfleger/innen beschäftigt, wurden im Oktober 2006 18 angehende Fachkräfte ausgebildet. Aus Wettbewerbsgründen ist davon Abstand genommen worden, zur Finanzierung der Ausbildungskosten neue Entgeltverhandlungen aufzunehmen. Zwischenzeitlich konnte mit den Kostenträgern vereinbart werden, die Entgeltsätze – mit Ausnahme der Investitionskostenanteile – der stationären Pflegeplätze der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung auch auf die 99 neu geschaffenen Plätze im „Haus Bronkhorstfeld“ sowie auf die 60 stationären Plätze der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ zu übertragen. Dieses Verhandlungsergebnis wird es erlauben, auch im Jahre 2007 vergleichbar viele Altenpflege-Azubis einzustellen.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Ertragslage

Die Gesamterträge der ASO gGmbH beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2006 auf 22.556 TEUR.

Die letzte Entgelterhöhung der Pflegesätze in der vollstationären Pflege wurde zum 1. Dezember 2003 vorgenommen.

Beim häuslichen Pflegedienst sind die Erträge aus ambulanter Pflege gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge und Leistungserlöse lagen im erwarteten Bereich. Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um den Jahresüberschuss von 528 TEUR auf 2.537 TEUR, davon 25 TEUR als gezeichnetes Kapital.

2.2 Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen wird vom langfristigen Kapital um 1.821 TEUR (Vorjahr 1.272 TEUR) überdeckt. In dieser Höhe ist das Umlaufvermögen mit langfristigem Kapital finanziert. Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 31 % der Bilanzsumme (Vorjahr 28 %) ein.

Am 31. Dezember 2006 errechnet sich eine Liquidität auf kurze Sicht von 1.881 TEUR (Vorjahr 1.295 TEUR), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 1.836 TEUR (Vorjahr 1.854 TEUR) gegenübersteht.

3. Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 31. Dezember 2006 bis zur Aufstellung des Lageberichtes Ende März 2007 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Belegung der Häuser oder der wirtschaftlichen Situation.

4. Risikobericht

Im Risikobericht des vergangenen Jahres wurde die mit der Anmietung der beiden neuen Pflegeheime verbundene Steigerung des Investitionskostensatzes als kritischer Punkt herausgestellt. Insbesondere so genannte Selbstzahler, so wurde damals vermutet, könnten durch die Kostensteigerung veranlasst werden, trotz der hohen Attraktivität der beiden neuen Einrichtungen auf Konkurrenzangebote oder günstigere Angebote des eigenen Unternehmens auszuweichen. Diese Befürchtung hat sich jedoch - von unbedeutenden Einzelfällen abgesehen – nicht bestätigt. Der Investitionskostensatz für „Haus Bronkhorstfeld“ liegt mit 21,97 EUR ab dem 1. Januar 2007 um 14,41 EUR über dem Investitionskostensatz des sich ebenfalls auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung befindlichen „Haus am Brunnen“.

5. Prognosebericht

Positiv wird sich auf die künftige Auslastung bzw. die künftige Nachfrage die Fertigstellung des auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung errichteten „Haus Bronkhorstfeld“ und die Inbetriebnahme der „Seniorenresidenz am OLGA-Park“ auswirken. Beide Heime verfügen ausnahmslos über 1-Bett-Zimmer mit dazugehöriger Nasszelle, wodurch das ASO-Dienstleistungsangebot enorm an Attraktivität gewinnen dürfte.

„Haus Bronkhorstfeld“ hat zu einer Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Oberhausener Betagten geführt. Die unmittelbar nach der Inbetriebnahme einsetzende Nachfrage nach den dortigen Pflegeplätzen zeigt, dass die Attraktivität des Hauses zu der gewünschten Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ASO gGmbH geführt hat, sodass auch die Zahlung des gegenüber dem ASO Eigenbetrieb zu erbringenden Pachtzinses als gesichert bezeichnet werden kann. Mit der Anpachtung der beiden neuen Pflegeheime ist es gelungen, die Zahl der vom Unternehmen vorgehaltenen stationären Plätze im vollen Umfang zu kompensieren und darüber hinaus auch die damit verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten.

Im Hinblick auf den bereits im letzten Lagebericht angesprochenen Abriss des Gebäudes von Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung zeichnet sich aktuell ab, dass dieser erst in der zweiten Hälfte des Jahres stattfinden dürfte. Die damit verbundene Sonderabschreibung wird nach der zwischenzeitlich erfolgten Beschlussfassung sowohl durch den Betriebsausschuss des ASO-Eigenbetriebs als auch durch den Aufsichtsrat der ASO gGmbH und der zwischenzeitlich vollzogenen Änderung des Pachtvertrages vom ASO-Eigenbetrieb getragen werden müssen. Der beabsichtigte Abriss wird insoweit die ASO gGmbH finanziell nicht belasten.

Oberhausen, 28. März 2007

gez. Udo Spiecker
Geschäftsführer

Bilanz
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

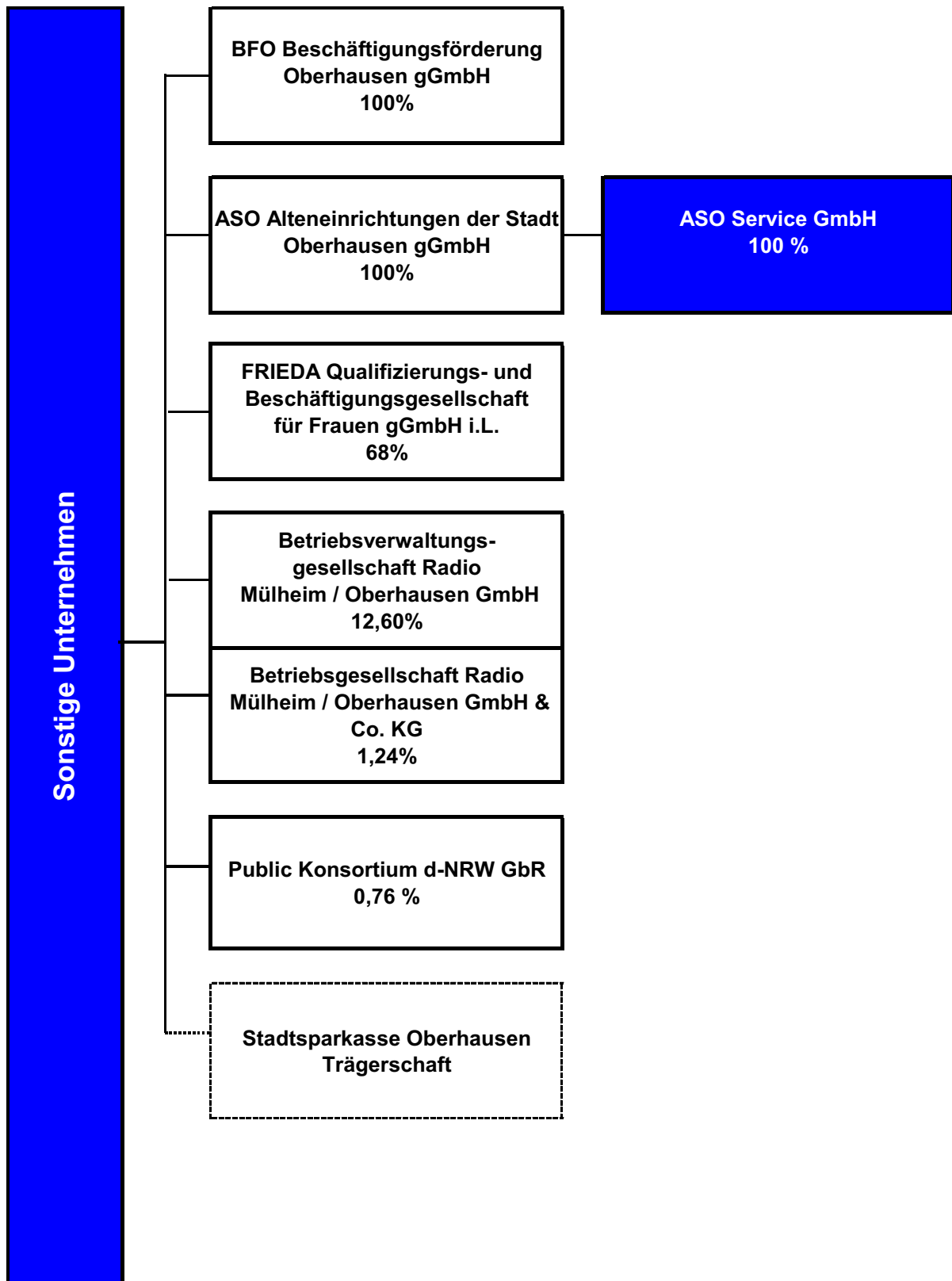
	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	1.020	1.366	1.479	1.257	1.205
Sachanlagen	1.019	1.331	1.445	1.223	1.171
sonstiges	1	35	34	34	34
Umlaufvermögen	3.215	2.353	4.574	5.944	6.975
Vorräte	167	201	179	181	154
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	756	767	823	3.219	3.839
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	292	1.385	3.572	2.544	2.982
Rechnungsabgrenzungsposten	6	6	7	6	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	4.241	3.725	6.060	7.207	8.180
Passiva					
Eigenkapital	1.610	1.610	1.794	2.009	2.537
gezeichnetes Kapital	25	25	25	25	25
Kapitalrücklage	1.579	1.579	1.579	1.579	1.579
Ergebnisvortragvortrag	0	0	0	0	405
Jahresergebnis	6	41	190	405	528
Sonderposten aus Zuschüssen	31	23	11	8	4
Rückstellungen	373	553	2.408	3.517	3.979
Verbindlichkeiten	2.227	1.504	1.847	1.673	1.660
kurzfristig	2.227	1.504	1.335	1.189	1.203
mittelfristig	0	0	111	484	111
langfristig	0	0	401	0	346
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	4.241	3.725	6.060	7.207	8.180

Gewinn- und Verlustrechnung
ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Ist/TEUR	Plan/TEUR
Umsatzerlöse	20.593	20.840	21.977	21.432	21.326	22.182
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	17	19	12	3	0	0
sonstige betriebliche Erträge	618	867	687	967	1.081	553
Summe Erträge	21.228	21.726	22.676	22.402	22.407	22.735
Materialaufwand	-3.102	-3.066	-2.982	-3.699	-3.949	-4.395
Personalaufwand	-14.584	-14.605	-13.984	-13.615	-13.169	-14.029
Abschreibungen	-335	-286	-247	-241	-273	-263
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.242	-3.754	-5.344	-4.661	-4.608	-3.999
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1	-1	-2	-27	-26	-30
Summe Aufwendungen	-21.264	-21.712	-22.559	-22.243	-22.025	-22.716
Zinsen und ähnliche Erträge	58	21	32	56	146	100
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	22	35	149	215	528	119
sonstige Steuern	-16	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	6	35	149	215	528	119

Kennzahlen ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Kennzahlengruppe Kennzahlen	in	Geschäftsjahren					Tendenz
		2002	2003	2004	2005	2006	
Finanzierung							
Eigenkapitalquote	%	38,0	44,2	29,6	27,8	31,0	-7,0
Anlagendeckung	%	157,8	1204,0	121,3	159,8	210,5	52,7
Anlagendeckung 2	%	157,8	120,4	148,4	159,8	239,2	81,4
Abschreibungsquote	%	15,5	10,6	9,8	8,5	8,1	-7,4
Durchschnitt über 3 Jahre	%			11,9	9,6	8,8	
Liquidität							
Liquidität 1. Grades	%	102,9	92,1	267,6	213,9	213,9	111,0
Liquidität 2. Grades	%	136,9	143,1	329,2	484,7	484,7	347,8
Rentabilität							
Eigenkapitalrentabilität	%	1,4	2,1	8,3	10,7	10,7	9,3
Umsatzrentabilität	%	0	0,2	0,6	1,0	1,0	1,0
Personalaufwandsquote	%	68,8	67,3	62,0	61,2	61,2	-7,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR	58,5	61,8	57,5	58,1	58,1	-0,4





ASO Service GmbH

Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen
Telefon 0208 / 6911
Telefax 0208 / 691770

Geschäftsführung
Udo Spiecker

gegründet	2003
Stammkapital	25.000,00 EUR
Beteiligung der Stadt	25.000,00 EUR (100 %)

Beteiligungen

keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Zweck der Gesellschaft ist die ausschließliche Erbringung von Dienstleistungen aus den Bereichen Gebäudereinigung, Küchen-, Catering-, Wäscherei- und Stationshilfen für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH.

Wichtige Verträge

- Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 22.06.2004
- Überleitungstarifvertrag
- Überleitungsvertrag

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Reinhard Frind

Aufsichtsrat

Gemäß § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterin, der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH, Oberhausen, besteht der Aufsichtsrat aus den stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses der Stadt Oberhausen sowie einem Mitglied gemäß § 113 Abs. 2 Satz 2 GO NW.

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	0	45	46	33,44*	37,56
davon Auszubildende	0	0	0	0	0

*Vollkräfte im Jahresdurchschnitt (dabei wurden Aushilfen zeitanteilig umgerechnet)

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die ASO Service GmbH benötigt keine städtischen Zuschüsse.

Lagebericht 2006

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes durch Gründung der ASO Service GmbH

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001 aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen. Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO-Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH“. Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100 %ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Organe der ASO Service GmbH sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung. Geschäftsführer ist Herr Udo Spiecker.

Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die „ASO Service GmbH“.

2 Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge beliefen sich im Berichtsjahr 2006 auf 742.118,30 EUR. Dieser Betrag entspricht im Wesentlichen den tatsächlich entstandenen Personalkosten. Diese werden der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH monatlich in Rechnung gestellt, und zwar aufgrund der umsatzsteuerlichen Organschaft ohne Umsatzsteuer. Gleiches gilt für den in Rechnung gestellten Betrag zur Abdeckung der entstehenden Allgemeinkosten, die ebenfalls von der ASO gGmbH getragen werden müssen.

2.2 Personalbereich

Am 31. Dezember 2006 waren im Bereich der ASO Service GmbH insgesamt 56 Kräfte beschäftigt, und zwar in den Bereichen (in Köpfen)

- 36 Wohnbereichsassistentinnendienst
- 9 Wäscherei
- 6 Küche
- 5 Reinigung (HPD)

2.3 Investitionen

Investive Maßnahmen wurden und werden aufgrund der rechtlichen Konstruktion der ASO Service GmbH nicht von dieser durchgeführt oder finanziert. Investitionen werden vielmehr ausschließlich über den ASO Eigenbetrieb bzw. die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH abgewickelt. Auf deren Jahresabschlüsse

wird insoweit an dieser Stelle verwiesen.

2.4 Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 74 % der Bilanzsumme ein. Am 31. Dezember 2006 errechnet sich eine Liquidität auf kurze Sicht von 25 TEUR (Vorjahr ebenfalls 25 TEUR), der ein betriebsgewöhnlicher monatlicher Finanzbedarf von 62 TEUR (Vorjahr 57 TEUR) gegenübersteht.

3 Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 31. Dezember 2006 bis zur Aufstellung des Lageberichtes Ende März 2007 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation.

4 Risikobericht

Bereits im letzten Lagebericht wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die neue Niedriglohngruppe des TVöD Einfluss auf die künftige Situation der ASO Service GmbH haben könnte. Da damit gerechnet wird, dass die von den Beschäftigten der ASO Service GmbH erledigten Aufgaben unter die Anwendung dieser neuen Niedriglohngruppe fallen, wurden im Berichtsjahr notwendige Einstellungen (insgesamt 12) nicht über die ASO Service GmbH, sondern über die ASO gGmbH vorgenommen. Sollten die Tarifvertragsparteien im Laufe des noch nicht abgeschlossenen Klärungsprozesses einvernehmlich feststellen, dass die Tätigkeiten doch einer höheren Entgeltgruppe zugeordnet werden müssen, würden künftige Einstellungen wieder über die ASO Service GmbH erfolgen. Den befristet Beschäftigten der ASO gGmbH würde dann ein Wechsel zur ASO Service GmbH angeboten.

5 Prognosebericht

Die Entwicklung des Unternehmens ist auf Grund der umsatzsteuerlichen Organschaft und des Gesellschaftszwecks untrennbar mit der Geschäftsentwicklung der ASO gGmbH als Muttergesellschaft verbunden. Diese konnte durch die Fertigstellung der beiden neuen Pflegeheime bzw. durch den damit verbundenen gestiegenen Anteil an Einzelzimmern die Attraktivität des stationären Betriebszweiges erheblich steigern. Insoweit wird die weitere Entwicklung der Muttergesellschaft am Oberhausener Pflegemarkt mit vorsichtigem Optimismus beurteilt. Auf Grund der dargestellten Verbindung gilt diese Einschätzung auch für die ASO Service GmbH. Oberhausen, 28. März 2007

Udo Spiecker
Geschäftsführer

Bilanz
ASO Service GmbH

	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen		0	0	0	0
Sachanlagen		0	0	0	0
sonstiges		0	0	0	0
Umlaufvermögen		38	30	30	30
Vorräte		0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände		15	7	10	25
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten		23	23	20	9
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0	0
SUMME AKTIVA		38	30	30	34
Passiva	Die				
	Gesell-	25	25	25	25
gezeichnetes Kapital	schaft	25	25	25	25
Kapitalrücklage	wurde	0	0	0	0
Ergebnisvortragvortrag	erst	0	0	0	0
Jahresergebnis	2003	0	0	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	gegründet	0	0	0	0
Sonderposten aus Zuschüssen		0	0	0	0
Rückstellungen		3	3	3	3
Verbindlichkeiten		10	2	2	6
kurzfristig		10	2	2	6
mittelfristig		0	0	0	0
langfristig		0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten		0	0	0	0
SUMME PASSIVA		38	30	30	34

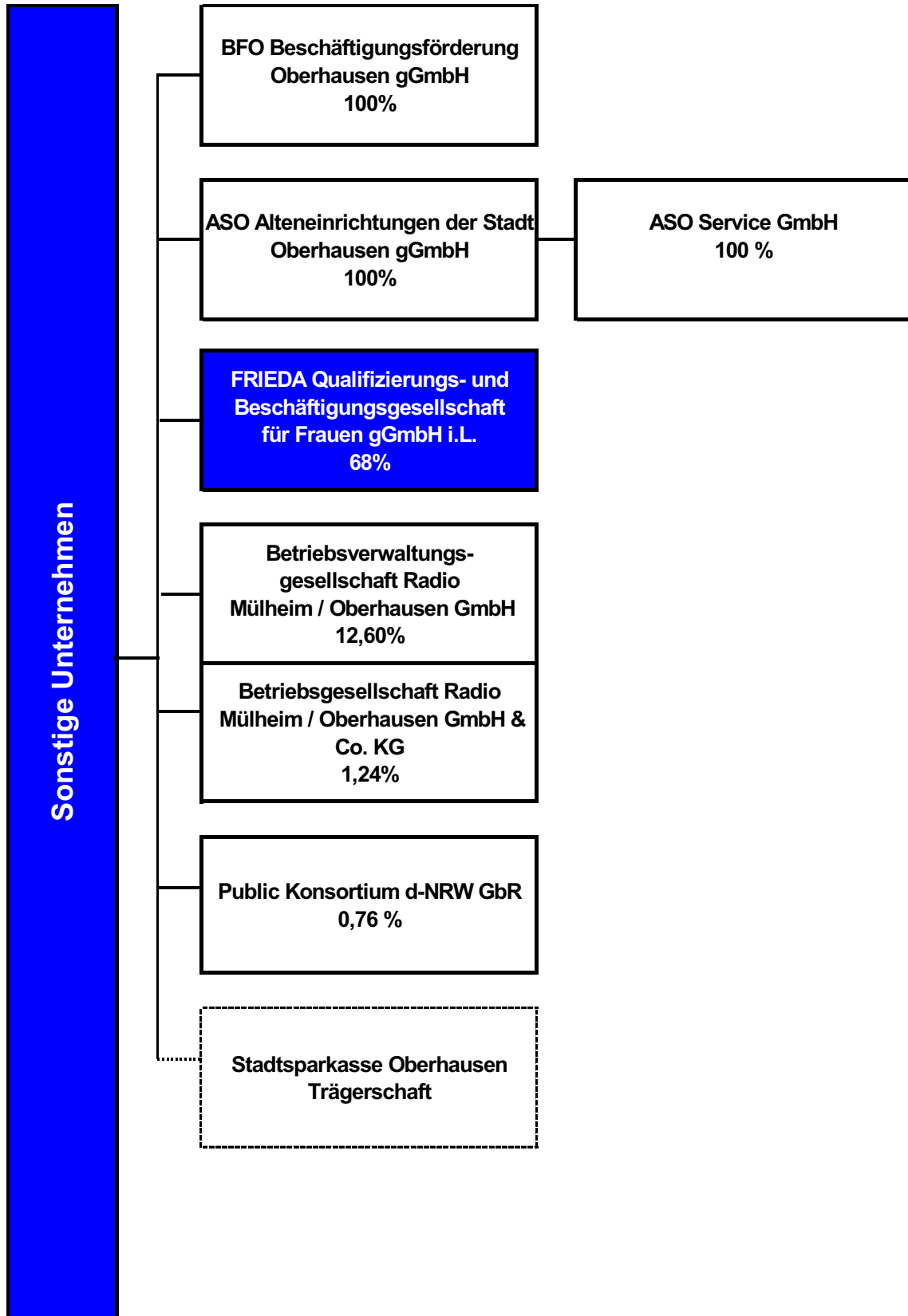
**Gewinn- und Verlustrechnung
ASO Service GmbH**

	2202 Ist/DM	2003 Ist/TDM	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse		475	571	684	742	608
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen				0	0	0
sonstige betriebliche Erträge		0	0	0	0	12
Summe Erträge		475	571	684	742	620
Materialaufwand		0	0	0	0	-8
Personalaufwand		-471	-548	-670	-727	-608
Abschreibungen		0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen		-4	-23	-14	-15	-4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen		-475	-571	-684	-742	-620
Zinsen und ähnliche Erträge		0	0	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		0	0	0	0	0
sonstige Steuern		0	0	0	0	0
Jahresergebnis		0	0	0	0	0

Die
Gesell-
schaft
wurde
erst
2003
gegründet

Kennzahlen ASO Service GmbH

Kennzahlengruppe		in	Geschäftsjahren					Tendenz
Kennzahl			2002	2003	2004	2005	2006	
Finanzierung								
Eigenkapitalquote	%		65,9	82,3	82,3	73,5	+8,8	
Anlagendeckung	%		0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0	
Anlagendeckung 2	%		0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0	
Abschreibungsquote	%		0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0	
Durchschnitt über 3 Jahre	%							
Liquidität								
Liquidität 1. Grades	%		230,0	1.150,0	1.000,0	150,0	-1.000,0	
Liquidität 2. Grades	%		380,0	1.500,0	1.500,0	567,0	-933,0	
Rentabilität								
Eigenkapitalrentabilität	%		0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0	
Umsatzrentabilität	%		0,0	0,0	0,0	0,0	+0,0	
Personalaufwandsquote	%		99,2	98,8	98,3	98,0	-0,3	
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		24,4	12,4	12,5	16,0	+3,6	





FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH

Ottilienstr. 32
46049 Oberhausen

Insolvenzverwaltung:
RA Axel Schwentker

gegründet:	1991
Stammkapital	50.000,00 DM
Beteiligung der Stadt	34.000,00 DM (68 %)

weitere Gesellschafter

Frau Margret Schreiber	5.000,00 DM (10 %)
Kreishandwerkerschaft Oberhausen	1.000,00 DM (2 %)
Caritasverband für die Stadt Oberhausen e. V	2.500,00 DM (5 %)
Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Oberhausen	2.500,00 DM (5 %)
Diakonisches Werk	2.500,00 DM (5 %)
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	2.500,00 DM (5 %)

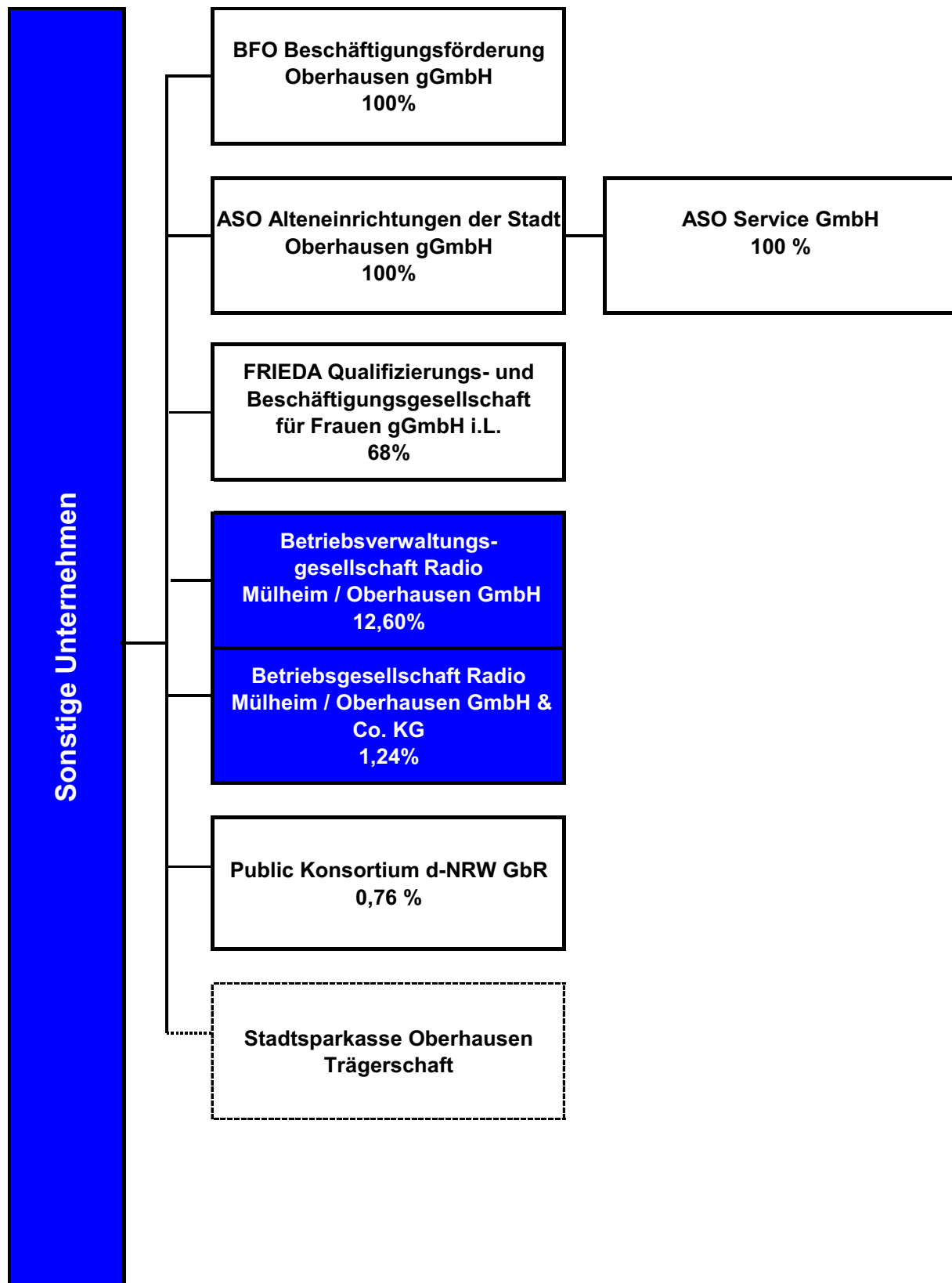
Entwicklung

Aufgrund mangelnder Perspektive zur Abwendung der bilanziellen Überschuldung der Gesellschaft wurde am 13.09.2000 durch Beschluss des zuständigen Richters beim Amtsgericht Duisburg das Insolvenzverfahren eröffnet und Herr Rechtsanwalt Axel Schwentker als vorläufiger Insolvenzverwalter eingesetzt.

Seitens der Stadt wurde zwischenzeitlich zur Fortführung von Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen mit der TRIVIUM GmbH (Tochtergesellschaft von

ZAQ und TZU-Akademie) ein Kooperationsvertrag geschlossen. Dieser beinhaltet unter anderem die mietfreie Überlassung des Gebäudes sowie die kostenlose Bereitstellung des aus der Insolvenzmasse der FRIEDA gGmbH erworbenen beweglichen Anlagevermögens.

Ein Zeitpunkt für den Abschluss des Insolvenzverfahrens ist derzeit nicht absehbar.





**Lokalfunk Radio Mülheim / Oberhausen
Betriebsgesellschaft und Betriebsverwaltungsgesellschaft**

<p>Viktoriastr. 26-28 45401 Mülheim an der Ruhr Telefon 0208 / 4500764 Telefax 0208 / 4500767</p>	<p>Geschäftsführung Dr. Markus Beermann Hans-Jürgen Weske Friedrichstraße 12 45128 Essen 0201 / 319 39-0 0201 / 319 39-12</p>
---	--

gegründet: 1990

Stammkapital

- der Betriebsgesellschaft 100.000,00 EUR
 - der Betriebsverwaltungsgesellschaft 25.564,60 EUR
- Beteiligung der Stadt
- an der Betriebsgesellschaft 1240,00 EUR (1,24 %)
 - an der Betriebsverwaltungsgesellschaft 3.221,14 EUR (12,60 %)

weitere Gesellschafter

a) Betriebsgesellschaft

- Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr 1.240,00 EUR (1,24 %)
- Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. KG 75.000,00 EUR (75,00 %)
- Rechtsanwalt Peter Fiele (Treuhänder) 22.520,00 EUR (22,52 %)

b) Betriebsverwaltungsgesellschaft

- Beteiligungsholding Mülheim an der Ruhr 3.170,01 EUR (12,40 %)

- Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. KG 19.173,45 EUR (75,00 %)

Unternehmenszweck laut Satzung

Betriebsgesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen
- für den Vertragspartner Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Betriebsverwaltungsgesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an der Kommanditgesellschaft „Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG“ als persönlich haftende Gesellschafterin sowie die Übernahme der Geschäftsführung und Vertretung dieser Gesellschaft.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit Satz 1 unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Apostolos Tsalastras

Aufsichtsrat

Ein Aufsichtsrat ist nicht bestellt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle Sachkonto	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
8440.2050.000 / 461500 Zinsen Gesellschafterdarlehen	19	19	19	19	19

**Betriebsverwaltungsgesellschaft
Radio Mülheim/ Oberhausen mbH**

Mülheim an der Ruhr

L a g e b e r i c h t

für das Geschäftsjahr 2006

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft führt keinen eigenen Geschäftsbetrieb. Sie ist ausschließlich Komplementärin der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG und an der Gesellschaft beteiligt.

Die Gesellschaft nimmt in ihrer Funktion die Geschäftsführung und Vertretung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG als persönlich haftende Gesellschafterin wahr. Im Rahmen ihrer Tätigkeit ist sie für die Entwicklung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG durch ihre aktive Geschäftsführungsfunktion maßgeblich.

Die Mediengattung Funk konnte im Wirtschaftsjahr 2006 die Bruttoumsätze bundesweit um weitere 4,5 % steigern. Im Verhältnis aller Mediengattungen (+ 5,1 %) ist der Anstieg nach der starken Steigerung im Jahre 2005 leicht unterdurchschnittlich; der Radiomarktanteil im Umfeld der übrigen klassischen Mediengattungen ist mit 6,1 % gegenüber dem Vorjahr (6,1 %) konstant (Quelle: Nielsen Media Research GmbH/S + P).

Ertragslage

Die abgeschlossenen Restrukturierungen der Vorjahre in der operativen Betriebsgesellschaft führten nicht zu weiteren Ergebnisverbesserungen. Ein Grund liegt in den hohen Kosten für die Investition in die neue digitale Sendetechnik und den Umzug des Senders in neue Räumlichkeiten. Den Umsatzsteigerungen stehen entsprechende Mindereinnahmen aus der Überschussbeteiligung seitens radio NRW gegenüber.

Das Ergebnis der Berichtsgesellschaft resultiert aus Zinseinnahmen aus der Bereitstellung von Finanzmitteln, der Haftungsrisikovergütung für ihre Tätigkeit in der operativen Betriebsgesellschaft, abzüglich der anfallenden Verwaltungs- und Prüfungskosten. Die Ertragslage ist stabil und unterliegt keinen nennenswerten Veränderungen.

Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Risikovergütung und der Bereitstellung von Finanzmitteln aus den Einlagen der Gesellschafter. Die Liquidität der Gesellschaft ist ausreichend und gesichert. Forderungen bestehen gegenüber verbundenen Unternehmen.

Vermögenslage

Die Gesellschaft verfügt ausschließlich über Umlaufvermögen. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 32,1 T€.

Rückstellungen in Höhe von 1,2 T€ sind bilanziert. Die Einlagen der Gesellschafter belaufen sich per 31.12.2006 auf 25,6 T€. Wesentliche Abweichungen zum Vorjahr bestehen nicht.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Risiken

Für die Berichtsgesellschaft sind Risiken nur aus dem Geschäft der operativen Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG zu erwarten. Im Geschäftsjahr 2006 konnte trotz der Restrukturierungen der Vorjahre keine Ergebnisverbesserung erzielt werden.

Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2007 ist eine weitere Konsolidierung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG. Bei einer negativen Geschäftsentwicklung wäre der Bestand des Senders und der Berichtsgesellschaft gefährdet.

Sonstige Angaben

Die Entwicklung im lokalen Werbemarkt ist nach wie vor positiv zu bewerten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG wird im Wirtschaftsjahr 2007 weitere Zuwächse verzeichnen können. Die Hörerakzeptanz (Reichweitenentwicklung) ist auf niedrigem Niveau und soll durch einen Markenrelaunch, der im Sommer 2007 erfolgt, verstärkt werden. Die völlige Neugestaltung von Logo und Claims wird in Form einer Einführungskampagne und einer weiteren Folgekampagne Hörern und Kunden vermittelt. Es werden neue Einschaltfaktoren geschaffen, die über eine Steigerung der Bekanntheit auch ein Gewinn an Hörerreichte generieren soll.

Eine neue Markenkampagne kann zu höheren Reichweiten und zu Mehreinnahmen aus der Überschussbeteiligung des Rahmenprogrammanbieters radio NRW führen. Die Neupositionierung und weitere Lokalisierung des Senders wird auch eine Veränderung des Sendernamens mit sich bringen. Hier wird als wesentlicher Bestandteil die Frequenz und das Sendegebiet im Namen enthalten sein.

Eine Inanspruchnahme durch Gläubiger der Kommanditgesellschaft aus der persönlichen Haftung für Schulden der Kommanditgesellschaft ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt und ist auch nicht zu erwarten. Die bilanzielle Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen, die nur bedingt rückzahlbar sind, keine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne.

Essen, 06. Februar 2007

Hans-Jürgen Weske

Dr. Markus Beermann

**Betriebsgesellschaft
Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG**

Mülheim

L a g e b e r i c h t

für das Geschäftsjahr 2006

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Tätigkeit der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG erstreckt sich im wesentlichen auf die Verbreitung von Hörfunkwerbung, die Zurverfügungstellung von Sende- und Produktionstechnik für die vertraglich gebundene Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., sowie die Erstattung der durch die Veranstaltergemeinschaft verursachten Kosten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG ist nach dem Landesmediengesetz verpflichtet, die Sende- und Produktionstechnik für die Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. zur Verfügung zu stellen und die dort verursachten Kosten zu übernehmen.

Das Kerngeschäft der Betriebsgesellschaft ist die Vermarktung von Hörfunkwerbung im lizenzierten Sendegebiet der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V., der Betreiber des Lokalfunksenders „Antenne Ruhr“. Sie bedient sich hierbei der Dienstleistungen der Westfunk GmbH & Co. KG, die im eigenen Namen für Rechnung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mit qualifiziertem Verkaufs- und Marketingpersonal für die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG im Sendegebiet tätig ist.

radio NRW produziert und liefert täglich das Rahmenprogramm, das im Anschluss an die originären im Sender produzierten Lokalstunden auf der Frequenz von Antenne Ruhr gesendet wird. radio NRW lässt die Werbeminuten vor der jeweils vollen Stunde von der Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, national vermarkten und bestreitet daraus die Produktion des Rahmenprogramms. Nach Abzug der Kosten werden, neben einer Gewinnabschöpfung durch die Gesellschafter in Höhe von 15 %, die Überschüsse nach einem Umlageschlüssel der erzielten Reichweiten der Lokalfunksender in NRW verteilt

Erstmals seit dem Jahr 2000 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt mit 2,7 % wieder deutlich. Diese positive Entwicklung resultierte insbesondere aus einem dynamischen Außenhandel und steigenden Ausrüstungsinvestitionen im Inland.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbesserte sich etwas, die Arbeitslosenquote reduziert sich um 0,9%-Punkte auf 10,8% und die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich um 0,7% auf 39,1 Mio.. Der private Konsum stieg nach zwei schwachen Jahren um 0,8 %, die

Sparquote verminderte sich leicht von 10,6 % auf 10,5%, dies zeigt eine höhere Konsumneigung der privaten Konsumenten.

Die Mediengattung Funk konnte im Wirtschaftsjahr 2006 die Bruttoumsätze bundesweit um weitere 4,5 % steigern. Im Verhältnis aller Mediengattungen (+ 5,1 %) ist der Anstieg nach der starken Steigerung im Jahre 2005 leicht unterdurchschnittlich; der Radiomarktanteil im Umfeld der übrigen klassischen Mediengattungen ist mit 6,1 % gegenüber dem Vorjahr (6,1 %) konstant (Quelle: Nielsen Media Research GmbH/S + P).

Die **Entwicklung der Gesellschaft** war im Geschäftsjahr 2006 durch die Fortsetzung einer konsequenten Neuorientierung in der Angebots- und Preispolitik geprägt. Die im Markt befindlichen Angebotsformen und Produkte finden in der werbetreibenden Wirtschaft breite Zustimmung und bestätigen die Verkaufsstrategie, preislistengerechte Angebote zu platzieren. Angefragte Sonderwerbformen werden hochpreisig angeboten und programmverträglich mit der Internetpräsenz des Senders crossmedial verknüpft. Gewinnspiele erfreuen sich im Internet immer größerer Beliebtheit und belasten das Programm nicht mehr in dem Maße wie es vor Jahren noch üblich war. Die zunehmende Akzeptanz und Nutzung des Internetauftritts von Antenne Ruhr bekommt eine immer größerer strategische Bedeutung für den Verkauf. Zum Geschäftsjahreswechsel 2005/2006 wurden die neuen Senderräumlichkeiten bezogen und die neue digitale Sendetechnik in Betrieb genommen.

Ertragslage

Die Umsätze aus der lokalen Hörfunkwerbung haben im Wirtschaftsjahr 2006 eine deutliche Steigerung um 26,2 % erfahren und bestätigen die positive Entwicklung der letzten Jahre.

Die Erlöse aus der radio NRW-Überschussbeteiligung sanken deutlich um 199,1 T€ auf 303,1 T€. Grund für diesen Rückgang sind vor allem die geringeren Einnahmen aus der Vermarktung der Werbezeiten von radio NRW durch die Agentur RMS. Zudem sank die durchschnittlichen Stundenreichweite von 5,9 % auf 4,2 % - lt. E.M.A. NRW 2006 I. Bei den „Hörer gestern Montag – Freitag“ E.M.A. NRW 2006 I wurden 17,0 % erzielt (VJ 22,6 %). Die Aufwendungen stiegen um 17,5 %. Hier stiegen durch die neue digitale Sendetechnik die Abschreibungen um +87 T€, zudem stiegen die Aufwendungen für Kommunikation und Werbung um +67 T€. Des weiteren stiegen die Kostenumlagen um +94 T€, die im Zusammenhang mit den höheren Erträgen aus Kostenumlagen (+64 T€) zu sehen sind. Insgesamt kam es zu einer Ergebnisverschlechterung von -132,3 T€ auf -219,9 T€.

Finanzlage

Der Cashflow hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert.

<u>Kapitalflussrechnung nach DRS 2:</u>	2006	2005
	T€	T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit:</u>		
Periodenergebnis	-219,9	-87,6
Abschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und auf immaterielle Vermögensgegenstände	120,6	33,4
Zunahme/Abnahme der RST	-7,9	-15,2
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0,6	0,0
Zunahme/Abnahme der Forderungen aus L&L sowie andere Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-30,3	-175,4
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus L&L sowie andere Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-109,1	255,0
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-246,0</u>	<u>10,2</u>
<u>Investitionstätigkeit:</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögensgegenstände	-53,2	-424,6
Erlöse aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens und von immateriellen Vermögensgegenständen	0,0	0,0
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u>-53,2</u>	<u>-424,6</u>
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Einzahlung aus Kapitalerhöhung der Gesellschafter	140,0	0,0
Haftungsrisikovergütung der Komplementärin	-2,6	-2,6
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>137,4</u>	<u>-2,6</u>
<u>Entwicklung des Finanzmittelfonds</u>		
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds		
- Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-246,0	10,2
- Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-53,2	-424,6
- Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	137,4	-2,6
	<u>-161,8</u>	<u>-417,0</u>
Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	<u>-228,1</u>	<u>188,9</u>
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	<u>-389,9</u>	<u>-228,1</u>
Veränderung Finanzmittelbestand	<u>-161,8</u>	<u>-417,0</u>
	31.12.2006	31.12.2005
	T€	T€
kurzfristige Forderungen	321	298
kurzfristige Fremdmittel	<u>705</u>	<u>667</u>
<u>Liquidität</u>	<u>-384</u>	<u>-370</u>
		Veränderung
		T€
		24
		38
		-14

Die Gesellschaft finanziert sich über Einnahmen aus der Vermarktung von Werbezeiten und Sonderwerbformen.

Aufgrund der Einbeziehung in das inländische Cash-Pooling der WAZ Mediengruppe ist die Liquidität jederzeit gesichert, da die Gesellschaft von der allgemein bekannten Bonität der WAZ Mediengruppe profitiert.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist im Berichtsjahr mit 3.436 T€ annähernd unverändert (+1,1 %). Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um 140 T€, die Verbindlichkeiten sanken um 46 T€. Auf der Aktivseite stiegen die nicht durch Vermögensanteile gedeckten Verlustanteile um 82 T€ auf 2.774 T€, dem gegenüber stehen Abgänge im Anlagevermögen von 68 T€.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 10 %. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um Anlagevermögen für Produktions- und Sendetechnik, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Lizenzrechte im Wert von insgesamt T€ 341. Im Geschäftsjahr 2007 wird es zu einer Erweiterung der Studioteknik kommen. Durch die Kapitalerhöhung stieg das langfristige Vermögen auf 240 T€ (Vorjahr 100 T€).

Die Bilanzielle Überschuldung der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/ Oberhausen mbH & Co. KG ist durch eine befristete Rangrücktrittserklärung der WAZ-Finanzierungsverwaltungsgesellschaft mbH keine Überschuldung in insolvenzrechtlichen Sinne.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Risiken

Die Gesellschaft wird durch folgende Risiken beeinflusst:

Markt- und Wettbewerbsrisiken

Grundsätzlich ist der Werbemarkt für die Gattung Radio von der konjunkturellen Entwicklung abhängig. Die deutliche Erhöhung der Umsatzsteuer zu Beginn des Jahres 2007 sorgt im Konsumgüterbereich für einen dämpfenden Effekt im ersten Quartal des Jahres beim Konsum.

Als lokales Risiko kommt die schwierige wirtschaftliche Situation im Ruhrgebiet mit einer deutlich über dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote hinzu.

Im Geschäftsjahr 2006 gestaltete sich die Entwicklung in der Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG im Umsatzbereich positiv. Erhöhte Aufwendungen und vor allem die stark gesunkene Überschussbeteiligung von radio NRW (-204 T€) führten jedoch zu einer Verschlechterung des Ergebnisses.

Der Radiowerbemarkt ist dominiert von den nationalen Vermarktern Radio Marketing Services GmbH und & Co. KG und ARD Sales Services. Anbieterseitig prägen öffentlich-rechtliche Regionalsender und überwiegend privatrechtlich organisierte Spartensender den deutschen Radiomarkt. Im zwar wachsenden, aber anteilmäßig doch kleinen Radio-Werbemarkt (6,1 % Marktanteil in 2006, Quelle: Nielsen Media Research) herrscht intensiver Wettbewerb. Insbesondere da Privatsender ohne die Einkommensquelle aus Gebühren auskommen müssen, birgt dies kontinuierlich das Risiko schrumpfender Erträge.

Rechtliche Risiken

Die befristet erteilten rundfunkrechtlichen Lizenzen sind mit bestimmten Auflagen verbunden und konzentrationsrechtlichen Meldepflichten unterworfen, deren Beachtung und Befolgung wesentlich für den Bestand der Genehmigungen ist. Diese Sendelizenzen sind in Deutschland zeitlich befristet erteilt. Die Lizenz für Antenne Ruhr wurde der Veranstaltergemeinschaft Lokalfunk für die Städte Mülheim an der Ruhr und Oberhausen e.V. am 26.08.2005 um 5 Jahre bis zum 31.08.2010 erteilt. Eine Verlängerung der Fristen wird in der Regel gewährt, jedoch ohne Garantie. Die Lizenzen und Genehmigungen beinhalten zum Teil auch Auflagen, deren Nichtbefolgung die Landesmedienanstalten auch während der Laufzeit zu einem Widerruf berechtigen.

Gesamtrisiko

In der Gesellschaft wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr keine bestandsgefährdeten Risiken identifiziert. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind nicht erkennbar. Die Zielsetzung im Geschäftsjahr 2007 ist eine weitere Konsolidierung der Gesellschaft. Bei einer negativen Geschäftsentwicklung besteht das Risiko, dass der Bestand der Berichtsgesellschaft gefährdet wird.

Risikomanagement

Es ist Aufgabe des implementierten Risikomanagements, Risiken rechtzeitig zu erkennen, zu systematisieren und der Geschäftsführung mitzuteilen. Damit wird die Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen zur Abwendung bzw. Minimierung der Risiken geschaffen. Die für die Gesellschaft bestehenden Planungs-, Reporting und Controllingsysteme unterstützen eine ganzheitliche Risikoanalyse und Steuerung.

Prognosebericht

Für das Jahr 2007 wird mit einem weiteren positiven Konjunktorentwicklung gerechnet. Die ersten Prognosen von Wirtschaftsinstituten und Banken gehen von einem Wachstum von über 2% aus, und auch für das Jahr 2008 wird eine ähnlich gute Entwicklung

vorhergesagt. Auch das Ruhrgebiet profitiert von der positiven Entwicklung der Konjunktur mit einem guten Geschäftsklima.

Eine weiterhin positive konjunkturellen Entwicklung führt zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit mit steigendem verfügbarem Einkommen und höherer privaten Konsumneigung, die durch Werbung gefördert werden kann. Hier besteht durch das Medium Radio für Handel und Werbetreibende die Möglichkeit, eine positive Grundstimmung der Konsumenten durch verkaufsfördernde Maßnahmen zu unterstützen und durch Radiowerbung zu fördern. Anfang Januar startete die RADIOZENTRALE zudem unter dem Motto „Radio. Geht ins Ohr. Bleibt im Kopf.“ eine groß angelegte Gattungskampagne zur Förderung des Mediums Radio, um die Werbetreibenden von dem Medium Hörfunk zu überzeugen.

Der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft (ZAW) prognostiziert für 2007 einen Anstieg der Netto-Werbeinvestitionen von 1-2%.

Chancen für die Gesellschaft bieten sich insbesondere bei der Werbepotenzialabschöpfung, da die Zielgröße noch nicht erreicht ist. Hier liegt noch Wachstumspotenzial, das durch eine weitere Intensivierung der Marktaktivitäten und Produktentwicklung gehoben werden soll.

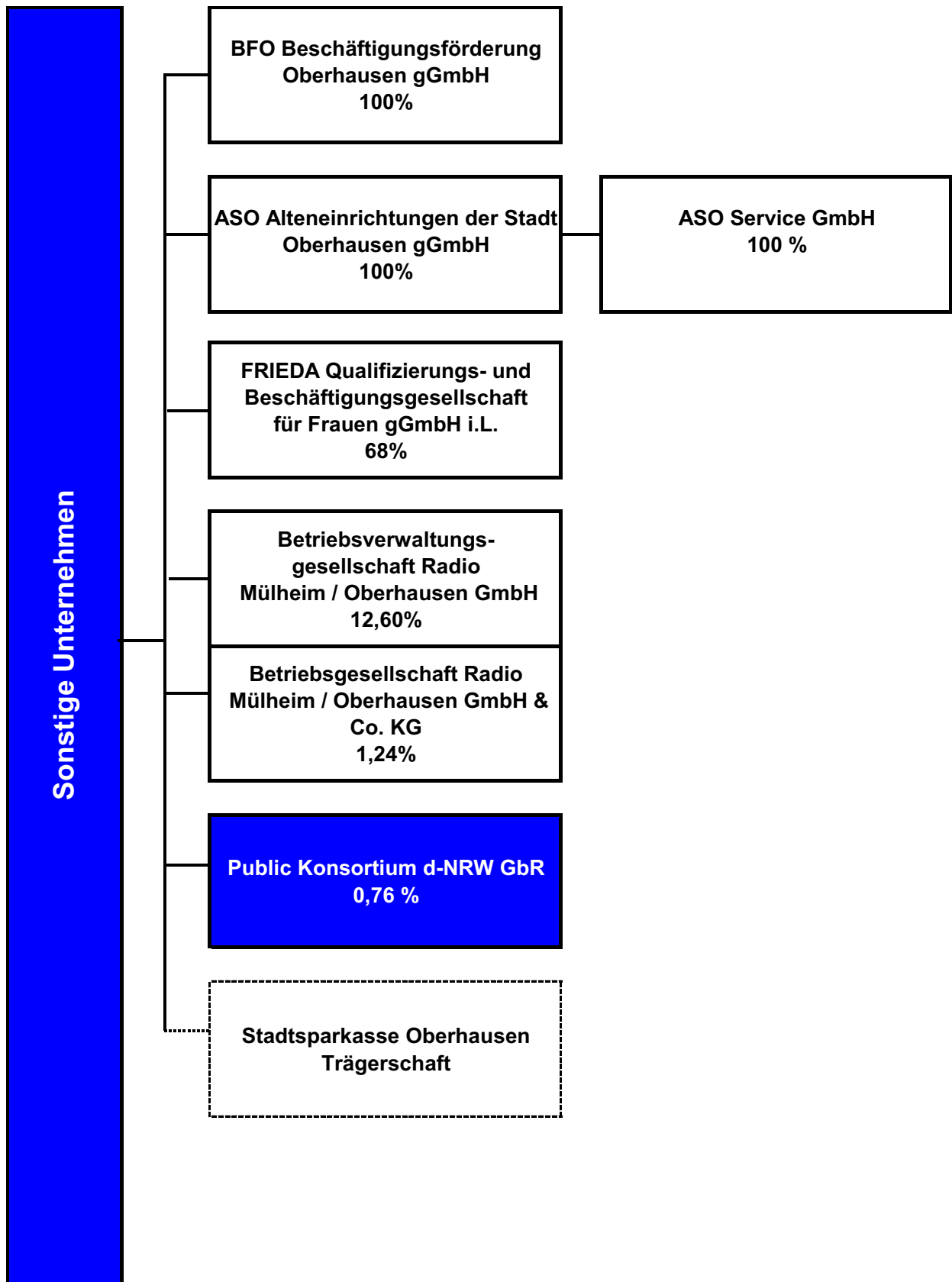
Neue Geschäftsmodelle werden in naher Zukunft entwickelt. Die technische Entwicklung der digitalen Verbreitung von Audio und Daten wird weitere Möglichkeiten für die Geschäftsentwicklung eröffnen.

Die Entwicklung im lokalen Werbemarkt ist nach wie vor positiv zu bewerten. Die Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen mbH & Co. KG wird im Wirtschaftsjahr 2006 weitere Zuwächse verzeichnen können. Die Hörerakzeptanz (Reichweitenentwicklung) soll durch einen Markenrelaunch im Sommer 2007 verstärkt werden. Die völlige Neugestaltung von Logo und Claims wird in Form einer Einführungskampagne und einer weiteren Folgekampagne Hörern und Kunden vermittelt. Es werden neue Einschaltfaktoren geschaffen, die über eine Steigerung der Bekanntheit auch ein Gewinn an Hörerreichte generieren soll. Zusätzlich wird der Sender durch einen Sendersplit die Lokalisierung weiter vorantreiben. Hier soll mit der Einführungskampagne des Markenrelaunches eine getrenntes Programm für die Städte Mülheim und Oberhausen im jeweiligen Verbreitungsgebiet ausgestrahlt werden. Eine erfolgreiche Kampagne und die weitere Lokalisierung führt über höhere Reichweiten zu Mehreinnahmen aus der Überschussbeteiligung des Rahmenprogrammanbieters radio NRW. Die Neupositionierung des Senders wird begleitet durch eine Änderung des Sendernamens. Wesentlicher Bestandteil wird die Frequenz im Namen sein.

Essen, 16. April 2007

Hans-Jürgen Weske

Dr. Markus Beermann





Lise-Meitner-Allee 4
44801 Bochum
Telefon 0234 / 43870 - 330
Telefax 0234 / 43870 - 335

Geschäftsführung
Jonas Fischer

gegründet:	2003
Gesellschaftereinlagen	1.067.621,78 Euro
Beteiligung der Stadt	7.378,92 EUR (0,76)

weitere Gesellschafter:

Projekt Ruhr GmbH, Essen	97,43 %
Dortmunder Systemhaus, Dortmund	1,43 %
Stadt Monheim, Monheim	0,38 %

Unternehmenszweck laut Satzung

Zweck des Public Konsortiums ist die Beteiligung als Kommanditist an der „Digitales NRW Besitz GmbH & Co KG“ mit Sitz in Dortmund (Besitzgesellschaft). Das Public Konsortium nimmt abgesehen von seiner Kommanditistenstellung und den in der Satzung vorgesehenen Maßnahmen nicht am Rechtsverkehr teil.

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung

Rainer Suhr

Mitarbeiter

2006	
Anzahl der Mitarbeiter	2

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Auftrag	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
970001070200		
Jahresbeitrag	3	3
Mitgliedsbeitrag	7	

Lagebericht der Geschäftsführung

Darstellung des Geschäftsverlaufes der Gesellschaft

a) *Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft*

Das Geschäftsjahr der Public Konsortium d-NRW GbR war geprägt durch eine allgemein schwierige Wirtschaftslage, von der – wie schon 2005 – insbesondere auch der IT-Sektor betroffen war.

Die Gesellschaft hat eine solide Arbeitsgrundlage und –struktur geschaffen, um ihr operatives Geschäft verfolgen zu können.

Einziges Gegenstand der Gesellschaft ist dabei die Beteiligung als Kommanditistin an der Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG mit Sitz in Dortmund.

b) Umsatz- und Auftragsentwicklung

Aufgrund des Gesellschaftszwecks können als Erlöse nur die Beteiligungserträge aus der Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG erzielt werden. Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden grundsätzlich nicht erzielt.

Die Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG hat im Geschäftsjahr 2006 einen Gewinn von 10 T€ erwirtschaftet.

Die Gruppe der Konsorten hat sich im Jahr 2006 um die Stadt Oberhausen erweitert. Weiterhin sind auch das Land NRW (über die Projekt Ruhr GmbH) sowie die Städte Dortmund und Monheim am Rhein Konsorten der Gesellschaft.

Gespräche mit weiteren Städten in NRW zur Gewinnung weiterer Konsorten wurden im Jahr 2006 geführt und sollen im Jahr 2007 zu weiteren Beitritten führen.

Zum 30.12.2006 wurden die Konsortialanteile des Landes NRW von der Projekt Ruhr GmbH in die unmittelbare Trägerschaft des Landes übergeben. Die nach dieser Übergabe für die Beteiligung am Public Konsortium d-NRW zuständige Stelle des Landes ist das Innenministerium NRW.

c) Investitionen

Die Gesellschaft hat im Jahr 2006 keine Investitionen durchgeführt.

d) Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben

Die Gesellschaft hat im Jahr 2006 keine Finanzierungsmaßnahmen durchgeführt bzw. Finanzierungsvorhaben geplant.

e) Personal- und Sozialbereich

Bei der Gesellschaft ist neben dem Geschäftsführer seit dem 1.9.2004 eine Assistenzkraft für die Geschäftsführung angestellt. Weitere Mitarbeiter sind nicht angestellt. Im Personal- und Sozialbereich gab es in 2006 keine Veränderungen.

f) Sonstige wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Sonstige wichtige Vorgänge waren im Geschäftsjahr 2006 nicht zu verzeichnen.

Lage der Gesellschaft

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für einen Veränderung dieser Situation im Jahr 2007 bestehen nicht.

a) *Vermögenslage*

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet.

b) *Finanzlage*

Die Finanzlage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Sie verfügt durch die Beitrittsentgelte der Konsorten und deren Jahresbeiträge über ausreichende Liquidität.

c) *Ertragslage*

Aufgrund des Gesellschaftszwecks wird die Gesellschaft über die Beteiligungserträge der Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren Erträge erwirtschaften.

Ausblick, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Aufgrund des Gesellschaftszwecks ergeben sich Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung unmittelbar aus denen der Ruhrdigital Besitz-GmbH & Co. KG:

Als Chance sieht die Gesellschaft den Ausbau des operativen Geschäftes bei der Tochtergesellschaft. Wirtschaftliche oder rechtliche bestandsgefährdende Risiken sind für die Gesellschaft unter Berücksichtigung des besonderen Gesellschafterhintergrundes nicht erkennbar. Anzeichen für eine Zahlungsunfähigkeit bestehen nicht.

Bilanz Public Konsortium d-NRW

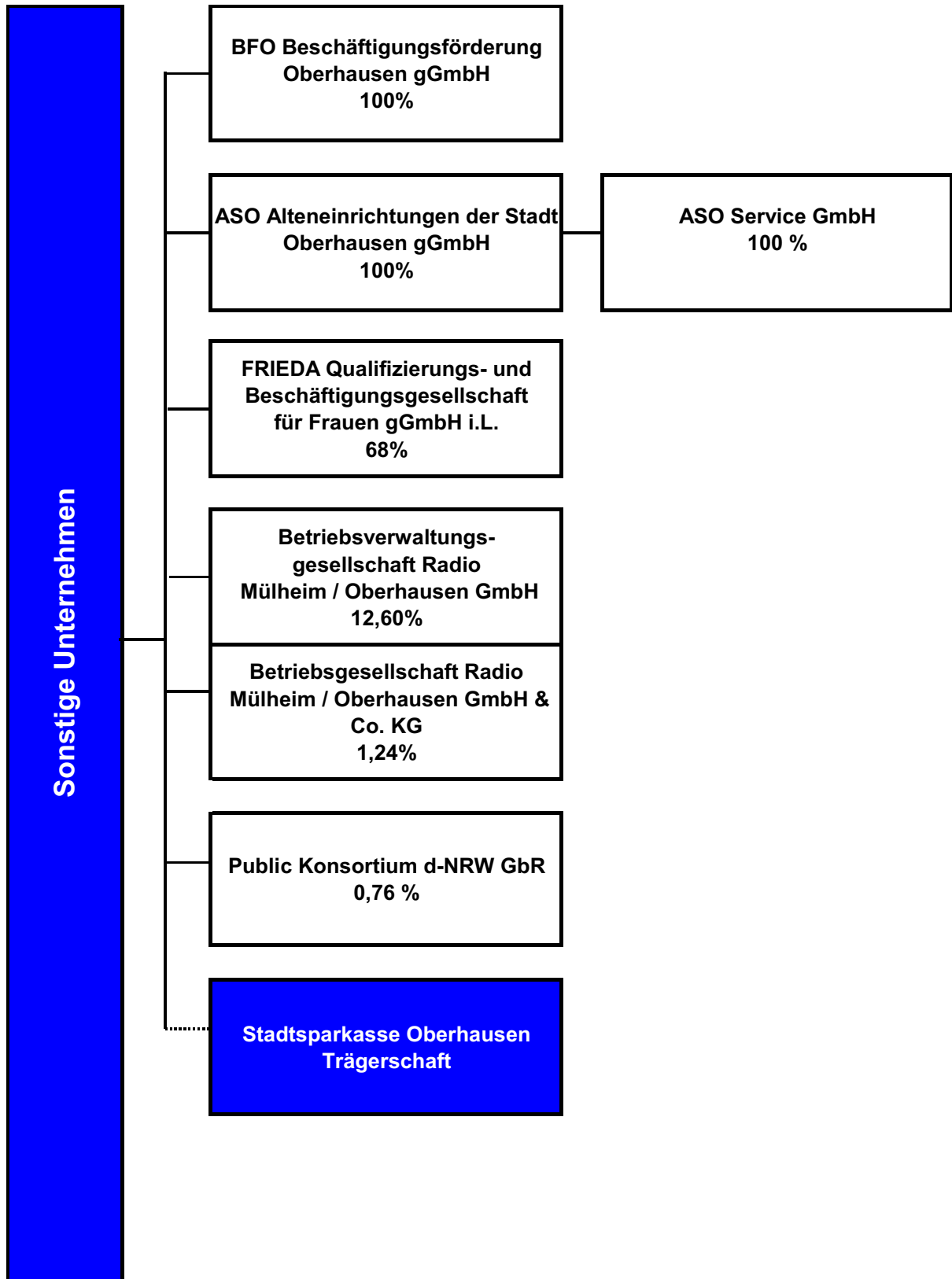
	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
<u>Aktiva</u>		
Anlagevermögen	1.020	1.020
	0	0
Beteiligungen	1.020	1.020
Umlaufvermögen	9	10
Vorräte	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	9	10
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
SUMME AKTIVA	1.029	1.030
<u>Passiva</u>		
Eigenkapital	1.022	1.020
Gesellschaftereinlagen	1.051	1.067
Verlustvortrag	-12	-29
Jahresfehlbetrag	-17	-18
Rückstellungen	6	6
Verbindlichkeiten	0	4
kurzfristig	0	4
mittelfristig	0	0
langfristig	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
SUMME PASSIVA	1.028	1.030

Gewinn- und Verlustrechnung Public Konsortium d-NRW

	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	0	0	
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	
sonstige betriebliche Erträge	0	0	
Summe Erträge	0	0	
Materialaufwand	0	0	
Personalaufwand	-11	-11	liegt
Abschreibungen	0	0	nicht
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-7	vor
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	
Summe Aufwendungen	-17	-18	
Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-17	-18	
sonstige Steuern	0	0	
Jahresergebnis	-17	-18	

Kennzahlen Public Konsortium d-NRW

Kennzahlengruppe		in	2005	2006	Tendenz
Kennzahl					
Finanzierung					
Eigenkapitalquote	%		99,4	99,0	-0,4
Anlagendeckung	%		100,2	100,0	-0,2
Anlagendeckung 2	%		100,2	100,0	-0,2
Abschreibungsquote	%		3,6	3,6	-0,0
Durchschnitt über 3 Jahre	%			3,6	
Liquidität					
Liquidität 1. Grades	%		0,0	0,0	0
Liquidität 2. Grades	%			250,0	+250,0
Rentabilität					
Eigenkapitalrentabilität	%				
Umsatzrentabilität	%				
Personalaufwandsquote	%		64,7	61,1	-3,6
Umsatz pro Mitarbeiter	TEUR		0,0	0,0	+0,0





Stadtsparkasse Oberhausen

Marktstr. 97
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 8340
Telefax 0208 / 8343231
Email:
info@stadtsparkasse-oberhausen.de
www.stadtsparkasse-oberhausen.de

Vorstand
Karlheinz Merzig (Vorsitzender)
Ulrich Salhofen
Elmar Oertel (bis 30.04.2006)
Dietner Henrich (ab 01.05.2006)

Das grundlegende Verhältnis zwischen der Gemeinde und der Stadtsparkasse wird im Gesetz über die Sparkassen sowie über die Girozentrale und Sparkassen- und Giroverbände (SpkG) geregelt.

Nachfolgend werden die wichtigsten Regelungen des allgemeinen Teils des SpkG auszugsweise wiedergegeben.

§ 1

- (1) Gemeinden oder Gemeindeverbände können Sparkassen errichten. Sie bedürfen zur Errichtung von Sparkassen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist im Einvernehmen mit dem Innenministerium zu erteilen.
- (2) Die Sparkassen können im Gebiet ihres Gewährträgers Haupt- und Zweigstellen errichten. [...]

§ 2

Die von Gemeinden oder Gemeindeverbänden errichteten Sparkassen sind rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts.

§ 3

- (1) Die Sparkassen sind Wirtschaftsunternehmen der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Gewährträgers zu dienen.
- (2) Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördern den Sparsinn und die Vermögensbildung der Bevölkerung sowie das eigenverantwortliche Verhalten der Jugend in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Die Sparkassen tragen zur Finanzierung der Schuldnerberatung in

Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

- (3) Die Geschäfte der Sparkassen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

§ 5

- (1) Die Rechtsverhältnisse der Sparkasse werden im Rahmen dieses Gesetzes und der nach diesem Gesetz erlassenen Rechtsverordnungen durch Satzung geregelt.
- (2) Die Satzung ist von der Vertretung des Gewährträgers zu erlassen. Die Satzung und deren Änderung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

§ 6

Der Träger unterstützt die Sparkasse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Sparkasse gegen den Träger oder eine sonstige Verpflichtung des Trägers, der Sparkasse Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für deren Verbindlichkeiten.

Zweck laut Satzung

Die Stadtparkasse Oberhausen mit dem Sitz in Oberhausen ist eine mündelsichere, dem gemeinsamen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Beteiligungen der Sparkasse

S-Versicherungs- und ImmobilienvermittlungsgmbH	100,00 TEUR	100,00 %
Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	17.102,00 TEUR	1,75 %
Rheinischer Sparkassen und Giroverband		
Unterbeteiligung Sonderumlage SIS West	85,00 TEUR	
S-Direkt-VerwaltungsgmbH & Co. KG	449,00 TEUR	1,00 %
ENO Entwicklungsgesellschaft		
Neu-Oberhausen GmbH	6,00 TEUR	4,19 %
SfZ Sparkassen-Servicegesellschaft für Zahlungssysteme im Rheinland mbH & Co. KG	53,00 TEUR	2,94 %
VkA Verband		
der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	0,50 TEUR	0,40 %

TMO Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH	2,50 TEUR	10,00 %
PBO Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen GmbH	23 ,00 TEUR	9,00 %
Projektentwicklungsgesellschaft Hansapark Oberhausen mbH	77,00 TEUR	50,00 %
RSL Rheinische Sparkassen-Leasingbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	1.328,00 TEUR	1,74 %
RSOB Rheinischer Sparkassen-Online-Broker Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	584,00 TEUR	1,55 %
RW-Holding AG	2.927,00 TEUR	0,32 %
S-Service Rhein-Ruhr GmbH	227,50 TEUR	51,00 %
S-Logistik Rhein-Ruhr GmbH	122,50 TEUR	49,00 %

Besetzung der Sparkassenorgane

Verwaltungsrat

Wolfgang Große-Brömer	Vorsitzender
Daniel Schranz	1. stellvertretender Vorsitzender
Anne Janßen	2. stellvertretende Vorsitzende
Udo Alff	
Christian Benter	
Beatriks Brands	
Uwe Grotthaus	
Holger Steinke	
Klaus Zorn	
Lothar Grill	
Thomas Scheike	
Hermann-Josef Schepers	
Horst Wolter	
Peter Galonska	
Ursula Wingers	

Mitarbeiter/innen

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter/innen	721	717	712	709	682
davon Auszubildende	55	48	41	52	56

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR
Unmittelbare Auswirkungen auf den städtischen Haushalt ergeben sich nicht. Die Sparkassen-Bürgerstiftung unterstützt jedoch in erheblichem Umfang verschiedene wohltätige und wohlfahrtspflegerische Einrichtungen.					

Darstellung des Geschäftsverlaufs der Stadtparkasse Oberhausen

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft konnte auch im Jahr 2006 ihr dynamisches, kräftiges Wachstum weiter fortsetzen. Im Ergebnis befindet sie sich nun in einer ihrer dynamischsten Phasen seit den fünfziger Jahren. Das Weltsozialprodukt erreichte einen Wachstumswert von 5,1 %, wozu maßgeblich das anhaltend hohe Expansionstempo der aufstrebenden Volkswirtschaften (wie z.B. China) beigetragen haben.

Aber auch die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern hat in 2006 zugenommen, so dass hierdurch ein weiterer positiver Beitrag zur konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft geleistet wurde.

Die im Jahr 2005 zu beobachtende deutliche Verteuerung der Energieträger, insbesondere der kräftig angestiegene Ölpreis, hat sich im ersten Halbjahr 2006 zunächst fortgesetzt. Durch die mit dem Rückgang der Ölpreise im zweiten Halbjahr 2006 verbundenen Entlastung der Verbraucher und der Unternehmen konnten im Anschluss expansive Impulse für das globale Wachstum ausgehen.

Ein weiterer positiver Einfluss auf die Entwicklung in den USA und Europa ging vom außergewöhnlich milden Winter aus, der sich insbesondere auf die Entwicklung der Bautätigkeit positiv ausgewirkt hat.

Auch im Euroraum konnte sich das Wachstum gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhen. Für das Gesamtjahr 2006 ergibt sich eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von 2,8 %. Dies ist die höchste Zuwachsrate seit dem Jahr 2000.

Die deutsche Wirtschaft konnte sich im Jahr 2006 deutlich positiver entwickeln als in den Vorjahren und ein kräftiges Wirtschaftswachstum verzeichnen. Schrittweise wurden die Prognosen im Jahresverlauf nach oben korrigiert. Für das Jahr 2006 ergibt sich nach den derzeitigen Berechnungen ein gesamtwirtschaftliches Wachstum in Höhe von 2,7 % nach nur 0,9 % im Jahr zuvor.

Damit hat die deutsche Wirtschaft zum Durchschnitt der Eurozone aufgeschlossen. Im Unterschied zu den beiden vorangegangenen Jahren kamen die Wachstumsimpulse in 2006 vor allem aus dem Inland. Die Binnennachfrage trug 1,6 %-Punkte zum BIP-Wachstum bei und damit deutlich mehr als der Außenbeitrag (1,1 %-Punkte).

Ausschlaggebend für die Steigerung der Binnennachfrage waren in erster Linie die Anlageinvestitionen, die den stärksten Anstieg seit der Wiedervereinigung verzeichneten.

Durch die zunehmende Kapazitätsauslastung gewinnt die Erweiterung der Produktionskapazitäten als Motiv für Anlageinvestitionen zunehmend an Bedeutung. Zudem konnte der langjährige Rückgang der Bauleistungen gestoppt und umgekehrt werden.

Durch die zumindest teilweise erfolgte Aufgabe der Kaufzurückhaltung der Verbraucher in Deutschland konnte auch der private Konsum seinen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung steigern. Nominell wurden 2,0 % und real 0,8 % mehr Geld für den privaten Konsum ausgegeben. Im Jahr 2005 betrug der Wert real 0,1 %.

Auch der Außenhandel konnte sich im Jahr 2006 weiter sehr dynamisch entwickeln. Sowohl im Export als auch im Import konnte gegenüber dem Vorjahr nahezu eine Verdoppelung der Steigerungsraten erzielt werden. Neben der kräftigen Expansion der Weltwirtschaft schlug dabei die weiter verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft positiv zu Buche.

Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit konnte in 2006 deutlich gesenkt werden. Die in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gemessene Defizitquote ging auf 1,7 % zurück und liegt damit erstmalig seit dem Jahr 2001 wieder unter der im Maastrichter Vertrag vereinbarten Defizitquote von 3 %.

Die positive, aufwärtsgerichtete konjunkturelle Grundtendenz hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2006 in einer kräftigen Zunahme der Beschäftigung und einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit niedergeschlagen.

Gegenüber dem Vorjahr ging die Arbeitslosenquote in % der zivilen Erwerbspersonen von im Jahresdurchschnitt 11,7 % in 2005 auf 10,8 % zurück. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen betrug im Jahresdurchschnitt 2006 4,5 Millionen Menschen nach 4,9 Millionen Menschen in 2005. Im Vergleich zum Dezember 2005 sank die Arbeitslosenquote um 1,5 %-Punkte von 11,1 % auf 9,6 %. In der Stadt Oberhausen lag die Quote mit 14,2 % per 12.2006 weiterhin deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Gegenüber dem Dezember 2005 konnte allerdings ein deutlicher Rückgang der Arbeitslosenquote in Höhe von 1,5 %-Punkten verzeichnet werden.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg in 2006 mit plus 1,7 % genauso stark wie im Vorjahr. Der private Konsum stieg um 0,8 % gegenüber 0,1 % im Vorjahr und konnte somit ebenfalls positive konjunkturellen Impulse setzen. Die Sparquote ging gegenüber dem Jahr 2005 leicht um 0,1 %-Punkte auf 10,5 % zurück.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Jahr 2006 die Leitzinsen insgesamt sechsmal angehoben. Die Sätze der Einlagenfazilitäten, der Hauptrefinanzierungsgeschäfte und der Spitzen-refinanzierungsfazilität betragen seit der letzten Anpassung im Dezember 2006 2,50 %, 3,50 % bzw. 4,50 %.

Mit den vorgenommenen Leitzinserhöhungen versucht die EZB auf die nach wie vor bestehenden Aufwärtsrisiken für die Preisentwicklung zu reagieren.

In Folge der Leitzinserhöhungen ist der Geldmarkt ebenfalls sukzessive angestiegen und lag per Ende Dezember in einer Bandbreite zwischen 3,5 % (Tagesgeld) und 4,00 % (12-Monatsgeld).

Die mittel- und langfristigen Kapitalmarktzinssätze stiegen ebenfalls in Laufe des Jahres 2006 an, allerdings weniger stark als die kurzfristigen Zinssätze, mit der Folge einer deutlich abgeflachten Zinskurve.

Die internationalen Aktienmärkte konnten sich auch im Börsenjahr 2006 sehr gut entwickeln und wiesen zumeist zweistellige Kursgewinne auf. Der DAX stieg im Jahr 2006 um 22 % und konnte damit das vierte positive Jahr hintereinander erreichen. Getragen von der guten konjunkturellen Entwicklung konnte auch die im Mai/Juni vergangenen Jahres erfolgte Korrektur keine dauerhaft belastende Wirkung entfalten.

Branchensituation

Auch im Jahr 2006 war der Bankenmarkt geprägt von einem starken Preiswettbewerb. Neben den bereits im Jahr 2005 mit ihren aggressiven Konditionen auftretenden Direktbanken und neuen ausländischen Instituten versuchten im Jahr 2006 auch die etablierten Geschäftsbanken über aggressive Konditionierung Neukunden zu gewinnen. Folge dieser Entwicklung sind sich weiter deutlich einengende Zinsmargen im Kundengeschäft sowohl auf der Passiv- als auch auf der Aktivseite.

Darüber hinaus haben sich die Ertragsperspektiven aus der Fristentransformation, insbesondere der Sparkassen und Kreditgenossenschaften, aufgrund der zunehmend abgeflachten Zinskurve in 2006 deutlich eingetrübt. Ein Ausgleich durch neue, renditestärkere Ertragsquellen ist bisher noch nicht erreicht worden.

Über alle Banken hinweg konnten sowohl im Kredit- als auch im Einlagengeschäft mit Nichtbanken im Jahr 2006 Steigerungen erzielt werden. Dies gilt ebenfalls für die rheinischen Sparkassen, die sowohl im Kundenkreditgeschäft als auch bei den Kundeneinlagen Zuwächse erzielen konnten.

Die auch 2006 anhaltend freundliche Verfassung der Wertpapiermärkte hat das Wertpapiergeschäft im Berichtsjahr ebenfalls spürbar belebt.

In den letzten 15 Jahren hat sich im deutschen Bankengewerbe ein Fusions- und Übernahmeprozess vollzogen, in dessen Folge sich die Anzahl der Kreditinstitute mehr als halbiert hat. Im Jahr 2006 hat sich die Zahl der Kreditinstitute insgesamt in Deutschland um 41 und davon die der Sparkassen um 6 Institute weiter reduziert.

Neben dem weiter vorangeschrittenen Konzentrationsprozess haben auch instituts- und sogar säulenübergreifende Kooperationen durch Outsourcing zusätzliche Konsolidierungseffekte im deutschen Bankenmarkt bewirkt.

Insgesamt hat sich nach unserer Überzeugung das Drei-Säulen-Modell der deutschen Kreditwirtschaft, mit dem Nebeneinander von privaten Geschäftsbanken, Kreditgenossenschaften und Sparkassen, zum Wohle der Verbraucher und der Volkswirtschaft auch in 2006 bewährt. Es sichert den Wettbewerb und garantiert damit eine flächendeckende Versorgung mit modernen Finanzdienstleistungen zu äußerst günstigen Konditionen. Der seit Jahren den Bankenmarkt prägende harte Wettbewerb ist unseres Erachtens Beleg für einen funktionierenden Wettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland.

Rechtliche Grundlagen

Die Stadtsparkasse Oberhausen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Wesentliche Grundlage neben dem Kreditwesengesetz (KWG) ist das Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen (SpkG NW).

Zentraler Inhalt des Sparkassengesetzes NW ist der öffentliche Auftrag und das Regionalprinzip.

Hiernach hat die Stadtsparkasse Oberhausen die Aufgaben:

- Der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Gewährträgers zu dienen.
- Die Förderung des Sparsinns und der Vermögensbildung der Bevölkerung sowie des eigenverantwortlichen Verhaltens der Jugend in wirtschaftlichen Angelegenheiten.
- Die Kreditversorgung dient vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Ab Mitte 2005 haben sich die bisherigen gesetzlichen Haftungsgrundlagen der Sparkassen – Anstaltslast und Gewährträgerhaftung – geändert.

Städte, Gemeinden und Kreise waren bisher rechtlich verpflichtet, für Sparkassen und die bei ihnen eingelegten Kundengelder einzustehen.

Diese Verpflichtung gegenüber der Sparkasse wird als „Anstaltslast“ bezeichnet, die unmittelbare Verpflichtung gegenüber dem Kunden als „Gewährträgerhaftung“.

Mit der Änderung der gesetzlichen Haftungsgrundlage tritt die Sicherung der Institute durch den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe an die Stelle der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung.

Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind diesem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft verbunden sind:

- dem Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen,
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Das System schützt die angeschlossenen Institute und gewährleistet ihre Liquidität und Solvenz. Die Ansprüche unserer Kunden können somit bei Fälligkeit in voller Höhe ohne betragsmäßige Begrenzung erfüllt werden.

Geschäftsentwicklung der Stadtparkasse Oberhausen

Die Geschäftsentwicklung der Stadtparkasse Oberhausen verlief unter Berücksichtigung des sich allmählich aufhellenden konjunkturelle Umfelds im abgelaufenen Jahr zufrieden stellend. Der absolute Jahresüberschuss liegt leicht unter dem Vorjahreswert.

Die nachfolgende Übersicht zeigt einige wesentliche Zahlen zur Entwicklung:

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderun	
	Mio. €	Mio. €	g in Mio. €	g in %
Bilanzsumme	2.525,5	2.468,5	57,0	2,3
Geschäftsvolumen	2.570,6	2.503,6	67,0	2,7
Jahresüberschuss nach Steuern	2,1	2,5	-0,4	-16,0
Forderungen an Kreditinstitute	242,9	181,3	61,6	34,0
Forderungen an Kunden	1.561,2	1.584,4	-23,2	-1,5
Eigene Wertpapierbestände	547,4	542,5	4,9	0,9
Verbindlichkeiten gegenüber KI	921,2	816,9	104,3	12,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.445,6	1.497,9	-52,3	-3,5
Verbriefte Verbindlichkeiten	16,1	14,2	1,9	13,4
Sicherheitsrücklage	102,7	100,6	2,1	2,1
Nettoabsatz Wertpapiere	38,2	50,2	-12,0	-23,9
Vermittlungssumme Lebensversicherungen (Wertungssumme)	22,2	27,4	-5,2	-19,0
Abschlusssumme Bausparverträge	39,4	50,3	-10,9	-21,7

Bilanzsumme

Durch die Steigerung der Forderungen an Kreditinstitute konnte gegenüber dem Vorjahr die Bilanzsumme um 2,3 % auf 2.525,5 Mio. € gesteigert werden. Finanziert wurde das Wachstum durch den Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Das Geschäftsvolumen konnte aufgrund des Wachstums der Avalkredite sogar um absolut 67,0 Mio. € auf 2.570,6 Mio. € gesteigert werden.

Kreditgeschäft

Unser Kundenkreditgeschäft musste im Jahr 2006 einen Rückgang verzeichnen. Ursächlich hierfür waren Ablösungen von Großengagements im Bereich der Unternehmenskunden. Die erteilten Zusagen an unsere Kunden im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft lagen mit 194 Mio. € im Jahr 2006 nur geringfügig unter dem Vorjahreswert, wovon die für den Wohnungsbau vorgesehenen Mittel um 8 Mio. € über dem Vorjahreswert lagen. Das Kreditgeschäft bildet mit 61,8 % den bedeutendsten Bereich auf der Aktivseite der Bilanz.

Eigene Wertpapierbestände

Die eigenen Wertpapierbestände haben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig um 0,9 % oder 4,9 Mio. € erhöht. Innerhalb der Position kam es allerdings aufgrund der flachen Zinskurve und dem niedrigen Zinsniveau zu einer Umschichtung fälliger Wertpapiere aus ursprünglich langfristigen festverzinslichen Wertpapieren in variabel verzinsliche Anleihen.

Einlagengeschäft

Auch im Geschäftsjahr 2006 musste ein Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichnet werden. Mit -52,3 Mio. € ist dieser zwar geringer ausgefallen als im Jahr zuvor, die Entwicklung ist allerdings nach wie vor nicht zufrieden stellend. Betroffen waren hierbei die Spareinlagen und die Sparkassenbriefe.

Bei den verbrieften Verbindlichkeiten dagegen konnte ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden.

Seit 1999 ist ein kontinuierlicher Rückgang der Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten) zu verzeichnen.

Mit einem Rückgang in 2006 von -3,3 % hoffen wir nunmehr den Höhepunkt im Jahr 2005 mit -5,1 % erreicht und überschritten zu haben.

Eine Ursache für diese Entwicklung ist unseres Erachtens das veränderte Anlageverhalten unserer Kunden verbunden mit einem veränderten ganzheitlichen Beratungsansatz unseres Hauses, der dem Erfordernis der Zukunftsvorsorge unserer Kunden auch mit bilanzunwirksamen Produkten stark Rechnung trägt. Der hiermit verbundene Absatz von bilanzneutralen Anlageprodukten muss daher bei der Gesamtbeurteilung dieser Entwicklung mit betrachtet werden. Eine weitere wesentliche Ursache stellt der massive Konditionenwettbewerb im Bankenmarkt dar, der preissensible Kunden veranlasst, temporär Einlagen zu verlagern.

Interbankengeschäft

Zum Ausgleich der rückläufigen Kundeneinlagen ist es zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gekommen. Eine weitere Ursache für den Anstieg der Verbindlichkeiten an Kreditinstitute und dem korrespondierenden Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute ist die Nutzung vorhandener Refinanzierungsmöglichkeiten zur Erzielung von Zinsdifferenzgewinnen.

Bilanzneutrales Geschäft

Das bilanzunwirksame, provisionstragende Kundenwertpapier- und Bausparvermittlungsgeschäft konnte in 2006 gegenüber dem Vorjahr nicht weiter ausgebaut werden. Sowohl im Bereich des Nettoabsatzes von Wertpapieren als auch beim Abschluss von Bausparverträgen musste ein Rückgang der Absatzzahlen verzeichnet werden. Der Absatz von Lebensversicherungsprodukten konnte sich nach den Änderungen der steuerlichen Rahmenbedingungen mit Wirkung für das Jahr 2005 auch in 2006 noch nicht erholen. Auch hier musste ein Absatzzrückgang verzeichnet werden.

Positiv entwickelt hat sich dagegen die Vermittlung innovativer Finanzprodukte wie z.B. Finanzswaps an unsere Kunden über die Σ International Rhein-Ruhr GmbH. Hier konnte eine deutliche Steigerung der vermittelten Geschäfte verzeichnet werden.

Wirtschaftlichkeit

Die Auslagerung von Verwaltungs- und Stabsabteilungen in unsere gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr haben wir im Jahr 2006 abgeschlossen. Ziel dieser Auslagerungen ist es, über Effizienzgewinne und Skaleneffekte eine Verbesserung unserer Kostenstrukturen zu erreichen.

Ein weiterer Schwerpunkt zur Senkung der Sachaufwandsquote stellt das in 2005 eingeführte und in 2006 erstmalig vollständig genutzte Budgetierungstool dar. Durch die hiermit verbundene klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten, die hohe Transparenz und ein enges Controlling konnten bereits positive kostensenkende Ergebnisse erzielt werden.

Investitionen

Der Neubau unserer Sparkassenhauptstelle ist in 2006 weiter vorangeschritten. Die voraussichtliche Fertigstellung wird Anfang 2008 erfolgen.

Weitere Investitionen betrafen den Umbau mehrerer Filialen im Rahmen unseres bestehenden Standortkonzeptes.

Unsere Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterzahl hat sich im Jahr 2006 im Rahmen des geplanten Mitarbeiterabbaus um 27 reduziert. Insgesamt wurden zum 31.12.2006 682 Personen (mit Mitarbeitern/-innen in der Freizeitphase der Altersteilzeit, mit ruhenden Beschäftigungsverhältnissen) beschäftigt. Allein 56 Auszubildende in insgesamt 3 Ausbildungsjahrgängen gehörten zum Stichtag 31.12.2006 zu unseren Mitarbeitern.

Die Stadtsparkasse Oberhausen unterstreicht damit ihre Bereitschaft zur Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung insbesondere für die Stadt Oberhausen und die Bedeutung, die unser Haus der Ausbildung junger Menschen beimisst.

Im Januar 2006 haben 16 Auszubildende die Kaufmannsgehilfenprüfung zum Bankkaufmann /-frau vor der Industrie- und Handelskammer absolviert. 8 Auszubildende übernahmen wir in ein unbefristetes und die verbleibenden 8 in ein befristetes Angestelltenverhältnis.

Einer Teilzeitbeschäftigung sind 153 Mitarbeiter/-innen nachgegangen. Von der Möglichkeit, eine Altersteilzeit-Regelung in Anspruch zu nehmen, haben im Jahr 2006 25 Mitarbeiter/-innen Gebrauch gemacht.

Als Folge der Verlagerung von Abteilungen unseres Hauses in die gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr arbeiten nunmehr 109 Mitarbeiter/-innen im Rahmen einer Entsendung bei den nachfolgend genannten Tochterunternehmen.

Seit der Gründung dieser Unternehmen haben uns aufgrund eigener Kündigung bzw. im Rahmen des Betriebsüberganges nach § 613 a BGB 30 Mitarbeiter verlassen, um ein anderes oder neues Aufgabengebiet in der Σ Service Rhein-Ruhr GmbH oder der Σ Logistik Rhein-Ruhr GmbH zu übernehmen.

Sonstiges

Die Sparkassen unterstützen als Förderer und Sponsoren in vielfältiger Weise das soziale und gesellschaftliche Leben und Engagement. Ohne diese Unterstützung der

Sparkassen könnte so manche gemeinnützige, karitative oder mildtätige Einrichtung nicht überleben.

Auch die Stadtsparkasse Oberhausen unterstützt mit Ihrer Stiftungsinitiative umfangreich das soziale und gesellschaftliche Engagement.

Die Sparkassen-Bürgerstiftung ist die älteste Stiftung im Rahmen der Stiftungsinitiative der Stadtsparkasse Oberhausen. Sie wurde bereits 1983 gegründet. Die Förderschwerpunkte der Sparkassen-Bürgerstiftung liegen in den Bereichen Kultur, Soziales, Bildung sowie Jugend.

Seit ihrer Gründung hat die Sparkassen-Bürgerstiftung Vereine, Institutionen und Projekte in einem Gesamtvolumen von rund 11,5 Mio. € gefördert. Im Jahr 2006 lag das Fördervolumen bei 540.000,-- €. Neben dieser „passiven“ Förderung hat die Sparkassen-Bürgerstiftung in 2006 erstmals auch „aktiv“ einen Bürgerpreis zur Anerkennung ehrenamtlichen Engagements im Wert von 10.000,-- € ausgeschrieben und vergeben.

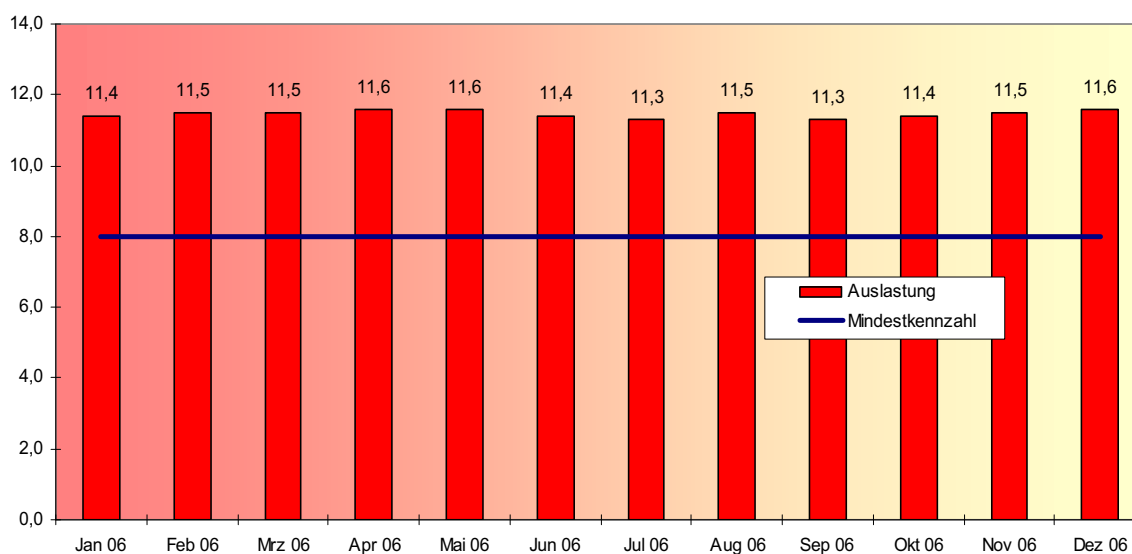
Das Stiftungskapital der Sparkassen-Bürgerstiftung liegt zum 31.12.2006 bei 3,53 Mio. € und wurde durch die Stadtsparkasse Oberhausen in 2006 mit 280.000,-- € dotiert.

Lage der Stadtsparkasse Oberhausen

Vermögenslage

Nach der noch durch den Träger zu beschließenden Zuführung aus dem Bilanzgewinn wird sich die Sicherheitsrücklage auf 103 Mio. € (Vorjahr 101 Mio. €) belaufen. Das entspricht einem Plus von 2,1 % gegenüber dem Vorjahr. Darüber hinaus verfügen wir über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Eigenkapitalquote wird von der Stadtsparkasse Oberhausen damit deutlich übertroffen. Das Verhältnis der anrechenbaren Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva und Marktrisikopositionen überschreitet gemäß der Grundsatz I Berechnung per 31.12.2006 mit einer Gesamtkennziffer von 11,6 % deutlich den von der Bankenaufsicht geforderten Mindestwert von 8 %. Die Stadtsparkasse Oberhausen verfügt damit über eine gute Kapitalbasis für die künftige Geschäftsausweitung.

Grundsatz I - Eigenkapitalauslastung

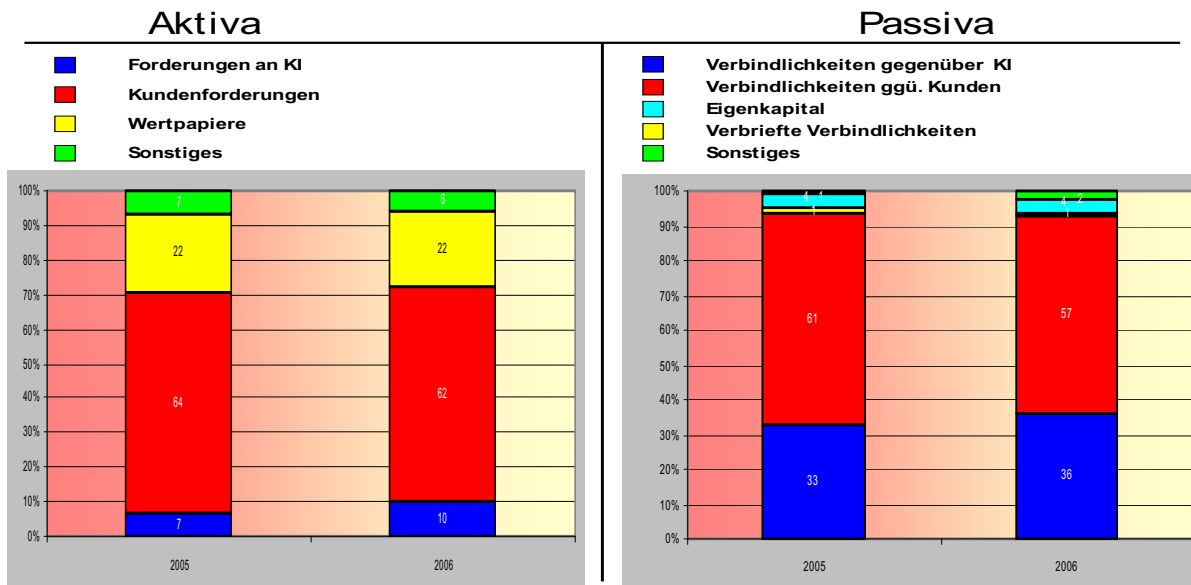


Die Bilanzstruktur der Stadtsparkasse Oberhausen ist gekennzeichnet durch eine starke Ausprägung des Kundengeschäftes.

Auf der Aktivseite stellen die Forderungen an Kunden (62 %), die Wertpapierbestände (22 %) und die Forderungen an Kreditinstitute (10 %) die herausragenden Bilanzposten dar. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil der Forderungen an Kunden um 2 %-Punkte zurückgegangen und ist im Vergleich zum Durchschnitt der rheinischen Sparkassen leicht unterdurchschnittlich (Verbandswert 64 %). Die Wertpapierbestände haben sich konstant entwickelt. Die Forderungen an Kreditinstitute haben sich dagegen um 3 %-Punkte erhöht und weisen einen doppelt so hohen Wert als der Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen auf.

Auf der Passivseite stellen die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit 57 % und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 36 % die dominierenden Positionen dar. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden an der gesamten Passivseite um 4 %-Punkte reduziert. Die gesamten Kundenverbindlichkeiten (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieftete Verbindlichkeiten) sind um 3 %-Punkte auf 58 % zurückgegangen und liegen deutlich unter dem Durchschnitt aller rheinischen Sparkassen. In Folge dessen hat sich der Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3 %-Punkte gegenüber dem Vorjahreswert erhöht.

Bilanzstruktur

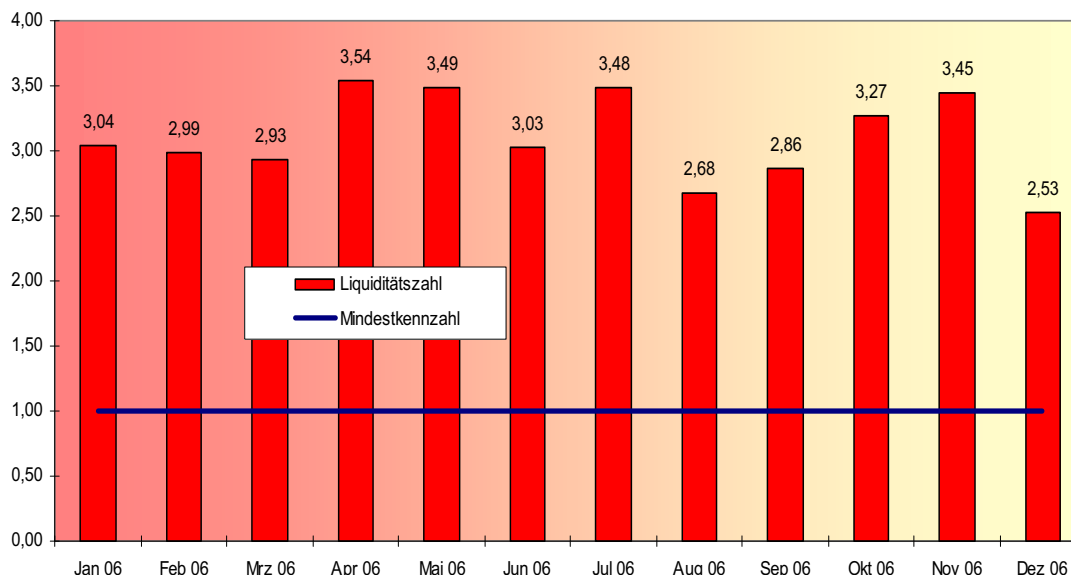


Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Mit den gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen ist den Risiken im Kreditgeschäft und den sonstigen Verpflichtungen entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben unseres Hauses ausreichend Rechnung getragen worden. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute besteht zusätzliche Vorsorge. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die bankaufsichtsrechtlich geforderte Liquiditätsquote wurde von uns deutlich übertroffen. Sie lag in 2006 in einer Bandbreite zwischen 2,53 und 3,54.

Grundsatz II - Liquiditätskennzahl



Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe unterhalten.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Westdeutschen Landesbank wurde dispositionsbedingt zeitweilig in Anspruch genommen. Die Möglichkeit, bei der Deutschen Bundesbank Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde im abgeschlossenen Geschäftsjahr in unterschiedlicher Höhe genutzt.

Ertragslage

Das Ergebnis der Stadtsparkasse Oberhausen im Geschäftsjahr 2006 ist zufrieden stellend. Der Bilanzgewinn liegt mit 2,1 Mio. € leicht über dem Vorjahreswert.

Die nachfolgenden Ausführungen zur Ertragslage stützen sich neben der Betrachtung der Gewinn und Verlustrechnung auch auf den bundeseinheitlichen Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation. Im Rahmen des Betriebsvergleiches erfolgt eine detaillierte Darstellung der Erfolgspositionen im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme.

Insgesamt reduzierten sich die Erträge laut Gewinn- und Verlustrechnung leicht um 1,8 % auf 81,4 Mio. €. Der Gesamtaufwand vor Bewertung und Steuern konnte um 4,5 Mio. € = 7,1 % reduziert werden. Das Verhältnis dieser Aufwendungen zu den Erträgen (Cost-Income-Ratio) verbesserte sich weiter auf 72,7 % (Vorjahr 76,8 %).

Auf Basis des einheitlichen Betriebsvergleiches der Sparkassen, der eine Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ergebnissen (z.B. aperiodische Erträge und Aufwendungen, Sonderabschreibungen) vorsieht, ergibt sich eine CIR von 73,4 gegenüber 74,7 im Vorjahr.

Die nachfolgende Übersicht zeigt wesentliche Zahlen zur Ertragslage:

	31.12.2006	31.12.2005	Veränderung in Mio. €	Veränderung in %
	Mio. €	Mio. €		
Zinsüberschuss	58,6	60,9	-2,3	-3,8
Lfd. Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und Beteiligungen	3,8	3,7	0,1	2,7
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinn-abführungsverträgen	0,7	1,3	-0,6	-46,2
Provisionsüberschuss	14,8	14,2	0,6	4,2
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betriebliche Erträge	3,5	2,8	0,7	25,0
Summe Erträge	81,4	82,9	-1,5	-1,8
Personalaufwand	27,8	29,7	-1,9	-6,4
Sachaufwand	25,8	24,8	1,0	4,0
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen	3,3	5,0	-1,7	-34,0
Überschuss aller sonstigen Aufwendungen über die übrigen Erträge	19,3	20,1	-0,8	-4,0
Jahresüberschuss vor Steuern	5,2	3,3	1,9	57,6
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2,7	0,6	2,1	350,0
Sonstige Steuern	0,4	0,2	0,2	100,0
Jahresüberschuss nach Steuern	2,1	2,5	-0,4	-16,0
Rücklagendotierung	0,0	0,5	-0,5	-100,0
Bilanzgewinn	2,1	2,0	0,1	5,0

Das zinstragende Geschäft stellt weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle dar. Der im Jahr 2006 zu verzeichnende Rückgang beim Zinsüberschuss ist insbesondere Folge eines Rückgangs des durchschnittlichen Geschäftsvolumens. Eine weitere Rolle spielt die Zuführung von Mitteln in einen Spezialfonds mit abweichendem Geschäftsjahr, was ebenfalls eine den Zinsüberschuss reduzierende Wirkung entfaltete. Durch das gestiegene Zinsniveau ist es darüber hinaus zu einer Reduzierung des saldierten Ertrages aus im Rahmen der Zinsbuchsteuerung abgeschlossener Finanzswaps der Stadtsparkasse Oberhausen gekommen. Sowohl Zinsertrag als Zinsaufwand weisen zum Vorjahr deutliche Rückgänge auf.

Auf Basis der durchschnittlichen Bilanzsumme ergibt sich für die Stadtsparkasse Oberhausen ein Rückgang der Zinsspanne von 2,41 % in 2005 auf 2,36 % im Jahr 2006 (ermittelt nach den Regeln des Betriebsvergleiches der Sparkassen).

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 4,2 % oder 0,6 Mio. € gesteigert werden. Ursache dieser positiven Entwicklung ist neben einem gesteigerten Provisionsertrag aus dem bilanzunwirksamen Wertpapiergeschäft mit Kunden auch das durch Sondergeschäfte deutlich verbesserte Vermittlungsgeschäft von innovativen Finanzinstrumenten über die International Rhein-Ruhr GmbH.

Bei der Beurteilung der Entwicklung der Erträge aus Provisionen ist allerdings zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Provisionserträge aus dem Verbundgeschäft in der Versicherungs- und Immobilien- Vermittlungsgesellschaft mbH anfällt, die als „Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen“ in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließt. Dieser Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr als Folge des rückläufigen Vermittlungsgeschäftes von Versicherungen, Bausparverträgen und Immobilien und Einmalbelastungen aus Umstrukturierungsmaßnahmen um 0,6 Mio. € oder 46,2 % verschlechtert.

Das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften – Ergebnis aus dem Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten – konnte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden, ist aber für die Beurteilung der Ertragslage der Sparkasse Oberhausen von untergeordneter Bedeutung.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen (Personal- und Sachaufwand) konnten trotz der Belastung durch Sondereffekte, wie z.B. der Absenkung des Rechnungszinsfußes für Pensionsrückstellungen, gegenüber dem Vorjahreswert um 0,9 Mio. € reduziert werden.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen lagen im Jahr 2006 um 1,7 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres. Ursächlich hierfür sind die im Jahr 2005 vorgenommenen Sonderabschreibungen im Rahmen des Neubaus der Sparkassenhauptstelle und verschiedener Filialen, die zu einem erhöhten Wert im Vorjahr geführt hatten.

Aufgrund der durch die Kapitalmarktentwicklung und der nötigen Risikovorsorge im Kreditbereich erforderlichen Abschreibungen und Wertberichtigungen wurden - nach Verrechnung von Kursgewinnen und Zuschreibungen - Aufwendungen in Höhe von 17,0 Mio. € (Vorjahr Aufwand 15,9 Mio. €) ausgewiesen.

Dabei belastete aufgrund der Kapitalmarktentwicklung ein gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöhter Wertberichtigungsbedarf bei den eigenen Wertpapieren das Bewertungsergebnis.

Beim Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft konnte dagegen eine Entspannung und damit ein Rückgang gegenüber dem Vorjahreswerten verzeichnet werden.

Der gesamte Steueraufwand liegt um 2,3 Mio. € über dem Vorjahreswert. Dabei wirken sich die steuerlich nicht anerkannte Bildung verschiedener Rückstellungen, die steuerliche Nachschaubetrachtung im Rahmen der Wertpapierbewertung und die Folgen der im Jahr 2006 durchgeführten steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2002 bis 2004 belastend aus.

Das Gesamtergebnis ermöglicht eine weitere Aufstockung des Eigenkapitals als Basis für die zukünftige Geschäftsausweitung. Nach der Feststellung des Jahresabschlusses werden

1,9 Mio. € in die Sicherheitsrücklage eingestellt. Über den verbleibenden Betrag von 0,2

Mio. €, der nach § 28 Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen ausschüttungsfähig ist, entscheidet der Rat der Stadt Oberhausen.

Angesichts der konjunkturellen Rahmenbedingungen und vor dem Hintergrund der Branchenentwicklung ist das erzielte Ergebnis als zufrieden stellend zu bezeichnen. Die wirtschaftliche Lage der Stadtsparkasse Oberhausen ist insgesamt positiv zu bewerten. Sowohl die vorhandene Ertragskraft als auch die Eigenkapitalausstattung bilden eine gute Basis für die geplante Geschäftsentwicklung.

Nachtragsbericht

Die Stadtsparkasse Oberhausen hat beschlossen, über den DSGVO am Bieterverfahren zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG teilzunehmen.

Risikoberichterstattung

Risikomanagementziele und -methoden

Die geschäftliche Tätigkeit einer Sparkasse beinhaltet das bewusste Eingehen von Risiken. Deren aktive Steuerung sowie die gezielte Transformation von Risiken sind Kernfunktionen unserer Sparkasse. Eine erfolgreiche Sparkasse zeichnet sich dadurch aus, dass sie die mit der Geschäftstätigkeit untrennbar verbundenen Risiken zeitnah erkennt, bewertet, umfassend steuert und die Steuerungsmaßnahmen laufend überwacht.

Wesentlicher Bestandteil unserer Risikomanagementsysteme ist die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen.

Risiken werden bewusst eingegangen, wenn sie zur Erzielung von Erträgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind. Die Übernahme von Risiken ist in der Stadtsparkasse Oberhausen eingebunden in eine ertrags- und wertorientierte Gesamtbanksteuerung, die das Erreichen der mittel- bis langfristigen Finanzziele sicherstellt. Als Fundament unserer Risikosteuerung dienen perioden- und wertorientierte Risikotragfähigkeitskonzepte, welche die dauerhafte Bestandssicherung des Unternehmens zur Aufgabe haben.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionelle Trennung zwischen Markt und Marktfolge festgelegt. Zwischen der Risikosteuerung und der Risikokontrolle besteht mindestens eine personelle Funktionstrennung. Im Rahmen des Risikomanagements sind die Abteilungen Unternehmenssteuerung, KreditService sowie die Revisionsabteilung beteiligt.

Der Abteilung Unternehmenssteuerung obliegt die risikoüberwachende Funktion. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme sowie das Risikocontrolling der einzelnen Risikokategorien. Die Erfüllung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist eine weitere Kernaufgabe. Die Abteilung Unternehmenssteuerung ist organisatorisch von den Marktbereichen getrennt.

Darüber hinaus betreibt die Abteilung Unternehmenssteuerung die Liquiditätssteuerung der Stadtsparkasse Oberhausen im Rahmen der vom Vorstand festgelegten

Rahmenbedingungen. Im Rahmen der Steuerung der Marktpreisrisiken, insbesondere der Zinsänderungsrisiken, ist sie zudem für die Erarbeitung von Handlungsvorschlägen für den Vorstand verantwortlich. Die Ausführung der Beschlüsse erfolgt durch die von der Unternehmenssteuerung organisatorisch getrennten Händler.

Die Betreuung der im Kreditbereich eingesetzten Rating- und Scoring-Systeme sowie des Frühwarnsystems zur frühzeitigen Identifizierung wesentlicher Risiken obliegt der Abteilung KreditService. Sie ist organisatorisch ebenfalls vom Marktbereich getrennt.

Die Revisionsabteilung prüft die Einhaltung der festgelegten internen Regeln sowie der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Sie überprüft die Angemessenheit und Wirksamkeit des Managements der einzelnen Risikoarten und begleitet als unabhängige Instanz die Weiterentwicklung der Gesamtbanksteuerungssysteme.

Eine Darstellung der Aufbauorganisation im Risikomanagement sowie der Verfahren zur Identifikation, Quantifizierung, Steuerung und Überwachung der einzelnen Risikoarten findet sich in dem 2006 erarbeiteten Entwurf des Risikohandbuchs der Stadtsparkasse Oberhausen, welcher derzeit überarbeitet und an die zukünftigen Anforderungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement angepasst wird.

Die Beurteilung der Risiken erfolgt hinsichtlich ihrer G.u.V.-Wirkungen und, soweit möglich, zusätzlich im Rahmen eines vermögenswertorientierten Value-at-Risk-Ansatzes. Zur Quantifizierung der einzelnen Risiken werden Szenarioanalysen durchgeführt, die auf historischen bzw. erwarteten Veränderungen von risikobeeinflussenden Parametern beruhen. Soweit eine Berechnung der Risiken aufgrund des Entwicklungsstandes unserer Systeme noch nicht möglich ist (z. B. operationelle Risiken), tragen wir dem durch die Reservierung von Risikokapital im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitskonzepte Rechnung.

Zur weiteren Vervollständigung und Optimierung unserer eingesetzten Risikomanagementsysteme wurde in 2006 ein Projekt initiiert, welches die Einführung von Verfahren zur Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von operationellen Risiken zum Ziel hat. In einem weiteren Projekt wurde die Einführung des Kreditportfoliomanagement-Tools CPV (CreditPortfolioView) vorangetrieben.

Im Rahmen der Steuerung der Risiken setzen wir zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken Finanzderivate ein. Die per 31.12.2006 bestehenden Finanzderivate können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

Risikotragfähigkeitskonzeption

Zentrales Element unserer Risikosteuerung sind die implementierten Risikotragfähigkeitskonzepte. Seit 2005 setzt die Stadtsparkasse Oberhausen zusätzlich zu dem perioden- auch ein wertorientiertes System ein.

In der periodenorientierten Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat. Im Rahmen der periodenorientierten Risikotragfähigkeit bilden das über die intern festgelegte Grundsatz I-Quote hinausgehende freie haftende Eigenkapital, weitere handelsrechtlich vorhandene Reserven (z. B. Vorsorgereserven)

und das operative Ergebnis (nach Abzug erwarteter Kreditrisiken und eines definierten Mindestergebnisses) die Risikodeckungsmasse. Diese wird auf die Risikokategorien Zinsspannenrisiko, Provisionsüberschussrisiko, Aufwandsrisiko, Adressenrisiko Eigenhandel, Bewertungsrisiko Wertpapiere und unerwartete Kreditrisiken verteilt.

Im Rahmen der wertorientierten Betrachtung bestimmt sich das Risiko als Vermögensminderung, die innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintritt. Für die Risikotragfähigkeitskonzeption erfolgt zunächst die Ermittlung des Reinvermögens nach Erträgen und Kosten. Hiervon wird der strategische Eigenkapitalbedarf und eine zusätzliche strategische Reserve in Abzug gebracht. Die verbleibende Risikodeckungsmasse wird auf die Adressenausfallrisiken (unerwartete Kreditrisiken), Marktpreisrisiken (Zinsbuch, Aktien/Fonds, Beteiligungen und Immobilien) und operationelle Risiken verteilt.

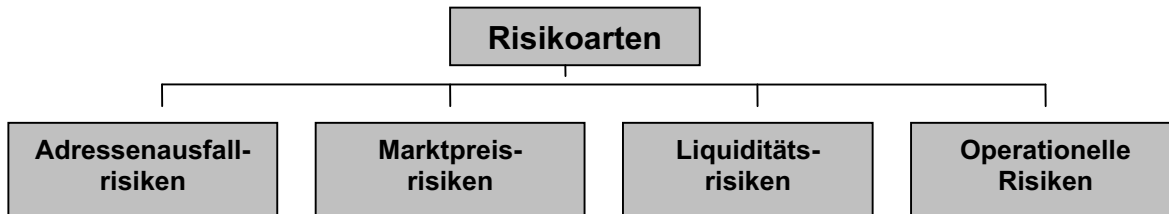
Über die Limiteinhaltung wird monatlich mit Hilfe eines Ampelsystems berichtet, wobei die gelbe Ampelstufe bei einer 80-prozentigen Limitauslastung erreicht wird.

Risikoreporting

Über die eingegangenen Risiken sowie die Auslastung der verschiedenen Limite wird dem Gesamtvorstand monatlich im Rahmen eines umfassenden Gesamtrisikoreports schriftlich berichtet. Die Ausführungen enthalten neben einer zusammenfassenden Beurteilung der Risikosituation und der Limitauslastungen auch Handlungsempfehlungen zur Steuerung der Risiken, über die der Vorstand entscheidet. Ergänzend erhält der Vorstand täglich einen Report über die Marktpreis- und Adressenausfallrisiken der Eigenhandelsgeschäfte. Eine Ad-hoc-Berichterstattung erfolgt bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich ausführlich über die von der Sparkasse eingegangenen Adressenausfallrisiken und der aktuellen Limitauslastung aller Risiken informiert.

Die Risiken, die wir im Rahmen unseres Risikomanagement- und -controllingsystems steuern, haben unterschiedliche Ursachen und bedürfen speziell abgestimmter Instrumente und Methoden zu deren Erfassung und Begrenzung. Wesentliche Risiken stellen für uns folgende Risikoarten dar:



Adressenausfallrisiken

Unter Adressenausfallrisiken verstehen wir die Gefahr des Ausfalls vertraglich zugesicherter Leistungen, so dass die Definition des Adressenausfallrisikos zum einen den Ausfall, zum anderen aber auch bereits eine mögliche Bonitätsverschlechterung einer Person oder eines Unternehmens beinhaltet.

Zu den Adressenausfallrisiken zählt die Stadtparkasse Oberhausen folgende Risikokategorien:

1. Kreditrisiko
Das Kreditrisiko bezeichnet die Bonitätsverschlechterung (Bonitätsrisiko) und/oder den Ausfall (Ausfallrisiko) einer Person oder eines Unternehmens, zu dem eine Kreditbeziehung besteht.
2. Spezifisches Kursrisiko
Das spezifische Kursrisiko bezeichnet das Risiko von Marktpreisveränderungen aufgrund der Bonitätsverschlechterung oder des Ausfalls des Emittenten.
3. Kontrahentenrisiko
Unter Kontrahentenrisiko verstehen wir den Ausfall eines Geschäftspartners vornehmlich im Bereich der Eigenhandelsgeschäfte.
4. Emittentenrisiko
Das Emittentenrisiko bezeichnet den Ausfall des Emittenten von Wertpapieren.
5. Länderrisiko
Das Länderrisiko im grenzüberschreitenden Kreditgeschäft besteht in der Gefahr, dass Zins- und Tilgungsleistungen ausländischer Kreditnehmer nicht termingerecht, nicht vollständig oder gar nicht geleistet werden, wobei die Zahlungsunfähigkeit oder die fehlende Zahlungsbereitschaft durch das Land verursacht wird, in dem der Schuldner ansässig ist, und nicht durch den Schuldner oder durch dessen Bonität.
6. Beteiligungsrisiko
Eine spezifische Form des Kreditrisikos bilden die Risiken aus Beteiligungen. Neben der Haftung im Rahmen der gewählten Rechtsform sind die Beteiligungsgesellschaften vielfach mit Kreditmitteln durch die Sparkasse

ausgestattet. Über Beteiligungsgesellschaften betreibt die Sparkasse lokale Wirtschafts- und Standortförderung.

Insgesamt lässt sich das Adressenausfallrisiko der Sparkasse in zwei große Bereiche gliedern: das Risiko aus dem Kundenkreditgeschäft sowie das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften.

Die Basis für die Steuerung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bildet die Kreditrisikostategie. Sie enthält neben den Rahmenbedingungen für das Kreditgeschäft die unter Berücksichtigung der Gesamtbankrisikotragfähigkeit und der Ausgangslage geplanten Aktivitäten im Kreditgeschäft. Dazu gehören neben risikobegrenzenden Maßnahmen auch Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Kreditrisikosteuerung. In der Kreditrisikostategie hat die Sparkasse Leitlinien bezüglich Kreditarten, Einzelkreditvolumen, Rating sowie Wohn-/Geschäftssitz der Kreditnehmer festgelegt. Hierdurch werden Bonitäts-, Klumpen- und Länderrisiken eingeschränkt.

Zur Beurteilung der Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft auf Kundenebene setzt die Sparkasse die Rating- und Scoringmodelle des DSGVO ein. Firmenkunden, Gewerbekunden, Geschäftskunden, Freiberufler und Existenzgründer werden grundsätzlich mit dem Standardrating, Bauträger, Investoren und Wohnungsbaugesellschaften mit dem Immobiliengeschäftsrating bewertet. Gewerbliche Kunden, die über ein Gesamtbligo von weniger als 250 TEUR verfügen, werden monatlich mit dem automatisierten Kleinstkundenrating bewertet. Für das Privatkundengeschäft sind Antrags-Scorekarten für Konsumentenkredite und Baufinanzierungen sowie ein Verhaltensscoring für Girokonten in den Kreditentscheidungsprozess integriert. Die Rating-Ergebnisse bilden die Basis für die Festlegung risiko-adjustierter Kreditkonditionen. Die Bonität einzelner Kreditnehmer wird zudem jährlich durch die Innenrevision der Sparkasse in umfangreichen Stichproben geprüft.

Der überwiegende Teil des gewerblichen Kreditgeschäftes entfällt auf Kreditnehmer in Risikoklassen mit moderaten Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bis Ende 2006 wurde für 1.621 Unternehmenskunden mindestens einmal das Standard- oder das Immobiliengeschäftsrating durchgeführt. Bezogen auf das zugrunde liegende Kreditvolumen weisen 36,6 % eine Ratingnote zwischen 1 und 5 auf. Der Volumensanteil in den Ratingklassen 1 bis 9, auf die gemäß der Kreditrisikostategie Geschäfte mit gewerblichen Neukunden beschränkt werden sollen, liegt bei 76,9 %.

Zur Früherkennung von Kreditrisiken auf Kundenebene wird ein automatisiertes System eingesetzt, das hinsichtlich definierter Frühwarnindikatoren auffällig gewordene Kreditnehmer identifiziert und die nachfolgende Bearbeitung mit der erforderlichen Betreuungsintensität (Intensivbetreuung, Sanierung) technisch unterstützt.

Das Kreditvolumen (inklusive Avale und Bürgschaften) nach Kundensegmenten verteilt sich per Ende 2006 wie folgt:

	31.12.2006 %-Anteil	31.12.2005 %-Anteil
Firmenkunden	25,9	23,8
Gewerbekunden	8,4	7,9
Geschäftskunden	3,0	3,1
Bauträger	1,9	2,3
Existenzgründer	1,6	1,5
Kommunale Kunden	18,1	19,7
Großkunden	1,3	1,3
Privatkunden	39,8	40,4
Summe	100,0	100,0

Die Großkredite gemäß § 13 Abs. 1 KWG machten am 31.12.2006 das 0,98-fache (Höchstgrenze gemäß § 13 Abs. 3 KWG: das Achtfache) des am Bilanzstichtag geltenden haftenden Eigenkapitals aus (31.12.2005: das 1,17-fache).

Die Beurteilung der Kreditrisiken auf Portfolioebene erfolgt durch die Analyse des gesamten Kreditportfolios nach unterschiedlichen Kriterien wie z. B. der Branchen-, Größenklassen- oder Ratingverteilung. Zur Verbesserung der Messung der Kreditrisiken auf Portfolioebene wurde in 2006 die Implementierung des Kreditportfoliomanagement-Tool CPV (CreditPortfolioView) vorangetrieben. Mit Hilfe dieses Programms erfolgt die Analyse des Kreditportfolios hinsichtlich der Darstellung der erwarteten Verluste und des ökonomischen Eigenkapitalbedarfs (CreditValue-at-Risk) sowie der Berechnung von Größenkonzentrationen (Klumpenrisiken) und deren Wirkung auf den CreditValue-at-Risk des Gesamtportfolios.

Für den Eintritt von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse durch die Bildung von Wertberichtigungen und Vorsorgereserven eine angemessene Vorsorge getroffen. Wertberichtigungen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen nach den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Die Angemessenheit der vorgesehenen Wertberichtigungen sind Prüfungsgegenstand der Innenrevision.

Aufgrund der insgesamt guten Diversifizierung des Kreditportfolios und des hohen Anteils an privaten Wohnungsbaukrediten kann das Kreditrisiko in der Stadtparkasse Oberhausen als moderat bezeichnet werden, wobei Risiken vor allem im Bereich der gewerblichen Kredite existieren. Erfreulicherweise konnte 2006 die in den vergangenen Jahren zu beobachtende Entwicklung von tendenziell steigenden Risikovorsorgeaufwendungen gestoppt werden, so dass die Sparkasse wieder unter dem Durchschnitt der Vergleichsinstitute liegt. Demzufolge bewegten sich die Adressenausfallrisiken im abgelaufenen Jahr auch deutlich innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. So lag die Auslastung des Limits für Adressenausfallrisiken im Kundenkreditgeschäft zum Jahresende bei 56 %.

Für die Eigenhandelsgeschäfte im Sinne der Mindestanforderungen an das Risikomanagement hat die Sparkasse detaillierte Regelungen bezüglich des zulässigen Kontrahenten- und Emittentenkreises sowie - bezogen auf die unterschiedlichen

Geschäftsarten - hinsichtlich der zulässigen Volumina je Kontrahent / Emittent eingesetzt. Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos werden externe Ratings herangezogen. Die von der Sparkasse direkt angelegten und die in dem Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Risikostufen:

Bonität / Ratingnote (gem. Standard & Poor's)	31.12.2006 in %	31.12.2005 in %
AAA	70,5	80,8
AA bis AA-	13,9	10,8
A+ bis A-	10,9	6,9
BBB+ bis BBB-	1,9	1,5
Schlechter als BBB-	2,8	0,0
	100,0	100,0

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken sind mögliche Ertrags- und Vermögenseinbußen zu verstehen, die sich aus der Veränderung von Marktpreisen ergeben. Bei den Marktpreisrisiken werden die folgenden Risikoarten unterschieden: Zinsänderungsrisiko (im Zusammenhang mit Handelsgeschäften und auf Gesamtbankebene), Währungsrisiko, Aktienkursrisiko, Immobilienrisiko, Optionsrisiko und Rohwarenrisiko. Für die Sparkasse weisen insbesondere das Zinsänderungs- und die sonstigen Marktpreisrisiken, welche sowohl wertorientiert als auch unter G.u.V.-Gesichtspunkten betrachtet werden, eine wesentliche Bedeutung auf.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften, d. h. sowohl des Zinsänderungsrisikos als auch des Risikos aus den in einem Spezialfonds gehaltenen Aktien, erfolgt anhand von Value-at-Risk-Szenarien mit einer Haltedauer von 10 Tagen, bei denen das Risiko auf Basis der täglichen Kurs- bzw. Renditeveränderungen der letzten 200 Handelstage ermittelt wird. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95%igen Wahrscheinlichkeit nicht unterschritten wird. Sämtliche Marktpreisrisiken des Eigenanlagegeschäftes werden täglich durch die Abteilung Unternehmenssteuerung nach Art und Höhe bewertet. Ebenfalls täglich wird die Geschäftsleitung über die Auslastung der definierten Limite informiert. Darüber hinaus wird monatlich ein Worst-Case-Szenario für extreme Marktentwicklungen simuliert. Ein Backtesting der Risikoparameter erfolgt vierteljährlich.

Neben den Berechnungen für die Eigenhandelsgeschäfte wird auch eine Beurteilung des Zinsänderungsrisikos auf Gesamtbankebene vorgenommen. Das Risiko wird sowohl hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung als auch im Hinblick auf mögliche Wertveränderungen der verzinslichen Vermögens- und Schuldpositionen untersucht.

Im Rahmen der G.u.V.-orientierten Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt die Messung auf der Grundlage von Simulationsberechnungen, die alle Bilanzpositionen und deren voraussichtliche Entwicklung einbeziehen. Diese Prognoseberechnungen zur Beurteilung der Ertragslage werden der Geschäftsleitung monatlich vorgelegt.

Im Rahmen der wertorientierten Risikobetrachtung werden alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht abgebildet. Für Geschäfte ohne feste Zins- und / oder Kapitalbindungen werden dabei produktspezifische Ablaufkationen zugrunde gelegt. Für den aus dem Gesamt-Cash-Flow der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Dieses errechnet sich auf Basis einer historischen Simulation von Renditeveränderungen über den Planungshorizont von 6 Monaten mit einem Konfidenzniveau von 99 %.

Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer als effizient eingeschätzten Benchmark. Abweichungen von dieser Benchmark zeigen ggf. Bedarf von Steuerungsmaßnahmen an und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Geschäfte.

Im Rahmen der Steuerung des gesamten Zinsbuches hat die Sparkasse Swaps in Form von Macro-Hedges eingesetzt. Nähere Informationen können der Übersicht im Anhang zum Jahresabschluss entnommen werden.

Zur Begrenzung der Risiken aus Marktpreisrisiken hat die Sparkasse auf Basis der eingesetzten Risikotragfähigkeitskonzepte Limite definiert, die die Übernahme von Marktpreisrisiken auf ein für die Stadtsparkasse Oberhausen tragbares Niveau begrenzen. Zum 31.12.2006 waren sämtliche Limite für Marktpreisrisiken eingehalten.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisiken werden in das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko sowie das Marktliquiditätsrisiko unterteilt. Unter dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne wird die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann. Beim Refinanzierungsrisiko handelt es sich um das Risiko, dass Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann. Als Marktliquiditätsrisiko bezeichnet man schließlich die unterschiedliche Leichtigkeit und Schnelligkeit mit der Finanzmarktprodukte zu einem fairen Preis wieder veräußert werden können.

Als Basis für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit der Sparkasse dient die aufsichtsrechtlich vorgegebene Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat), die im abgelaufenen Jahr stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0 lag und am Jahresende einen Wert von 2,53 % aufweist. Darüber hinaus wird das Liquiditätsrisiko mittels zweier Szenariorechnungen beurteilt. Zudem wird die Entwicklung des Verhältnisses von Kundeneinlagen zu Kundenausleihungen intensiv beobachtet. Hieraus ergibt sich für die Sparkasse ein Bild über den erforderlichen Refinanzierungsumfang bei anderen Kreditinstituten. Sämtliche Daten werden monatlich ermittelt und der Geschäftsleitung schriftlich berichtet.

Durch eine ausreichende Liquiditätsvorsorge sollen Liquiditätsrisiken vermieden werden. Zur Steuerung der Liquidität bestehen umfangreiche Kreditlinien bei der Deutschen Bundesbank und der WestLB. Als weitere Instrumente nutzt die Sparkasse Offenmarktgeschäfte der Deutschen Bundesbank sowie Geld- und Kapitalmarkttransaktionen. Zur Begrenzung des Marktliquiditätsrisikos wird bei Anlageentscheidungen die Liquidierbarkeit der entsprechenden Papiere als Entscheidungskriterium mit berücksichtigt.

Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die zu Schäden für die Sparkasse infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge von externen Einflüssen führen können.

Aufgrund der vielschichtigen Ursachen existieren in der Stadtsparkasse Oberhausen diverse Regelungen und Verfahren zur Begrenzung und Steuerung von operationellen Risiken. Potenziellen Schäden durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeitern oder Dritten begegnet die Sparkasse mit entsprechenden Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit regelmäßig von der Innenrevision überwacht wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiter wird durch bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gestärkt und im Rahmen eines periodischen Beurteilungssystems überprüft. Für technische Risiken wie den Ausfall technischer Geräte und der erforderlichen EDV-Programme existieren entsprechende Notfallkonzepte, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufes auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Ferner sollen operationelle Risiken durch

die Auswahl zuverlässiger Dienstleister vermindert werden. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Die Abwendung von Rechtsrisiken wird durch die Nutzung aktueller Vertragsvordrucke des Deutschen Sparkassen Verlages und bei außerhalb des Standards liegenden Verträgen durch die Einbindung unserer in die Service Rhein-Ruhr GmbH ausgelagerten Rechtsabteilung erreicht. Im Bedarfsfall bedienen wir uns zusätzlicher externer Rechtsberatung.

In 2006 wurde in der Stadtsparkasse Oberhausen zudem ein Projekt initiiert, welches die Einführung von weiteren Verfahren zur Identifikation, Quantifizierung und Überwachung von operationellen Risiken zum Ziel hat. Zur Schaffung einer einheitlichen Datenbasis und als Grundlage für die Ableitung von entsprechenden Maßnahmen sollen die bislang an verschiedenen Stellen und in separaten Systemen gesammelten Informationen zu eingetretenen Schäden aus operationellen Risiken zukünftig systematisch in einer zentralen Schadensfalldatenbank gesammelt werden.

Sonstige Risiken

Im Rahmen unseres G.u.V.-orientierten Risikotragfähigkeitskonzeptes haben wir auch für das Provisionsüberschussrisiko und das Aufwandsrisiko im Verwaltungskostenbereich durch die Reservierung von Risikodeckungsmasse Vorsorge getroffen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die eingegangenen Risiken der Sparkasse stehen in einem angemessenen Verhältnis zur Vermögens- und Ertragslage. Durch die monatliche Ermittlung der einzelnen Limitauslastungen können Risikokonzentrationen frühzeitig erkannt und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Auf Gesamtbankebene lag die Auslastung der Risikolimiten während des gesamten Geschäftsjahres innerhalb der festgelegten Grenzen und zeigte keine Gefährdung der Risikotragfähigkeit der Stadtsparkasse Oberhausen. Das Gesamtbankrisiko der Sparkasse ist durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial umfänglich abgesichert.

Prognosebericht

Künftige gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das weltweite Wirtschaftswachstum wird sich auch im Jahr 2007, allerdings auf abgeschwächtem Niveau, fortsetzen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht von einem Wachstum des weltweiten BIP um 4,9 % nach 5,1 % in 2006 aus. Andere Prognosen sehen das weltweite Wirtschaftswachstum nur bei 4,4 %.

Die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern wird sich im Jahr 2007 abflachen. Sowohl für die Vereinigten Staaten, Japan, dem Vereinigten Königreich als auch im Euroraum wird von einem Rückgang der konjunkturellen Entwicklung ausgegangen. Die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungs- und Schwellenländern wird sich allerdings wohl nur leicht verringern, so dass die internationalen Rahmenbedingungen für die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2007 als nicht schlecht beurteilt werden können.

Der wirtschaftliche Aufschwung im Euroraum wird im kommenden Jahr an Fahrt verlieren. Nach einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in 2006 in Höhe von 2,8 % wird für 2007 ein Rückgang auf 2,3 % - 2,5 % erwartet. Eine spürbare langsamere Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres ist u.a. Folge der Mehrwertsteuererhöhung in Deutschland.

Deutschland wird auf Basis der Prognosen der WestLB AG auch 2007 und 2008 ein Wachstum von über 2,0 % aufweisen (2007 und 2008 jeweils 2,2 %). Dieses liegt zwar um 0,5 %-Punkte unter dem Wert 2006 aber deutlich über den mageren Wachstumsraten in den Jahren zuvor. Getragen wird dieses Wachstum durch weiterhin solide Exporte und Investitionen. Der Konsum wird aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung vorübergehend gebremst, um dann in den Folgejahren wieder anzusteigen. Hierzu trägt auch die aufgrund der erwarteten Tarifabschlüsse und des Rückgangs der Arbeitslosigkeit voraussichtlich bessere Einkommenslage der privaten Haushalte bei.

Der negative Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte wird sich in den Jahren 2007 und 2008 weiter reduzieren, so dass das Maastricht Kriterium mit Werten von -1,1 und -0,8 in % des Bruttoinlandsprodukt deutlich unterschritten wird.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiterhin positiv entwickeln. So geht die WestLB AG von einem weiteren Rückgang der Arbeitslosenquote von im Durchschnitt 10,8 % auf 9,7 % in 2007 und 9,0 % in 2008 aus.

Im Rahmen der Einschätzung der Zinsentwicklung gehen wir von weiteren Leitzinserhöhungen durch die EZB auf 4 % und allgemein leicht steigenden Geld- und Kapitalmarktsätzen aus. Die zur Zeit bestehende flache Zinskurve erwarten wir auch weiterhin. Nachdem an den Finanzmärkten in den letzten Jahren aufgrund der sehr positiven Marktentwicklungen das Risiko von den Marktteilnehmern kaum beachtet oder gesehen wurde, erwarten wir für die Zukunft deutlich volatilere Märkte.

Branchenentwicklung

Der harte (Konditionen-)Wettbewerb wird sich nach unserer Einschätzung im laufenden und im Folgejahr fortsetzen. Nachdem in den Vorjahren Einlagenprodukte und Konsumentenkredite im Fokus des Wettbewerbes standen, kommen nun Baufinanzierungen und das „kostenlose“ Girokonto hinzu.

Die Bedeutung bilanzunwirksamer Produkte bleibt weiterhin hoch, da die erwartete moderate positive Entwicklung an den Aktienmärkten und der hohe Bedarf an eigener Alters- bzw. Zukunftsvorsorge der Menschen diesen Trend stützen.

Vor dem Hintergrund der prognostizierten Konjunkturentwicklung gehen wir von einer leichten Belebung der Kreditnachfrage aus. Verbunden hiermit ist unsere Erwartung weiter rückläufiger Kreditausfälle.

Der Konzentrationsprozess im Bankgewerbe wird sich auch in den Jahren 2007 und 2008 fortsetzen.

Voraussichtliche Entwicklung der Stadtsparkasse Oberhausen

Die Verbesserung der Cost-Income-Ratio über die Erhöhung der Erträge bei gleichzeitiger Reduktion der Verwaltungskosten sowie die Steigerung des Kundengeschäftsvolumens stellen die zentralen Ziele unseres mittel- und langfristigen Handelns dar.

Hierbei steht die dauerhafte Bindung unserer Kunden an unser Haus im Fokus unserer Bemühungen zur Steigerung der Erträge. Die umfassende, ganzheitliche Beratung unserer Kunden, insbesondere in Fragen der Zukunftsvorsorge, durch gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter ist Mittelpunkt unserer Vertriebsstrategie. Unterstützt wird diese Strategie durch eine kundenorientierte und effiziente Vertriebsorganisation, attraktive und am Kundenbedürfnis ausgerichtete Produkte und ansprechende und moderne Geschäftsräume.

Ein Schwerpunkt zur Erreichung unserer Ziele in den Jahren 2007 und 2008 wird die Fortsetzung unserer Bemühungen zur Senkung der Sachkosten sein. Im Rahmen eines konsequenten und permanenten Kostenmanagements werden wir alle Ausgaben auf den Prüfstand stellen und die Kosteneffizienz steigern. Über die Gewinnung neuer Mandanten für unsere gemeinsamen Tochterunternehmen mit der Sparkasse Mülheim an der Ruhr und die konsequente Hebung von Synergie- und Skaleneffekten werden wir weiter versuchen, den Verwaltungsaufwand zu senken.

Kostentreibend werden sich der Neubau der Sparkassenhauptstelle sowie der Umzug unserer Filiale Sterkrade auswirken. Die Fertigstellung der Sparkassenhauptstelle ist für Anfang 2008 geplant.

Mit dem Ausbau unseres Gesamtbanksteuerungsinstrumentariums, insbesondere des Risikosteuerungsinstrumentariums, einem optimierten Vermögenseinsatz und einer breiteren Basis an Finanzinstrumenten bzw. Vermögensklassen wollen wir Chancen nutzen und Risikokosten reduzieren. Im bedeutenden Bereich der Kreditrisiken werden wir den gestiegenen Risiken und Anforderungen im Geschäftszweig der Kreditinstitute durch den Einsatz moderner Verfahren und Systeme begegnen. So planen wir für das Jahr 2007 den weiteren Ausbau der Risikoklassifizierungsverfahren, die operationelle Umsetzung des Kreditrisikomodells und die Einführung eines neuen Frühwarnsystems.

Der harte (Konditionen-) Wettbewerb unter den Kreditinstituten wird uns in den Jahren 2007 und 2008 begleiten. Zur Festigung unserer Marktposition werden wir die Entwicklung und das Angebot attraktiver Produkte fortsetzen.

Verbunden mit einem kritischeren, qualitäts- und preisbewussteren Kundenverhalten erwarten wir hieraus einen steigenden Druck auf die Zinsspanne.

Über die neue Vertriebsausrichtung, den Ausbau des provisionstragenden Geschäfts, einem optimierten Vermögenseinsatz und einer kostengünstigen, effizienten Produktion gilt es hier, einen Ausgleich für sinkende Zinsmargen zu schaffen.

Zusätzliche Belastungen der Ertragslage erwarten wir aus der weiterhin flachen Zinskurve. Durch eine veränderte Vermögensallokation werden wir versuchen, diese Belastung auf Basis unserer Risikotragfähigkeit auszugleichen bzw. zu reduzieren.

Soweit aus heutiger Sicht prognostizierbar gehen wir unter Berücksichtigung der erwarteten Belegung des Kreditgeschäftes von einem leichten Anstieg der Bilanzsumme aus. Bei den Kundeneinlagen erwarten wir aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen und der veränderten Zinslandschaft eine Stabilisierung auf dem Niveau des Jahres 2006.

Auf Basis unserer Planungsrechnungen und unter Berücksichtigung der oben genannten Belastungen für die Zinsspanne gehen wir für die Jahre 2007 und 2008 von einem leicht rückläufigen ordentlichen Zinsergebnis aus. Das Zinsergebnis bleibt weiterhin die wichtigste Ertragsposition.

Für das Provisionsergebnis erwarten wir leichte Ergebnisverbesserungen, die hauptsächlich vom Wertpapiergeschäft getragen werden. Im Bereich der Σ Versicherungs- und Immobilien- Vermittlungsgesellschaft mbH erwarten wir gegenüber dem Vorjahr aufgrund eines veränderten Marktauftrittes eine Verbesserung der Ergebnisse.

Im Bereich der Verwaltungskosten gehen wir aufgrund der Bauaktivitäten von einem leichten Anstieg aus.

Bei den Kreditrisiken erwarten wir aufgrund der positiven Konjunkturerwartungen eine Fortsetzung des Rückgangs der negativen Bewertungsergebnisse und damit eine Entspannung der Risikosituation. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft wird durch die von uns erwartete Veränderung des Zinsniveaus nur unwesentlich belastet.

Insgesamt gehen wir für die nächsten Jahre von einer stetigen Geschäftsentwicklung verbunden mit Jahresüberschüssen aus, die eine weitere Stärkung des Eigenkapitals der Stadtsparkasse Oberhausen zulassen.

Risiken für den erwarteten Unternehmenserfolg stellen insbesondere eine negative konjunkturelle Entwicklung, verbunden mit steigenden Kreditrisiken, der verschärfte, mit geringen Margen verbundene Konditionenwettbewerb sowie ein stärkerer Zinsanstieg, der das Bewertungsergebnis bei den eigenen Wertpapieren zunächst belasten würde, dar.

Der Prognosebericht stellt die Erwartung der Stadtsparkasse Oberhausen zur zukünftigen Entwicklung der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Sparkasse zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichtes dar.

Trotz der vorhandenen Steuerungsinstrumente können die tatsächlichen Ergebnisse von der Prognose abweichen.

STADTSPARKASSE OBERHAUSEN

Oberhausen, im März 2007

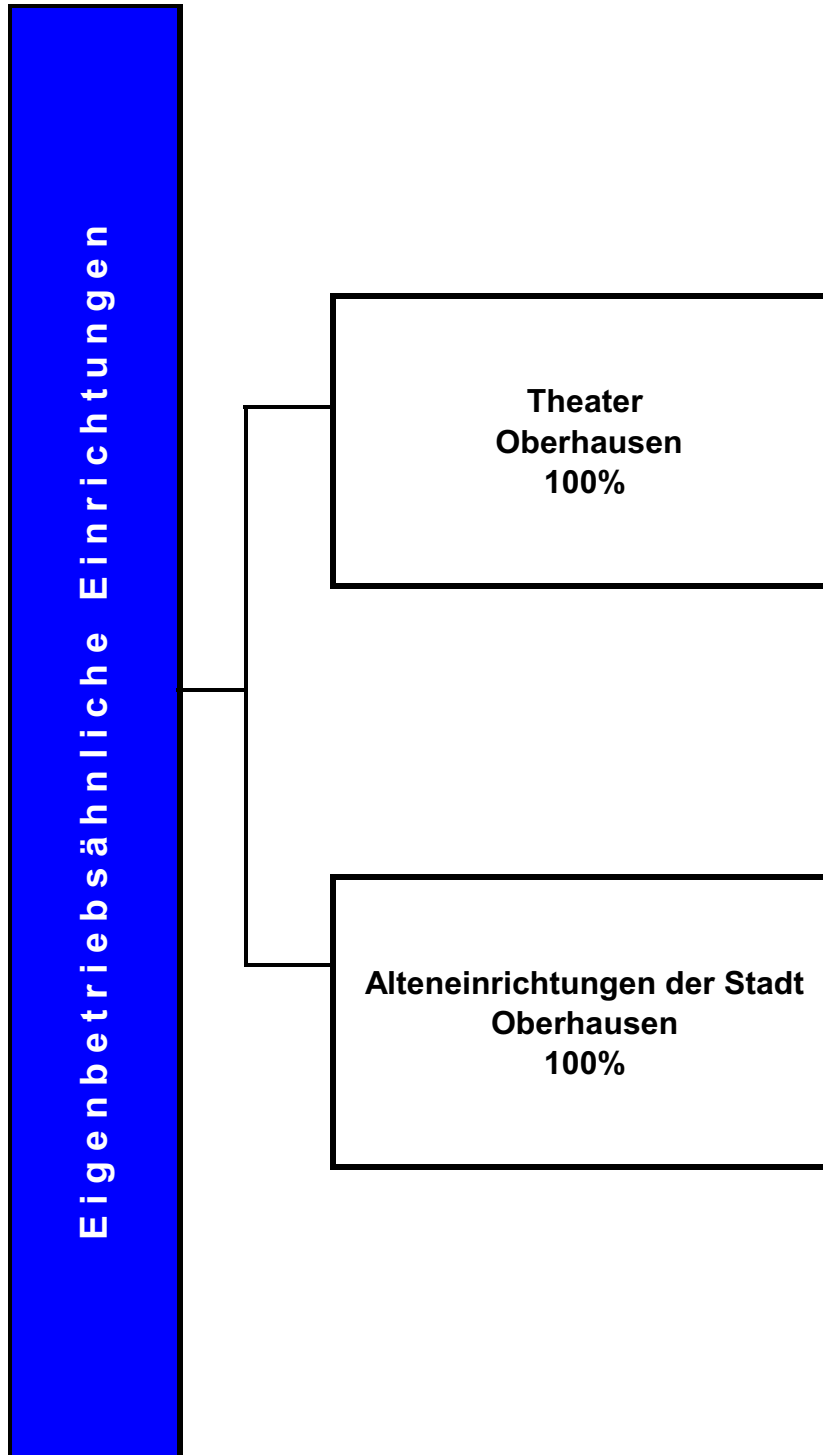
Merzig Salhofen Henrich

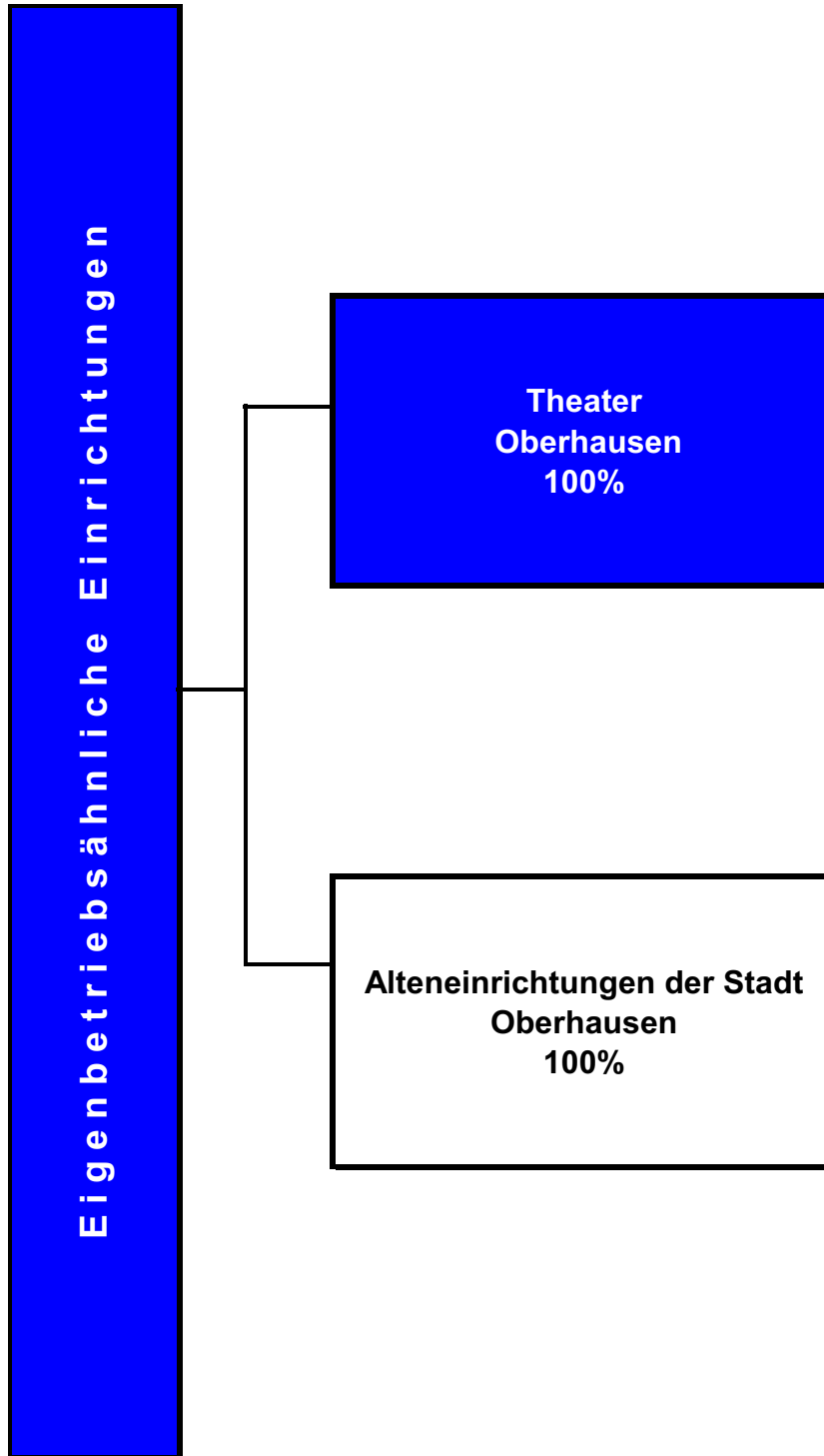
Bilanz
Stadtsparkasse Oberhausen

	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	634.111	576.580	680.066	620.733	638.003
Schuldverschreibungen u. a.	524.312	465.227	554.915	490.927	477.465
Aktien u. a.	50.288	53.597	52.353	51.576	69.919
Beteiligungen	21.852	22.760	37.173	38.990	38.758
Anteile an verbundenen Unternehmen	100	228	228	227	228
Immaterielle Anlagenwerte	0	0	0	91	129
Sachanlagen	36.756	31.392	33.421	34.766	47.765
Sonstige Vermögensgegenstände	803	3.376	1.976	4.156	3.739
Umlaufvermögen	1.732.854	1.851.453	1.771.329	1.765.724	1.886.902
Barreserve	61.994	40.192	87.427		82.802
Schuldtitel öffentlicher Stellen	69	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	1.542.636	1.562.053	1.577.875	1.584.381	1.561.196
Forderungen an Kreditinstitute	128.155	249.208	106.027	181.343	242.904
Ausgleichsforderungen gegen öffentl. Hand	0	0	0	0	0
Treuhandvermögen	603	526	458	410	371
Rechnungsabgrenzungsposten	614	367	348	395	272
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	2.368.182	2.428.926	2.452.201	2.387.262	2.525.548
Passiva					
Eigenkapital	90.235	92.276	96.229	98.654	100.645
gezeichnetes Kapital	0	0	0	0	0
Gewinnrücklage	90.235	92.276	96.229	98.654	102.717
Ergebnisvortrag	0	0	98.154	0	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					
Sonderposten mit Rücklagenanteil	83	0	0	0	0
Rückstellungen	33.464	35.972	33.067	31.598	33.081
Verbindlichkeiten	2.238.788	2.295.279	2.317.337	2.333.824	2.386.415
gegenüber Kreditinstituten	607.755	667.519	719.553	816.904	921.178
gegenüber Kunden	1.580.797	1.584.525	1.564.991	1.497.906	1.445.590
Verbriefte Verbindlichkeiten	42.105	35.870	28.048	15.216	16.087
Treuhandverbindlichkeiten	603	527	458	409	372
Sonstige Verbindlichkeiten	7.528	6.838	4.287	3.389	3.188
Genussrechtskapital	2.681	2.672	2.641	2.605	2.557
Rechnungsabgrenzungsposten	1.690	1.274	1.002	798	778
Bilanzgewinn	1.241	1.453	1.925	1.991	2.072
SUMME PASSIVA	2.368.182	2.428.926	2.452.201	2.469.470	2.525.548

Gewinn- und Verlustrechnung Stadtsparkasse Oberhausen

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR
Zinserträge, Erträge aus Aktien, Provisionen	72.120	77.360	72.430	80.097	78.019
sonstige betriebliche Erträge	3.007	1.759	2.351	2.793	3.457
Summe Erträge	75.127	79.119	74.781	82.890	81.476
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen (Personalaufwand u. a.)	-56.829	-55.694	-53.074	-54.557	-53.585
Abschreibungen	-3.666	-10.402	-3.840	-5.017	-3.319
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.644	-2.254	-3.897	-4.046	-2.326
Abschreibungen auf Forderungen etc.	-10.434	-5.911	-7.773	-14.714	-9.680
Zu- und Abschreibungen aus Beteiligungen	2.816	896	557	-1.239	-7.322
Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0	0	-30
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-69.757	-73.365	-68.027	-79.573	-76.262
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.370	5.774	6.754	3.317	5.214
sonstige Steuern	-4.129	-3.521	-2.329	-826	-3.142
Einstellungen in Gewinnrücklage	0	-800	-2.500	-500	0
Jahresergebnis	1.241	1.453	1.925	1.991	2.072







Ebertstraße 82
46045 Oberhausen
Telefon 0208 / 85780
Telefax 0208 / 8578235
Email: info@theater-oberhausen.de
www.theater-oberhausen.de

Werkleitung
Johannes Lepper
Jürgen Hennemann

gegründet		1993
Stammkapital	100.000,00 DM	
Beteiligung der Stadt	100.000,00 DM	(100 %)

Beteiligungen

keine, **Mitgliedschaften** im

- Deutschen Bühnenverein e. V., Köln
- ASITEEJ e. V., Frankfurt/Main

Unternehmenszweck laut Satzung

Das Theater der Stadt Oberhausen bildet eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung und wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Wichtige Verträge

- Treuhandüberlassungsvertrag mit der Stadt Oberhausen vom 01. Dezember 1998 zur Nutzung des Grundstückes (inkl. Gebäude) Ebertstraße 82 einschließlich fest verbundener Einbauten sowie der Betriebs- und Geschäftsausstattung des Theaters
- Vertrag über die Anmietung der Probebühne mit der GEG Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH vom 01. Oktober 1998

Besetzung des Werksausschusses

Daniel Schranz	Vorsitzender
Walburga Grunauer	stellvertretende Vorsitzende
Hubert Cordes	
Thomas Dißelmeyer	
Manfred Flore	
Christian Heckhoff	
Jürgen Grefermann	
Kirsten Oberste-Kleinbeck	
Ursula Wingens	
Gerd Legges	
Angelika Jäntsich	
Klaus-Dieter Broß	
Margit Klein	
Gretel Kühn	
Karsten Bron	
Christian Benter	
Marita Wolter	
Josef Schneider	
Elisabeth Koß	
Dagmar Scheithauer	
Heike Laß	
Frank Dittmeyer	
Gerd Arlt	beratendes Mitglied

Mitarbeiter

	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06
Anzahl der Mitarbeiter	142	137	136	142	141
davon Auszubildende	2	2	2	2	3

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Haushaltsstelle	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
3310.7150.000 Betriebskostenzuschuss	7.873	7.873	7.873	7.873	7.873

Theater Oberhausen

Lagebericht 2005/06

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Theater Oberhausen wird in der Rechtsform einer Öffentlichen Einrichtung betrieben und hat aufgrund seiner Satzung vom 19. Juni 2006 den Auftrag, die Darstellende Kunst mit Durchführung von Theateraufführungen und mit der Öffnung zu anderen Kunstgattungen zu fördern. Es betreibt dabei auch ein Kinder- und Jugendtheater. Das Theater Oberhausen wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW) und nach den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt. Das Theater Oberhausen wird überwiegend öffentlich finanziert und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Die Stadt Oberhausen ist eine im Strukturwandel befindliche Stadt im westlichen Ruhrgebiet mit ca. 220.000 Einwohnern. Weitere theatertragende Städte im Umfeld sind Duisburg, Moers, Essen und Gelsenkirchen.

Ertragslage

In Klammern : jeweils der Vorjahreswert

In der Spielzeit 2005/06 wurden insgesamt 376 (357) Veranstaltungen mit 65.790 (52.206) Besuchern durchgeführt. Die Platzausnutzung der eigenen Produktionen betrug 74,9 % (63,7 %) der angebotenen Plätze. Der Spielplan umfasste im Großen Haus 11 (16), im Studio 99 zehn (8) und in Außenspielstätten und Rauchbar vier (4) Produktionen bzw. Veranstaltungsreihen. Außerdem fanden 24 (32) Gastspiel- und Sonderveranstaltungen und 10 (8) eigene Abstecher statt.

Entwicklung der Umsatzerlöse:

	31.07.06 <u>EUR</u>	31.07.05 <u>EUR</u>
Eintrittseinnahmen und Abstecher	526.268,50	414.475,01
Betriebl.Nebenerlöse	5.419,10	5.171,90
	<u>531.687,60</u>	<u>419.646,91</u>

Das wirtschaftliche Ergebnis schloss aufgrund einer nach Bilanzstichtag verfügbaren Zuschußkürzung von TEUR 101 mit einem Jahresfehlbetrag von EUR 94.061,47 (Vorjahr EUR 11.084,68 nicht verbrauchte Mittel) ab.

Die **Erträge** lagen einschließlich Sonderzuschüsse von TEUR 128 um TEUR 274 über dem Planansatz.

Auf der Kostenseite haben sich im Bereich der **Personalkosten** Einsparungen in Höhe von TEUR 292 ergeben.

Mehraufwendungen bei den **Sachkosten** (TEUR 559) betrafen überwiegend die Ausstattung (TEUR 141) und die Gebäudekosten (TEUR 328). Letztere betreffen im Wesentlichen die Renovierung und Verlagerung des Studio 99 und der Werkstätten .

Die Entwicklung im Bereich Personal stellt sich wie folgt dar:

Zahl der Beschäftigten	1.8.05	31.7.06	Veränderung
Künstler u. Künstl.-techn-Pers.	61,3	59,5	-1,8
Verwaltungspersonal	11,2	11,0	-0,2
Arbeiter	66,0	63,0	-3,0
	138,5	133,5	-5,0

Der Aufwand betrug TEUR 2.781 für Künstler und BTT –Kräfte und TEUR 2778 für Beschäftigte nach TVöD. Gesetzliche und tarifvertragliche Sozialaufwendungen beliefen sich auf TEUR 1.337. Im Aufwand für das Künstl. Pers. sind auch Kosten für Gastschauspieler, -Regisseure und –Ausstatter enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Die vermögens- und Finanzlage stellt sich wie folgt dar:

	31. Juli 2006		31. Juli 2005		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	
Unfertige Ausstattungen	38	4,5	20	2,7	18
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5	0,6	10	1,4	-5
Forderungen an die Stadt Oberhausen	246	29,2	338	45,7	-92
Übrige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	533	63,2	351	47,5	182
Kasse / Bank	21	2,5	20	2,7	1
Gesamtvermögen	843	100,0	739	100,0	104
Rücklagen	80	9,5	104	14,1	-24
Gewinn	0	0,0	69	9,3	-69
Eigenkapital	80	9	173	23,4	-93
Sonstige Rückstellungen	473	56,1	330	44,7	143
<u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	278	33,0	125	16,9	153
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	12	1,4	111	15,0	-99
Kurzfristiges fremdkapital	763	91	566	76,6	197
Gesamtkapital	843	100	739	100,0	104

Das **Eigenkapital** entwickelte sich wie folgt:

	<u>01.08.2005</u>	<u>Zuführung</u>	<u>Auflösung</u>	<u>31.07.2006</u>
Stammkapital	51.129,19			51.129,19
Allg.Rücklage	22.144,91	11.084,68	32.111,15	1.118,44
Zweckgebundene Rücklage Rücklage	82.318,01		3.579,04	78.738,97
Gewinn				
Aufl. Rücklage	69.455,96	3.579,04	11.084,68	
Allg. Rücklage		32.111,15		
Jahresfehlbetrag			94.061,47	
Gewinn				0,00
	<u>225.048,07</u>	<u>46.774,87</u>	<u>140.836,34</u>	<u>130.986,60</u>

Entwicklung der Rückstellungen:

	<u>01.08.2005</u>	<u>Verbrauch</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.07.2006</u>
Instandhaltung	76.800,00	0,00	15.200,00	10.000,00	71.600,00
Zuwendung 13. Gehalt	118.500,00	118.500,00	0,00	118.500,00	118.500,00
Jahresabschlußprüfung	20.000,00	19.891,00	109,00	20.000,00	20.000,00
Vorruhestand Altersteilzeit	0,00	0,00	0,00	34.000,00	34.000,00

Beweissicherungsverfahren					
Lüftungsanlage	9.200,00	300,00	0,00	0,00	8.900,00
Übrige	105.000,00	66.567,51	38.432,49	220.000,00	220.000,00
	<u>329.500,00</u>	<u>205.258,51</u>	<u>53.741,49</u>	<u>402.500,00</u>	<u>473.000,00</u>

Die Zuführung zu den übrigen Rückstellungen betrifft mit TEUR 102 die Verlagerung der Werkstätten.

Risikobericht

Die bestandsgefährdenden Risiken werden regelmäßig im Rahmen des Risikomanagements überprüft. Durch fachlich begleitete Betriebsbegehungen sowie die regelmäßige Wartung und Instandsetzung der Anlagen kann die Risikowahrscheinlichkeit verringert werden. So wird den Folgen Höherer Gewalt (z.B. die Vernichtung eines Teil oder des gesamten Theatergebäudes, der Werkstätten und Probebühnen) durch regelmäßige Maßnahmen des Brandschutzes, turnusmäßige TÜV- bzw. Sachverständigenprüfungen und Wartungspläne für die maschinellen Anlagen begegnet. Den entsprechenden Maßnahmen wird durch ausreichende Vorsorge im Wirtschaftsplan Rechnung getragen. Der Versicherungsschutz wird durch den Rechtsbereich der Stadt Oberhausen sichergestellt. Auch weniger gravierenden Risiken wird durch angemessene organisatorische Maßnahmen begegnet.

Das Besucherverhalten wird in regelmäßigen Sitzungen analysiert.

Veränderungen des Kommunalen- und des Landeszuschusses unterliegen nicht den Handlungsmöglichkeiten der Theaterleitung.

Prognosebericht

Zur künftigen Entwicklung ist festzustellen, dass die Lebensfähigkeit des Theaters von der Bezuschussung durch die Stadt Oberhausen abhängig ist. Hinsichtlich der

voraussichtlichen Entwicklung muss auf die weiterhin angespannte Haushaltslage der Stadt Oberhausen verwiesen werden. Mit Datum vom 20.10.2006 verfügte die Bezirksregierung eine Festschreibung der Zuschüsse für freiwillige Aufgaben auf den Ansatz von 2005. Dementsprechend wurde der kommunale Zuschuss rückwirkend um 101.000,- Euro reduziert. Der dadurch entstandene Jahresfehlbetrag soll unter anderem durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden. Ebenso wurde der kommunale Zuschuss für die Wirtschaftsjahre 2006/07 und 2007/08 auf den Ansatz von 2004/05 festgeschrieben.

Oberhausen, den 09. Januar 2007

Theater Oberhausen, Werkleitung

Johannes Lepper

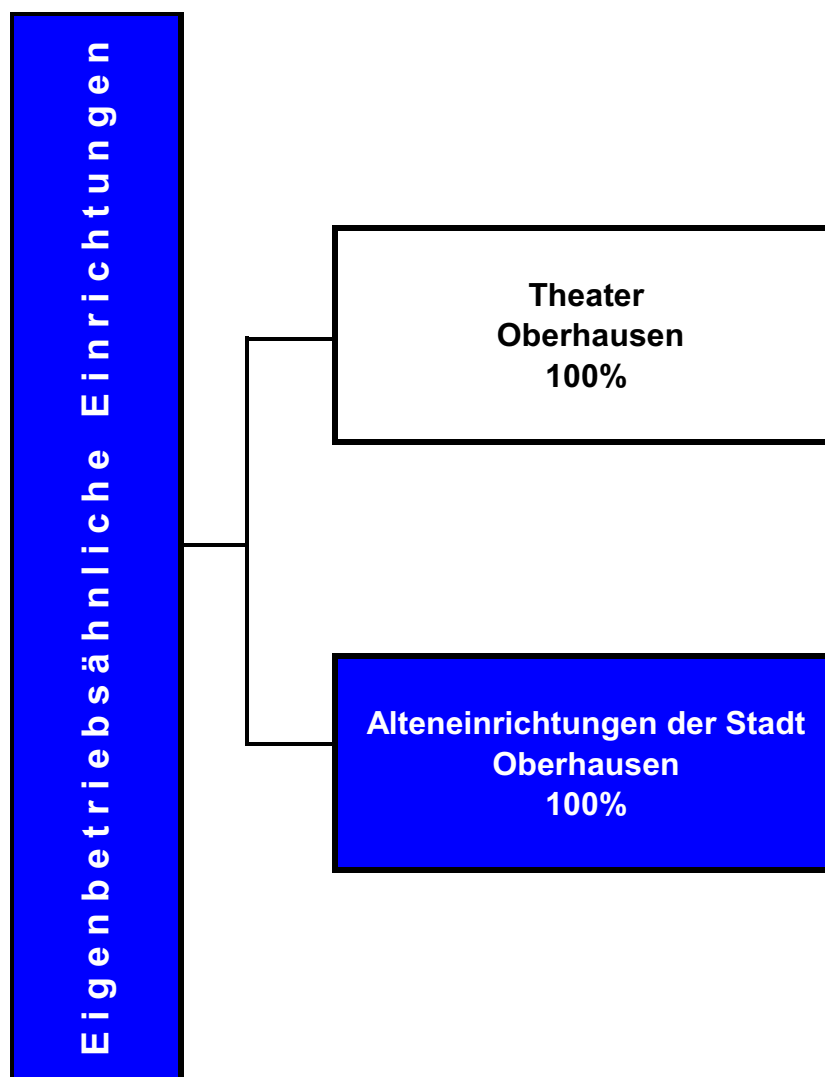
Jürgen Hennemann

Bilanz Theater Oberhausen

	31.07.2002 TEUR	31.07.2003 TEUR	31.07.2004 TEUR	31.07.2005 TEUR	31.07.2006 TEUR
Aktiva					
Anlagevermögen	51	51	51	51	51
Sachanlagen	0	0	0	0	0
sonstiges	51	51	51	51	51
Umlaufvermögen	533	519	504	597	693
Vorräte	63	31	39	20	38
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	274	448	441	557	634
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	196	40	24	20	21
Rechnungsabgrenzungsposten	152	209	172	142	150
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	736	779	727	790	894
Passiva					
Eigenkapital	203	206	214	224	131
gezeichnetes Kapital	51	51	51	51	51
Kapitalrücklage	98	100	100	104	80
Jahresergebnis (nicht verbrauchter Zuschuss)	54	55	63	69	0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					
Sonderposten mit Rücklagenanteil	0	0	0	0	0
Rückstellungen	220	265	344	330	473
Verbindlichkeiten	137	176	164	128	289
kurzfristig	137	163	164	128	289
mittelfristig	0	0	0	0	0
langfristig	0	0	0	0	0
Rechnungsabgrenzungsposten	176	132	5	108	1
SUMME PASSIVA	736	779	727	790	894

Gewinn- und Verlustrechnung Theater Oberhausen

	2002/03 Ist/TEUR	2003/04 Ist/TDM	2004/05 Ist/TEUR	2005/06 Ist/TEUR	2006/07 Plan/TEUR	2007/08 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	675	399	420	532	505	505
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	8.674	8.668	8.664	8.697	8.551	8.655
Summe Erträge	9.349	9.067	9.084	9.229	9.056	9.160
Materialaufwand	-494	-930	-1.006	-915	-400	-400
Personalaufwand	-7.173	-6.487	-6.525	-6.594	-7.068	-7.172
Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.678	-1.642	-1.543	-1.814	-1.588	-1.588
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
Summe Aufwendungen	-9.345	-9.059	-9.074	-9.323	-9.056	-9.160
Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1	0	0	0
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4	8	11	-94	0	0
sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	4	8	11	-94	0	0





Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

Elly-Heuss-Knapp Str. 3
46145 Oberhausen
Telefon 0208 / 6911
Telefax 0208 / 691770

Werkleitung
Udo Spiecker

gegründet	1993
Stammkapital	3.500.000,00 DM
Beteiligung der Stadt	3.500.000,00 DM (100 %)

Beteiligungen

keine

Unternehmenszweck laut Satzung

Die „Elly-Heuss-Knapp-Stiftung“ und das „Louise-Schroeder-Heim“ bilden einen Eigenbetrieb und werden auf der Grundlage der entsprechenden Regelungen der Eigenbetriebsverordnung und der Betriebssatzung geführt.

Zweck des Eigenbetriebs ist die Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie die ambulante und stationäre Pflege in der Regel alter Menschen (Personenkreis im Sinne des § 53 der Abgabenordnung).

Der Eigenbetrieb führt den Namen „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“.

Der Eigenbetrieb verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch den Betrieb und die Unterhaltung der in Absatz 1 genannten Einrichtung.

Der Eigenbetrieb ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Mittel des Eigenbetriebes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Eigenbetriebs fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Stadt Oberhausen erhält bei der Auflösung des Eigenbetriebs oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitaleinlagen und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

Der Geschäftsbetrieb der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung liegt jedoch seit der erfolgten Ausgründung der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH seit dem 01.01.2002 ausschließlich in der reinen Vermögensverwaltung, d. h. in der Verwaltung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe Eilly-Heuss-Knapp-Stiftung und Louise-Schroeder-Heim. Aufgrund der zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und ASO gGmbH abgeschlossenen Pachtverträge obliegen Instandhaltung sowie eventuelle Pächtereinbauten allein der ASO gGmbH, während gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne über die eigenbetriebsähnlichen Einrichtung abzuwickeln sind.

Wichtige Verträge

- Pachtverträge mit der ASO gGmbH
- Mietverträge

Besetzung des Werksausschusses

Kirsten Oberste-Kleinbeck
Andreas Schneider
Beatriks Brands
Thomas Dißelmeyer
Helga Grothe
Werner Groß-Mühlenbruch
Lothar Grüll
Gerd Holtz
Angelika Jäntsich
Jochen Kamps
Dr. Udo Kelsch

Vorsitzende
stellvertretender Vorsitzender

Peter Koppers
Claudia Leischen
Frank Motschull
Hans-Jürgen Nagels
Hans-Georg Poß***
Dorothee Radtke
Bernd Reinemann
Hermann-Josef Schepers
Ulrike Willing-Spielmann
Bernhard Sporkmann
Cladua Stappert
Dagmar Vogel
Hans-Otto Runkler (Gaststatus)

Mitarbeiter

	2002	2003	2004	2005	2006
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0	0*	0*

- Die Arbeitnehmer/innen sind seit 2002 bei der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmH Oberhausen beschäftigt.

Auswirkungen auf den städtischen Haushalt

Die Alteneinrichtungen benötigen keine städtischen Zuschüsse.

ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
Oberhausen

Lagebericht 2006

1 Geschäft und Rahmenbedingungen

1.1 Weiterentwicklung des ASO-Unternehmensverbundes

Die gesamten Aufgaben des ehemaligen Stadtamtes 54/Amt für Alteneinrichtungen sind zum 1. Januar 1993 auf die neu gegründete eigenbetriebsähnliche Einrichtung „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ übertragen worden. Das operative Geschäft dieser Einrichtung ist entsprechend dem Ratsbeschluss vom November 2001

aus der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung herausgelöst und auf die „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ übertragen worden. Diese hat ihren Geschäftsbetrieb am 1. Januar 2002 aufgenommen.

Ende 2002 hat der Rat der Stadt beschlossen, den ASO-Verbund aus „Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen“ und „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH“ um ein weiteres Unternehmen zu ergänzen, und zwar um die „ASO Service GmbH.“ Diese Gesellschaft ist zum 1. Februar 2003 als 100 %ige Tochter der bereits bestehenden gGmbH gegründet worden und soll künftig ausschließlich hauswirtschaftliche Dienstleistungen für das Mutterunternehmen erbringen. Dieser Lagebericht bezieht sich ausschließlich auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung „ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen.“ Diese besteht auch nach den erfolgten GmbH-Gründungen fort.

Am 15. Mai 2006 hat der Rat der Stadt die neue Betriebssatzung für die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen beschlossen.

Neben der Vornahme von redaktionellen Änderungen, die auch die Neufassung der Eigenbetriebsverordnung NRW berücksichtigen, wurde die Betriebssatzung an die veränderten Aufgaben der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung im Hinblick auf die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH angepasst: Der Zweck des Eigenbetriebs ist künftig nicht mehr das operative Geschäft, sondern die vermöAnlage IV/2

gensrechtliche Erhaltung, Verwaltung und Weiterentwicklung der Grundstücks- und Gebäudekomplexe zur Ermöglichung der Unterbringung, Betreuung, Versorgung sowie der ambulanten und der stationären Pflege in der Regel alter Menschen. Darüber hinaus erfolgte eine Umstellung von DM auf EUR sowie eine Neufestsetzung der Wertgrenzen zur Festlegung der Entscheidungskompetenzen des Betriebsausschusses. Die neue Betriebssatzung ist am 1. Juni 2006 in Kraft getreten.

1.2 Investitionen in die Gebäudekomplexe

1.2.1 Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ASO und der ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH

Die Nutzung der sich über die eigenbetriebsähnliche Einrichtung ASO im Eigentum der Stadt Oberhausen befindlichen Grundstücks- und Gebäudekomplexe der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung und des Louise-Schroeder-Heims richtet sich nach den beiden Pachtverträgen, die am 20. Juni 2002 zwischen der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und der ASO gGmbH abgeschlossen worden sind. Danach ist die ASO gGmbH als Pächterin verpflichtet, die Substanz des gepachteten Anlagevermögens zu erhalten und zu erneuern. Dazu führt die Pächterin eigenverantwortlich Unterhaltungs- und Instandhaltungsarbeiten im Bereich der Einrichtungen für eigene Rechnung durch und übernimmt somit sämtliche mit der Abwicklung dieser Baumaßnahmen verbundenen Aufwendungen. Die Bausubstanz betreffende Investitionen (Erweiterung, Neubau), soweit es sich nicht um so genannte Pächtereinbauten handelt, sind alleinige Sache der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung als Verpächterin, die sich zur Umsetzung ihrer Projekte der Pächterin bedient. Pächtereinbauten sind vor Beginn der jeweiligen Maßnahme mit der Verpächterin abzustimmen. Gebäudebezogene Investitionen im handels- und steuerrechtlichen Sinne sind wie bereits vor Gründung der ASO gGmbH über die vermögensverwaltende eigenbetriebsähnliche Einrichtung abzuwickeln, da die ASO gGmbH die hierfür entstehenden Kosten nicht bilanziell aktivieren kann (Investition in fremdes Eigentum). Anlage IV/3

1.2.2 Darstellung der auf die eigenbetriebsähnliche Einrichtung entfallenden Baumaßnahmen

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten wurden durch den ASO Eigenbetrieb im Berichtsjahr weitere Investitionen in die Gebäudesubstanz vorgenommen.

1.3 Wichtige Vorgänge des Berichtsjahres Fertigstellung von Haus Bronkhorstfeld

Haus Bronkhorstfeld, das auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung errichtete Pflegeheim mit 99 Plätzen, wurde am 20. November 2006 abgenommen und an die ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH übergeben. Trotz des großen Bauvolumens wurde das Gebäude insgesamt nur 14 Werkzeuge später als geplant und mit dem Generalübernehmer vertraglich vereinbart fertig gestellt. Die 99 Plätze wurden von der Pächterin innerhalb von 5 Tagen bezogen. Die bisherige Rückmeldung von Betagten, Angehörigen und Beschäftigten ist ausgesprochen positiv. Insbesondere die ausnahmslos geschaffenen Einzelzimmer, deren Ausstattung und die konzeptionelle Zuordnung von Wohn- und Funktionsbereichen finden eine sehr hohe Zustimmung.

Der überwiegende Teil der 99 Einzelzimmer hat eine neue Möblierung erhalten. Erstmals wurde davon Abstand genommen, Komponenten aus dem Programm der etablierten großen Objekteinrichter auszuwählen. Vielmehr wurde im Interesse einer noch besseren Berücksichtigung individueller Wünsche und einer optimalen Flächennutzung eine Schrankwand entworfen und mehrere Firmen um ein entsprechendes Angebot gebeten. Dabei hatten sich erhebliche Preisunterschiede pro Schrankwand bzw. Zimmer von bis zu 56 % ergeben. Die Vergabeentscheidung durch den Betriebsausschuss erfolgte im August 2006 nach einer Bemusterung, bei der zur Beurteilung des Preis- und Qualitätsverhältnisses neben der optischen Anmutung auch ergonomische sowie funktionelle und qualitative Faktoren beurteilt worden sind. Die ausführende Firma war darüber hinaus sogar bereit, eine Gewährleistung von 6 Jahren zu übernehmen.

Nach vorheriger Beschlussfassung durch den Betriebsausschuss und den Aufsichtsrat der ASO gGmbH wurde Haus Bronkhorstfeld unter dem 22. Dezember 2006 für 25 Jahre an die ASO gGmbH verpachtet.

2 Darstellung des Geschäftsverlaufs

2.1 Umsatz- und Ertragsentwicklung

Die Gesamterträge der ASO beliefen sich im Wirtschaftsjahr 2006 auf 1.988 TEUR. Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtsjahr um den Jahresüberschuss von 38 TEUR.

2.2 Wirtschaftliche Verhältnisse

2.2.1 Vermögens- und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist in Höhe von 455 TEUR durch langfristiges Kapital gedeckt. Im Vorjahr lag die Überdeckung bei 44 TEUR. In Höhe von 455 TEUR ist das kurzfristige Vermögen mit langfristigem Kapital finanziert. Das Eigenkapital nimmt einen Anteil von 22 % der Bilanzsumme (Vorjahr 26 %) ein.

Bei den Darlehen waren Zugänge von 6.700 TEUR zu verzeichnen, Tilgungen wurden in Höhe von 678 TEUR (Vorjahr 660 TEUR) vorgenommen. Der Cashflow und die Darlehensaufnahmen des Berichtsjahres reichten aus, um die Investitionen im

Anlagevermögen und die Darlehenstilgungen zu finanzieren. Die darüber hinaus nicht benötigten Mittel schlugen sich in einer Verbesserung der Liquidität nieder.

2.2.2 Ertragslage

Die Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen schließen zum 31. Dezember 2006 mit einem Jahresüberschuss von 37.878,45 EUR nach einem Jahresüberschuss von 5.080,30 EUR im Vorjahr.

3 Nachtragsbericht

Seit Abschluss des Geschäftsjahres 31. Dezember 2006 bis zur Aufstellung des Lageberichtes Ende März 2007 gab es keine signifikanten Abweichungen hinsichtlich der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation.

4 Risikobericht

Der Investitionskostensatz für Haus Bronkhorstfeld beträgt 21,97 EUR und liegt somit um 14,41 EUR über dem Investkostensatz des sich ebenfalls auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung befindlichen „Haus am Brunnen“. Im Risikobericht des vergangenen Jahres wurde diese Steigerung des Investkostensatzes als kritischer Punkt herausgestellt. Insbesondere so genannte Selbstzahler, so wurde damals vermutet, könnten durch die Steigerung veranlasst werden, trotz der hohen Attraktivität des neuen Hauses auf Konkurrenzangebote auszuweichen. Diese Befürchtung hat sich jedoch nicht bestätigt.

5 Prognosebericht

Haus Bronkhorstfeld hat zu einer Verbesserung der pflegerischen Versorgung der Oberhausener Betagten geführt. Die Nachfrage nach den dortigen Pflegeplätzen belegt, dass die Attraktivität des Hauses zu der beabsichtigten Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ASO gGmbH geführt hat, wodurch auch die Zahlung des Pachtzinses bei gleich bleibender Auslastung als gesichert bezeichnet werden kann.

Im Hinblick auf den bereits im letzten Lagebericht angesprochenen Abriss des Gebäudes von Haus II der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung zeichnet sich aktuell ab, dass dieser erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres stattfinden dürfte. Die damit verbundene Sonderabschreibung wird entsprechend der Beschlussfassung des Betriebsausschusses und des Aufsichtsrates der ASO gGmbH und der zwischenzeitlich vollzogenen Änderung des Pachtvertrages vom Eigenbetrieb getragen werden müssen. Die dadurch bedingte Belastung wird spätestens im Jahre 2010 zu einem entsprechenden Zuschussbedarf des Eigenbetriebs führen. Darauf ist bereits in dem vom Rat beschlossenen Wirtschaftsplan 2007 hingewiesen worden.

Oberhausen, 28. März 2007

gez. Udo Spiecker
Betriebsleiter

Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
Oberhausen

Bilanz
Eigenbetrieb Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

	31.12.2002 TEUR	31.12.2003 TEUR	31.12.2004 TEUR	31.12.2005 TEUR	31.12.2005 TEUR
<u>Aktiva</u>					
Anlagevermögen	32.121	34.300	32.331	31.423	37.053
Sachanlagen	32.121	34.300	32.331	31.423	37.053
sonstiges	0	0	0	0	0
Umlaufvermögen	2.706	794	48	209	658
Vorräte	0	0	0	0	0
Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	993	180	0	0	49
Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	1.713	614	48	209	609
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
SUMME AKTIVA	34.827	35.094	32.379	31.632	37.711
<u>Passiva</u>					
Eigenkapital	11.411	10.054	8.246	8.251	8.289
gezeichnetes Kapital	1.789	1.789	1.789	1.789	1.789
Kapitalrücklage	9.206	9.206	7.694	7.694	7.694
Jahresergebnis	416	-941	-296	5	38
Verlustvortrag/Gewinnvortrag	0	0	-941	-1.237	-1.232
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	0	0	0	0
Sonderposten aus Zuschüssen	738	719	700	682	663
Rückstellungen	1.017	215	125	163	163
Verbindlichkeiten	21.661	24.106	23.308	22.536	28.596
kurzfristig	791	1.414	23.308	680	799
mittelfristig	0	2.249	0	2.908	3.535
langfristig	20.870	20.443	0	18.946	24.262
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0	0
SUMME PASSIVA	34.827	35.094	32.379	31.632	37.711

Gewinn- und Verlustrechnung Eigenbetrieb Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen

	2002 Ist/TEUR	2003 Ist/TEUR	2004 Ist/TEUR	2005 Ist/TEUR	2006 Ist/TEUR	2007 Plan/TEUR
Umsatzerlöse	0	0	0	0	0	0
Bestandsveränderungen sowie andere aktivierte Eigenleistungen	18	18	19	19	19	0
sonstige betriebliche Erträge	1.916	1.817	1.909	1.964	1.960	2.498
Summe Erträge	1.934	1.835	1.928	1.983	1.979	2.498
Materialaufwand	0	0	0	0	0	0
Personalaufwand	0	0	0	0	0	-29
Abschreibungen	-800	-2.016	-1.108	-964	-1.011	-3.151
sonstige betriebliche Aufwendungen	-918	-493	-371	-270	-211	-286
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-540	-677	-735	-730	-712	-1.095
Summe Aufwendungen	-2.258	-3.186	-2.214	-1.964	-1.934	-4.561
Zinsen und ähnliche Erträge	40	10	6	2	9	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-284	-1.341	-280	21	54	-2.062
sonstige Steuern	-16	-16	-16	-16	-16	0
Jahresergebnis	-300	-1.357	-296	5	38	-2.062

Anlagen
zum Beteiligungsbericht 2006

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen in Hauptversammlung, Gesellschafterversammlung, Genossenschaftsversammlung *

	Ver- und Entsorgung									Stadtentwicklung				Freizeit und Tourismus				Wohnungs- genossenschaft und sonstige								
	OGM	STOAG	WBO	EVO	PBO	RWW	RWE	RW Holding	GMVA	RZO	WFO	TZU	ENO	VZS	Gasometer	TMO	LAH	IKF	Revierpark	Werkbundsiedlung	ASO	ASO Service	BFO	Lokalfunk	Digitales NRW	World Games
Anmerkung		1)	2)	3)			3)	3)		3)																
Buttler, Dirk														X												
Elsemann, Bernd										X	X					X										
Frind, Reinhard																				X	X	X				
Guthoff, Maria																			X							
Klunk, Peter													X													
Janßen, Anne						X																				
Suhr, Rainer																									X	
Tsalastras, Apostolos																	X						X		X	
Wagner, Walter																		X								
Wehling, Klaus	X		X						X		X				X											

- 1) Vertreter/in wird jährlich neu bestellt
- 2) Vertreter/in wird von den beiden Aktionären jährlich neu benannt
- 3) Vorstand bzw. Geschäftsführung der "Muttergesellschaft"

* Stand Ende 2007

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen im Aufsichtsrat u. ä.*

		Ver- und Entsorgung						Stadt-entwicklung		Freizeit und Tourismus				sonstige	
		STOAG	WBO	EVO	PBO	OGM	GMVA	WFO	ENO	TMO	LAH	IKF	Revierpark	ASO	BFO
Albrecht-Mainz,	Elisabeth							x	x						
Balthaus,	Dirk	x													
Benter,	Christian										x				
Brands,	Beatriks						x						x	x	
Bron,	Karsten										x				
Bross,	Klaus-Dieter		x							x	x				
Bruns,	Klaus								x						
Cordes,	Hubert					x					x				
Dißelmeyer,	Thomas		x						x		x		x	x	
Dittmeyer,	Frank										x				
Elsemann,	Bernhard		x				x								
Emmerich,	Karl-Heinz	x			x										
Flötgen,	Michaela										x				
Flore,	Manfred					x					x				
Grefermann,	Jürgen					x					x				
Große Brömer,	Wolfgang				x		x	x							
Groß-Mühlenbruch,	Werner												x	x	
Grothe,	Helga					x							x	x	
Großenbrink,	Guntram											x			
Grotthaus,	Uwe									x					
Grüll,	Lothar												x	x	
Grunauer,	Walburga		x								x				
Guthoff,	Maria									x					
Hausmann,	Wilhelm	x					x	x							
Heckhoff,	Christian								x		x				
Holtz,	Gerd												x	x	
Hüttemann,	Claudia										x				
Janßen,	Anne						x								
Janßen,	Dieter	x						x	x						
Jäntsches,	Angelika					x			x	x	x		x	x	
Kelsch,	Dr. Udo						x						x	x	
Kemper,	Elke			x			x								
Klein,	Margit									x	x				
Klunk,	Peter					x			x			x			
Köhler,	Hans-Jürgen									x					
Koppers,	Peter							x					x	x	
Koß,	Elisabeth										x				
Kühr,	Gretel			x			x	x			x				
Leppes,	Gerd										x				
Leischen,	Claudia												x	x	

Besetzung der Gesellschaftsorgane

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen im Aufsichtsrat u. ä.*

		Ver- und Entsorgung						Stadt-entwicklung		Freizeit und Tourismus				sonstige	
		STOAG	WBO	EVO	PBO	OGM	GMVA	WFO	ENO	TMO	LAH	IKF	Revierpark	ASO	BFO
Loege,	Josef			x			x				x				
Motschull,	Frank		x					x					x	x	
Müthing,	Christa	x													
Nagels,	Hans-Jürgen		x										x	x	
Nakot,	Werner					x			x						
Niemczyk,	Heinz	x													
Oberste-Kleinbeck,	Kirsten	x									x		x	x	
Oesterbeck,	Barbara					x									
Osmann,	Denis								x						
Paßgang,	Walter		x									x			
Pflugbeil,	Karl-Heinz	x													
Poß,	Hans-Georg												x		
Radtke,	Dorothee												x	x	
Reinemann,	Bernd		x										x	x	
Scheithauer,	Dagmar										x				
Schepers,	Hermann-Josef												x	x	
Schneider,	Andreas												x	x	
Schranz,	Daniel			x	x		x				x				
Siodmak,	Brigitte													x	
Sporkmann,	Bernhard												x	x	
Stappert,	Claudia												x	x	
Stehr,	Simone								x						
Tatzki,	Marc								x						
Vöpel,	Dirk	x					x								
Vogel,	Dagmar												x	x	
Wehling,	Klaus	x		x	x		x	x							
Wilke,	Volker								x						
Willing-Spielmann,	Ulrike												x	x	
Wingens,	Ursula										x				
Wolter,	Marita					x					x				
Zimkeit,	Stefan				x	x	x								

= Vertreter/innen der Stadt Oberhausen nach § 113 (2) GO NW

*) Stand 12/2007

Besetzung der Sparkassenorgane

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen
Stand 12/2007

		Verwaltungsrat	Kreditausschuss	Stiftungsbeirat Sparkassen- Bürgerstiftung	Verbandsversammlung Rhein. Sparkassen- & Giroverband
Benter,	Christian	X			
Brands,	Beatriks	X			
Große Brömer,	Wolfgang	X	X	X	X
Grotthaus,	Uwe	X			
Grüll,	Lothar	X			
Janßen,	Anne	X	X	X	
Schepers,	Hermann-Josef	X		X	
Schranz,	Daniel	X	X	X	
Tsalastras,	Apostolos			X	
Wehling,	Klaus	X ¹⁾	X ²⁾		X
Wingens,	Ursula	X			
Wolter,	Horst	X	X	X	

1) als Hauptverwaltungsbeamter (ohne Stimmrecht)


2) kraft Amtes

Besetzung der Werksausschüsse

Vertreter/innen der Stadt Oberhausen *

		Werksausschuss Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen	Werksausschuss Theater Oberhausen
Arlt,	Gerd		X
Barwanietz,	Thomas		X
Benter,	Christian		X
Brands,	Beatrix	X	
Broß,	Klaus-Dieter		X
Bron,	Karsten		X
Cordes,	Hubert		X
Disselmeyer,	Thomas	X	X
Dittmeyer,	Frank		X
Flötgen,	Michaela		X
Flore,	Manfred		X
Grefermann,	Jürgen		X
Groß-Mühlenbruch,	Werner	X	
Grothe,	Helga	X	
Grüll,	Lothar	X	
Grunauer,	Walburga		X
Heckhoff,	Christian		X
Holtz,	Gerd	X	
Jäntsches,	Angelika	X	X
Kamps,	Jochen	X	
Kelsch,	Dr. Udo	X	
Klein,	Margit		X
Koppers,	Peter	X	
Koß,	Elisabeth		X
Kühr,	Gretel		X
Leischen,	Claudia	X	
Legges,	Gerd		X
Motschull,	Frank	X	
Nagels,	Hans-Jürgen	X	
Oberste-Kleinbeck,	Kirsten	X	X
Radtke,	Dorothee	X	
Reinemann,	Bernd	x	
Runkler,	Hans-Otto	X	
Schepers,	Hermann-Josef	X	
Schneider,	Andreas	X	
Schneider,	Josef		X
Schranz,	Daniel		X
Sporkmann,	Bernhard	X	
Stappert,	Claudia	X	
Vogel,	Dagmar	X	
Willing-Spielmann,	Ulrike	X	
Wingens,	Ursula		X
Wolter,	Marita		X

* Stand 12/2007

 = beratendes Mitglied (ohne Stimmrecht)

Wesentliche gesetzliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung (Stand nach Änderung der Gemeindeordnung im Oktober 2007)

Art. 28 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz

Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.

§ 107 GO NRW - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

- 1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn
 1. ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
 3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

- 2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von
 1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
 2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
- 3. Einrichtungen, die der Strassenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- 4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
- 5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

- 3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.
- 4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.
- 5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.
- (6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.

(7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften

§ 108 GO NRW - Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts -

- 1) Die Gemeinde darf Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn
 1. bei Unternehmen (§ 107 Abs. 1) die Voraussetzungen des § 107 Abs. 1 Satz 1 gegeben sind,
 2. bei Einrichtungen (§ 107 Abs. 2) die Voraussetzungen des § 8 Abs. 1 gegeben sind und ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegt,
 3. eine Rechtsform gewählt wird, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
 4. die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit steht,
 5. die Gemeinde sich nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
 6. die Gemeinde einen angemessenen Einfluß, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhält und dieser durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise gesichert wird,
 7. das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet wird,
 8. bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften geprüft werden.
 9. bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen nach § 107 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe

kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten i. S. von § 87 leisten.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nummern 3, 5 und 8 in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.

- 2) Gehören einer Gemeinde mehr als 50 vom Hundert der Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in Gesellschaftsform, muss sie darauf hinwirken, dass
 1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
 - c) die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt gemacht werden und der Jahresabschluss und der Lagebericht bis zur Feststellung des folgenden Jahresabschlusses zur Einsichtnahme verfügbar gehalten werden,
 2. in dem Lagebericht oder in Zusammenhang damit zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen wird,
 3. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 109) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein Unternehmen betreibt.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung sind dem Haushaltsplan als Anlage beizufügen. Gehört der Gemeinde zusammen mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Mehrheit der Anteile an einem Unternehmen oder an einer Einrichtung, soll sie auf eine Wirtschaftsführung nach Maßgabe des Satzes 1 Nr. 1 a) und b) sowie Nr. 2 und Nr. 3 hinwirken.

- 3) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft nur gründen, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- 4) Die Gemeinde darf unbeschadet des Absatzes 1 Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn durch die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sichergestellt ist, dass
 1. die Gesellschafterversammlung auch beschließt über
 - a) den Abschluss und die Änderungen von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 und 292 Abs. 1 des Aktiengesetzes,

- b) den Erwerb und die Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen,
 - c) den Wirtschaftsplan, die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses sowie
 - d) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, und
2. der Rat den von der Gemeinde bestellten oder auf Vorschlag der Gemeinde gewählten Mitgliedern des Aufsichtsrats Weisungen erteilen kann, soweit die Bestellung eines Aufsichtsrates gesetzlich nicht vorgeschrieben ist.
- 5) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 25 vom Hundert beteiligt sind, dürfen
- a) der Gründung einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts, einer Beteiligung sowie der Erhöhung einer Beteiligung der Gesellschaft an einer anderen Gesellschaft oder einer anderen Vereinigung in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn
 - die vorherige Entscheidung des Rates vorliegt,
 - für die Gemeinde selbst die Gründungs- bzw. Beteiligungsvoraussetzungen vorliegen und
 - sowohl die Haftung der gründenden Gesellschaft als auch die Haftung der zu gründenden Gesellschaft oder Vereinigung durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind oder
 - sowohl die Haftung der sich beteiligenden Gesellschaft als auch die Haftung der Gesellschaft oder Vereinigung, an der eine Beteiligung erfolgt, durch ihre Rechtsform auf einen bestimmten Betrag begrenzt sind;
 - b) einem Beschluss der Gesellschaft zu einer wesentlichen Änderung des Gesellschaftszwecks oder sonstiger wesentlicher Änderungen des Gesellschaftsvertrages nur nach vorheriger Entscheidung des Rates zustimmen.

In den Fällen von Satz 1 Buchstabe a) gilt Absatz 1 Satz 2 entsprechend. Als Vertreter der Gemeinde im Sinne von Satz 1 gelten auch Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und Mitglieder von sonstigen Organen und ähnlichen Gremien der Gesellschaft, die von der Gemeinde oder auf ihre Veranlassung oder ihren Vorschlag in das Organ oder Gremium entsandt oder gewählt worden sind. Beruht die Entsendung oder Wahl auf der Veranlassung oder dem Vorschlag mehrerer Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände, so bedarf es der Entscheidung nur des Organs, auf das sich die beteiligten Gemeinden und Gemeindeverbände oder Zweckverbände geeinigt haben. Die Sätze 1 bis 4 gelten nicht, soweit ihnen zwingende Vorschriften des Gesellschaftsrechts entgegenstehen.

- 6) Die Gemeinde kann einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftungssumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 109 GO NRW - Wirtschaftsgrundsätze

- 1) Die Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.
- 2) Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

§ 110 GO NRW - Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

§ 111 GO NRW - Veräußerung von Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

- 1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung eines Unternehmens oder einer Einrichtung oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluß auf das Unternehmen, die Einrichtung oder die Gesellschaft verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.
- 2) Vertreter der Gemeinde in einer Gesellschaft, an der Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände unmittelbar oder mittelbar mit mehr als 50 v. H. beteiligt sind, dürfen Veräußerungen oder anderen Rechtsgeschäften i.S. des Absatzes 1 nur nach vorheriger Entscheidung des Rates und nur dann zustimmen, wenn für die Gemeinde die Zulässigkeitsvoraussetzung des Absatzes 1 vorliegt.

§ 112 GO NRW - Informations- und Prüfungsrechte, Beteiligungsbericht

- 1) Gehören einer Gemeinde unmittelbar oder mittelbar Anteile an einem Unternehmen oder einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes bezeichneten Umfang, so soll sie
 1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausüben,
 2. darauf hinwirken, dass ihr die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.
- 2) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde, so weit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, daß ihr im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung die Befugnisse nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Minderheitsbeteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist.

§ 113 GO NRW - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen und Einrichtungen

- 1) Die Vertreter der Gemeinde in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen. Sie sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden. Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluß des Rates jederzeit niederzulegen. Die Sätze 1 bis 3 gelten nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- 2) Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den in Absatz 1 genannten Gremien. Sofern weitere Vertreter zu benennen sind, muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde dazuzählen. Die Sätze 1 und 2 gelten für mittelbare Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.
- 3) Die Gemeinde ist verpflichtet, bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages einer Kapitalgesellschaft darauf hinzuwirken, daß ihr das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der

Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muß der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Bediensteter der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen.

- 4) Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.
- 5) Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Die Unterrichtungspflicht besteht nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- 6) Wird ein Vertreter der Gemeinde aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat ihm die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn ihr Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat.

§ 116 GO NRW – Gesamtabchluss

- 1) Die Gemeinde hat in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabchluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Er besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang und ist um einen Gesamtlagebericht zu ergänzen. Der Rat bestätigt den geprüften Gesamtabchluss durch Beschluss. § 96 findet entsprechende Anwendung.
- 2) Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Auf den Gesamtabchluss sind, soweit seine Eigenart keine Abweichung erfordert, § 88 und § 91 Abs. 2 entsprechend anzuwenden.
- 3) In den Gesamtabchluss müssen verselbstständigte Aufgabenbereiche nach Absatz 2 nicht einbezogen werden, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Dies ist im Gesamtanhang darzustellen.
- 4) Am Schluss des Gesamtlageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes nach § 70, soweit dieser nicht zu bilden ist für den Bürgermeister und den Kämmerer, sowie für die Ratsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:
 1. der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen,
 2. der ausgeübte Beruf,

3. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
 4. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
 5. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.
- 5) Der Gesamtabchluss ist innerhalb der ersten neun Monate nach dem Abschlussstichtag aufzustellen. § 95 Abs. 3 findet für die Aufstellung des Gesamtabchlusses entsprechende Anwendung.
 - 6) Der Gesamtabchluss ist vom Rechnungsprüfungsausschuss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ergibt. Die Prüfung des Gesamtabchlusses erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind. Der Gesamtlagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtabchluss in Einklang steht und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage der Gemeinde erwecken. § 101 Abs. 2 bis 8 gilt entsprechend.
 - 7) In die Prüfung nach Absatz 6 müssen die Jahresabschlüsse der verselbstständigten Aufgabenbereiche nicht einbezogen werden, wenn diese nach gesetzlichen Vorschriften geprüft worden sind.

§ 117 GO NRW – Beteiligungsbericht

- 1) Die Gemeinde hat einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabchluss beizufügen.
- 2) Der Beteiligungsbericht ist dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

§ 394 AktG

Aufsichtsratsmitglieder, die auf Veranlassung einer Gebietskörperschaft in den Aufsichtsrat gewählt oder entsandt worden sind, unterliegen hinsichtlich der Berichte, die sie der Gebietskörperschaft zu erstatten haben, keiner Verschwiegenheitspflicht. Für vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder

Geschäftsgeheimnisse, gilt dies nicht, wenn ihre Kenntnis für die Zwecke der Berichte nicht von Bedeutung ist.

§ 395 AktG

- 1) Personen, die damit betraut sind, die Beteiligungen einer Gebietskörperschaft zu verwalten oder für eine Gebietskörperschaft die Gesellschaft, die Betätigung der Gebietskörperschaft als Aktionär oder die Tätigkeit der auf Veranlassung der Gebietskörperschaft gewählten oder entsandten Aufsichtsratsmitglieder zu prüfen, haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen aus Berichten nach § 394 bekanntgeworden sind, Stillschweigen zu bewahren; dies gilt nicht für Mitteilungen im dienstlichen Verkehr.
- 2) Bei der Veröffentlichung von Prüfungsergebnissen dürfen vertrauliche Angaben und Geheimnisse der Gesellschaft, namentlich Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, nicht veröffentlicht werden.

Rechtsformen wirtschaftlicher Betätigung

Für die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde stehen unterschiedliche öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Formen zu Verfügung.

Im Wesentlichen sind dies:

in öffentlich-rechtlicher Form:

- Regiebetrieb,
- eigenbetriebsähnliche Einrichtung,
- Eigenbetrieb,
- Anstalt des öffentlichen Rechts,

in privatrechtlicher Form:

- GmbH,
- Aktiengesellschaft,
- eingetragene Genossenschaft.

Nachfolgend werden die Besonderheiten der einzelnen Rechtsformen und die Einflussmöglichkeiten der Stadt kurz erläutert.

Regiebetrieb

Der Regiebetrieb ist ein rechtlich und wirtschaftlich unselbstständiger Betriebszweig der Stadt, der rechnungsmäßig gemäß der kameralistischen Einnahmen- und Ausgabenrechnung ausschließlich im Haushaltsplan der Stadt erfasst wird. Soweit es sich um kostenrechnende Einrichtungen (Gebührenhaushalte) handelt, wird eine Betriebsabrechnung im Rahmen der erweiterten Kameralistik durchgeführt.

Der Regiebetrieb ist organisatorisch uneingeschränkt in die Gemeinde eingebunden.

Steuerrechtlich kann ein Regiebetrieb zum Betrieb gewerblicher Art (BgA) werden, wenn er nicht überwiegend der Ausübung der „öffentlichen Gewalt“ (Hoheitsbetrieb) dient.

Eigenbetrieb / eigenbetriebsähnliche Einrichtung

Eigenbetriebe sind verselbstständigte gemeindliche wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Sie werden gemäß Eigenbetriebsverordnung NW (EigVO NW) mit eigener Betriebssatzung und eigenem (kaufmännischem) Rechnungswesen geführt; ihr Vermögen ist als Sondervermögen vom übrigen Gemeindevermögen getrennt.

Der Eigenbetrieb verfügt zwar über eigene Leitungs- und Kontrollorgane (Werkleiter, Werksausschuss); die Kompetenzen dieser Organe werden jedoch vom Rat der Stadt in der Betriebssatzung festgelegt. Insgesamt untersteht der Eigenbetrieb dem Rat und dem Oberbürgermeister.

Eigenbetriebsähnliche Einrichtungen sind solche Betriebe, die nach der Definition des § 107 GO NW nicht als wirtschaftliche Betätigung gelten, die aber dennoch nach den Vorschriften der EigVO NW betrieben werden.

Anstalt des öffentlichen Rechts

Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach § 114a GO NW (AöR)

Die AöR ist eine Mischform zwischen Eigenbetrieb und GmbH. Ihre Rechtsverhältnisse werden nach der GO NW durch eine Satzung geregelt, welche die Gemeinde aufstellt.

Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat. Die Leitung der AöR obliegt dem Vorstand in eigener Zuständigkeit, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Verwaltungsrat ist für Entscheidungen des Aufgabenkataloges aus § 114a Abs. 7 GO NW zuständig, unterliegt jedoch bei bestimmten Entscheidungen (Erlass von Satzungen, Beteiligungen) den Weisungen des Rates der Stadt. Die Weisungsverpflichtung kann durch die Satzung ausgeweitet werden.

Die Gemeinde haftet als Gewährträgerin für die Verbindlichkeiten der AöR unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates der Stadt sind insbesondere durch die Satzungsaufstellung definiert.

Sparkassen

Auch Sparkassen sind gemäß § 2 SpkG rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts. Gemäß § 1 SpkG können Gemeinden und Gemeindeverbände Sparkassen errichten. Für deren Verbindlichkeiten haftet die Gemeinde als Gewährträgerin uneingeschränkt. Durch das SpkG werden zahlreiche Verbindungen zwischen der Gemeinde und der Sparkasse festgeschrieben, die der Gemeinde Einflussmöglichkeiten eröffnen, die dem Gewährträgerverhältnis Rechnung tragen (Besetzung des Verwaltungsrates und des Kreditausschusses, Beanstandungsrecht des Hauptverwaltungsbeamten, Beschluss des Rates über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Sparkassenorgane etc.).

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) ist eine juristische Person des Privatrechts mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur der Gesellschaft wird im Gesellschaftsvertrag festgeschrieben und kann von den Gesellschaftern unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) relativ frei und flexibel geregelt werden, so dass die Eigenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Gesellschaft optimal berücksichtigt werden können.

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat kann gebildet werden; grundsätzlich besteht hierzu (mit Ausnahme der mitbestimmten Gesellschaften mbH) jedoch keine Pflicht.

Einflussmöglichkeiten des Rates bestehen ausschließlich im Rahmen des Gründungsbeschlusses (Gestaltung des Gesellschaftsvertrages etc.) sowie über Weisungen an die jeweiligen Vertreter/innen der Stadt in der Gesellschafterversammlung und Empfehlungen an die städtischen Vertreter/innen im Aufsichtsrat.

Aktiengesellschaft

Wie die GmbH ist auch die Aktiengesellschaft (AG) eine privatrechtliche Gesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit. Auch hier wird die innere Struktur der Gesellschaft in der Satzung festgeschrieben. Allerdings enthält das Aktiengesetz (AktG) eine Vielzahl von verbindlichen Regelungen und Formvorschriften, so dass den Aktionären für eine flexible Gestaltung unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Gesellschaft nur wenig Spielraum verbleibt.

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat, der hier, im Gegensatz zur GmbH, zwingend vorgeschrieben ist.

Die Einflussmöglichkeiten des Rates sind im Prinzip die gleichen wie bei der GmbH. Da allerdings zum einen die Satzung den restriktiven Anforderungen des AktG genügen muss und zum anderen die Entscheidungskompetenzen der Hauptversammlung durch das AktG vorgegeben und nicht frei gestaltbar sind, sind die Einflussmöglichkeiten letztlich geringer als bei der GmbH.

eingetragene Genossenschaft

Wie die GmbH und die AG hat auch die e. G. eine eigene Rechtspersönlichkeit. Die innere Struktur richtet sich nach der Satzung, die den Vorschriften des Genossenschaftsgesetzes (GenG) Rechnung tragen muss.

Organe der e.G. sind der Vorstand, der Aufsichtsrat und die Generalversammlung bzw. bei Genossenschaften mit mehr als dreitausend Mitgliedern die Vertreterversammlung.

Anders als bei der GmbH oder der AG, bei der die Höhe des gehaltenen Kapitals über die Anzahl der Stimmen in der Gesellschafterversammlung bzw. Hauptversammlung entscheidet, hat hier jeder Genosse, unabhängig von der Anzahl seiner Genossenschaftsanteile, nur eine Stimme. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt äußerst gering.

Im Übrigen kann im Rahmen der Vertreterversammlung nur eine natürliche, unbeschränkt geschäftsfähige Person, die auch Mitglied der Genossenschaft ist, zum Vertreter bestellt werden. In den Fällen, in denen aufgrund der Anzahl der Mitglieder die Vertreterversammlung das Organ der Genossen ist, hat die Stadt als juristische Person des öffentlichen Rechts keine Möglichkeit, ein Mitglied zu entsenden.



Beteiligungsrichtlinien der
Stadt Oberhausen

Stand:

Ratsbeschluss 16.12.2002

***Richtlinien über die
wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche
Betätigung der Stadt Oberhausen
(Beteiligungsrichtlinien)***

P r ä a m b e l

Die Stadt Oberhausen hat in den vergangenen Jahren in weitreichendem Maße Gesellschaften zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben gegründet. Die Argumente dafür waren unterschiedlich. Neben erwarteten Effektivitätssteigerungen und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung waren auch Strukturwandelaspekte für die Entscheidung maßgebend, Aufgaben in privaten Rechtsformen wahrzunehmen.

Unabhängig von der Frage in welcher Rechtsform städtische Aufgaben erledigt werden, muss der Rat der Stadt die ihm von den Bürgerinnen und Bürgern übertragene Verantwortung sowie die in der Gemeindeordnung festgeschriebenen Rechte wahrnehmen können. Hierzu müssen die Steuerungsmöglichkeiten des Rates und der einzelnen Ratsmitglieder weiter gestärkt werden.

Durch die Ausweitung der städtischen Beteiligungen stellen sich neue Anforderungen an die Arbeit der politischen Gremien und an die Verwaltung. Insbesondere die Sicherung der politischen Steuerung des Rates und die umfassende Information der Ratsmitglieder muss gewährleistet sein.

Dazu sind konzernpolitische Vorgaben notwendig. Hierdurch werden politische Wertungen mit städtischem Gesamtbetrachtungsansatz möglich. Die Grundlagen dafür werden durch die nachfolgenden Beteiligungsrichtlinien geschaffen.

1. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung

Die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Oberhausen richtet sich nach den in der Gemeindeordnung NW (GO NW) festgelegten Grundsätzen.

2. Geltungsbereich

„Beteiligungen“ im Sinne dieser Richtlinien sind alle nach den Vorschriften des Gemeindefinanzrechts des Landes Nordrhein- Westfalen zulässigen Formen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, derer die Stadt Oberhausen sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedient.

Diese Richtlinien gelten grundsätzlich in allen Fällen, in denen die Stadt Oberhausen an juristischen Personen des privaten oder öffentlichen Rechts unmittelbar oder mittelbar zu mindestens 20 % beteiligt ist, für alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung, sowie sinngemäß für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts, soweit keine übergeordneten Regelungen entgegenstehen. Sie binden Rat und Verwaltung sowie die entsprechenden Vertreterinnen und Vertreter in den Organen und Gremien der Beteiligungen.

3. Steuerung der Beteiligungen

3.1. Die Steuerung der Beteiligungen im Sinne dieser Richtlinien vollzieht sich durch

- den Rat der Stadt Oberhausen,
- den Hauptausschuss,
- den Finanzausschuss,
- die Fachausschüsse,
- den Verwaltungsvorstand,
- die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten.

3.2. Die jeweils zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten (Beteiligungsverwaltung) sichert die Wahrung der kommunalen Rechte und Pflichten in den Beteiligungen.

4. Zuständigkeiten im Rahmen der Beteiligungsverwaltung

4.1 Rat der Stadt Oberhausen

Der Rat der Stadt beschließt

- Grundsätze und Ziele der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt Oberhausen,
- über Gründung, Erweiterung, Auflösung, Veräußerung sowie Änderung der Rechtsform einer Beteiligung,
- über Rechtsgeschäfte, die den Einfluss der Stadt Oberhausen auf Beteiligungen verändern,
- die Bestellung und Abberufung der Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Oberhausen in Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und vergleichbaren Organen und Gremien,
- Änderungen der Gesellschaftsverträge,
- den Beteiligungsbericht,
- in für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten über Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen sowie Empfehlungen und -soweit rechtlich zulässig- Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen und -gremien.

Der Rat ist für die Gesamtsteuerung der städtischen Beteiligungen zuständig.

4.2 Hauptausschuss

4.2.1 Der Hauptausschuss berät alle Angelegenheiten vor, die vom Rat der Stadt zu beschließen sind und erteilt entsprechende Beschlussempfehlungen.

4.2.2 Der Hauptausschuss erhält im Rahmen der Gesamtsteuerung der Beteiligungen regelmäßig Berichte über von ihm ausgewählte Beteiligungen . Über Berichtsintervalle entscheidet er im Einzelfall.

Berichtet wird u.a.

- über die Tätigkeiten, Zielvereinbarungen und Ergebnisverläufe der Beteiligungsgesellschaften, insbesondere über wirtschaftliche, personelle und finanzielle Entwicklungen,
- außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung über erhebliche Veränderungen der prognostizierten Entwicklungen.

Der Hauptausschuss stellt die Beachtung des gesamtstädtischen Interesses gegenüber den Beteiligungen sicher.

In für die Stadt besonders wichtigen Angelegenheiten kann er Weisungen an die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen und Empfehlungen an die Vertreterinnen und Vertreter in den Aufsichtsorganen und -gremien beschließen, sofern dies dem Rat nicht möglich ist.

4.2.3 Der Hauptausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Beschlüsse über Zielvereinbarungen für die Gesellschaften des Strukturwandels und die Kontrolle ihrer Einhaltung.

4.2.4 Der Hauptausschuss beschließt Rahmenbedingungen über die grundsätzliche Struktur der Verträge und Anstellungsbedingungen der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen, soweit vorhanden. Die Entscheidung über Auswahl und Anstellung trifft das jeweilige Aufsichtsorgan oder -gremium. Der/ die Vertreter/in der Stadt in der Gesellschafterversammlung oder dem ihr entsprechenden Organ nimmt die Bestellung vor, soweit nicht gesetzlich etwas anderes vorgeschrieben ist. Einzelheiten der Verträge, Entlohnung und Prämienzahlungen sind jeweils durch einen im Gesellschaftsvertrag oder der Satzung festzulegenden Personalausschuss des Aufsichtsrates zu bestimmen.

4.3 Finanzausschuss

Der Finanzausschuss berät alle Angelegenheiten der Beteiligungen, die finanzwirtschaftliche Auswirkungen auf den Haushalt und das Vermögen der Stadt Oberhausen haben, insbesondere Zuschüsse, Verlustabdeckungsverträge, und Bürgschaften.

4.4 Fachausschüsse

Die Fachausschüsse beschließen die strategischen Zielvereinbarungen und kontrollieren ihre Einhaltung durch die Beteiligungen, die inhaltlich in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.

Hierzu erhalten sie regelmäßige Berichte über Abarbeitung dieser Zielvereinbarungen. Über Berichtsintervalle und Gestaltung des Berichtswesens entscheiden sie im Einzelfall.

Die Fachausschüsse werden über Abweichungen von den Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung informiert.

Sie erhalten auf Wunsch Berichte über die Kontrolle der Aufgabenerledigung der Gesellschaften in ihrem Aufgabenbereich und, im Rahmen der Budgetierung, über die Verwendung der entsprechenden Haushaltsmittel.

4.5. Verwaltungsvorstand

Der Verwaltungsvorstand ist zuständig für die Koordination der Arbeit der städtischen Beteiligungen, die Durchsetzung der städtischen Gesamtinteressen und die Gesamtkontrolle der Aufgabenerledigung der Beteiligungen durch die Stadt. Grundsätzlich sollen Dezernentinnen und Dezernenten die Aufgaben der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafterversammlungen und diesen vergleichbaren Organen wahrnehmen. Die Zuordnung erfolgt analog zur Zuordnung der Beteiligungen zu den Fachausschüssen.

4.6 Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten

4.6.1 Die zuständige Verwaltungseinheit für Beteiligungsangelegenheiten hat folgende Aufgaben:

A. *Unabhängige Beratung und Information bei allen die Beteiligungen betreffenden Angelegenheiten*

- Abstimmung der Beschlüsse des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse mit den Zielen und Planungen der Beteiligungen,
- Überwachung der sich aus den Gesellschaftsverträgen, Geschäftsordnungen und vergleichbaren Regelungswerken für die Gesellschaften und ihre Organe ergebenden Pflichten,
- Erstellung des Beteiligungsberichtes,

- haushaltsmäßige Abwicklung der beteiligungsrelevanten Angelegenheiten.

B. *Beschluss- und Vertragsvorbereitung*

- Vorbereitung von beteiligungsrelevanten Gremienbeschlüssen ggfls. in Kooperation mit zuständigen Verwaltungseinheiten,
- Vorbereitung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen sowie Geschäftsordnungen,
- Prüfung der Vereinheitlichung von bestehenden Gesellschaftsverträgen und Satzungen (dabei soll den Aufsichtsräten ein umfassender Zuständigkeitskatalog übertragen werden),
- Vorbereitung von Prokuristinnen- und Prokuristen-, Vorstands- und Geschäftsführer/innen-Verträgen,
- Vorbereitung von Rats- und Ausschussbeschlüssen.

C. *Beschluss- und Verfahrenskontrolle*

- Überprüfung der mit der Beteiligung angestrebten Ziele anhand der politischen Beschlüsse,
- Überwachung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen.

D. *Beratung und Information bei allen die Beteiligung betreffenden Angelegenheiten*

- insbesondere der Ratsmitglieder
- der Vertreterinnen und Vertreter in Gesellschafts- und Aufsichtsgremien
- der Verwaltung
- der Geschäftsführungsorgane in Beteiligungsangelegenheiten.

E. Rechtliche Prüfungen

- Zulässigkeit von Beteiligungen und Maßnahmen, die die Beteiligungen betreffen
- Notwendigkeit und Zulässigkeit von Unterbeteiligungen.

F. Strategie- und Finanzcontrolling

- Wahrnehmung des Informationsrechtes der Stadt als Gesellschafterin
- Vorbereitung von Zielvereinbarungen
- Erarbeitung eines Controllingkonzeptes
- Einführung einer einheitlichen und konsolidierungsfähigen Rechnungslegung
- Organisation eines Erfahrungsaustausches über betriebliche Controllingmaßnahmen der Gesellschaften
- Entwicklung und Wahrnehmung eines an kommunalpolitischen Zielen orientierten Finanz- und Zielcontrollings
- Entwicklung und Wahrnehmung eines Risikomanagements für die Stadt

G. Aktenführung

- Aufbewahrung der Beteiligungsakten
- Aufbewahrung der Anstellungsverträge der Werkleitungen, Vorstände, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Prokuristinnen und Prokuristen.

4.6.2 Zur Steigerung der Effektivität der Aufgabenwahrnehmung nimmt die zuständige Verwaltungseinheit an den Sitzungen der Aufsichtsräte und der Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften mit Gaststatus teil soweit höherrangiges Recht dem nicht entgegensteht.

5. Beteiligungscontrolling

5.1 Durch das Beteiligungscontrolling wird die zentrale Planung, Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen durch die Stadt Oberhausen sichergestellt. Dazu ist es erforderlich, Zielvereinbarungen zu definieren, die als Grundlage für das Beteiligungscontrolling dienen.

5.2 Die Zielvorgaben und Rahmenbedingungen werden durch die Gremien des Rates der Stadt beschlossen. Sie sollen Festlegungen in folgenden Bereichen enthalten:

- Strategie

Strategische Zielvereinbarungen berücksichtigen

- stadtentwicklungspolitische Anforderungen,
- finanzwirtschaftliche Aspekte,
- Angebot an Bürgerinnen und Bürger.

- Operatives Geschäft

Zielvorgaben im operativen Bereich können u. a. umfassen:

- innerorganisatorische Angelegenheiten,
- Umfang der Anforderungen aus gesetzlichen Bestimmungen (Berichte im Rahmen des KonTraG).

- Finanzwirtschaft

Zielvereinbarungen können folgendes Spektrum umfassen:

- Haushalt der Stadt (Zuschusshöhe/Gewinne),
- städtisches Vermögen,
- Anforderungen aus dem KonTraG,
- Wirtschaftsplan (z. B. Umsätze der Gesellschaft).

5.3 Die Einhaltung der Zielvereinbarungen wird durch ein Berichtswesen dokumentiert. Bei außergewöhnlichen Abweichungen werden Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt und den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

5.4 Das regelmäßige Berichtswesen für die Einzelgesellschaften erfolgt gestaffelt nach der Bedeutung der Beteiligungen für die Stadt. Eine entsprechende Staffelung, sowie Einzelheiten zur Gestaltung des Berichtswesen beschließt der Hauptausschuss. Im Rahmen des Berichtswesens wird ein betriebswirtschaftliches Kennzahlensystem für die Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung eingeführt. Eine Gesamtübersicht über die über die Entwicklung der Beteiligungen erfolgt zweimal jährlich.

6. Rechte und Pflichten der Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen

6.1.1 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen wahren die Interessen der Stadt Oberhausen und sind an die Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden, soweit nicht höherrangiges Recht entgegensteht.

Die Verwaltung bereitet auf der Grundlage der Sitzungsunterlagen Stellungnahmen für die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen vor und gibt Beschlussempfehlungen.

6.1.2 Die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt in

- Gesellschafterversammlungen und vergleichbaren Organen unterrichten den Rat und die Ausschüsse im Rahmen deren Zuständigkeit,
- **Aufsichtsräten sowie vergleichbaren Organen und Gremien (bestellt nach § 113 GO) unterrichten den Oberbürgermeister und in Absprache mit diesem die zuständigen Ausschüsse, der Oberbürgermeister den Rat und den Hauptausschuss**

über alle wesentlichen Angelegenheiten der Beteiligungen frühzeitig und umfassend.

6.1.3 Die Vertreterinnen und Vertreter in Organen und Gremien der Beteiligungen setzen sich aktiv für die Umsetzung dieser Beteiligungsrichtlinien ein und tragen dafür Sorge, dass entsprechende Anweisungen an die jeweils Verantwortlichen in den Beteiligungen ergehen. Zudem arbeiten sie in ihren Organen und Gremien darauf hin, dass die in diesen Beteiligungsrichtlinien genannten Punkte, soweit sie nicht Inhalt des jeweiligen Gesellschaftsvertrages oder der jeweiligen Satzung sind, in Geschäftsordnungen für die Geschäftsführungen und Aufsichtsorgane und -gremien manifestiert werden.

7. Inkrafttreten

7.1 Diese Beteiligungsrichtlinien treten am *01.01.2003* in Kraft.

Beteiligungsrichtlinien

Geltungsbereich: alle un-/mittelbaren Beteiligungen ab 20% sowie alle im Oberhausener Stadtgebiet tätigen Beteiligungen der Sparte Ver- und Entsorgung

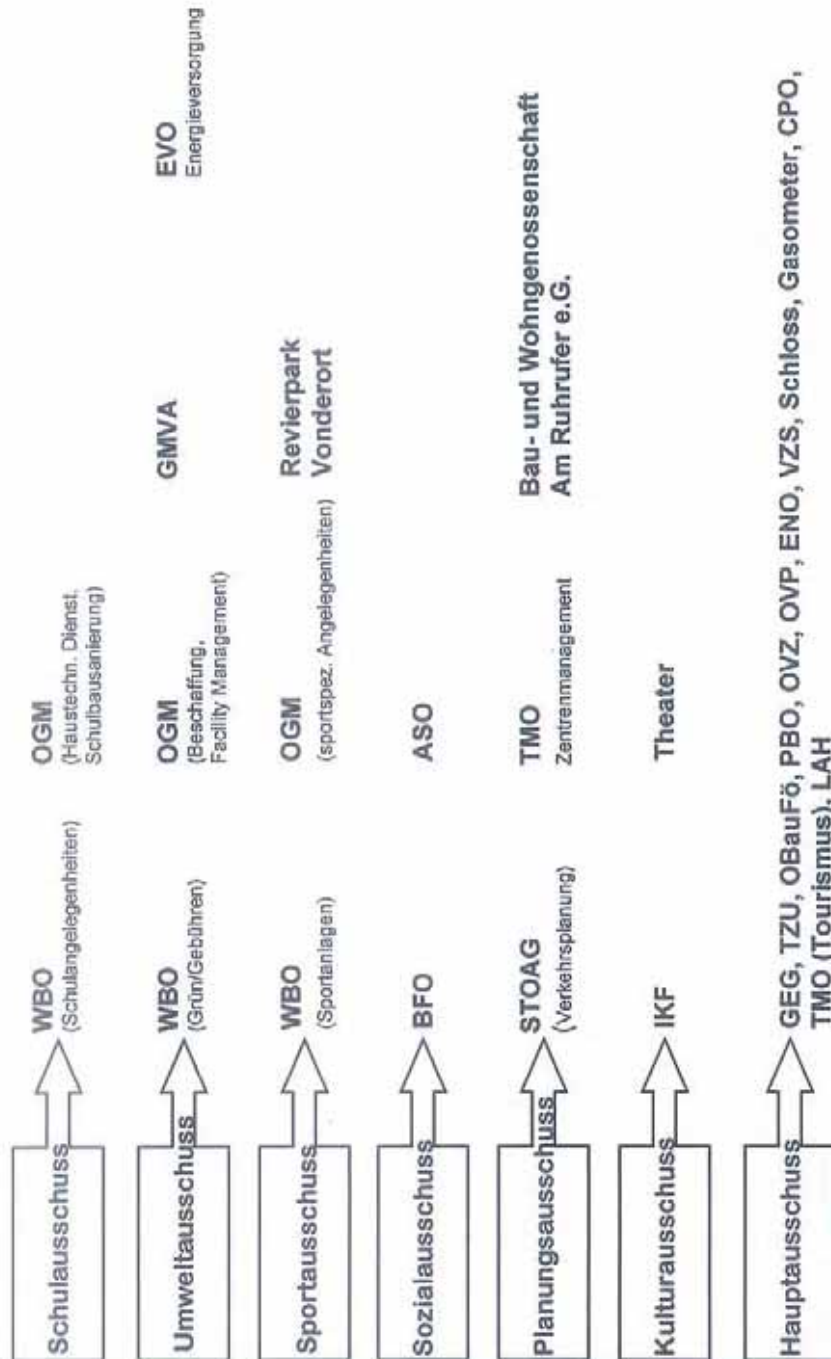
Zuständigkeiten:

Rat	Hauptausschuss	Finanzausschuss	Fachausschuss	Verwaltung
<ul style="list-style-type: none"> • Grundsätze / Ziele • Gründungsbeschlüsse, Einflussänderungen, Aufgabe von Beteiligungen u.a. • Gremienbesetzung • Gesellschaftsverträge • Beteiligungsbericht • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorberatung Ratsvorlagen • Berichte für ausgewählte Beteiligungen • Tätigkeiten, Zielvereinbarungen, Ergebnisse • besondere Entwicklungen • Beschluss über Zielvereinbarungen und Kontrolle für Gesellschaften des Strukturwandels • Mitspracherecht Strukturverträge und Anstellungsbedingungen Geschäftsführungen • Weisungen / Empfehlungen an Vertreter/-innen in wichtigen Angelegenheiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorberatung über alle haushalts- und vermögensrelevanten Angelegenheiten der Beteiligungen, insbesondere - Zuschüsse - Verlustabdeckungen - Bürgschaften 	<ul style="list-style-type: none"> • Beschlüsse über strategische Zielvereinbarungen, die inhaltlich in die Zuständigkeit fallen • Berichte (auf Wunsch) zur Aufgabenerledigung der Beteiligungen • Information über Abweichungen von Zielvereinbarungen außerhalb der regelmäßigen Berichterstattung 	<ul style="list-style-type: none"> • Koordination • Beschluss- und Vertragsvorbereitung • Beschluss- und Verfahrenskontrolle • Beratung • rechtliche Prüfung • Strategie- und Finanzcontrolling • Aktienführung • Teilnahme an Sitzungen des Aufsichtsrats/der Gesellschafterversammlung

Anlage 1

Zuordnung der Gesellschaften zu städtischen Ausschüssen

(Gesellschaften, an denen die Stadt mit min. 20% beteiligt ist, sowie alle Gesellschaften der Sparte Ver- und Entsorgung)



Anlage 2



Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen

AB-Maßnahmen	Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AO	Abgabenordnung
ASO	Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen
ASS-Maßnahmen	"Arbeit statt Sozialhilfe"-Maßnahmen
BFO	Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH
BgA	Betrieb gewerblicher Art
BVR	Busverkehr Rheinland
ca.	circa
CPO	Circus Park Oberhausen Betriebs GmbH
DM	Deutsche Mark
DSD	Duales System Deutschland
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EigVO NW	Eigenbetriebsverordnung NW
ekz	Einkaufszentrale für Bibliotheken GmbH
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	EURO
ENO	Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH
e. V.	eingetragener Verein
EVO	Energieversorgung Oberhausen
GAR	Bau- und Wohnungsgenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GEG	Grundstücksentwicklungsgesellschaft Oberhausen mbH
GenG	Genossenschaftsgesetz
GE-WO	Gemeinnützige Wohnungsbau e. G. Oberhausen-Osterfeld
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GKDO	Gesellschaft für kommunale Dienste Oberhausen
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GMVA	Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein
GO NW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
ha	Hektar
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
HSt	Haushaltsstelle
IBA	Internationale Bauausstellung Emscherpark
IKF	Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH
i. L.	in Liquidation
inkl	inklusive
KG	Kommanditgesellschaft
KOSTAT-DST	Kommunalstatistik-Deutscher Städtetag GmbH
KVR	Kommunalverband Ruhrgebiet
LAH	Luise-Albertz-Halle
LAGL	Landesarbeitsgemeinschaft für Gartenbau und Landespflege NW
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft NW
LGO	Landesgartenschau Oberhausen GmbH

Mio.	Millionen
MVA	Müll-Verbrennungsanlage
Nr.	Nummer
NW	Nordrhein-Westfalen
OBG	Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH
o. g.	oben genannte
OGM	Oberhausener Gebäudemanagement GmbH
OLGA	Oberhausener Landesgartenschau 1999
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
OVP	O.Vision Projektgesellschaft mbH
OVZ	O.Vision Zukunftspark GmbH
PBO	Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH
PPP	Public-Private-Partnership
rd.	rund
RW	Rheinisch-Westfälisch
RWE	RWE AG
RWW	Rheinisch-Westfälische-Wasserwerksgesellschaft
RZO	Recycling-Zentrum Oberhausen
SpkG	Sparkassengesetz
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
STOAG	Stadtwerke Oberhausen
TASi	Technische Anleitung Siedlungsabfall
TCO	TheatrO CentrO GmbH
TDM	Tausend Deutsche Mark
TEUR	Tausend EURO
TMO	Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH
TZU	Technologiezentrum Umweltschutz Management GmbH
UA	Unterabschnitt
u. a. m.	und anderes mehr
UMSICHT	Institut für Umwelt- und Sicherheitstechnik
VkA	Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH
vorl. Ist	vorläufiges Ist
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VU	Verkehrsunternehmen
VZS	Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH
WBO	Wirtschaftsbetriebe Oberhausen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFO	Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH
WE	Wohneinheiten
ZV	Zweckverband

Auflistung der Gesellschaften in alphabetischer Reihenfolge

Gesellschaft	Seite
- Altenrichtungen der Stadt Oberhausen gGmbH (ASO)	327
- Altenrichtungen der Stadt Oberhausen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung)	417
- ASO Service GmbH	337
- Bau- und Wohnungsgenossenschaft Werkbundsiedlung Am Ruhrufer e. G.	305
- Beschäftigungsförderung Oberhausen gGmbH (BFO)	317
- Betriebsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen GmbH & Co. KG (Lokalfunk)	349
- Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Mülheim/Oberhausen GmbH (Lokalfunk)	349
- Energieversorgung Oberhausen AG (EVO)	97
- evo Energie-Netz GmbH	123
- Entwicklungsgesellschaft Neu-Oberhausen mbH - ENO (ENO)	209
- FRIEDA Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft für Frauen gGmbH i. I.	345
- FSO GmbH & Co. KG	127
- FSO Verwaltungs GmbH	127
- Gasometer Oberhausen GmbH	239
- Gemeinschafts-Müll-Verbrennungsanlage Niederrhein GmbH (GMVA)	137
- Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH Oberhausen (GEG)	179
- Internationale Kurzfilmtage Oberhausen gGmbH (IKF)	277
- LAH Luise-Albertz-Halle Tagungs- und Veranstaltungszentrum Oberhausen GmbH	261
- Marina Oberhausen am CentrO.GmbH	35
- Oberhausener Bauförderungsgesellschaft mbH (OBG)	199
- Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM)	21
- O.Vision Projektgesellschaft mbH (OVP)	75
- O.Vision Zukunftspark Oberhausen GmbH (OVZ)	67
- Projektentwicklungs- und Beteiligungsgesellschaft Oberhausen mbH (PBO)	59
- Public Consortium d-NRW GbR	361
- Revierpark Vonderort GmbH	291
- Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH (RWW)	159
- RWE AG	131
- RW Holding AG	135
- Schloss Oberhausen GmbH	231

Auflistung der Gesellschaften in alphabetischer Reihenfolge

Gesellschaft	Seite
- Stadtparkasse Oberhausen (SSO)	369
- Stadtwerke Oberhausen AG (STOAG)	39
- Technologiezentrum Umweltschutz-Management GmbH (TZU)	189
- Theater Oberhausen	405
- Tourismus & Marketing Oberhausen GmbH (TMO)	247
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	155
- Verwaltungszentrum Sterkrade GmbH (VZS)	219
- Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH (WBO)	83
- World Games 2005 gGmbH	301

